

MPS-Texte 1/2000

DER DEUTSCHE DISKURS ZU NACHHALTIGER ENTWICKLUNG

Karl-Werner Brand & Georg Jochum

Abschlussbericht eines DFG-Projekts zum Thema
„Sustainable Development/Nachhaltige Entwicklung –
Zur sozialen Konstruktion globaler Handlungskonzepte
im Umweltdiskurs“

Münchner Projektgruppe für Sozialforschung e.V.

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	5
1. THEORETISCHE UND METHODISCHE ANLAGE DER STUDIE.....	7
1.1 <i>Theoretischer Ansatz der Studie</i>	8
1.2 <i>Zielsetzung der Studie</i>	12
1.3 <i>Datenbasis</i>	15
1.4 <i>Zur Methode der Datenauswertung</i>	18
2. DER RAHMEN WIRD GESETZT: BRUNDTLAND-REPORT UND „AGENDA 21“	20
2.1 <i>Der Brundtland-Report</i>	20
2.2 <i>„Agenda 21“</i>	25
2.3 <i>Zur Rezeption des Leitbilds Sustainable Development (SD) in Deutschland</i>	31
3. SYSTEMATISIERUNGEN DER DEBATTE ÜBER NACHHALTIGE ENTWICKLUNG	37
4. DAS "UMWELTGUTACHTEN 1994" DES SACHVERSTÄNDIGENRATS FÜR UMWELTFRAGEN	43
4.1 <i>Die Übernahme des Leitbilds Sustainable Development im Umweltgutachten</i>	44
4.1.1 <i>Ethische Grundlagenreflexion</i>	45
4.1.2 <i>Ökologische Grundlagenreflexion</i>	52
4.1.3 <i>Ökonomische Grundlagenreflexion</i>	55
4.2 <i>Umweltpolitische Zielfindung, Umweltindikatoren und Instrumentenwahl</i>	57
4.3 <i>Das Handlungskonzept des Umweltrats am Beispiel des Problemfelds "Umwelt und Verkehr"</i>	60
4.4 <i>Zusammenfassung der Analyse des Umweltgutachtens 1994</i>	64
5. DIE INDUSTRIEGESELLSCHAFT GESTALTEN: DER BERICHT DER ENQUETE-KOMMISSION „SCHUTZ DES MENSCHEN UND DER UMWELT“	68
5.1 <i>Zielsetzung der Kommissionsarbeit</i>	69
5.2 <i>Das Leitbild der „nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“ im Bericht der Enquete-Kommission</i>	71
5.2.1 <i>Die Bestimmung von nachhaltiger Entwicklung über Nutzungsregeln</i>	72
5.2.2 <i>Die ökologische, ökonomische und soziale Säule des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung</i>	74
5.3 <i>Das Konzept des Stoffstrommanagements</i>	80
5.4 <i>Stoffstromanalyse und Stoffstrommanagement am Beispiel Mobilität</i>	83
5.5 <i>Zwischenresümee: das Handlungskonzept der Enquete-Kommission</i>	88
5.6 <i>Gegensätzliche Positionen in der Enquete-Kommission, oder: Ist das integrative Leitbild nachhaltiger Entwicklung konsensfördernd?</i>	91
5.6.1 <i>Grundlegende Regeln versus Drei-Säulen-Modell</i>	91
5.6.2 <i>Der Dissens um die Zukunft der Chlorchemie</i>	94

6.	DIE STUDIE „ZUKUNFTSFÄHIGES DEUTSCHLAND“	99
6.1	Zustandekommen, Grundannahmen und Aufbau der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" (ZD)	99
6.2	Die Wahrnehmung der sozial-ökologischen Krise: von der Schadstoff- zur Mengenproblematik.....	102
6.2.1	Ökologische Krise als Mengenproblematik	104
6.2.2	Die Welt als Materie: Umweltbelastungsindikatoren und Umweltziele.....	107
6.3	Die Leitbilder der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“	109
6.4	Zentrale Deutungsmuster der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland"	115
6.5	Mobilität und Verkehr in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“	117
6.6	Wie kommt die Ökonomie- und Sozialverträglichkeit ins Spiel?	122
6.7	Handlungskonzepte der Studie am Beispiel Land- und Forstwirtschaft	126
7.	DIE DEBATTE UM DIE STUDIE „ZUKUNFTSFÄHIGES DEUTSCHLAND“	130
7.1	Medienresonanz der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“	130
7.2	Kritik von rechts: „Wir wollen Herr über unser eigenes Sach' bleiben“	133
7.3	Kritik von links: Von Nachhaltigkeit kann nicht reden, wer vom Kapitalismus schweigt	136
7.4	Die Kritik der Bauerverbände: Gegen die „Verteufelung des Fleisches“	141
8.	DAS HANDLUNGSKONZEPT DER BUNDESREGIERUNG ZU NACHHALTIGER ENTWICKLUNG.....	146
8.1	Zur Diskussion des Leitbilds innerhalb der Bundesregierung	146
8.2	„Nachhaltige Landwirtschaft“ aus der Sicht der Bundesregierung	149
8.3	Technische Innovation als tragende Säule nachhaltiger Entwicklung.....	151
8.4	Der soziale Aspekt von Nachhaltigkeit im Konzept der Bundesregierung	153
9.	HANDLUNGSKONZEPTE NACHHALTIGER ENTWICKLUNG IN DER WIRTSCHAFT	156
9.1	Handlungskonzepte des VCI zu nachhaltiger Entwicklung	157
9.2	Die Position des BDI: „Wachstum der Grenzen“ statt „Grenzen des Wachstums“	160
9.3	Das Alternativkonzept des "Bund Junger Unternehmer"	162
9.4	Das Nachhaltigkeitskonzept der Gewerkschaften	166
10.	DIE SYMBOLISCHE ORDNUNG DES DEUTSCHEN DISKURSES ÜBER NACHHALTIGE ENTWICKLUNG.....	173
10.1	Die Debatte um Sustainable Development als kontrovers strukturiertes Diskursfeld.....	174
10.2	Deutungsmuster und Handlungskonzepte des Umweltgutachtens, des Berichts der Enquete-Kommission und der Wuppertal-Studie im Vergleich	176
10.3	Die Strukturierung des deutschen Diskurses zur nachhaltigen Entwicklung	182
	LITERATURVERZEICHNIS.....	192

Vorwort

Die vorliegende Studie ist der Abschlussbericht eines von März 1995 bis Februar 1997 an der MPS e.V. durchgeführten DFG-Projekts „Sustainable Development/Nachhaltige Entwicklung – Zur sozialen Konstruktion globaler Handlungskonzepte im Umweltdiskurs“.

Dass dieser Bericht so spät erscheint, ist in mehrfacher Hinsicht ärgerlich. Für die DFG, weil Förderung nur dann Sinn macht, wenn durch deren Ergebnisse die einschlägige Fachdebatte weiter vorangetrieben wird und die mit der Arbeit betrauten Nachwuchswissenschaftler auf diesem Wege die Chance zur inhaltlichen Profilierung erhalten. Für die Autoren des Berichts, weil so die Ergebnisse ihrer Arbeit veralten und dadurch entwertet werden. Trotzdem konnte der Bericht durch eine Verquickung ungünstiger Umstände nicht früher fertiggestellt werden.

Im ursprünglichen Arbeitsplan des DFG-Antrags sollte der deutsche Diskurs über nachhaltige Entwicklung mit dem niederländischen und englischen Diskurs verglichen und darüber hinaus die politisch-institutionellen Effekte der Nachhaltigkeitsdebatte untersucht werden. Diese beiden Punkte fielen erheblichen Kürzungen der beantragten Personalmittel zum Opfer. So konnten in dem mit einer halben Stelle (Georg Jochum) besetzten Projekt nur die zentralen Dokumente und Positionspapiere der frühen deutschen Nachhaltigkeitsdebatte - das Umweltgutachten des SRU von 1994, der Bericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ von 1994 und die Wuppertal Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ von 1996 - genauer analysiert werden. Vor dem Hintergrund des Brundtland-Reports und der „Agenda 21“ und des darin aufgespannten Diskursfeldes zu „sustainable development“ werden die in diesen drei Studien vorherrschenden, unterschiedlichen Welt- und Naturbilder, Problemdiagnosen und Handlungskonzepte herausgearbeitet. In Verbindung mit den z.T. sehr emotionalen Reaktionen auf die Wuppertal-Studie und den generellen Positionspapieren der Bundesregierung, der Wirtschaft und der Gewerkschaften ergibt sich daraus ein relativ klar strukturiertes Feld, eine bestimmte symbolische Ordnung der deutschen Nachhaltigkeitsdebatte. Diese wird im bilanzierenden Schlusskapitel in mehreren vergleichenden Schautafeln und Grafiken zusammenfassend dargestellt.

Auch wenn sich die Debatte seit 1997 auf konzeptioneller wie auf der Ebene konkreter, bereichsspezifischer Studien (in den Bereichen Verkehr, Wohnen und Bauen, Landwirtschaft, Produktion, Konsum, Tourismus etc.) wesentlich weiter entwickelt und auch im Rahmen lokaler und regionaler Nachhaltigkeitsprozesse eine Reihe von institutionellen Innovationen hervorgebracht hat, so scheinen doch die Grundstrukturen des deutschen Nachhaltigkeitsdis-

kurses kaum verändert.¹ Durch den Wechsel der Bundesregierung haben sich nur die Gewichte innerhalb des Diskursfelds verschoben. Nach wie vor besitzt eine dieser Positionen, das von der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ formulierte prozedurale, integrative Konzept nachhaltiger Entwicklung, einen zentralen Stellenwert in der deutschen Nachhaltigkeitsdebatte. Die integrative Perspektive dieses Modells begünstigt die praktische Vernetzung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteursgruppen in den verschiedenen lokalen und nationalen Foren der Nachhaltigkeitsdebatte. Welche Konsequenzen diese dominante, integrative Rahmung in den verschiedenen Handlungsfeldern und auf den verschiedenen Handlungsebenen hat und welche Chancen der Umsetzung des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung damit eröffnet oder auch blockiert werden, konnte im Rahmen dieser Studie nicht weiter untersucht werden. Hier eröffnet sich ein lohnendes Feld für weitere, vergleichend angelegte Studien.

Dezember 2000

¹ Einen aktuellen Überblick über die dominanten Positionen und Argumentationslinien in der deutschen Nachhaltigkeitsdebatte liefert die im Rahmen einer Vorstudie für das HGF-Projekt „Global zukunftsfähige Entwicklung – Perspektiven für Deutschland“ (TA-Datenbank-Nachrichten 2/2000) erarbeitete Synopse der neueren konzeptionellen deutschen Nachhaltigkeitsstudien (Jörissen et al. 1999).

1. Theoretische und methodische Anlage der Studie

"Ein weltweites Programm des Wandels" zu formulieren war der Auftrag der Generalversammlung der Vereinten Nationen an die "Weltkommission für Umwelt und Entwicklung", die 1987 mit "Our Common Future" den gewünschten Bericht vorlegte. Die zentrale Botschaft dieses Dokuments kommt in kondensierter Form im Konzept „Sustainable Development“ oder „nachhaltige“ bzw. „zukunftsfähige Entwicklung“ zum Ausdruck. Dieses Konzept hat die Lösung der miteinander verknüpften zentralen globalen Problemlagen, der ökologischen und der sozialen Probleme, zum Ziel. Es postuliert eine neue globale Verantwortung für die Lebensbedingungen gegenwärtiger und zukünftiger Generationen. Das Konzept suggeriert zugleich die Möglichkeit einer umfassenden Steuerung der gesellschaftlichen Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit. Entwickelt werden "integrierte" Strategien für eine nachhaltige Entwicklung auf globaler Ebene bzw. entsprechende Handlungsstrategien für die nationale und regionale Ebene. Das Leitbild Sustainable Development beinhaltet die Hoffnung, dass die ökologische Frage keine Grenze für das Fortschritts- und Wachstumsmodell der Moderne darstellt, dass die "über den Kopf gewachsenen" Probleme vielmehr wieder "in den Griff" zu bekommen sind. In "Our Common Future" wurde dieser Optimismus programmatisch zum Ausdruck gebracht:

"Die Menschheit wäre durchaus in der Lage, die Voraussetzungen für eine dauerhafte Entwicklung zu schaffen, einer Entwicklung, die den gegenwärtigen Bedarf zu decken vermag, ohne gleichzeitig späteren Generationen die Möglichkeit zur Deckung des ihren zu verbauen. Zwar schließt ein solches Konzept eines dauerhaften Wachstums Grenzen ein - doch dies sind keine absoluten Grenzen. Es sind vielmehr lediglich technologische und gesellschaftliche Grenzen, die uns durch die Endlichkeit der Ressourcen und die begrenzte Fähigkeit der Biosphäre zum Verkräften menschlicher Einflussnahme gezogen sind. Technologische und gesellschaftliche Entwicklungen aber sind beherrschbar und können auf einen Stand gebracht werden, der eine neue Ära wirtschaftlichen Wachstums ermöglicht" (Hauff 1987: 9).

Auf der Umweltkonferenz der Vereinten 1992 in Rio de Janeiro verabschiedeten die Regierungen von mehr als 170 Staaten die "Agenda 21", ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert mit dem Ziel "einer globalen Partnerschaft, die auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist"(BMU 1992b). Seither gewinnt auch in Deutschland die Debatte um Sustainable Development (SD) eine wachsende Bedeutung und werden Handlungskonzepte für eine nachhaltiges Deutschlands bzw. Strategien zum Beitrag Deutschlands für eine global nachhaltige Entwicklung entwickelt. Die Einigung auf das abstrakte Ziel oder Leitbild der Nachhaltigkeit bedeutet jedoch noch keinen Konsens über den konkreten Weg. Die von den unter-

schiedlichen Akteursgruppen - Wirtschaftsverbände, Regierung, Parteien, Wissenschaft, Umweltverbände, Nord-Süd-Bewegung, Gewerkschaften, feministische Gruppen u.a. - entworfenen Strategien reichen von einer durch technischen Fortschritt zu erreichenden Bestandssicherung des globalen kapitalistischen Entwicklungsmodells bis hin zu Konzepten einer regionalen Subsistenzwirtschaft. Verhandelt werden nicht nur Lösungen für spezifische ökologische und soziale Probleme, sondern auch die zukünftige Gestalt der modernen Gesellschaft als Ganzes. Zugrunde liegen den verschiedenen Konzepten unterschiedliche Vorstellungen von Gesellschaft und Natur, von Gerechtigkeit, von gesellschaftlicher Steuerung und Partizipation, von technischen Risiken u.a.m.

Dieser deutsche Diskurs um nachhaltige Entwicklung wird hier untersucht. Die Analyse beschränkt sich allerdings auf die *Formierungsphase dieser Debatte* zu Beginn und Mitte der neunziger Jahre (bis zum Frühjahr 1997) - auf den Zeitraum, in dem diese Debatte in Deutschland zunehmend an Gewicht gewann und durch eine Reihe politisch einflussreicher Dokumente strukturiert wurde. Thema der Studie ist die *Struktur dieses Diskurses*, soweit sie sich aus den Positionen und Grunddokumenten der an dieser Debatte beteiligten zentralen kollektiven Akteure erschließen lässt. Im Mittelpunkt der Analyse stehen drei zentrale Marksteine der deutschen Nachhaltigkeits-Debatte: das Gutachten des Sachverständigenrats von 1994, der Bericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ von 1994 und die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ des Wuppertal Instituts von 1996. Im letzteren Fall wurde auch die sich daran entzündende öffentliche Diskussion in die Untersuchung miteinbezogen. Ergänzend wurden Dokumente der Bundesregierung, der Wirtschaft und der Gewerkschaften ausgewertet sowie Interviews durchgeführt, um Hintergrundinformationen zur Entstehung dieser Dokumente und zu den (kontroversen) Debatten zu gewinnen, die zwischen den beteiligten Akteuren geführt wurden.²

Theoretischer Ansatz, Zielsetzung, Datenbasis und Auswertungsmethode werden im folgenden etwas ausführlicher dargestellt.

1.1 Theoretischer Ansatz der Studie

Anders als der Titel des Forschungsprojekts vielleicht erwarten lässt, geht es in dieser Studie nicht um die soziale, interaktive „Konstruktion“ globaler Handlungskonzepte in den verschiedenen Arenen nationaler und internationaler Politik sowie im Feld öffentlicher Defi-

² Akteursdokumenten wurde in dieser Untersuchung ein größerer Stellenwert als Interviewtexten eingeräumt. In Interviews werden in der Regel entweder nur die in Dokumenten bereits vorliegenden Positionen von Akteursgruppen wiedergegeben, oder aber jene Positionen deutlich gemacht, über die innerhalb der Akteursgruppe noch kein Konsens besteht, und die daher als Positionen einzelner Akteure verstanden werden können. Im Rahmen des Projekts ging es aber weder um individuelle Interpretationen noch um die Rekonstruktion interner Verhandlungsprozesse sondern um 'typische' Deutungen, die - trotz aller kompromissbedingter Unschärfen - den jeweiligen Dokumenten zugrunde liegen und als solche eine strukturierende Kraft für den weiteren SD-Diskurs erlangen.

nitionskämpfe.³ Sie konzentriert sich stattdessen auf den strukturellen Aspekt dieser sozialen Konstruktionsprozesse, auf die den zentralen Dokumenten der deutschen Nachhaltigkeits-Debatte zugrundeliegenden „Rahmungen“ oder „Deutungsmuster“ von nachhaltiger Entwicklung und die sich daraus ergebende „symbolische Ordnung“ des deutschen Nachhaltigkeits-Diskurses. Diesem Ansatz liegt ein bestimmtes Verständnis von Diskurs sowie vom Zusammenhang zwischen Diskurs und institutionellen Praktiken zugrunde. Diese diskurstheoretische, neoinstitutionalistische Perspektive sei kurz charakterisiert.

Diskurstheoretische Ansätze werden in neueren sozial- und politikwissenschaftlichen Analysen in Anknüpfung vor allem an zwei Theoriestränge verfolgt: den Symbolischen Interaktionismus und den Poststrukturalismus (vgl. Keller 1997b). Im Vordergrund steht in beiden Fällen, im Unterschied zur Analyse unmittelbarer, sprachlich vermittelter Interaktionsformen (z.B. ethnomethodologische Konversationsanalyse), die Untersuchung öffentlicher oder gesellschaftlich ausdifferenzierter Spezialdiskurse, d.h. die kollektive Ebene gesellschaftlicher Wirklichkeitskonstruktionen. Beide Theorieansätze „gehen von der Annahme aus, dass alles, was wir wahrnehmen, erfahren, spüren, über sozial konstruiertes, typisiertes, in unterschiedlichen Graden als legitim anerkanntes und objektiviertes Wissen, das heißt über Bedeutungen und Bedeutungsschemata, vermittelt wird.“ (Keller 1997b: 315). Diese „symbolische Ordnung“ wird in Diskursen gesellschaftlich produziert und reproduziert (ebd.). Diskursanalyse hat - aus dieser Sicht - die Rekonstruktion solcher Bedeutungsschemata zum Gegenstand, ob diese nun als „Interpretationsrepertoires“ (Wetherell/Potter 1988), als „Frames“ (dt. ‘Rahmen’ oder ‘Rahmungen’, vgl. Gamson 1988), als „story lines“ (Hajer 1995) oder als „Deutungsmuster“ (vgl. Lüders/Meuser 1997) bezeichnet werden. Beide Theoriestränge weisen allerdings auch unterschiedliche Akzentuierungen auf.

Unter den an den Symbolischen Interaktionismus anschließenden Strängen der angelsächsischen Debatte hat seit den achtziger Jahren das Konzept der „frame analysis“ insbesondere auf dem Feld der Medien- und der sozialen Bewegungsforschung breitere Resonanz gefunden (Gamson/Modigliani 1989, Snow/Benford 1988, Snow et al. 1986), das in den neunziger Jahren dann auch in Deutschland breitere Anwendung fand (Gerhards 1992, Keller 1998, Pofert 1997). In all diesen Ansätzen der neueren Diskurs- oder "Rahmenanalyse" werden öffentliche Diskurse immer als kontrovers strukturierte Felder symbolischer Interaktion verstanden, in denen verschiedene Akteure um die Definition der Wirklichkeit, in unserem Fall, um die Durchsetzung spezifischer Deutungen ökologischer Problemlagen, konkurrieren. Die Art, wie Probleme wahrgenommen und definiert werden, strukturiert dabei auch das jeweilige Konfliktterrain: sie benennt die Problemursachen und die Schuldigen, sie verweist auf bestimmte Lösungsstrategien und bietet dafür (möglichst) zwingende Handlungsmotive und Legitimationen an (Gerhards 1992). Derartige Diskurse werden von Akteuren unter Rückgriff auf einen gemeinsamen, historisch strukturierten Bestand an kulturellen Deutungen und Symbolisierungen geführt. Dessen Bestandteile lassen sich strategisch nutzen - und dieser Aspekt erlangt

³ Die Rekonstruktion dieser Definitionskämpfe und der sich dabei durchsetzenden Rahmungen wäre zwar eine reizvolle – und ursprünglich auch geplante – Aufgabe gewesen; sie überstieg aber bei weitem die Möglichkeiten dessen, was im Rahmen eines mit einer halben Stelle (auf zwei Jahre) ausgestatteten Projekts gemacht werden konnte. Wir mussten daher andere Schwerpunkte setzen.

unter Bedingungen massenmedialer Inszenierung von Politik ein erhöhtes Gewicht. Der intentionale Einsatz symbolisch-kultureller Bestände wird aber durch den Horizont kultureller, nationaler und gruppenspezifischer Selbstverständlichkeiten begrenzt. Durch den Rückgriff auf gegebene kulturelle Schemata wird die überkommene sinnhafte Strukturierung der Welt - und bestimmter Problembereiche - auch immer wieder latent reproduziert.

Obwohl die beteiligten Konfliktakteure über sehr unterschiedliche Ressourcen und politisch-kulturelle Definitionsmacht verfügen, besitzt der öffentliche Diskurs doch eine von einzelnen Akteuren niemals völlig steuerbare Eigendynamik. In den symbolischen Kämpfen um kulturelle Hegemonie, um das jeweilige Deutungsmonopol, verschränken sich die akteurspezifischen Wirklichkeitskonstruktionen zu einem gesellschaftlichen "Interdiskurs" (Link 1984). Der Mediendiskurs ist das zentrale interdiskursive Feld moderner Gesellschaften. Er macht Konflikte überhaupt erst öffentlich. Massenmedien sind aber nicht nur selbstloses Medium, bloßes Forum der Selbstdarstellung konkurrierender gesellschaftlicher Akteure. Die mediale Darstellung gesellschaftlicher Ereignisse und Problemdiskurse folgt ihrer eigenen Aufmerksamkeitsstruktur und ihren eigenen Produktionsgesetzen (Kepplinger 1989, Schulz 1976, Staab 1990, Weiß 1989). Sie reflektiert gesellschaftliche Konflikte in selektiver Weise und schafft erst dadurch die spezifische Dynamik öffentlicher Konfliktdiskurse (vgl. Gerhards/Neidhardt 1990). Das gilt auch für die Umweltberichterstattung (Burgess 1990, Hansen 1991, Keller 1997a, Krämer 1986). Jeder der beteiligten Akteure ist dabei gezwungen, auf die in den Medien erscheinende Darstellung der Konfliktpositionen und Problemrahmungen zu reagieren.

Die über die Medien vermittelte öffentliche Debatte über Umweltprobleme ist aber nicht die einzige Ebene, auf der die Kontrahenten miteinander kommunizieren und ein breiteres Publikum zu beeinflussen versuchen. Konflikte gelangen erst ab einem bestimmten Punkt in die massenmediale Öffentlichkeit. Viele Konfliktdiskurse verlaufen (zunächst) in spezifischen Arenen, im begrenzten Rahmen einer fachspezifischen Öffentlichkeit. Das trifft ohne Frage auf die frühe Phase (1987-92) der "sustainability"-Debatte in Deutschland zu. Solche Diskurse erlangen erst unter bestimmten Bedingungen eine breite öffentliche Resonanz (vgl. Brand 1995).

Dieses Verständnis öffentlicher Diskurse, dem wir hier folgen, thematisiert noch nicht explizit die Verknüpfung von Diskursen mit Institutionen. Darauf richten poststrukturalistische Ansätze im Gefolge Foucaults ihr Augenmerk. In systematischer Weise werden Diskurse bei Foucault (1974) - insbesondere Diskurse wissenschaftlicher Disziplinen wie der Medizin, des Rechts, der Psychologie usw. - mit institutioneller Macht, mit Ausgrenzungs- und Disziplinierungsregeln in Verbindung gebracht. Macht wird von ihm nicht als etwas betrachtet, was man "hat"; institutionelle Macht ergibt sich für ihn vielmehr aus den besonderen Merkmalen des Diskurses und dazugehöriger „diskursiver Praktiken“, durch die diese Institutionen beständig reproduziert werden. Diskurse grenzen die Art der Fragen ein, die gestellt werden dürfen; sie bestimmen den Personenkreis, der zur Teilnahme an bestimmten Diskursen autorisiert ist; sie enthalten interne Disziplinierungsmöglichkeiten, die die Form des Diskurses aufrechterhalten; und sie bestimmen die Bedingungen, unter denen bestimmte Diskurse geführt werden dürfen.

Damit werden einseitig die begrenzenden Aspekte von diskursiven Praktiken und diskursiv reproduzierten institutionellen Machtrelation betont, die den Rahmen, die Kategorien und Begriffe vorgeben, innerhalb und mithilfe derer sich Subjekte bewegen, gegebenenfalls auch Spielräume verschaffen können. Diese Perspektive lässt nicht nur den "ermöglichenden" Aspekt institutioneller Diskurse und Praktiken außer Betracht⁴; sie bietet auch keine Möglichkeit, den interaktiven Konstruktionsprozess gesellschaftlich dominanter Diskurse und Praktiken systematisch zu analysieren. Hajer (1995) versucht deshalb in seiner Studie über die englische und holländische „acid rain“-Debatte beide Theoriestränge, die Foucaultsche und die symbolisch-interaktionistische bzw. „argumentative“ Variante, miteinander zu verbinden. Institutionelle Regeln und Konventionen müssen danach beständig in konkreten Sprechsituationen oder schriftlichen Äußerungen reproduziert und bestätigt werden, um in Geltung zu bleiben. Umgekehrt können sich auch Veränderungen der institutionellen Regeln nur über argumentative Interaktionen vollziehen. Die Frage ist, wie in diesen symbolischen Interaktionen eine diskursive "Ordnung" geschaffen werden kann, die es ermöglicht, Machtbeziehungen zu stabilisieren oder auch herauszufordern. Für Hajer spielen "story lines" in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle. "Key function of story lines is that they suggest unity in a 'bewildering variety' of separate discursive component parts of a problem like acid rain. The underlying assumption is that people do not draw on comprehensive discursive systems for their cognition, these are evoked through story lines. As such story lines play a key role in the positioning of subjects and structures. Political change may therefore well take place through the emergence of new story lines that re-order understandings." (1995: 56) Die zweite zentrale Kategorie in Hajers Ansatz ist das Konzept der "Diskurskoalition". Im Kampf um diskursive Hegemonie bilden sich Koalitionen, die durch bestimmte "story lines" und die Praktiken, die sie begründen, zusammengehalten werden. Diskurskoalitionen bilden sich dann, "... if previously independent practices are actively being related to one another, if a common discourse is created in which several practices get a meaning in a common political project" (ebd.: 65).

Die Brücke zwischen Diskursen und Institutionen wird nicht zuletzt durch den kulturtheoretischen Ansatz des "neuen Institutionalismus" geschlagen, wie er im angelsächsischen Sprachraum - im wesentlichen ohne Berührung zu den eben erwähnten diskursanalytischen Theoriesträngen - insbesondere in Organisationssoziologie und Politikwissenschaft entwickelt wurde (vgl. Friedland/Alford 1991, March/Olson 1989, Powell/DiMaggio 1991). In Abwendung von den auf diesen Feldern vorherrschenden "rational choice" Modellen arbeitet dieser Ansatz die rituellen Aspekte institutionellen Handelns heraus. Institutionen gewinnen danach ihre Legitimität nicht nur aus der Erreichung bestimmter Ziele, sondern auch, und ganz wesentlich aus der symbolischen Inszenierung der gemeinsam geteilten Kriterien für "angemessene" Ziele und "angemessene" Formen der Zielverwirklichung. Damit rückt auch aus dieser Perspektive die Notwendigkeit der symbolischen Reproduktion institutioneller Ordnungen in

⁴ Nach Giddens (1988) weisen gesellschaftliche Strukturen immer den Doppelaspekt von Ermöglichung und Begrenzung auf. Diese Sichtweise lässt sich mit Gewinn auch auf das Verständnis von Diskursen übertragen (vgl. Hajer 1995: 42ff).

den Vordergrund.⁵ Die Infragestellung geltender Institutionen muss somit immer an ihren Symbolisierungsformen ansetzen. Dass dies gelingt, setzt die erfolgreiche Mobilisierung konkurrierender Deutungsmuster, Mythen und Symbole aus dem Bestand des nationalen kulturellen „Interpretationsrepertoires“ (Wetherell/Potter 1988) voraus.

Die hier skizzierten Theoriestränge verweisen auf die systematische Verknüpfung von Diskursen und Institutionen. Es liegt somit nahe, davon auszugehen, dass die in der öffentlichen Debatte sich durchsetzenden ‘Rahmungen’ des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung auch die institutionellen Praktiken der Umsetzung entsprechender Handlungskonzepte prägen. Auch wenn dominante kognitive Rahmungen zugleich normativen Charakter gewinnen, als „Leitbilder“ gesellschaftlich anerkannt werden, so bricht sich deren institutionelle Umsetzung aber doch immer am Filter komplexer akteurspezifischer Interessengeflechte und institutionenspezifischer Handlungsrationitäten. Die institutionelle Umsetzung der in der Bundesrepublik dominanten Nachhaltigkeits- Konzepte wäre somit ein eigener Untersuchungsgegenstand. Aufgrund der begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen stand im Rahmen dieses Projekts aber nur die *Rekonstruktion der ‘symbolischen Ordnung’ des deutschen SD-Diskurses* im Vordergrund.

1.2 Zielsetzung der Studie

Die Struktur dieser ‘symbolischen Ordnung’ wird über zwei analytische Schritte rekonstruiert. Auf einer ersten Ebene sollen die zentralen Positionen der an der Debatte über nachhaltige Entwicklung beteiligten Akteursgruppen in Bezug auf Zielvorstellung, Wahrnehmung des Ist-Zustands und präferierte Handlungsstrategien vergleichend dargestellt werden. Auf einer zweiten Ebene werden die tieferliegenden „Rahmungen“ oder "Deutungsmuster" herausgearbeitet, die - so die Annahme - den unterschiedlichen Konzepten von nachhaltiger Entwicklung zugrunde liegen. Damit soll die Debatte um Sustainable Development als Kontroverse verständlich werden, in der konkurrierende Weltbilder und Interessen, unterschiedliche Vorstellungen von Gesellschaft, Natur und Gerechtigkeit miteinander verhandelt werden.

(a) Positionen im Diskurs über nachhaltige Entwicklung

In einem ersten Schritt sollen die zentralen Positionen in den unterschiedlichen SD-Konzepten herausgearbeitet werden. Diese Positionen werden unter Bezug auf drei analytische Dimensionen - Zielsetzung, Problemwahrnehmung und Handlungskonzepte - herausgearbeitet:

⁵ Diese neoinstitutionalistische, diskurstheoretisch interpretierte Perspektive lag zwei weiteren an der MPS e.V. durchgeführten DFG-Projekten zugrunde; untersucht wurde dabei zum einen die Institutionalisierung ökologischer Risiko-Kommunikation nach Tschernobyl (Brand/Eder/Poferl 1997), zum anderen die Bedingungen der Stabilisierung diskursiver Verfahren der Konfliktregulierung im Umweltbereich (Eder/Barthe/Dreyer 1997).

Das Leitbild Sustainable Development stellt erstens eine langfristige Zielsetzung dar. Gesetzt wird ein Soll-Zustand, der den nicht-nachhaltigen Entwicklungstendenzen der Gegenwart gegenübergestellt wird. Die Abstraktheit und Unschärfe der im Brundtland-Report gefundenen Kompromiss-Formel von Sustainable Development lässt bereits auf der Ebene der allgemeinen Zielbestimmung unterschiedliche Interpretationen zu.

SD-Konzepte implizieren zum zweiten bestimmte Formen der Problemwahrnehmung, der Wahrnehmung und Bewertung des nicht-nachhaltigen Ist-Zustands.

SD-Konzepte beinhalten drittens Strategien zur Umgestaltung der Gesellschaft vom Ist- zum Sollzustand. Die zentralen Konflikte in der Debatte um nachhaltige Entwicklung ergeben sich vor allem auf dieser Ebene der Handlungskonzepte.

Diese drei Ebenen können analytisch getrennt werden, sind in den SD-Konzepten jedoch eng miteinander verwoben. Differenzen ergeben sich nicht nur aus der unterschiedlichen Definition dieser drei Ebenen, sondern auch aus der jeweiligen Schwerpunktsetzung und der Art, wie diese Ebenen zueinander in Bezug gesetzt werden. So wird von einigen Akteuren ein Soll-Zustand absolut gesetzt, von dem als notwendig erachtete Handlungsstrategien abgeleitet werden, während andere pragmatisch von den Handlungszwängen der Gegenwart ausgehen und auf die präzisere Bestimmung eines Soll-Zustands verzichten. Um die Argumentationslogik der hier ausgewählten akteurspezifischen Konzepte nachvollziehen zu können, wird bei der Analyse jedoch keine strikt vergleichende Auswertung nach den Dimensionen Soll-Zustand, Problemwahrnehmung und Handlungsstrategien vorgenommen; die Konzepte werden vielmehr zunächst in ihrer Eigenlogik dargestellt. Soweit sich dabei deutliche Hinweise auf die drei analytischen Fragedimensionen ergeben, werden sie an der jeweiligen Stelle herausgearbeitet. Im abschließenden Kapitel wird dann ein zusammenfassender Vergleich unter systematischen Gesichtspunkten vorgenommen.

Aufgrund der Vielfalt der unter dem Leitbild Sustainable Development diskutierten Problembereiche wurde bei der Darstellung der jeweiligen Positionen auch keine umfassende Beschreibung der für die einzelnen Bereiche propagierten Teilstrategien angestrebt. Wir konzentrierten uns stattdessen auf die grundlegende Argumentationsweise und die jeweilige Schwerpunktsetzung. Exemplarisch werden jedoch einige ausgewählte Handlungskonzepte zu spezifischen Teilbereichen analysiert.

(b) Zugrundeliegende Deutungsmuster

Den unterschiedlichen Positionen in der deutschen Debatte über nachhaltige Entwicklung liegen, dem skizzierten diskurstheoretischen Ansatz zufolge, strukturierende Deutungen oder Deutungsmuster zugrunde. Solche Deutungsmuster enthalten argumentative Muster und moralische Urteile; sie implizieren bestimmte Gesellschafts- und Naturbilder sowie spezifische Gerechtigkeitsvorstellungen. Deutungsmuster dieser Art sind „kollektive Sinngehalte“, die auf einer „latenten, tiefenstrukturellen Ebene angesiedelt und nur begrenzt reflexiv verfügbar“ sind; sie sind „intern konsistent strukturiert“ und haben „normative Geltungskraft“ (Lüders/Meuser 1997: 59). Ein Problem für die Analyse ergibt sich daraus, dass die im Rahmen des Projekts untersuchten Dokumente zumindest in zwei Fällen (Gutachten des Sachverständigen-

digenrats, Bericht der Enquete-Kommission) Kompromißcharakter besitzen, Ergebnis interner Verhandlungsprozesse darstellen. Trotzdem lassen sich, wie zu zeigen sein wird, den einzelnen Dokumenten zugrundeliegende, typische Deutungsmuster herausarbeiten. Diese strukturieren zwar nicht das gesamte Feld des SD-Diskurses, aber doch einen wesentlichen Teil davon, nämlich das in der öffentlichen Debatte dominante Spektrum der Debatte.

Indem das - unterschiedliche ausbuchstabierte - Konzept nachhaltiger Entwicklung sowohl von Politik- als auch von Wirtschaftsakteuren und den Vertretern der Umweltbewegung als neuer „master frame“, als neues Leitbild politischen Handelns übernommen wird, gewinnt auch der deutsche Umweltdiskurs eine neue Qualität (vgl. Brand/Eder/Poferl 1997). Gefragt werden könnte so zweierlei:

Zum einen, ob und inwieweit die von den Protagonisten des Konzepts Sustainable Development gehegten Erwartungen in Bezug auf eine grundlegende Neubestimmung des umwelt- und gesellschaftspolitischen Diskurses bisher tatsächlich erfüllt wurden (vgl. z.B. SRU 1996: 50). Dabei könnte insbesondere die Frage verfolgt werden, inwieweit die integrative Perspektive der Nachhaltigkeitsdebatte die diskursive und organisatorische Vernetzung der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure in den unterschiedlichen Handlungsarenen förderte. Solche Effekte ließen sich beispielsweise sowohl für die Entwicklung der (hier in die Untersuchung miteinbezogenen) Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (vgl. Eder/Barthe/Dreyer 1998) als auch, und vor allem, für die Ebene Lokaler Agenda 21-prozesse (vgl. Heinelt/Mühlich 2000) aufzeigen.

Zum anderen könnte aber auch gefragt werden, welche Positionen und Akteursgruppen mit der in Deutschland vorherrschenden Ausdeutung des Nachhaltigkeitskonzepts aus dem bisherigen Ökologiediskurs ausgegrenzt werden. Der Diskurs um nachhaltige Entwicklung wird ja nicht nur durch interne Konflikte um die Durchsetzung einer spezifischen Interpretation dieses Leitbilds geprägt, sondern er stellt als Ganzes auch eine neue, konkurrierende Perspektive in der gesellschaftlichen Zukunftsdebatte dar. Diese Perspektive könnte in mehrfacher Hinsicht kritisch beleuchtet werden. Aus der Umwelt- und Dritte Welt-Bewegung wurde so vor allem die Frage gestellt, ob in dem Leitbild Sustainable Development nicht als solches neue Formen der Herrschaft über Mensch und Natur angelegt sind (vgl. Eblinghaus/Stickler 1996). So wurde auf die Gefahr der Herausbildung eines "globalen Managements" durch neue, global operierende Expertengemeinschaften verwiesen, die ihre „Astronautenperspektive“ von nachhaltiger Entwicklung ohne Rücksicht auf indigenes Wissen und die Selbstbestimmungsbedürfnisse lokaler Gemeinschaften durchzusetzen versuchen (vgl. Sachs 1992, 1997). Auf einer noch allgemeineren Ebene lässt sich das SD-Konzept als Antwort auf die Bedrohung der Menschheit durch unkontrollierte, tendenziell katastrophische Nebenfolgen des bisherigen, industriellen Entwicklungsmodells deuten. Es impliziert damit zugleich die Vision einer rationaleren, effizienteren Steuerung gesellschaftlicher Entwicklung und Naturnutzung auf globaler Ebene. Ob dies eine realisierbare Vision ist – und mithilfe welcher (neuen) Steuerungskonzepte und Regulierungsformen eine solche globale Steuerung erfolgen könnte, ist eine noch völlig offene Frage.

Eine systematische Diskussion all dieser Fragen würde den Rahmen dieser Untersuchung bei weitem gesprengt. Wir mussten uns angesichts der knappen personellen Ressourcen auf die beiden oben skizzierten Zielsetzungen beschränken.

1.3 Datenbasis

Seit der Umweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 setzt sich das Konzept Sustainable Development zunehmend als übergeordnetes Leitbild im umweltpolitischen Diskurs Deutschlands durch (Brand/Eder/Poferl 1997, Brand 1997). Es begründet diesen Diskurs jedoch nicht, sondern folgt auf eine langjährige umweltpolitische Diskussion, auf andere ökologische Leitbilder - wie das der "ökologischen Modernisierung" - und eine bestimmte umweltpolitische Praxis. So führt die Übernahme des Konzepts Sustainable Development - insbesondere auf der Ebene der institutionellen Umweltpolitik - zum Teil nur zu einer Umetikettierung alter Handlungsstrategien ohne substantielle Veränderungen. Nichtsdestotrotz lässt sich ein deutlicher Perspektivenwechsel erkennen: Ökologische und soziale Fragen wurden zueinander in Beziehung gesetzt, globale Umwelt- und Entwicklungsprobleme rückten in den Vordergrund, es erfolgte eine Schwerpunktsetzung auf das Ziel des Erhalts von natürlichen Ressourcen als Basis gegenwärtiger und zukünftiger Entwicklung und es wurde in stärkerem Maße die Schaffung "integrierter" Lösungen angestrebt (vgl. Harborth 1991).

Für diese Untersuchung erschien es daher nicht sinnvoll, den Sustainability-Diskurs mit dem Umweltdiskurs gleichzusetzen und die umweltpolitische Debatte in Deutschland zu analysieren. Dies hätte aufgrund der Breite dieser Diskussion den Rahmen des Projekts gesprengt und wäre zugleich der Besonderheit des Konzepts Sustainable Development nicht gerecht geworden. Einbezogen wurden daher ausschließlich jene Dokumente, die mit einem *expliziten Bezug zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung* verfasst wurden.

Auch wenn der Nachhaltigkeits-Diskurs inzwischen die politische und wissenschaftliche Expertenebene verlassen hat, so ist das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in der Öffentlichkeit nach wie vor wenig bekannt.⁶ Dies trifft auf jeden Fall auf den Untersuchungszeitraum dieses Projekts zu. Die Analyse bezieht sich deshalb nur auf zentrale Dokumente dieser erst langsam in die Öffentlichkeit einsickernden Expertendebatte. Eine umfassende und detaillierte Analyse aller Dokumente konnte und sollte in diesem Projekt nicht geleistet werden. Es erfolgte vielmehr eine *Beschränkung auf Studien und Stellungnahmen, die eine hohe Politikrelevanz bzw. eine hohe Ausstrahlung auf Expertendiskurse und die öffentliche Debatte* besaßen.

⁶ In den repräsentativen Bevölkerungsumfragen zum Umweltbewusstsein in Deutschland hatten im Westen 1996 12%, 1998 15%, 2000 14% von dem Begriff gehört; im Osten waren es 1996 7%, 1998 11% und 2000 10%. (BMU 2000: 68).

Eine weitere Beschränkung wurde in Hinblick auf die räumliche Dimension entsprechender Handlungskonzepte vorgenommen. Bezugspunkt des Leitbilds Sustainable Development ist die "eine Welt", das Wohl der gegenwärtigen und zukünftigen Menschheit. Strategien der Realisierung nachhaltiger Entwicklung setzen jedoch nicht nur auf der internationalen, sondern auch auf der nationalen, regionalen und lokalen Ebene an. Um eine Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Handlungskonzepte zu ermöglichen, wurden - auch aufgrund der Fokussierung der Untersuchung auf den deutschen Diskurs - jene Dokumente ausgewählt, in denen primär *Strategien für eine Umgestaltung auf nationaler Ebene* entworfen werden. Konzepte nachhaltiger Regional- oder Stadtentwicklung sowie Konzepte, die ausschließlich Ansätze einer globalen Steuerung zum Inhalt haben, wurden hingegen in die Untersuchung nicht miteinbezogen.

Auch die auf die nationale Ebene bezogenen Konzepte zu nachhaltiger Entwicklung sind nur bedingt miteinander vergleichbar. So werden nicht nur ökologische, sondern auch die unterschiedlichsten sozialen Probleme, Fragen des Wirtschaftswachstums und der Standortsicherung, aber auch Themen wie Partizipation, Emanzipation usw. in Verbindung mit nachhaltiger Entwicklung diskutiert. Eine vollständige Darstellung der Kontroversen zu allen Teilthemen des SD-Diskurses hätte den Rahmen dieser Untersuchung gesprengt. Im Zentrum stehen daher vor allem jene Dokumente, die - zumindest in Ansätzen - *integrierte Konzepte nachhaltiger Entwicklung* für die nationale Ebene entwickeln.

Diesen Kriterien entsprachen zu Beginn des Projekts (März 1995) die bereits vorliegenden bzw. in Ausarbeitung befindlichen programmatischen Texte folgender Institutionen:

Das "Umweltgutachten 1994" des Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU). Der Sachverständigenrat setzte sich als erste Institution auf nationaler Ebene systematisch mit dem Leitbild Sustainable Development auseinander. Im konkreten wurde zwar das Konzept nur exemplarisch anhand der Problembereiche "Umwelt und Verkehr" und "Umwelt und Landwirtschaft" ausgeführt. Auf übergeordneter Ebene wurden jedoch methodische Grundlagen für ein "integratives Gesamtkonzept" entwickelt (SRU 1994: 3).

Der Bericht "Die Industriegesellschaft gestalten" (1994) der Enquete-Kommission des 12. Deutschen Bundestags „Schutz des Menschen und der Umwelt“. In diesem Bericht wurde eine generelle Operationalisierung des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung vorgenommen und anhand der Stoffflussthematik konkretisiert. Diese Operationalisierung beinhaltet - so zumindest der selbstgesetzte Anspruch - eine für die ökologische Umgestaltung der Industriegesellschaft generell anwendbare Vorgehensweise.

Die im Auftrag von BUND (Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland) und MISEREOR vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie erstellte Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" (1996). In dieser Studie wurde der Versuch unternommen, Handlungsstrategien für die als besonders relevant erachteten Problembereiche sowie konkrete, bereichsspezifische Leitbilder zur Gestalt eines nachhaltigen bzw. zukunftsfähigen Deutschland zu entwerfen.

Diese drei Dokumente waren die zentralen Bezugspunkte der deutschen Debatte um nachhaltige Entwicklung bis Ende 1997. Sie unterscheiden sich deutlich in ihrem Verständnis von Sustainable Development und in der Art der propagierten Handlungskonzepte. Diese Unter-

schiede sind Ausdruck der unterschiedlichen institutionellen Akteursrationalitäten (Wissenschaft, politische und ökonomische Akteure sowie Bewegungsakteure) und der damit verknüpften unterschiedlichen Welt- und Naturbilder. Damit ist das gesamte Spektrum der relevanten SD-Positionen aber noch nicht abgedeckt. Zwar waren in der Enquete-Kommission Repräsentanten der Regierungsparteien, der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Umweltgruppen vertreten; im Endbericht wird aber zumeist nur der "gemeinsame Nenner" zwischen diesen Gruppen, nicht die internen Differenzen sichtbar. Ergänzend zu den Berichten des Sachverständigenrats, der Enquete-Kommission und des Wuppertal-Institut wurden daher - aufgrund ihrer gesellschaftlichen und politischen Bedeutung - Dokumente der Bundesregierung, von Wirtschaftsverbänden sowie von Gewerkschaften in die Analyse miteinbezogen.

Zur Position der deutschen Bundesregierung konnten Dokumente der unterschiedlichen Ministerien sowie der nationale Bericht für die "Commission for Sustainable Development" (CSD), der für den Rio-Folgeprozess zuständigen UNO-Organisation, herangezogen werden (BMU 1997). In diesem Bericht werden sowohl die gegenwärtigen umweltpolitischen Maßnahmen, wie auch die zukünftigen Handlungsschwerpunkte und Grundzüge mittelfristiger Handlungskonzepte dargestellt.

Die Position des VCI kann in der Nachhaltigkeitsdebatte als repräsentativ für das Lager der deutschen Großindustrie angesehen werden. Während die Ergebnisse des 1996 im Auftrag des VCI und der IG Chemie-Papier-Keramik durchgeführten Diskursprojekts „Bausteine für ein zukunftsfähiges Deutschland“ (IFOK 1997) im Untersuchungszeitraum noch nicht vorlagen, konnte sich die Studie doch auf eine Reihe von Diskussionspapieren stützen, die die Grundposition des VCI deutlich machten. Ergänzend wurde ein Vortrag des damaligen BDI-Präsidenten Henkel in die Auswertung miteinbezogen. In deutlichem Kontrast zu diesen Handlungskonzepten steht ein Positionspapier des Bundes Junger Unternehmer (BJU), einer Vereinigung mittelständischer junger Unternehmer. Durch die Analyse und Gegenüberstellung der Positionen dieser unterschiedlichen Wirtschaftsverbände wird das Meinungsspektrum innerhalb der Wirtschaft deutlich.

Auch innerhalb der Gewerkschaften gewinnt die Debatte um Nachhaltige Entwicklung eine wachsende Bedeutung. Ein großes, von der Hans Böckler Stiftung finanziertes Verbundprojekt zu dieser Thematik („Arbeit und Ökologie“) wurde im Sommer 2000 vorgelegt. Im Untersuchungszeitraum lagen allerdings erst allgemeine Grundsatzpapiere des DGB und der IG Chemie vor, in denen zum Themenbereich Sustainable Development Stellung genommen wurde. Insgesamt zeigen diese Papiere, dass sich die Erarbeitung gemeinsamer Handlungskonzepte aufgrund der unterschiedlichen Interessen der Einzelgewerkschaften als schwierig erweist. Auf diese gewerkschaftsinterne Problematik wird - unter Bezug auf Interviews, die im Rahmen des Projekts durchgeführt wurden - in Kapitel 9 näher eingegangen. Ob die „Wege in eine nachhaltige Zukunft“ (Hans Böckler Stiftung 2000) einen innovativen Ausweg aus diesem Dilemma weisen, wird sich erst noch zeigen müssen.

Um Aufschluss über die interne Diskussionsverläufe und Hintergrundkontroversen zwischen den an der Erstellung der jeweiligen Dokumente beteiligten Akteure zu erhalten, wurden ergänzend *leitfadengestützte Experteninterviews* durchgeführt. Das schien insbesondere im Falle der Enquete-Kommission von Bedeutung, da sich die Kommission nicht aus einer

homogenen Akteursgruppe, sondern aus Repräsentanten unterschiedlichster politischer und gesellschaftlicher Gruppen zusammensetzt. Insgesamt wurden einundzwanzig Interviews durchgeführt und transkribiert, sieben Interviews mit Vertretern der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (auch mit Mitgliedern der Nachfolge-Kommission des 13. Deutschen Bundestags), ein Interview mit V. Hauff, dem deutschen Mitglied in der Brundtland-Kommission, je eines mit einem Vertreter des „Forums Umwelt und Entwicklung“ und des Deutschen Naturschutzrings, zwei Interviews mit Autoren der Wuppertal-Studie, zwei Interviews mit Vertretern der Gewerkschaften (DGB, IG Bau), vier Interviews mit Vertretern des Umweltministeriums sowie je eines mit einem Vertreter des Wirtschafts-, des Bau- und des Verkehrsministeriums.

Die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland", die bewusst als provokativer Anstoß für eine kontroverse Diskussion um nachhaltige Entwicklung konzipiert war, ließ eine breitere öffentliche Debatte und das Aufbrechen entsprechender Kontroversen erwarten. Aus diesem Grund wurde zusätzlich eine *begleitende Analyse der massenmedialen Diskussion* um die Wuppertal-Studie (in Tageszeitung, Zeitschriften und Fachpresse) durchgeführt. Ausgewertet wurden v.a. die Pressedokumentation von BUND/Misereor zur Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“. Es zeigte sich allerdings, dass die Studie in den Massenmedien zwar rezipiert und in ihren Kernargumenten dargestellt wurde, damit aber keine breitere öffentliche Kontroverse ausgelöst werden konnte. Kritik wurde vor allem in Fachzeitschriften und in Stellungnahmen bestimmter Akteursgruppen (Bauernverbände, Nord-Süd-Bewegung) geäußert. Diese wurden in die Auswertung miteinbezogen.

1.4 Zur Methode der Datenauswertung

Methodisch folgt die Studie einem diskursanalytischen Verfahren. Angestrebt wurde zunächst eine am Modell der „frame analysis“ orientierte Methode der Auswertung von Akteursdokumenten, Medientexten und verschrifteten Interviews.⁷ Die mit einer Kombination von qualitativen und quantitativen Auswertungsschritten arbeitende Rahmenanalyse wurde jedoch am Gegenstand von Mediendiskursen entwickelt (vgl. Gamson/Modigliani 1989, Donati 1992, Pofperl 1997, Keller 1998). Im Gegensatz dazu liegen dieser Untersuchung im wesentlichen ausgewählte Dokumente institutioneller Akteure zugrunde. Das erschwerte eine stringente Übernahme des methodischen Verfahrens der „frame analysis“. Noch ungeeigneter für die Analyse politischer Dokumente, die immer auch in strategischer Absicht erstellt werden und das Ergebnis oft schwieriger, interner Verhandlungen darstellen, erschienen allerdings die sequenzanalytischen Verfahren der Deutungsmusteranalyse (Lüders/Meuser 1997: 41ff). Ein zusätzliches Problem war daraus entstanden, dass die für hermeneutische Textinterpretationen fast unabdingbare Kontrollmöglichkeit durch kritisch begleitende Gruppendiskus-

⁷ Ein solches Verfahren wurde bereits in der DFG-Studie zur „Ökologischen Kommunikation in Deutschland“ (Brand/Eder/Pofperl 1997) wie in der ergänzenden, von der Europäischen Kommission finanzierten komparativen Studie „Framing and Communicating Environmental Issues“ (Eder 1995) erprobt.

sionen aufgrund der Halbierung der beantragten Stellen kaum mehr gegeben war. Die qualitative Interpretation der ausgewählten Dokumente konnte sich so nur lose an das Konzept der Rahmenanalyse anlehnen. Sie orientierte sich an dem generellen Ziel interpretativer Analysen, sukzessive, über die Rekonstruktion von Argumenten, Symbolisierungen und zugrundeliegenden Deutungsmustern, manifeste wie latente Sinnstrukturen herauszuarbeiten.

In einem ersten Schritt wird so die Sinnstruktur, die innere Logik der verschiedenen Texte, insbesondere der drei zentralen institutionellen Dokumente, über die Analyse der jeweiligen argumentativen und symbolischen Rahmungen, die dabei erkennbaren Positionen (zu den Dimensionen: Zielsetzung, Problemwahrnehmung und Handlungskonzepte) und die zugrundeliegenden Deutungsmuster (strukturierende Menschen- und Naturbilder, Gerechtigkeitskonzepte, Herrschaftsverständnis usw.) rekonstruiert.

In einem darauf folgenden Schritt wird gefragt, inwieweit die untersuchten Konzepte nachhaltiger Entwicklung ein konsistent strukturiertes „package“ von Rahmungen darstellen oder Mischungen unterschiedlicher Rahmungen aufweisen. Letzteres war insbesondere bei institutionellen Dokumenten zu erwarten, an der Vertreter unterschiedlicher Akteursgruppen mitgearbeitet hatten, wie etwa beim Bericht der "Enquete-Kommission zum Schutz des Menschen und der Umwelt".

In einem dritten Schritt wird durch den Vergleich der von den verschiedenen Akteursgruppen vertretenen Rahmungen des Nachhaltigkeitskonzepts die Gesamtstruktur des deutschen Diskurses um nachhaltige Entwicklung herausgearbeitet. Zu diesem Zweck werden zum einen bereits in der Analyse der einzelnen Dokumente die Besonderheiten des jeweiligen Konzepts im Vergleich zu den bereits besprochenen hervorgehoben. Die 'Ordnung des Diskurses' wird zum anderen aber auch noch in einem resümierenden systematischen Vergleich dargestellt.

2. Der Rahmen wird gesetzt: Brundtland-Report und „Agenda 21“

Der Begriff der "Nachhaltigkeit" entstammt der deutschen Forstwirtschaft des 18. Jahrhunderts und bezeichnet dort ein Prinzip der Forstwirtschaft, demzufolge ein Wald so zu nutzen sei, dass - je nach forstwirtschaftlicher Interpretation - ein gleichbleibender Holzbestand, eine dauerhafte Holzgewinnung oder einen dauerhafter Gewinn gewährleistet ist (vgl. Schanz 1996). Das Bewirtschaftungsprinzip wurde in der Folgezeit auch in anderen Ländern eingeführt und insbesondere im angloamerikanischen Raum unter dem Begriff "sustained yield" auch auf die Nutzung anderer natürlicher Ressourcen (z.B. Fischerei) übertragen. In die globale Umweltdiskussion wurde der Begriff erstmals durch die von der IUCN herausgegebene "World Conservation Strategy" eingeführt (IUCN 1980). Inhalt dieses Programms waren Strategien zu einer dauerhaften Nutzung der natürlichen Ressourcen, die primär unter dem Begriff "sustainable use" und nur in einigen Passagen unter „sustainable development“ diskutiert wurden. Als Beginn der Karriere des Konzepts Sustainable Development als globales Leitbild zukünftiger Entwicklung ist der Bericht "Our Common Future" (Hauff 1987) der Brundtland-Kommission anzusehen.

2.1 Der Brundtland-Report

Die formelle Grundlage für die Einberufung der "Weltkommission für Umwelt und Entwicklung" war ein Aufruf der "Generalversammlung der Vereinten Nationen", ein "weltweites Programm des Wandels" zu formulieren, um "bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus dauerhafte Entwicklung zu erreichen" (Hauff 1987: XIV). Der Generalsekretär der UNO forderte 1983 die damalige sozialdemokratische norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland auf, eine unabhängige Kommission zu gründen und deren Vorsitz zu übernehmen. Auf Einladung von Gro Harlem Brundtland hin konstituierte sich 1984 die Weltkommission aus 23 - bzw. nach Ausscheiden des mexikanischen Mitglieds 22 - Politikern und Wissenschaftlern aus verschiedenen Staaten. Aus Deutschland war der ehemalige sozialdemokratische Forschungsminister Volker Hauff vertreten.

Zwei Problemfelder standen im Zentrum der Kommissionsarbeit: Zum einen die Armut in den Ländern der Dritten Welt und die - entgegen den Hoffnungen und Versprechungen der vorausgegangenen Jahrzehnte - weiter bestehende "Unterentwicklung" großer Teile der Welt, zum anderen die Gefährdung der natürlichen Grundlagen gesellschaftlicher Entwicklung aufgrund von Umweltzerstörung und exzessiven Ressourcenverbrauchs. Die Kommission hatte den Auftrag, eine globale Handlungsstrategie für einen Entwicklungsprozess zu schaffen, der sowohl eine Überwindung der Armut als auch den langfristigen Erhalt der natürlichen Ressourcen gewährleisten sollte.

Hinter dieser doppelten Zielsetzung verbargen sich unterschiedliche Interessen. Für die Vertreter der Industriestaaten stand die Sorge um die natürlichen Ressourcen im Vordergrund. Die Länder des Südens befürchteten, dass ihnen unter dem Vorzeichen des Ressourcenschonung nun jene Entwicklung verwehrt würde, die dem Norden zu seinem Wohlstand verholfen hatte, und forderten eine Fortsetzung des Entwicklungsprozesses.

Der Brundtland-Kommission gelang es mit "Our Common Future" eine strategische Perspektive zu entwickeln, in der diese potentiellen Interessengegensätze überwunden wurden. Mit dazu beigetragen hatte, dass die Kommission zwar organisatorisch mit den Vereinten Nationen verbunden war, aber keiner direkten staatlichen oder UN-Überwachung unterlag, und die Mitglieder nicht als Vertreter von Regierungen und Staaten, sondern als Einzelpersonen an der Kommission beteiligt waren. Die Kommissionsarbeit war getragen von dem Gedanken der "einen Erde"; beschworen wurde der "Weg zum globalen Bewusstsein" und die "gemeinsame Zukunft". Die Brundtland-Kommission stellte somit ein globales Expertengremium dar, in dem die real vorhandenen Gegensätze zwischen den Staaten der Erde nicht voll zum Tragen kamen, und sie entwickelte eine globale Handlungsstrategie, für deren institutionelle und politische Durchsetzung die Voraussetzungen erst geschaffen werden mussten. Vorschläge für eine Stärkung der Rolle der UNO waren dementsprechend auch ein wesentlicher Bestandteil des Berichts (ebd.: 302 ff.).

Das Bemühen um eine gemeinsame konsensfähige Strategie führte in der Kommission dazu, Entwicklungs- und Umweltinteressen so miteinander in Beziehung zu setzen, dass Interessengegensätze möglichst unthematisiert blieben und die vorgeschlagenen Lösungsstrategien allen Interessen gerecht wurden. So wurde z.B. Armut als eine wesentliche Ursache von Umweltzerstörung angesehen und daraus der Schluss gezogen, dass globales wirtschaftliches Wachstum sowohl für die Beseitigung von Unterentwicklung als auch von Umweltzerstörung notwendig sei (ebd.: 92). Zugleich wurde jedoch die gegenwärtige Form von wirtschaftlichem Wachstum auch als Ursache von Umweltzerstörung und nicht-nachhaltigen Ressourcenverbrauch thematisiert. Gefordert wurde aber keine grundlegende Abkehr vom Wachstumsmodell, sondern nur eine Veränderung der Wachstumsqualität - ein "Wachstum weltweit mit Rücksicht auf die umweltbedingten Beschränkungen" (ebd.). Dieses Festhalten am Wachstumsmodell war ein wesentlicher Kritikpunkt der Umweltverbände am Brundtland-Report und zugleich eine wichtige Ursache für seine Akzeptanz in Regierungs- und Wirtschaftskreisen (vgl. Harborth 1991).

Insgesamt liegt dem Kommissionsbericht die Annahme zugrunde, dass aufgrund der "Verflechtung der Krisen" (ebd.: 4) eine integrierte Lösungsstrategie - eben ein "globales Programm des Wandels" - notwendig ist und dass das, was notwendig, auch möglich ist. Trotz einer pessimistischen Problembeschreibung durchzieht den Brundtland-Report der Glaube an die Beherrschbarkeit der aufgetretenen globalen Probleme, u.a. die Hoffnung, dass "ein entschlossenes politisches Vorgehen möglichst bald die Voraussetzungen für eine umfassende Verwaltung der Umweltressourcen schafft" (ebd.: 2).

Gebündelt wurde diese Vision von der Möglichkeit eines integrierten globalen Handelns sowie von der Verbindung des Wachstumsziels mit einer gleichzeitigen qualitativen Korrektur des Wachstumsmodells im Konzept „Sustainable Development“. Damit schuf die Kom-

mission das Leitbild, das seither die umwelt- und entwicklungspolitische Diskussion bestimmt und auf der Umweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 als übergeordnete Zielsetzung für das 21. Jahrhundert formuliert und durch die Weltgemeinschaft legitimiert wurde. In seiner Unschärfe ließ das Leitbild viele Interpretationen zu, was zur Folge hatte, dass Sustainable Development letztlich - so der Vorwurf vieler Kritiker - zu einer "Leerformel" wurde, die nach Belieben ausgefüllt werden könne. Zugleich wurde damit aber eine spezifische Perspektive auf die soziale und ökologische Krise durchgesetzt, die andere Problemwahrnehmungen und Lösungsansätze ausgrenzte. Zum Verständnis des deutschen Nachhaltigkeits-Diskurses und der darin vorgenommenen Akzentuierungen ist deshalb eine intensivere Auseinandersetzung mit der im Brundtland-Report entwickelten Sichtweise von Sustainable Development nötig. Definiert wurde es in der von Hauff herausgegebenen deutschen Übersetzung von "Our Common Future" folgendermaßen:

"Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können. Zwei Schlüsselbegriffe sind wichtig:

- Der Begriff von "Bedürfnissen" insbesondere der Grundbedürfnisse der Ärmsten der Welt, die die überwiegende Priorität haben sollten; und
- der Gedanke der Beschränkungen, die der Stand der Technologie und sozialen Organisation auf die Fähigkeiten der Umwelt ausübt, gegenwärtige und zukünftige Bedürfnisse zu befriedigen." (Hauff 1987: 46)

Primäres Ziel einer "dauerhaften Entwicklung" - so die damalige deutsche Übersetzung von Sustainable Development - ist dieser Definition zufolge die Befriedigung von menschlichen Bedürfnissen. Gemeint ist allerdings nicht nur die Gewährleistung des untersten Bedürfnis-Levels; angestrebt wird vielmehr, "dass der Fortschritt, den einige während des letzten Jahrhunderts erlebt haben, in den nächsten Jahren allen zuteil wird" (ebd. 32), d.h. eine Ausdehnung des Wohlstandsniveaus des reichen Nordens auf die gesamte Welt.

Als Voraussetzung dafür gilt der Kommission "Entwicklung". Damit wird die individuelle Bedürfnisbefriedigung direkt mit einem abstrakten und vieldeutigen Begriff verknüpft, der einen gesellschaftlichen Prozess bezeichnet. Der Begriff der "Entwicklung" bedeutet dabei im engeren Sinne Entwicklung der "unterentwickelten" Staaten und knüpft somit an die nach dem zweiten Weltkrieg für die Staaten der Dritten Welt propagierte "Entwicklungsdoktrin" an (vgl. Sachs 1992). In einem weiteren Sinne ist "Entwicklung" - so Gro Harlem Brundtland in ihrem Vorwort zu "Our Common Future" - aber "das, was wir alle tun im Versuch, unser Schicksal auf dieser Welt zu verbessern" (ebd.: XXI) und beinhaltet auch die "Entwicklung" des Nordens. Im Brundtland-Report werden daher auch "dauerhafter Fortschritt" (ebd.: 2) und "dauerhaftes Wachstum" (ebd.: 92) synonym für "dauerhafte Entwicklung" verwendet. Das Leitbild Sustainable Development stellt somit keinen Bruch mit bisherigen Vorstellungen dar, sondern hält an den Fortschrittsversprechungen der Moderne fest.

Neu an Sustainable Development ist, dass die "Entwicklungs"-Perspektive durch das Adjektiv "sustainable" in einen längerfristigen Zeithorizont gestellt wird. Nicht nur die gegen-

wärtige, sondern auch die zukünftige Bedürfnisbefriedigung und Entwicklung der Menschheit soll gesichert sein. Wurde im bisherigen Entwicklungsdenken der Fortschritt als linearer, unaufhaltsamer Prozess verstanden, so erfolgt nun eine Reflexion des Risikos der langfristigen Untergrabung der natürlichen Entwicklungsbedingungen durch den Entwicklungsprozess selbst. Im Begriff "sustainable" ist das Ziel der Bewahrung der natürlichen Ressourcen und der Umwelt enthalten. Allgemein bedeutet das Adjektiv "sustainable" allerdings nur, dass etwas andauert; was andauern soll, ist offen (vgl. Pearce 1988). Umwelt- und Ressourcenschutz ist dabei kein Ziel per se, sondern wird nur indirekt aus der übergeordneten Zielsetzung der "Dauerhaftigkeit" von "Entwicklung" abgeleitet. Damit erfolgte gegenüber der "World Conservation Strategy" ein Bedeutungswandel: War dort Sustainable Development noch eindeutig auf die Dauerhaftigkeit der natürlichen Ressourcen bezogen worden, so wird nun "Entwicklung" zum Schutzziel. Im anthropozentrischen Leitbild Sustainable Development wird nicht die Dauerhaftigkeit von Natur und Umwelt als Eigenwert angestrebt, sondern nur als Funktion für gesellschaftliche Entwicklung. Schranken und Grenzen werden in der Sichtweise des Brundtland-Reports nicht durch die Umwelt als solche gesetzt, sondern durch den Stand der Technologie und der sozialen Organisation, diese Umwelt zu nutzen.

Diese Fokussierung auf den Prozess der Entwicklung lässt eine unterschiedliche Beantwortung der Frage, welche Bedingungen zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung zu erfüllen seien, zu. Die Bandbreite reicht von "sustainability" als Postulat der nachhaltigen Sicherung des Naturkapitals - in der Literatur auch als "strong sustainability" bezeichnet - bis hin zur Ersetzung von Naturkapital durch technische Innovationen und ökonomisches Kapital, was als „weak sustainability“ gilt (vgl. Pearce 1988). Dahinter verbergen sich zugleich unterschiedliche Vorstellungen über den notwendigen Kurswechsel. Bedeutet für die einen Sustainable Development primär das Ziel der Fortsetzung der gegenwärtigen Entwicklung - auch auf Kosten einer möglichen Zerstörung bzw. Veränderung der Natur -, so verbinden andere damit das unverhandelbare Ziel der Bewahrung von Natur und folgern daraus die Notwendigkeit einer grundlegenden Korrektur des bisherigen Fortschrittsmodells. Im Brundtland-Report war - unter der optimistischen Annahme der Vereinbarkeit - beides enthalten: Gesetzt wurde sowohl die Korrektur des Entwicklungsmodells mit dem Ziel der Sicherung der natürlichen Ressourcen wie auch das Festhalten am bisherigen Entwicklungspfad. Mit Sustainable Development wurde letztlich ein paradoxes Leitbild geschaffen: Konservierung und Veränderung von Entwicklung zugleich.

An Sustainable Development als konservierendem Leitbild entzündete sich zunächst die Kritik von umwelt- und entwicklungspolitischen Akteuren. Nachhaltige Entwicklung setze jenes Denken fort, durch das das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell des "entwickelten" Westens als Vorbild gesetzt wurde (vgl. Sachs 1992). Unhinterfragt bleibe jene lineare Geschichtsauffassung, in der der Modernisierungsprozess als eine "Art Kochbuch, worin die Zutaten zum schmackhaften Gericht Entwicklung enthalten sind", verstanden wird (Arts 1994: 8). Mit der Forderung nach weltweitem "dauerhaftem Wachstum" als Voraussetzung einer Entwicklung der Dritten Welt und von Bedürfnisbefriedigung bliebe gerade jenes Prinzip unangetastet, das als wesentliche Ursache für Nicht-Nachhaltigkeit anzusehen sei (vgl. Harborth 1993: 63 ff.). Nach anfänglicher Ablehnung versammelten sich jedoch zunehmend auch

die Kritiker unter dem "Dach" des SD-Diskurses. Zum einen bot die Forderung nach dem Erhalt der natürlichen Ressourcen die Möglichkeit, auch Positionen zu Sustainable Development zu entwickeln, die eine grundlegende Veränderung des Entwicklungsmodells beinhalten. Zum anderen war in "Our Common Future" auch die ungleiche Verteilung von Ressourcen als Ursache von Unterentwicklung und Armut benannt und sowohl Gerechtigkeit zwischen gegenwärtigen und zukünftigen Generationen wie auch innerhalb der gegenwärtigen Generation eingefordert worden:

"Diese Dauerhaftigkeit kann nur dann sichergestellt werden, wenn Entwicklungsvereinbarungen einbeziehen, dass sich der Zugang zu Ressourcen und Verteilung von Kosten und Nutzen verändert. Sogar der enge Begriff Dauerhaftigkeit bedeutet die Verantwortung für soziale Gerechtigkeit zwischen den Generationen, die sich logischerweise auch bezieht auf die Gerechtigkeit innerhalb jeder Generation". (Hauff 1987: 46)

In Anknüpfung an diese Definition werden die Prinzipien der *intra-* und *intergenerative Gerechtigkeit* von vielen Autoren als konstitutive Prinzipien nachhaltiger Entwicklung angesehen (vgl. u.a. Pearce 1988, Harborth 1991, Jörissen et al. 2000). Der Begriff der "Gerechtigkeit" wurde im Brundtland-Report zweifellos nicht im Sinne einer absoluten Verteilungsgleichheit verstanden. Sehr wohl wurde aber eine Verminderung von Ungleichheit, ein mehr an "Gerechtigkeit innerhalb und zwischen Nationen" als Ziel einer nachhaltigen Entwicklung formuliert (vgl. Hauff 1987: 46ff.). Nicht nur die ökonomische Dimension des Wachstum und die ökologische der Ressourcenschonung waren damit in dem von der Kommission entwickelten Leitbild enthalten, sondern auch die soziale Dimension der gerechteren Verteilung. Neben der gängigen Interpretation im Sinne von "umweltverträglicher Entwicklung" lässt sich Sustainable Development so auch im Sinne einer "sozial gerechten Entwicklung" verstehen. Der Bericht "Our Common Future" bezog das Prinzip der intragenerativen Gerechtigkeit allerdings primär auf das Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Verteilungsunterschiede in den reichen Ländern erschienen zweitrangig. Erst im deutschen Diskurs wurde - in unterschiedlichem Ausmaß - auch die Frage der innergesellschaftlichen Gerechtigkeit miteinbezogen.

Die Mehrdeutigkeit von Sustainable Development im Brundtland-Report kann so sowohl die - inzwischen erreichte - akteursübergreifende Akzeptanz des Leitbilds, als auch die Vielfalt und Heterogenität der akteurspezifischen Interpretationen dieses Handlungskonzepts erklären. Im Brundtland-Report selbst wird eine integrative Deutung verfolgt, die allen Zielen zugleich gerecht werden will. Es werden Maßnahmen empfohlen, die zu einer Intensivierung des globalen Wirtschaftswachstum beitragen sollen. Dabei wird jedoch nicht auf eine der nachhaltigen Entwicklung förderliche Selbstregulierung des Marktes vertraut, sondern zugleich für eine gesellschaftliche Regulierung der ökonomischen Rahmenbedingungen plädiert (ebd.: 218 ff). So werden Strategien zur Lösung der Bevölkerungsproblematik, der Sicherung der Welternährung, der Bewahrung der Artenvielfalt und der Ökosysteme, der langfristigen Gewährleistung der Energieversorgung bei gleichzeitiger Minderung der Risiken - offen bleibt dabei die Frage der Zukunft der Kernenergie - und der Bewältigung der Probleme

des urbanen Wachstums entwickelt. Den unterschiedlichen Konzepten liegt dabei jene zu Beginn von "Our Common Future" formulierte Annahme zugrunde, dass - auch in einem globalen marktwirtschaftlichen System - die Probleme der technologischen und gesellschaftlichen Entwicklung beherrschbar seien (ebd.: 9). Adressaten der Appelle sind sowohl einzelne Individuen und kollektive Akteursgruppen (wie z.B. die Wirtschaft) als auch regionale Organisationen und nationale Regierungen. Insofern trifft die Kritik, die Strategie einer nachhaltigen Entwicklung leiste einer Herrschaft globaler Experten Vorschub (vgl. Sachs 1992), nur bedingt zu. Zweifellos wurde aber im Brundtland- Report mit der Forderung nach einer Stärkung der internationalen Institutionen, nach internationalen Vereinbarungen und globaler Überwachung der Ressourcennutzung der Weg in diese Richtung bereitet (vgl. Hauff 1987: 259 ff). Besonders deutlich wird dies an den in die Weltraumtechnologien gesetzten Hoffungen - "Weltraum: Der Schlüssel zur Dauerhaften Entwicklung" lautet die Überschrift des entsprechenden Kapitels -, da sie die Möglichkeit bieten, "das Leben auf dem Planeten zu beobachten und den Menschen zu helfen, ihre Gesundheit zu schützen" (ebd.: 273).

Insgesamt kann "Our Common Future" als eine ökologisch erweiterte, auf die globale Ebene ausgedehnte Version des "sozialdemokratischen" Modells einer gesellschaftlich gebändigten, sozialen Marktwirtschaft angesehen werden. Auf dieser Basis gelang es in der Kommission – nicht zuletzt weil weder aus dem "Osten" noch aus dem "Westen" Hardliner vertreten waren - ideologische Barrieren und Interessengegensätze zu überbrücken und ein für viele Akteursgruppen konsensfähiges "weltweites Programm des Wandels" vorzulegen.

2.2 „Agenda 21“

Der Brundtland-Report begründete nicht nur den Sustainable Development-Diskurs, sondern war auch ein wesentlicher Anstoß für die Einberufung der Konferenz der Vereinten Nationen für "Umwelt und Entwicklung" (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro. Der Konferenz voraus gingen seit 1989 schwierige Verhandlungen zwischen den Regierungen mit dem Ziel, die von der Brundtland-Kommission gegebenen Empfehlungen zu politisch und rechtlich verbindlichen Handlungsvorgaben weiterzuentwickeln. Auf der UNCED-Konferenz versammelten sich die Staats- und Regierungschefs bzw. die für Umwelt- und Entwicklungsfragen zuständigen Minister von 178 Staaten, um die erarbeiteten Strategien zur Lösung der umwelt- und entwicklungspolitischen Probleme abschließend zu diskutieren. Die wichtigsten Ergebnisse der Konferenz waren die Klimarahmenkonvention, das Abkommen zum Schutz der biologischen Vielfalt und die Walderklärung, die Rio-Deklaration, die Agenda 21, sowie die Einrichtung einer UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD), die den Rio-Folgeprozess überwachen und steuern sollte (vgl. BMU 1992a; 1992 b).

Die zentralen Grundsätze, die in Zukunft für den Bereich Umwelt und Entwicklung bestimmend sein sollten, wurden in der „Rio-Deklaration“ festgelegt. Einleitend wurde darin unmissverständlich der anthropozentrische Charakter des Leitbilds Sustainable Development deutlich gemacht: "Die Menschen stehen im Mittelpunkt der Bemühungen um eine nachhalti-

ger Entwicklung. Ihnen steht ein gesundes und produktives Leben in Einklang mit der Natur zu“ (Grundsatz 1). Festgeschrieben wurde ein "Recht auf Entwicklung", das auf eine Weise eingelöst werden müsse, dass es den Bedürfnissen heutiger und zukünftiger Generationen gerecht werde (Grundsatz 3). Gefordert wird darüber hinaus der Abbau nicht nachhaltiger Konsum- und Produktionsweisen, sowie - mit Blick auf die Entwicklungsländer - die Verfolgung einer angemessenen Bevölkerungspolitik (Grundsatz 8). Mit der Aufstellung von insgesamt 27 Grundsätzen wurden in der „Rio-Deklaration“ die übergeordneten Leitlinien einer nachhaltigen Entwicklung festgelegt.

In der „Agenda 21“ wurden dagegen auf 270 Seiten umwelt- und entwicklungspolitische Handlungsempfehlungen formuliert, die zur Verwirklichung der Ziele der Rio-Deklaration beitragen sollen. Die "Agenda 21", ein "umfassendes dynamisches Aktionsprogramm" (BMU 1992a: 19) für den Übergang ins 21. Jahrhundert, stellt einen zentralen Bezugspunkt für die internationale und nationale Diskussion um nachhaltige Entwicklung dar. Die Vielfalt der darin enthaltenen Zielsetzungen und Strategien ermöglichte es den unterschiedlichsten Akteuren, ihre jeweiligen Interpretationen von Sustainable Development unter Berufung auf dieses Dokument zu legitimieren.

Wie im Brundtland-Report, so werden auch in der "Agenda 21" Lösungsstrategien für umwelt- und entwicklungspolitische Probleme entwickelt. Sie stellt - so die Autoren in der Präambel - "den Beginn einer neuen globalen Partnerschaft dar, die auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist" (BMU 1992 b: 9). Inhaltlich ist die „Agenda 21“ gegliedert in soziale und wirtschaftliche Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung, Strategien zur Erhaltung und Bewirtschaftung von natürlichen Ressourcen, akteursspezifische Empfehlungen sowie institutionelle Reformen. Als ein umfassendes Handlungskonzept zur Lösung der ökologischen und sozialen Probleme der Welt gedacht, enthält sie jedoch - aufgrund des Drucks von Wirtschaftsverbänden und der Blockadehaltung der USA - keine weiterreichenden und verbindlichen Forderungen. Im Gegensatz zum Brundtland-Report, in dem sich auch Ansätze einer Kritik an bestehenden Wirtschaftsstrukturen und die Forderung nach einer gesellschaftlichen Steuerung von ökonomischen Prozessen fanden, wurde in der „Agenda 21“ eine weitere Liberalisierung der Weltwirtschaft als Voraussetzung von Nachhaltigkeit postuliert.⁸ Im wesentlichen konzentriert sich die „Agenda 21“ auf die Strategie, nachhaltige Entwicklung durch technischen Fortschritt herbeizuführen. Große Potentiale wurden dabei in der Biotechnologie - inklusive der Gentechnik - gesehen. Als notwendig wird auch eine Veränderung der Konsummuster in den Industrieländern erachtet. Den Kommunen wird - auf einer halben Seite in dem 200 Seiten umfassenden Dokument - das Mandat zur Erstellung kommunaler Aktionspläne unter Beteiligung der Bürger erteilt. Strategien, die auf eine gesellschaftliche Steuerung von Produktionsprozessen oder gar eine Veränderung des kapitalistischen Systems

⁸ "Dementsprechend soll die internationale Staatengemeinschaft a) dem Protektionismus Einhalt gebieten und ihn umkehren, um eine weitere Liberalisierung und Expansion des Welthandels zum Wohle aller Länder, insbesondere aber der Entwicklungsländer, zu bewirken; b) für ein ausgewogenes, sicheres, diskriminierungsfreies und berechenbares internationales Handelssystem sorgen; c) die baldige Einbindung aller Länder in die Weltwirtschaft und das internationale Handelssystem erleichtern" (BMU 1992b: 12).

als solchem zielen, werden hingegen systematisch ausgeklammert. Im folgenden soll der Inhalt und die anvisierten Lösungsstrategien der „Agenda 21“ kurz charakterisiert werden.

Im *ersten Teil der „Agenda 21“* werden soziale und ökonomische Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung thematisiert. Was die ökonomischen Voraussetzungen betrifft, so wird eine weitere Liberalisierung des globalen Welthandels gefordert (Kapitel 2). Diese würde zu Wirtschaftswachstum, einer optimaleren Verteilung der Güter - was insbesondere für Entwicklungsländer von Nutzen sei - und zur Gewinnung der für Umweltschutz notwendigen Ressourcen führen. Umweltaspekte müssten derart berücksichtigt werden, dass sich Umweltschutz und Handelsbelange gegenseitig fördern. Unter anderem seien Hindernisse für ein freies Unternehmertum zu beseitigen. Um die Armut in der dritten Welt zu beseitigen, müssten die Regierungen der Entwicklungsländer Maßnahmen wie Dezentralisierung und Zugang zu Landbesitz einleiten. Die Beteiligung der Bevölkerung auf lokaler Entscheidungsebene und von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), nachhaltiges Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen sei zu fördern (Kapitel 3).

Zugleich werden nicht nachhaltige Produktions- und Konsummuster - insbesondere in den Industrieländern - als zentrales Problem angesehen. Eine "Veränderung von Konsumgewohnheiten" - so die Überschrift von Kapitels 5 - sei notwendig. Zugleich sei eine Strukturveränderung der modernen Industriegesellschaft weg vom materialintensiven Wachstum, die Entwicklung umweltfreundlicher Technologien und eine Internalisierung externer Umweltkosten anzustreben. Thematisiert werden damit sowohl Produktions- wie Konsummuster, der Schwerpunkt wird aber auf die Nachfrageseite und die Veränderung von "Werten" gelegt. Die Bundesregierung begrüßt in ihrer Bewertung des Kapitels "die Betonung der Rolle des Verbrauchers, der durch Aufklärung, Produktinformation und eco-labelling in den Stand versetzt werden soll, insbesondere durch seine Kaufentscheidung auch außerhalb ordnungsrechtlicher Vorgaben das Notwendige von sich aus zu tun" (BMU 1992a: 21).

Vor allem auf Entwicklungsländer bezieht sich die Forderung zur Verringerung des Bevölkerungswachstums (Kapitel 5). Diese gefährde - neben Produktionsweisen und Konsummustern - die Lebensgrundlagen der Menschen. Gefordert wird dabei weniger eine rigide staatliche Bevölkerungspolitik, sondern Aufklärung, Befriedigung von Grundbedürfnissen, die Förderung der ökonomischen Unabhängigkeit von Frauen u.a.m. Freiwilligkeit und Menschenwürde sollten dabei gewahrt bleiben. Weiterreichende Maßnahmen, die insbesondere von Politikern und Wissenschaftlern gefordert wurden, scheiterten am Widerstand von Entwicklungsländern, die die Thematisierung der "Bevölkerungsfrage" als ein Ablenken der Industrieländer von deren Eigenverantwortung ansahen.

Ebenfalls primär auf Entwicklungsländer beziehen sich Handlungsempfehlungen zum Schutz und zur Förderung der menschlichen Gesundheit (Kapitel 6). Gefordert wird die Verbesserung der Gesundheitsversorgung, die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, die Lösung der Gesundheitsprobleme in den Städten sowie die Verringerung der durch Umweltverschmutzung bedingten Gesundheitsrisiken. Eng damit verbunden ist die Problematik der Siedlungsentwicklung und Verstädterung (Kapitel 7). Gefordert wird eine umweltverträgliche

Siedlungsentwicklung sowie Maßnahmen zur Unterstützung von sozial unterprivilegierten Gruppen (Frauen, Arme, Obdachlose).

Institutionell wird eine Abkehr von der bisherigen sektoralen Umwelt- und Entwicklungspolitik und ihre Integration in alle anderen Politikbereiche für nötig befunden. Anzustreben sei eine stärkere Beteiligung betroffener gesellschaftlicher Gruppen, die verstärkte Einbeziehung lokaler Behörden in den Entscheidungsprozess und die Berücksichtigung ökologischer Knappheiten im Rahmen ökonomischer Aktivitäten.

Im *zweiten Teil der „Agenda 21“* werden unter der Überschrift "Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung" ökologisch unmittelbar relevante Themenbereiche angesprochen. Diskutiert werden Maßnahmen zum "Schutz der Erdatmosphäre" (Kapitel 9), zur Planung und Bewirtschaftung der Bodenressourcen (Kapitel 10), zur Bekämpfung der Entwaldung (Kapitel 11), der Wüstenbildung und der Dürren (Kapitel 12), zur nachhaltigen Bewirtschaftung von Berggebieten (Kapitel 13), zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft (Kapitel 14), zur Erhaltung der biologischen Vielfalt (Kapitel 15), zum Schutz der Ozeane, Meere und Klimagebiete und der Nutzung ihrer Ressourcen (Kapitel 17), zum Schutz der Süßwasserressourcen (Kapitel 18), zum umweltverträglichen Umgang mit toxischen Chemikalien sowie zur umweltverträglichen Entsorgung von gefährlichen Abfällen (Kapitel 20-22). Bezogen auf unterschiedliche räumliche, mediale und stoffliche Ebenen werden hier Maßnahmen zur Lösung von Problemen entwickelt, die sich auf der Input- und der Output-Seite der menschlichen Naturnutzung ergeben. Auf diese Strategien soll hier im einzelnen nicht eingegangen werden. Gefordert werden u.a. verbesserte umweltpolitische Informationssysteme, die Entwicklung integrierter Formen des Umweltschutzes, die Beteiligung Betroffener und die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit. Die Bedeutung der einzelnen Kapitel liegt allerdings weniger darin, was konkret an Maßnahmen formuliert wird, sondern vielmehr in der Setzung jener Themen, die von nun an als prioritäre Probleme der globalen Umweltpolitik angesehen werden.

Eine gewisse Sonderstellung nimmt das Kapitel 16 ein, in dem die "Umweltverträgliche Nutzung der Biotechnologie" behandelt wird. Hierin wird nicht die Beanspruchung von Natur - wie in den anderen Kapiteln - sondern die Nutzung einer Technologie diskutiert. Die Nutzung der Biotechnologie - einschließlich der Gentechnik - wird als ein wichtiges Instrument zur Lösung von Umwelt- und Entwicklungsproblemen verstanden. Sie könne zur Steigerung der Erträge im Agrarbereich, zu einer Erhöhung des Nährwerts von Nahrungsmitteln, zur Bekämpfung von Schädlingen, zu einer Minderung des Einsatzes von Chemie, dem Übergang zu ökologisch tragfähigen Bewirtschaftungsverfahren und damit zur Verbesserung der menschlichen Gesundheit beitragen. Bei ausreichender Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten und der Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen - so bspw. der Zusammenarbeit der an biologischen Ressourcen reichen Entwicklungsländer mit den über technisches Wissen verfügenden Industrieländern - könne die Biotechnologie für die Zwecke einer nachhaltigen Entwicklung genutzt werden. Notwendig sei u.a. "die Schärfung des Bewußtseins der Öffentlichkeit und der wichtigen Entscheidungsträger für die potentiellen und relativen Vorteile und Risiken der umweltverträglichen Anwendung der Biotechnologien" (ebd.: 137). Deutlich wird hier -

wie auch in vielen anderen Passagen der „Agenda 21“- ein relativ ungebrochener Glauben an den technischen Fortschritt als Voraussetzung einer nachhaltigen Entwicklung.

Im *dritten Teil der „Agenda 21“* wird unter der Überschrift "Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen" die Bedeutung der Teilhabe gesellschaftlicher Gruppen an Entscheidungsprozessen und die Notwendigkeit der Entwicklung neuer Beteiligungsgruppen betont. Die Rolle der Frauen im Umweltschutz und im Entwicklungsprozess solle gestärkt (Kapitel 24), Jugendliche und Kinder einbezogen (Kapitel 25), die Rolle eingeborener Bevölkerungsgruppen anerkannt und gestärkt (Kapitel 26), unabhängige Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gefördert und beteiligt (Kapitel 27), lokale Behörden in die Umsetzung der Agenda 21 einbezogen (Kapitel 28), die Rolle der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften gestärkt (Kapitel 29), Wissenschaftler und Techniker einbezogen (Kapitel 30) und die Position der Bauern aufgewertet werden (Kapitel 32). Für letztlich alle gesellschaftliche Gruppen wird damit ein Bedeutungszuwachs gefordert. Die "Stärkung der Rolle" bedeutet dabei zum einen die Einbindung dieser Gruppen in die Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung, zum anderen die Erhöhung ihrer Einflussmöglichkeiten auf den Entscheidungsprozess. Für alle gesellschaftliche Gruppen bot sich damit die Möglichkeit, die Durchsetzung ihrer eigenen Positionen mit Bezug auf die Agenda 21 zu legitimieren.

Der *vierte Teil der „Agenda 21“* befaßt sich mit finanziellen, technologischen, bildungspolitischen und institutionellen Maßnahmen zur Umsetzung der „Agenda 21“. Im Kapitel 33 wird die Frage der finanziellen Unterstützung der Entwicklungsländer behandelt. Die Industrieländer bekräftigten dabei ihr Ziel, 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe bereitzustellen. Während einige Staaten dabei das Jahr 2000 als Ziel akzeptieren, werden von anderen - wie der USA - nur die "bestmöglichen Anstrengungen" versprochen. Empfohlen wird auch der Einsatz von Schuldenerleichterung und Schuldenumwandlung zugunsten von Umweltschutzmaßnahmen. Maßnahmen zum Transfer umweltfreundlicher Technologien, insbesondere von Industrie- in Entwicklungsländer, werden im Kapitel 34 vorgeschlagen.

Zur Förderung der Forschung für eine nachhaltige Entwicklung (Kapitel 35) wird die Stimulierung der Forschung in den Entwicklungsländern, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Entscheidungsträgern, die Einbeziehung lokalen und regionalen Wissens und die Zusammenarbeit der verschiedenen Disziplinen gefordert. So sei insbesondere die Integration von Natur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften notwendig, um die Auswirkungen des wirtschaftlichen und sozialen Verhaltens der Menschen auf die Umwelt und umgekehrt der Belastung der Umwelt auf wirtschaftliche Aktivitäten besser zu verstehen. In Bezug auf Ausbildung und Schule wird eine stärkere Ausrichtung an den Problemen des Umweltschutzes und der nachhaltigen Entwicklung gefordert (Kapitel 36). Auf die nationale Handlungsebene bezogen sind Maßnahmen zur Stärkung einheimischer personeller und institutioneller Kapazitäten (Kapitel 37). Gefordert wird die Festlegung von Prioritäten und die Bestimmung von Instrumenten für die Umsetzung der „Agenda 21“ durch die einzelnen Länder. Jedes Land solle einen Bericht über die erforderlichen Kapazitäten zur Erarbeitung nationaler Strategien für eine nachhaltige Entwicklung erstellen.

Institutionelle Vorkehrungen im System der Vereinten Nationen wurden im Kapitel 38 behandelt. Empfohlen wird u.a. die Einrichtung einer „Kommission für nachhaltige Entwicklung“, die die Fortschritte bei der Umsetzung der Agenda 21 und die Einhaltung von Zusagen überwachen, Regierungsberichte und Berichte von NGOs prüfen sowie Empfehlungen an die Generalversammlung der UNO aussprechen soll. 1993 wurde dann auch eine entsprechende "Commission for Sustainable Development" (CSD) begründet.. Des weiteren wird eine Stärkung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) und des Entwicklungsprogramms der UN (UNDP) gefordert. Den nationalen Regierungen wird nahegelegt, nationale Berichte und nationale Aktionspläne zur Umsetzung der Agenda 21 auszuarbeiten, sowie NGOs in den Follow-Up-prozess der Konferenz einzubeziehen. Kapitel 39 befaßt sich mit internationalen Rechtsinstrumenten und -mechanismen. Angestrebt wird darin eine Fortentwicklung des internationalen Umweltrechts; zugleich wird aber auch - vor allem auf Drängen der Entwicklungsländer - eine Berücksichtigung "des empfindlichen Gleichgewichts zwischen Umwelt- und Entwicklungsbelangen" gefordert (ebd.: 279). Maßnahmen zum Schutz der Umwelt sollten nicht zu Benachteiligungen und einer Beschränkung des internationalen Handels führen.

Im abschließenden Kapitel werden Maßnahmen für eine Verbesserung der Informationen für die Entscheidungsfindung empfohlen. Gebräuchliche Indikatoren für die Wohlstandsentwicklung wie das Bruttosozialprodukt werden für die Frage der Nachhaltigkeit als unzureichend angesehen. Angestrebt wird die Entwicklung von Indikatoren für nachhaltige Entwicklung auf nationaler und globaler Ebene, sowie die Verbesserung der Datensammlung (z.B. durch satellitengestützte Fernerkundung), der Datenbewertung und -analyse. Örtlichen Gemeinschaften und Ressourcennutzern soll - unter Berücksichtigung traditioneller Kenntnisse - das erforderliche Know-How zur nachhaltigen Bewirtschaftung vermittelt werden.

Insgesamt stellt die „Agenda 21“ ein umfassendes Handlungsprogramm zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung dar, in der letztlich alle im Umwelt- und Entwicklungsbereich relevanten sozialen, ökologischen und ökonomischen Aspekte angesprochen werden. Die Integration dieser unterschiedlichen Themenbereiche unter das übergeordnete Leitbild Sustainable Development wurde von vielen als wesentlicher Fortschritt angesehen. Damit verbinde sich die Erkenntnis, so der Sachverständigenrat für Umweltfragen, dass "ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung als eine innere Einheit zu sehen sind" (SRU 1994: 45).

Trotz des Umfangs der „Agenda 21“ und der Vielzahl der empfohlenen Maßnahmen wurden jedoch viele konfliktträchtige Punkte ausgespart. Zugleich haben die Empfehlungen - wie auch in den anderen in Rio verabschiedeten Dokumenten - einen weitgehend unverbindlichen Charakter; die unterzeichnenden Staaten verpflichten sich nicht zu konkreten Maßnahmen. Von vielen Kommentatoren wurde daher der Gipfel von Rio und die verabschiedeten Dokumente als Misserfolg angesehen. Im Gegensatz zur Brundtland-Kommission, deren Mitglieder in ihren Entscheidungen niemand verpflichtet waren und die sich als Gremium jenseits partikularer Interessen verstand, kamen bei der Erstellung der „Agenda 21“ unterschiedliche Interessen deutlicher zum Tragen. Zwar konnten in den Vorverhandlungen fundamentale Gegensätze ausgeräumt werden; dies gelang aber nur auf Kosten eines Kompromisses auf dem

kleinsten gemeinsamen Nenner. Die Länder des Südens lehnten eine Einschränkung ihrer Entwicklungsinteressen unter dem Vorzeichen des Umweltschutzes ab. Zu befürchten sei - so der malaysische Premierminister Mahatarir - ein "Neokolonialismus", der bald in einen "Öko-Imperialismus" umschlagen könne. Die Entwicklungsländer sahen die Hauptverantwortung im Norden und waren nur zu Zugeständnissen bereit, wenn der Norden finanzielle Ausgleichszahlungen übernehmen würde - zu denen sich wiederum die Industrieländer nicht zeitlich bindend verpflichten wollten. Auch innerhalb des Lagers der Industrieländer bestand keine Einigkeit. Insbesondere die amerikanische Regierung unter George Bush verweigerte eindeutige Zusagen und weitergehende Maßnahmen (vgl. Tenhagen in *taz* vom 5.6.92, S. 9).

Sowohl Industrieländer als auch Entwicklungsländer verweigerten sich Beschlüssen, die einen Eingriff in ihre nationale Souveränität bedeutet hätten. Im Gegensatz zum Brundtland-Report stellt daher die „Agenda 21“ weit weniger eine Strategie dar, die in die Richtung einer ‚Weltregierung‘ weist. Betont werden hingegen die Eigenverantwortlichkeit und die Notwendigkeit des Einbezugs gesellschaftlicher Gruppen. Diese partizipative Dimension der Agenda 21 ist zum einen Folge der Mitarbeit der NGOs, die in diesen Teilen der „Agenda 21“ ihre Vorstellungen einer nachhaltigen Entwicklung ‚von unten‘ einbringen konnten. Die Billigung dieser Forderungen durch die Regierungschefs lag vermutlich aber auch in einem anderen Kalkül begründet. Die „Agenda 21“ konnte so mit Inhalten gefüllt werden, die zu nichts verpflichteten, zugleich aber als Argument gegen globale Handlungsstrategien dienen konnten, die die nationale Souveränität gefährdeten.

Ebenso wie im Brundtland-Report wird wirtschaftliches Wachstum als Voraussetzung einer nachhaltigen Entwicklung angesehen. Während dort jedoch noch eine stärkere gesellschaftliche Regulierung wirtschaftlicher Prozesse angestrebt wird, wird in der „Agenda 21“ einer Beschränkung des Handels und der Produktion eine deutliche Absage erteilt. Im Gegensatz zum ‚sozialdemokratischen‘ Brundtland-Report ist die „Agenda 21“ eher als eine ‚wirtschaftsliberale‘ Strategie zu nachhaltiger Entwicklung anzusehen. Dies ist auch aus den veränderten politischen Rahmenbedingungen zu verstehen. Bei der Erstellung des Brundtland-Reports deutete sich der Zusammenbruch des Ostens zwar an, war aber noch nicht vollzogen. 1992 schien hingegen kein konkurrierendes Modell zum marktwirtschaftlichen System mehr vorstellbar.

2.3 Zur Rezeption des Leitbilds Sustainable Development (SD) in Deutschland

Seit der UNCED-Konferenz in Rio gewinnt das Leitbild SD in Deutschland zwar eine wachsende Bedeutung. Dennoch bleibt der SD-Diskurs in Deutschland zunächst aufgrund spezifischer Rezeptionsbarrieren auf einen sich nur langsam ausweitenden Expertenkreis beschränkt; auf breiterer Ebene wird das Leitbild nachhaltiger Entwicklung nur dort rezipiert, wo sich auf lokaler Ebene - im Rahmen „lokaler Agenda 21“ Initiativen - Akteure explizit um seine Verbreitung und Umsetzung bemühen.

Ein wesentliches Hindernis für eine Etablierung von SD als zentrales gesellschaftspolitisches Leitbild war die Schwierigkeit, eine angemessene Übersetzung des Begriffs ins Deutsche zu finden. Für die deutsche Fassung des Brundtland-Reports wurde der Ausdruck "dauerhafte Entwicklung" gewählt, der sich jedoch aufgrund des Fehlens eines ökologischen Bedeutungsinhalts nicht durchsetzen konnte. Seit der Rio-Konferenz wird von offizieller Seite der Begriff der „nachhaltigen Entwicklung“ verwendet. Auch von Teilen der Umweltbewegung und der Wissenschaftsgemeinde wird - wie auch in dieser Darstellung - diese Übersetzung bevorzugt.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen entschied sich dagegen „für die Umschreibung dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung, (da) auf diese Weise am ehesten das sicherzustellen ist, was der Begriff Sustainable Development (..) konzeptuell enthält“ (SRU 1994: 46). Die Autoren der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, die mit ihrem Bericht in die allgemeine Diskussion um gesellschaftliche Zukunft eingreifen wollten, hatten wiederum den Begriff „zukunftsfähig“ gewählt, da dieser „über die umweltpolitische Diskussion hinausweist“ (BUND/Misereor 1996: 24). Die (erste) Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ wählte die Bezeichnung „nachhaltig zukunftsfähige Entwicklung“. Daneben lassen sich im deutschen Kontext noch die Ausdrücke „langfristig durchhaltbare“, „aufrechterhaltbare“, „naturverträgliche“, „naturerhaltende“, „zukunftssichere“, „ökologisch tragfähige“, „nachhaltig zukunftsverträgliche“, „dauernd erhaltbare“ und „zukünftig existenzfähige“ Entwicklung vorfinden, mit welchen je unterschiedliche inhaltliche Schwerpunktsetzungen verbunden sind (vgl. IZT 1995: 26).

Die Etablierung des Begriffs „nachhaltiger Entwicklung“ als zentraler politischer Metapher wird durch das Fehlen einer gemeinsam anerkannten deutschen Übersetzung sicher erschwert. Eine mindestens ebenso große Rezeptionsbarriere liegt aber auch darin, dass sich in den späten achtziger Jahren bereits andere Leitbilder und Begriffe in Deutschland durchgesetzt hatten, mit denen das Programm der ökologischen Umgestaltung der Gesellschaft bezeichnet wurde. Das Feld der Umweltpolitik war bereits durch konkurrierende "master frames" vorstrukturiert, gegenüber welchen sich der Newcomer „nachhaltige Entwicklung“ Sustainable Development erst etablieren musste. Die deutsche Bundesregierung verwendet in den Koalitionsvereinbarungen 1994 so weiterhin - in Anknüpfung an das nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland geschaffene Modell der „sozialen Marktwirtschaft“ - den Terminus "öko-soziale Marktwirtschaft" und erwähnt nachhaltige Entwicklung nur in Zusammenhang mit der internationalen Umweltpolitik (vgl. Koalitionsvereinbarungen 1994: 6). In Publikationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird zwar der Ausdruck „dauerhafte Entwicklung“ als Ziel der gesellschaftlichen Umgestaltung eingeführt. Als Mittel erscheint aber weiterhin die „ökologische Modernisierung“ als unverzichtbar; damit wird an dem seit Ende der 80er Jahre in der deutschen Umweltdiskussion dominanten Leitbild festgehalten. Diese Begriffe - und andere wie z.B. „qualitatives Wachstum“ - sind Mitte der neunziger Jahre in der Öffentlichkeit immer noch bekannter und werden auch in den Medien bevorzugt benutzt.

Zu erwarten war deshalb aber auch, dass sich mit der Durchsetzung des neuen Begriffs „nachhaltiger Entwicklung“ in Deutschland - weit mehr als im englischsprachigen Raum, in dem Sustainability die bereits seit längerem etablierte zentrale Metapher des umweltpoliti-

schen Diskurses war - wesentliche Umstrukturierungen im ökologischen Diskurs (und nicht nur dort) vollziehen würden. Eine derartige Neuakzentuierung war insbesondere durch die - im Brundtland-Bericht und der Agenda 21 angelegte - enge Koppelung von ökologischen und sozialen Fragen zu erwarten.

Bei den verschiedenen politischen Akteuren herrschten zunächst sehr heterogene Einstellungen gegenüber Rio und dem dort propagierten Leitbild SD vor. Von Seiten der *Umweltbewegung* wurden die Ergebnisse der UNCED-Konferenz zunächst negativ bewertet. In Kommentaren in der *tageszeitung (taz)* wurde der Gipfel als gescheitert angesehen: Die Umstellung auf eine umweltverträgliche Weltwirtschaftsordnung sei weiterhin ein Traum (Prange in *taz* vom 15.6.92, S. 1). Der in Rio gefundene Kompromiß bedeute ein "permanentes Sich-Einrichten in der Krise" (Single in *taz* vom 13.6.92, S. 2). Von der Partei der Grünen wurden die Ergebnisse ebenfalls scharf kritisiert. Die Konferenz von Rio sei - so ein Vertreter der Grünen - ein "Meilenstein in die Katastrophe" und hätte nur eine praktische "Weiter-So"-Politik erkennen lassen.

In den folgenden Jahren wurde allerdings nicht nur für die Bundesregierung und die Wirtschaft, sondern auch für die Umweltbewegung die „Agenda 21“ zu einem zentralen Referenz-Dokument. Zwar konnten aufgrund des unverbindlichen Charakters der „Agenda 21“ keine konkreten Maßnahmen eingefordert werden. Da es sich jedoch um ein von den meisten Staaten der Völkergemeinschaft unterzeichnetes Dokument handelt, haben die allgemein gehaltenen Empfehlungen einen hohen legitimatorischen Charakter. Fast jede Akteursgruppe konnte darüber hinaus durch eine selektive Rezeption entsprechender Empfehlungen eine Bestärkung ihrer eigenen Forderungen daraus ableiten. Wirtschaftsakteure konnten auf die in der „Agenda 21“ betonte Notwendigkeit von weiterem wirtschaftlichem Wachstums, von Handelsliberalisierung und technischem Fortschritt verweisen. Die Bundesregierung sah sich in ihrer Umweltpolitik bestätigt. Globale Umweltexperten konnten insbesondere aus dem zweiten Teil der „Agenda 21“, der Forderung nach Ressourcen- und Umweltschutz sowie nach verbesserten Systemen der Informationsbeschaffung, die Notwendigkeit einer umfassenden, globalen Umweltmanagements ableiten. Umwelt- und entwicklungspolitische Gruppen interpretierten wiederum viele Passagen der „Agenda 21“ als Aufruf zu einer Veränderung im eigenen Land. Betont wird von dieser Seite insbesondere die Forderung nach einer Veränderung von Konsumgewohnheiten, nach globalem Ausgleich, einer stärkeren Partizipation von NGOs und der Initiierung von lokalen Agenda 21-prozessen. 1993 konstituierte sich das „Forum Umwelt & Entwicklung“, ein Zusammenschluss von 35 Umweltverbänden, Entwicklungsorganisationen sowie Jugend- und Frauenverbänden, mit dem Ziel, den Rio 'Follow-Up'-prozess aus 'unabhängiger' Perspektive zu verfolgen und zu kommentieren.

Für die deutsche Bundesregierung gab die UNCED-Konferenz den entscheidenden Anstoß, sich intensiver mit dem Konzept Sustainable Development auseinander zu setzen. Auch das "Nationale Komitee für nachhaltiges Wirtschaften" - das einzige, auch für andere gesellschaftliche Gruppen offene Gremium auf Regierungsebene, in dem explizit Fragen der 'nachhaltigen Entwicklung' thematisiert werden - entstand im Gefolge der Rio-Konferenz.

Sustainable Development (SD) wurde zunächst von der Bundesregierung als ein umweltpolitisches Konzept angesehen, das keine prinzipielle Neuorientierung erfordere, da die in

Deutschland bisher ergriffenen umweltpolitischen Maßnahmen bereits mit den Erfordernissen von SD übereinstimmen. Entsprechend konstatiert ein Vertreter des BMU: "Wir haben dieses Leitbild von Sustainable Development, das eben durch Rio stark geprägt worden ist. Für uns bedeutet das nun eigentlich eine Bestätigung unserer eigenen Umweltpolitik" (Interview BMU, 1994). Damit gilt für den nationalen Kontext "business as usual". Das drückt sich u.a. darin aus, dass - wie erwähnt - die im deutschen Kontext inzwischen vertrauten Begriffe wie "öko-soziale-Marktwirtschaft" in umweltpolitischen Publikationen und Statements der Regierung weiter bevorzugt verwendet werden.

Eine wesentliche Neuerung ergab sich zunächst nur in bezug auf die internationale Umwelt- und Entwicklungspolitik. In diesem Sinne äußerte sich ein Vertreter des BMU im Interview 1994:

"Und ich meine, wenn das neue Ansätze gegeben hat, dann vor allem in diesem Bereich Entwicklungszusammenarbeit. Weil hier hat Rio ja wirklich auch 'nen neuen Impuls gebracht. Da kommt es eben jetzt auch vor allem darauf an, die Rio-Ansätze zu verwirklichen. Also Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) zu fördern und nachhaltige Entwicklungen, also ökologische Dinge stärker in der Entwicklungszusammenarbeit zu berücksichtigen. Da hat es wirklich wichtige Fortschritte gebracht. Für unsere Umweltpolitik, da muss man wirklich, können wir sagen, es hat sich also unsere Linie bestätigt" (Interview BMU, 1994).

Diesem Verständnis zufolge erfordert SD vor allem eine stärkere ökologische Orientierung des Entwicklungspolitik. Entsprechend wurde SD in der Bundesregierung - neben dem Umweltministerium - vor allem für das Entwicklungsministerium (Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) ein wichtiges Leitbild. Im Bericht zur CSD (Commission for Sustainable Development) werden insbesondere entwicklungspolitische Aktivitäten als Maßnahmen zur Umsetzung der Beschlüsse von Rio aufgezählt. Bestimmte, in der Agenda 21 genannte Handlungsbereiche - so z.B. die Erweiterung der Teilhabe von gesellschaftlichen Gruppen - sind aus Sicht der Regierung für Entwicklungsländer relevant, erfordern jedoch keine veränderte politische Praxis in Deutschland selbst. Allgemein kann konstatiert werden, dass SD für die Bundesregierung - entgegen dem umfassenden, integrativen Anspruch des Konzepts - bis Ende 1994 noch keine übergeordnete Leitlinie politischen Handelns geworden ist.

Dabei muss jedoch zwischen der Gesamtregierung - für welche dieser Befund zutrifft - und dem Umweltministerium unterschieden werden. Interviews, die mit Vertretern des BMU durchgeführt wurden, sowie Statements des ehemaligen Umweltministers Klaus Töpfer (Umweltminister bis November '94) machen deutlich, dass innerhalb des BMU mit SD durchaus neue Politikelemente auch im nationalen Kontext verbunden wurden (vgl. Brand/ Eder/Poferl 1997, S. 228ff) Obwohl konstatiert wurde, dass es "eine geschlossene Konzeption, Vorstellung, was SD sein könnte, noch nicht gibt" (Interview BMU. 1994), lassen sich doch einige Kernpunkte dieser Neuorientierung herausarbeiten.

Als zentral wird die Umorientierung von einer nur auf die Gegenwart bezogenen, zu einer auch zukünftige Generationen einbeziehenden Politik erachtet. Einem Vertreter des BMU zu-

folge "ist der Kern des Leitbildes von Sustainable Development, dass wir auch Verantwortung übernehmen für nachfolgende Generationen, dass wir da wirklich vorsorgen, dass wir für die Zukunft denken" (Interview BMU, 1994). Nachhaltigkeit wird darüber hinaus als ein Prinzip angesehen, welches eine "holistische Betrachtungsweise" (ebd.) beinhaltet. Dies bedeutet nicht nur eine Integration von Umweltschutz in vorhandene soziale und ökonomische Strukturen. SD werfe vielmehr „grundsätzliche Fragen“ auf: „Was heißt das denn für Entscheidungen über Wirtschaftswachstum, über Bevölkerungsentwicklung, über Beschäftigung, über Verständnis von Verteilung von Arbeit und solche Dinge" (ebd.) SD erfordert aus dieser Sicht nicht nur die Entwicklung von umweltfreundlichen Techniken - nicht nur eine technische Effizienzrevolution - sondern auch strukturelle Änderungen. Aus diesem Blickwinkel sind es nicht mehr die Naturwissenschaften, die gefordert sind, Wege in eine nachhaltige Gesellschaft aufzuzeigen, sondern "Umweltschutz ist wirklich eine Aufgabe, die eher hier die Sozialwissenschaften berührt" (ebd.).

Das Verständnis von SD innerhalb des BMU wird auch von den Konzeptionen der Bewegungsakteure beeinflusst. Als Zielvorstellung wird ein "neues Wohlstandsmodell" eingefordert, das in seinem Verbrauch und seinen Umweltauswirkungen auch auf alle anderen Länder - d.h. auch die Entwicklungsländer - übertragen werden könnte. Im Zwischenbericht der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" war so noch in Anlehnung an Kant ein neuer kategorischer Imperativ formuliert worden: "Handle stets so, dass dein Tun von anderen nachgeahmt werden kann, ohne dass die Naturbasis heutiger oder zukünftiger Generationen untergraben wird" (Wuppertal Institut 1994b: 3). Dieser Grundsatz wurde auch von einem Vertreter des Umweltministeriums für richtig befunden: "Wir sagen dann eben, es gibt auch einen ökologischen Imperativ: Man müsste also auch ein solches Wohlstandsmodell schaffen, dass es eben von anderen auch kopiert werden könnte" (Interview BMU, 1994).

Die skizzierten Positionen des BMU zum Konzept Sustainable Development sollten allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die reale Umweltpolitik diesen hochgespannten Zielen zu diesem Zeitpunkt noch kaum folgt, dass sich auch hier erst eine allmähliche Neuorientierung vollzieht. Auch im BMU fällt SD trotz seines 'ganzheitlichen' Charakters in den Zuständigkeitsbereich bestimmter Ressorts. Durch den Wechsel von Minister Töpfer vom Umweltministerium zum Bauministerium und die Ernennung von Angela Merkel zur neuen Umweltministerin wird darüber hinaus eine personelle Neubesetzung vollzogen, durch die im BMU eine industriefreundlichere Position zum Tragen kommt. Obwohl das Umweltministerium so sicher eine wichtige Instanz für die Rezeption des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung in Deutschland ist, sind es andere politische und gesellschaftliche Institutionen, die in den nächsten Jahren die Definitionsmacht im Diskurs um nachhaltige Entwicklung gewinnen.

Jenseits aller konkreten Inhalte ist somit wohl die wesentliche Folge des Umweltgipfels von Rio, dass Sustainable Development - wenn auch zunächst noch sehr zögerlich - zum übergeordneten Leitbild der umwelt- und entwicklungspolitischen Diskussion wird. Institutionell werden die regelmäßig stattfindenden Treffen der "Commission for Sustainable Development" zu zentralen Referenzpunkten der laufenden globalen Diskussion um nachhaltige Entwicklung. Nationale Berichte für diese Kommission bündeln den jeweiligen Diskussions-

stand und dokumentieren die jeweiligen Anstrengungen in der Umsetzung des Forderungskatalogs der „Agenda 21“.

3. Systematisierungen der Debatte über nachhaltige Entwicklung

Zur Systematisierung der SD-Debatte lagen bis 1997 bereits mehrere Untersuchungen vor. Mehrheitlich haben diese allerdings nicht den spezifischen deutschen Diskurs zum Inhalt, sondern beschreiben die Struktur der internationalen Nachhaltigkeitsdebatte. Die Studien, die näher auf die deutsche Diskussion eingehen, haben wiederum nicht die Herausarbeitung von Deutungsmustern, sondern eine idealtypische Beschreibung der unterschiedlichen Handlungsstrategien zum Ziel. Die spezifischen Fragestellungen dieser Untersuchung sind somit noch nicht beantwortet. Zum Verständnis der allgemeinen Struktur des Diskurses ist eine Auseinandersetzung mit diesen Ordnungsversuchen jedoch hilfreich; im folgenden wird deshalb kurz auf sie eingegangen.

Ein Teil der Beschreibungen gliedert den Diskurs, in Anlehnung an *Jänicke* (1988), primär in Hinblick auf die ökologische Dimension. Jänicke unterscheidet zwischen vier Strategien:

- Die Reparatur bzw. Kompensation von entstandenen Umweltschäden,
- Die Entsorgung von umweltbeeinträchtigenden Stoffen und Produkten,
- Die ökologische Modernisierung, die Produktionsprozesse und Produkte durch technische Innovationen umweltfreundlicher gestaltet soll,
- Strukturveränderung mit dem Ziel einer Substitution umweltproblematischer Formen von Produktion und Konsum (vgl. Jänicke 1988: 15).

Die ersten beiden Strategien können als nachsorgend, die letzteren als vorsorgend bezeichnet werden. Herausgearbeitet wurde diese Klassifizierung aus der umweltpolitischen Debatte der 80er Jahre; sie beschreibt damit nur bedingt den sich erst später etablierenden SD-Diskurs, der zumindest proklamatorisch dem Vorsorgeprinzip verpflichtet ist und sich darüber hinaus auch auf die soziale Problematik bezieht.

In der Darstellung des SD-Diskurses durch *Kopfmüller* (1993) werden deshalb nur zwei dominante Positionen unterschieden, die den vorsorgenden Strategien von Jänicke entsprechen, darüber hinaus aber auch die weitergehenden sozialen Implikationen umfassen:

- „Ökologische Modernisierung“ bzw. "ökosoziale Marktwirtschaft": Probleme sollen mittels einer Modernisierung des Zivilisationsmodells gelöst werden, durch die Umweltschutz und Wirtschaftswachstum verknüpft werden. Technischer Fortschritt, Effizienzrevolution, freier Welthandel und globales Wirtschaftswachstum werden als Voraussetzung für eine global zukunftsfähige Entwicklung angesehen. Soziale Aspekte bleiben eher unterbelichtet. Diese Strategie wird vor allem von Wirtschaftsakteuren präferiert.
- „Strukturelle Ökologisierung“: Es wird von der Notwendigkeit eines um Umwelt-, Gerechtigkeits-, Sicherheits- und Partizipationselemente erweiterten Wohlstandsbegriffs

ausgegangen. Eine grundlegende Veränderung der Denk-, Produktions- und Konsumstrukturen wird gefordert. Vertreten wird diese Position von NGOs.

Erfolgt diese Beschreibung eher aus der Perspektive der Umweltbewegung, so werden die Differenzen von dem der Wirtschaft nahestehenden Ökonomen Paul Klemmer anders wahrgenommen. *Klemmer* (1994: 22 ff.) unterscheidet - unter primärer Berücksichtigung der allgemeinen Zielebene von SD - zwei grundlegende Varianten:

- „Ökologisch orientierte präventive Umweltpolitik“: Betont wird eine starke Abhängigkeit von der Natur; das Ziel der ökologischen Nachhaltigkeit hat hier Priorität gegenüber sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit. Gravierende Eingriffe in das ökonomische System, die dessen Funktionsfähigkeit gefährden könnten, werden in Kauf genommen und 'elitäre' Wertungen zwischen notwendigen und weniger notwendigen Bedürfnissen vollzogen.
- Das „umfassende Nachhaltigkeitskonzept“: Der Nachhaltigkeitsbegriff wird nicht nur auf die Problematik der Umweltverträglichkeit bezogen, sondern ebenso auf die Sozial- und Ökonomieverträglichkeit ökologischer Maßnahmen und auf das Ziel der Bewahrung bestehender sozialer und ökonomischer Strukturen. Natur wird in ihrer Funktion als "Realkapital" wahrgenommen, das Ressourcen liefern, Emissionen und Abfälle aufnehmen und das menschliche Wohlbefinden erhöhen soll. Eine eindeutige Bestimmung von ökologischer Nachhaltigkeit im Sinne eines Erhalts von "Naturkapital" wird nicht für möglich gehalten und eine Minderung des Naturkapitals bei gleichzeitiger Vermehrung des Humankapitals als legitime Ausdeutung des Postulats der intergenerativen Gerechtigkeit gegenüber zukünftigen Generationen betrachtet.

Huber (1994, 1995) hat die inzwischen gängige Unterscheidung zwischen Effizienz-, Suffizienz- und Konsistenzstrategien nachhaltiger Entwicklung in den deutschen SD-Diskurs eingeführt. „Effizienz“-Strategien zielen darauf ab, gewünschte Produktionsleistungen mit einem geringst möglichen Einsatz an Material und Energie zu erstellen. Durch eine Verbesserung der technischen Effizienz, durch Recycling, Steigerung der Lebensdauer von Produkten u.a.m. soll der Ressourcenverbrauch und die Umweltbelastung vermindert werden. Insbesondere Industrieunternehmen präferieren derartige Nachhaltigkeitskonzepte. „Suffizienz“-Strategien, die vor allem von Repräsentanten der Umweltbewegung gefordert werden, zielen auf Selbstbegrenzung im Bereich des Konsums. Sie ergänzen die Forderung nach einer „Effizienz-Revolution“ oder werden auch prioritär vertreten. „Konsistenz“-Strategien zielen auf eine umweltverträgliche Beschaffenheit von Stoff- und Energieströmen durch abgeschlossene technische Eigenkreisläufe oder eine Anpassung der Stoffwechselprozesse an die umgebende Natur. Ziel ist eine Integration des "anthropogenen industriegesellschaftlichen Metabolismus in den Naturhaushalt" (*Huber* 1994: 16). Anzumerken ist, dass die "Konsistenzstrategie" von *Huber* selbst als Alternative zu den dominierenden Effizienz- und Suffizienzdiskursen propagiert wird.

Sind diese Unterscheidungen auf der Ebene der Zielsetzung und der Strategien angesiedelt, so strukturieren *O'Riordan & Turner* den (angelsächsischen) SD-Diskurs in Anlehnung an die "Cultural Analysis" in Bezug auf tieferliegende kulturelle Orientierungsmuster. In ihrer Interpretation stehen sich in der Sustainability-Debatte die kulturellen Grundorientierungen des "Füllhorn-Technozentrismus" (Cornucopian-technocentrism) und des "fundamental-ökologischen Ökozentrismus" (deep ecology ecocentrism) gegenüber. Während in der ersten von einem immerwährenden Überfluss der Natur und einer technischen Lösbarkeit aller Probleme ausgegangen wird, wird in der zweiten der Natur ein intrinsischer Wert zugebilligt und eine Gesellschaft angestrebt, die als spirituelle, ökologische und politische Alternative zur Industriegesellschaft zu verstehen ist. Zwischen diesen beiden Extremen sind die Positionen des "angepassten Technozentrismus" und des "Ökozentrismus auf kommunaler Ebene" angesiedelt (O'Riordan & Turner 1983, Turner 1988).

All diesen Beschreibungen ist gemeinsam, dass in ihnen der SD-Diskurs in Bezug auf Positionen zur Lösung der ökologischen Problematik geordnet wird. Ähnliche Systematisierungen des Diskurses werden von Pearce (1988) mit der Unterscheidung zwischen "strong" und "weak sustainability", von Bruckmeier (1994: 74) mit der Differenzierung zwischen den Positionen „unbegrenzte Entwicklung“, „Umweltmanagement“, „small is beautiful“ und „ökologische Weltanschauung“ sowie von Conrad (1993: 133), Schibel (1994: 47), Glaeser (1991: 70 f.) und Marmora (1992) vorgenommen. Eblinghaus/Stickler 1996: 108ff) haben diese Systematisierungen im Überblick dargestellt und auf einer Achse zwischen den beiden Polen „Technozentrismus“ versus „Ökozentrismus“ verortet.

Vernachlässigt wurde in diesen Strukturierungsversuchen die Dimension der sozialen Gerechtigkeit und des Nord-Süd-Konflikts, die sich nicht einfach unter die ökologische Dimension subsumieren lässt. In den folgenden drei Typisierungen der SD-Debatte wird dieser Aspekt integriert.

Harborth (1991) unterscheidet zwei grundsätzliche Positionen des SD-Diskurses in Bezug auf die Nord-Süd-Problematik: In Anknüpfung an den Brundtland-Report und die Agenda 21 wird von einem Teil der Akteure im SD-Diskurs ein weiteres weltweites Wirtschaftswachstum als Voraussetzung einer nachhaltigen Entwicklung angesehen. Ein Wachstum in den Industrieländern würde zu einer Ankurbelung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Dritte-Welt-Ländern und damit zu einer Verminderung von Armut und auch einer Verringerung von armutsbedingter Umweltzerstörung führen. Zugrunde liegt hier das sog. "engine of growth"-Modell. Von anderer Seite wird hingegen betont, eine weltweite Ausdehnung des Entwicklungs- und Wohlstandsmodells der Industriestaaten mit seinem hohen Ressourcenverbrauch und Abfallaufkommen würde zu einem ökologischen Kollaps führen. Angesichts des Vorbildcharakters der Industriestaaten sei daher ein "neues Wohlstandsmodell" in den Industrieländern das vorrangige Ziel.

Eine Beschreibung des Diskurses, in der ökologische wie auch - primär auf den Nord-Süd-Konflikt bezogene - soziale Dimensionen einbezogen werden, liefert *Arts* (1994: 10 ff.).

Er unterscheidet zwischen den Positionen "Business as usual", "Grüne Ökonomie", "Integrale Nachhaltigkeit" und "Anti-Modernismus". Vertreter des "Business as usual" setzen nachhaltige Entwicklung weitgehend gleich mit "nachhaltigem Wachstum". Voraussetzung für "Nachhaltigkeit" sei weiteres wirtschaftliches Wachstum, um Finanzen, Wissen, Technologie für eine ökologische Modernisierung zu schaffen. Modernisierung und Entwicklung der Länder des Südens könne nur über ihre Integration in den Welthandel sowie durch einen Technologietransfer von Nord nach Süd erfolgen. Naturkapital könne in der Regel durch Geld und Technologien ersetzt werden. Im Gegensatz zu dieser auch als "weak sustainability" bezeichneten Position wird im Diskurs "Grüne Ökonomie" vom Ziel der Erhaltung oder Erweiterung des Naturkapitals ausgegangen. Umwelt soll als Gebrauchsraum für Wirtschaften bewahrt werden. Wirtschaftliches Wachstum könne unter der Bedingung staatlich gesetzter Rahmenbedingungen (z.B. mittels Ökosteuern) umweltverträglich gestaltet werden. Werden in diesem Diskurs soziale Fragen weitgehend vernachlässigt, so werden von Vertretern der "Integralen Nachhaltigkeit" die Nord-Süd-Problematik und soziale Gerechtigkeit, soziale Nachhaltigkeit und politische Partizipation explizit in ihren Diskurs miteinbezogen. Soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit werden als gleichwertig betrachtet. Stand bei den drei ersten Diskursen das Ziel der Entwicklung nicht zur Disposition, so wird im Diskurs "Anti-Modernismus" die westliche Kultur und deren Expansion als solche abgelehnt. Der Erhalt der Natur als "beseeltes" Wesen wird angestrebt. Traditionelle Kulturen mit selbstversorgenden Wirtschaftssystemen sollen im Süden erhalten bzw. im Norden unter Rückbesinnung auf alte Traditionen wiederhergestellt werden.

Eine andere, auf die zentralen Problemlagen der Modernisierung bezogene Strukturierung des Diskurses schlägt *Sachs* (1997) vor. Aus seiner modernisierungskritischen Perspektive gerät der mit der 'Ausfahrt des Kolumbus' begonnene Siegeszug der westlichen Welt - den Sachs als Prozess der Unterdrückung und Ausbeutung beschreibt - in eine grundlegende 'Krise der Gerechtigkeit und der Natur'. Das Projekt 'Entwicklung' sei offenkundig gescheitert, die Kluft zwischen Arm und Reich nehme unaufhaltbar zu. Zugleich würde das industrielle Produktionssystem die Natur derart übernutzen, dass für eine weltweite Ausdehnung des Modells fünf bis sechs Planeten vonnöten wären. Zwar sei die Herrschaft über Natur und Menschen schon immer mit negativen Folgen verbunden gewesen, sie konnten bisher aber räumlich und zeitlich externalisiert werden. Neu ist, dass diese nun zu einer Bedrohung für die westliche Zivilisation selbst werden. Als 'Zwickmühle' erweise sich das Dilemma, dass jeder Versuch einer Lösung der Gerechtigkeitskrise durch Vermehrung des materiellen Wohlstands die Naturkrise verschärft, während umgekehrt Strategien der Minderung des Naturverbrauchs die Entwicklungs- und Gerechtigkeitskrise verschärfen. Der Begriff Sustainable Development sei als allseits zustimmungsfähiger Formelkompromiss zu verstehen, der zwar beide Probleme verbinden würde, zugleich aber das grundlegende Dilemmata und insbesondere die Gerechtigkeitsfrage verschleiern würde. Sachs ordnet nun unterschiedliche Positionen im SD-Diskurs idealtypisch dieser Sichtweise der Gerechtigkeits- und Naturkrise zu und unterscheidet so zwischen der „Wettkampf“- , der „Astronauten“- und der "Heimatsperspektive".

In der "Wettkampfperspektive" wird Wettbewerbsfähigkeit und Standortsicherung zum obersten Ziel erklärt. Gerechtigkeitsansprüche der Ärmere werden vernachlässigt und letztlich hingenommen, dass sich Entwicklung auf eine globale Mittelklasse beschränkt. Nachhaltige Entwicklung bedeutet ausschließlich das Andauern der gegenwärtigen Entwicklung. Natur wird als eine durch Humankapital und Technik substituierbare Größe betrachtet; damit werden absolute Grenzen des Naturverbrauchs negiert. Wirtschaftliches Wachstum wird als Lösung aller Probleme angesehen und eine politische bzw. gesellschaftliche Beeinflussung der Wirtschaft abgelehnt. Der Norden erscheint als Ort der sozialen, ökologischen und ökonomischen Effizienz, dem sich der Süden - z.B. durch Eindämmung des Bevölkerungswachstums und Übernahme von Technologien - anzupassen hat.

In der Wettkampfperspektive wird die Verantwortung für die Natur und die Menschheit ausgeblendet, um die bisherigen Herrschaftsstrukturen zu erhalten. Im Gegensatz dazu konstituiert sich auf globaler Ebene eine Gemeinschaft international vernetzter Wissenschaftler und Umweltschützer, die aus der "Astronautenperspektive" mit dem Ruf nach "globalem Umweltmanagement" den Planeten retten wollen. Aus der Anerkennung der globalen, negativen Folgen der industriellen Zivilisation wird eine globale Verantwortung abgeleitet. Die Rettung des Nordens vor den Bedrohungen der Gerechtigkeits- und Naturkrise wird in einer möglichst rationalen Planung und Steuerung globaler Entwicklungen gesehen. Gefordert wird eine Ausdehnung des den neuen Problemen nicht mehr angemessenen nationalen Ordnungsrahmens, die Schaffung von "global governance".

Der "Astronautenperspektive" stellt Sachs die "Heimatperspektive" gegenüber, eine Perspektive, die er selbst als einer ihrer prominentesten Protagonisten vertritt. Die 'Überentwicklung' wird in dieser Perspektive als die wesentliche Ursache der Naturkrise gesehen. Bezugspunkt ist nicht der Blick auf die Erde aus dem Weltall, sondern die heimatlichen Lebensverhältnisse. Vorbild sind die von der globalen Ökonomie bedrohten traditionellen, in die Natur eingebetteten Dorfgemeinschaften im Süden, die unter dem Gesichtspunkt "Nachhaltigkeit" nicht entwickelt, sondern vor Entwicklung geschützt werden müssten. Gefordert werden dezentrale, nicht akkumulationszentrierte Gesellschaftsformen. Ort der Veränderung und der ökologischen Anpassung ist hier nicht der Süden sondern der Norden. Nicht eine Ausweitung der Verantwortung, sondern ein 'Rückbau der Effekte', ein geordneter Rückzug der Nordens, sei daher anzustreben. Der dafür notwendige Umbau sei nicht allein durch Effizienzsteigerung zu erreichen, sondern erfordere eine Politik der Selbstbegrenzung, eine "Suffizienzrevolution" - so der von Sachs kreierte Begriff. Allein diese Strategie, eine „Reform der Heimat aus kosmopolitischem Geist“ (ebd.:109), biete eine Chance für die Bewahrung von Natur unter Bedingungen sozialer Gerechtigkeit.

In der folgenden Tabelle werden die unterschiedlichen Typisierungen des Diskurses in Anlehnung an Eblinghaus/Stickler (1996: 102) im Überblick dargestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die verschiedenen Ordnungsversuche auf unterschiedlichen analytischen Ebenen - allgemeine Zielsetzung, Handlungsstrategien, grundlegende Perspektiven, kulturelle Muster - angesiedelt sind. Die folgende Übersicht kann so nur einen vereinfachten, schemati-

sierten Überblick über die in der Literatur vorfindbaren Systematisierungen des SD-Diskurses bieten.

Tabelle 1: Vorliegende Systematisierungen des SD-Diskurses

Jänicke (1998)	Reperatur von Umweltschäden	Entsorgung	Ökologische Modernisierung	Strukturveränderung
Kopfmüller (1993)	Ökologische Modernisierung		Strukturelle Ökologisierung	
Klemmer (1994)	Umfassendes Nachhaltigkeitskonzept		Präventive Umweltpolitik	
Huber (1994)	Effizienz	Konsistenz		Suffizienz
Turner (1988)	Füllhorn-Technozentrismus	Angepaßter Technozentrismus	Ökozentrismus auf kommunaler Ebene	Fundamental-ökologischer Ökozentrismus
Arts (1994)	Business as usual	Grüne Ökonomie	Integrale Nachhaltigkeit	Anti-Modernismus
Sachs (1997)	Wettkampfperspektive	Astronautenperspektive		Heimatperspektive

Einen Integrationsversuch der vorliegenden Typisierungen hat *Brand* (1997: 18 ff) unternommen. Er strukturiert das Feld der SD-Debatte analytisch mithilfe der beiden Achsen (a) des jeweiligen Naturverständnisses (anthropozentrisch - ökozentrisch) und (b) des jeweiligen Entwicklungsverständnisses („weiter so“ - „sozial-ökologische Modernisierung“ - „grundsätzliche Korrektur des industriellen Zivilisationsmodells“). In dem so aufgespannten Diskursfeld lassen sich dann die empirisch jeweils vorfindlichen Diskursvarianten verorten.

Ob dies für eine Typisierung des deutschen SD-Diskurses hilfreich ist, wird sich zeigen. Ziel der folgenden Abschnitte ist die strukturelle Analyse und der Vergleich unterschiedlicher Nachhaltigkeitskonzepte wie sie u.a. im "Umweltgutachten 1994" des SRU, im Bericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“, in der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" sowie in weiteren Dokumenten zentraler politischer und wirtschaftlicher Akteure entwickelt wurden. Diese Analyse soll es ermöglichen, die 'symbolische Ordnung' des deutschen Diskurses über nachhaltige Entwicklung herauszuarbeiten.

4. Das "Umweltgutachten 1994" des Sachverständigenrats für Umweltfragen

Der "Sachverständigenrat für Umweltfragen" (SRU) wurde 1971 als wissenschaftliches Beratergremium des Bundesministeriums des Innern eingerichtet. Seit 1990 ist er dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) zugeordnet. Primäre Aufgabe des SRU ist die Berichterstattung zur Umweltsituation in Deutschland im Abstand von zwei Jahren. Zusätzliche Themen können auf Eigeninitiative des Umweltrats oder im Auftrag des BMU einbezogen werden. Der SRU setzt sich zusammen aus sechs Professoren und einem wissenschaftlichen Mitarbeiterstab.

Dem „Umweltgutachten 1994“ lag die Annahme zugrunde, dass die bloße Analyse und Bewertung der Umweltsituation der Komplexität der Problematik nicht angemessen und daher eine systematische Entwicklung eines "integrativen Ansatzes der Umweltpolitik" notwendig sei (SRU 1994: 3). Als hierfür geeigneter Bezugsrahmen wurde das Leitbild Sustainable Development angesehen. Für das Umweltgutachten 1994 machte es sich der SRU daher zur Aufgabe, "eine Reflexion der methodischen Grundlagen für die Umsetzung der im Leitbild der dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung angelegten Zielperspektive zu erstellen" (SRU 1994: 3). Damit vollzog der SRU als erste Institution auf nationaler Ebene eine intensive Auseinandersetzung mit Sustainable Development.

Dieser Themenstellung entsprechend erfolgte im Umweltgutachten zunächst eine theoretische Auseinandersetzung mit dem Leitbild und dessen Implikationen. Im ersten Teil wurden aus dem Konzept einer "dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung" - so die vom SRU gewählte Übersetzung - Bewertungsmaßstäbe für den umweltpolitischen Handlungsbedarf sowie Ansätze zur umweltpolitischen Zielfindung und zur Analyse der Umweltsituation abgeleitet. Diese Ausdeutung von Sustainable Development und die darin enthaltenen - ambivalenten - Grundrahmungen sollen im folgenden ausführlicher dargestellt werden. Im zweiten Teil nahm der SRU, entsprechend seiner Aufgabe, Stellung zur Lage der Umwelt in Deutschland und diskutierte europäische und internationale Entwicklungen der Umweltpolitik. Da hierin das Konzept Sustainable Development nur eine geringere Rolle spielt, soll nicht näher darauf eingegangen werden. Im dritten Teil wurden Handlungskonzepte für die ausgewählten Problembereiche "Umwelt und Verkehr" und "Umwelt und Landwirtschaft" entwickelt. Exemplarisch wird in dieser Untersuchung auf den Bereich Verkehr eingegangen und dabei die Frage diskutiert, in welcher Weise die generelle Ausdeutung des Leitbilds Sustainable Development die konkrete Problemwahrnehmung und die Diskussion der Problemlösungsstrategien strukturiert.

Im SRU sind - anders als in der Enquete-Kommission - keine Repräsentanten antagonistischer Akteurs- und Interessengruppen vertreten. Der SRU stellt vielmehr ein relativ homogenes Gremium von wissenschaftlichen Experten zu Umweltfragen dar. Allerdings ergeben sich

aus der jeweiligen disziplinären Zugehörigkeit der einzelnen Ratsmitglieder unterschiedliche Perspektiven auf Umweltfragen. Wie sich zeigen wird, tragen diese erheblich zur Ambivalenz des dem Nachhaltigkeitsverständnis des SRU zugrundeliegenden Menschen- und Naturbildes bei.

4.1 Die Übernahme des Leitbilds Sustainable Development im Umweltgutachten

Der SRU bezieht sich in seiner Adaption des Leitbilds Sustainable Development (SD) zunächst auf die Programmatik des Umweltgipfels von Rio. Als wesentlicher Erkenntnisfortschritt, der mit dem Konzept erreicht worden sei, gilt ihm die "Einsicht, dass ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung nicht voneinander abgespalten und gegeneinander ausgespielt werden dürfen" (SRU 1994: 46). SD wird vom SRU so primär als ein 'Konzept der Integration' betrachtet, durch das die bisher auf ökonomische und nationale soziale Fragen verengte Zukunftsdiskussion um globale Dimensionen der sozialen Frage und vor allem der "alles umfassenden ökologischen Problematik" (ebd.) erweitert würde.

Kennzeichnend für die Rezeption des Konzepts SD auf der Leitbildebene ist, dass bei der Verknüpfung von ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimensionen der ökologischen Frage eine vorrangige Rolle zugewiesen wird. Dies kommt auch in der Wahl der Übersetzung von "sustainable development" als "dauerhaft-umweltverträgliche Entwicklung" zum Ausdruck: "Ausgehend von der Erweiterung der zeitlichen Perspektive (dauerhaft) kommt im Rahmen eines dynamischen Konzeptes (Entwicklung) den ökologischen Bedingungen eine vorrangige Bedeutung zu (umweltgerecht)" (ebd. 46). Während in der Agenda 21 SD auch als Leitbild der Fortsetzung bestehender Wachstums- und Entwicklungsmodelle konzipiert wurde, bedeutet "dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung" für den SRU eine "tiefgreifende Korrektur bisheriger Fortschritts- und Wachstumsvorstellungen, die sich so nicht länger als tragfähig erwiesen haben" (ebd. 45). Notwendig sei eine "Einbindung der Zivilisationssysteme in das sie tragende Netzwerk der Natur" (ebd. 47). Natur wird hier als übergeordnete Einheit angesehen, in die sich die soziale und ökonomische Entwicklung einzufügen habe. SD als Konzept der Integration ökologischer, sozialer und ökonomischer Dimensionen bedeutet für den SRU so keine gleichberechtigte Anerkennung unterschiedlicher Ziele - in dieser Weise wird es dann von der Enquete-Kommission ausgedeutet - sondern die Anerkennung der "Gesamtvernetzung" gesellschaftlichen Lebens mit der Natur.

Im ersten, "umweltpolitischen Grundlagenreflexion" gewidmeten Teils des Gutachtens erläutert der SRU diese Zielsetzung näher. Bereits darin kommt eine spezifische Problemwahrnehmung zum Ausdruck. Als eine Ursache für unzureichende Problembearbeitung wird der Mangel an Grundorientierungen und Bewertungsmaßstäben gesehen. Die moderne Gesellschaft sei - so der SRU - "nicht nur mit ihrer Praxis im Umgang mit der Natur gewaltig in Verzug geraten ist, sondern auch mit der Entwicklung von dafür längst erforderlich gewordenen neuen moralischen Leitbildern und Orientierungslinien" (ebd. 50). Die ökologische Problematik wird somit auch als Problematik unzureichender normativer und kognitiver Ori-

entierungen betrachtet, die mithilfe der Durchsetzung neuer Leitbilder wie dem der "dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung" gelöst werden könne.

4.1.1 Ethische Grundlagenreflexion

Diesem "idealistischen" Ansatz folgend beginnt der SRU mit der Reflexion der ethischen Grundlagen umweltgerechten Handelns. Die gegenwärtige Umweltproblematik wird zunächst aus einer historisch-philosophischen Perspektive in Beziehung gesetzt zur geschichtlichen Entwicklung. Die ökologische Krise stehe in einem "Beziehungs- und Verweisungszusammenhang mit der Heraufkunft der neuzeitlichen Welt" und werfe die Frage der "Rechtfertigungsfähigkeit" des "Projekts der Moderne" auf (ebd. 50). Gekennzeichnet sei die Neuzeit durch die Herausbildung einer "Rationalität, mit der sich der Mensch der Erschließung der ihm empirisch vorgegebenen Wirklichkeit methodisch zuwendet", durch die „Wende der Vernunft nach außen“, den „Aufbruch des Homo Faber“ und die „rationale Umstrukturierung der Arbeit im Dienst eines bisher nie gekannten Glaubens an den Fortschritt der gesamten Menschheit" (ebd.). Beschrieben wird damit die Moderne durch Kategorien, wie sie auch in der sozialwissenschaftlichen Literatur als Leitbegriffe des Modernisierungsprozesses angesehen werden: Fortschrittsdenken, Rationalisierung und tätige Erschließung der Welt durch Arbeit.

Der dabei erreichte Fortschritt sei jedoch - so der SRU - häufig zu Lasten der Natur gegangen. Diese lange vernachlässigten Nebenwirkungen und Risiken würden nun zunehmend die erstrebten positiven Effekte überwiegen (ebd. 51). Im bisherigen Fortschrittsverständnis seien nur die beabsichtigten Folgen der Umgestaltung der Natur in das rationale Kalkül mit einbezogen worden. Die damit zugleich vollzogene, nicht reflektierte Veränderung von Natur würde den Fortschritt allerdings untergraben. Diese Einsicht mache eine Neubestimmung des Fortschrittsbegriffs notwendig:

"Als Fortschritt kann nur bezeichnet werden, was von den Bedingungen der Natur mitgetragen wird. Je mehr sich der heutige Mensch deshalb mit der Vorstellung identifiziert, dass es erstrebenswert und gut sei, eine Welt zu wollen, die sich ihm in all ihren Möglichkeiten erschließt, um so nachdrücklicher sieht er sich in eine neue, vorher kaum geahnte Verantwortlichkeit genommen. Neuzeitlicher Fortschrittsglaube wird damit einem entscheidenden Reifungsprozess unterworfen" (ebd. 51).

In seiner Analyse bricht der SRU nicht mit dem Fortschrittsgedanken. Die Idee einer rationalen "Erschließung" der Welt wird nicht verworfen und aus der ökologischen Krise kein gegenmodernes Gesellschaftsmodell gefolgert. Für notwendig und möglich wird allerdings ein "Reifungsprozess" angesehen, d.h. eine *Fortentwicklung des Fortschrittsmodells durch eine Ausdehnung von Rationalität und Verantwortlichkeit* auf die bisher unberücksichtigten Auswirkungen des technischen Fortschritts. Die "Bedingungen der Natur" stellen dabei allerdings die übergeordneten Bezugsgrößen dar. Eine Weiterentwicklung der Gesellschaft, die

durch die unkontrollierten Nebenfolgen der Naturzerstörung bzw. -veränderung bestimmt wird, wird nicht als Fortschritt verstanden, sondern negativ bewertet.

Der SRU nimmt somit eine ambivalente Haltung zum Fortschritt ein: Zum einen plädiert er für das Festhalten an einem Fortschrittsverständnis, das Fortschritt als technische Naturbeherrschung definiert, zum anderen wird Naturbeherrschung auch als mögliche Zerstörung der Grundlagen gesellschaftlicher Entwicklung begriffen. Diese Ambivalenz ist für das gesamte Gutachten kennzeichnend. In der ethischen Grundlagenreflexion werden ethische Kategorien entwickelt, die die Basis für eine Auflösung dieses potentiellen Widerspruchs darstellen sollen.

Das Verhältnis von Mensch und Natur

Mit dem dargestellten Fortschrittsverständnis geht ein spezifisches Menschenbild einher. Zugrunde liegt eine anthropozentrische Sichtweise, die Annahme einer Sonderstellung des Menschen gegenüber der Natur (ebd. 53). Zwar wird Natur "als das die menschliche Existenz Übergreifende" angesehen, das nicht allein für den Menschen da sei, von ihm respektiert werden müsse und ihm Grenzen setze (vgl. ebd. 54). Daraus sei jedoch nicht die Idee der Unverfügbarkeit und Unantastbarkeit der Natur sowie eine Gleichwertigkeit von Mensch und außermenschlicher Natur zu folgern, wie sie ökozentrischen Weltbildern zugrunde liegt (ebd. 52 ff.). Der SRU postuliert vielmehr das Prinzip der *Personalität*, d.h. "den moralischen Unverfügbarkeitsstatus des Menschen, seine Würde als Person", und wendet sich damit gegen "eine naturale Nivellierung menschlicher Existenz" (ebd. 53). Er begründet damit zugleich eine besondere Verantwortung des Menschen für die Natur aufgrund seines Vernunftstatus.

„Die Verantwortung des Menschen für die außermenschliche Natur gründet letztlich in der Einsicht, dass diese Natur in ihrem ebenso gewaltigen wie versehrbaren Potential nur in dem Maße verfügbar bleibt, wie der Mensch respektiert, dass sie nicht darin aufgeht, allein für ihn da zu sein. Insofern bleibt es der menschlichen Vernunft grundsätzlich verwehrt, die Möglichkeiten ihres Könnens ungefragt zum Richtmaß ihres Dürfens zu machen. Hier setzt die Natur selbst unerbittlich die Grenzen.“ (ebd. 54)

Grenzen der Natur bedeuten jedoch nicht deren Unverfügbarkeit. Vielmehr gehört aus Sicht des SRU die Veränderung der Natur zum Wesen des Menschen:

„Andererseits überschreitet der Mensch in der technisch-wissenschaftlichen Kultur die Schwelle zu einem Daseinsverständnis, mit dem er das ihn umgreifende Potential der Natur überhaupt erst als schöpferische Chance seiner eigenen Selbstentfaltung als Vernunfts- und Freiheitswesen wahrzunehmen und konsequent auf seine humanen Möglichkeiten hin zu nutzen beginnt. Das bedeutet aber zugleich Umgestaltung der Natur zu den von ihm gesetzten Zwecken. Soll er zur tatsächlichen Entfaltung der ihm von der Natur gegebenen Möglichkeit seines Menschseins gelangen, kann er dies nur über den von ihm in der Technik eröffneten, zur Umgestaltung dieser Natur führenden Weg erreichen“ (Ebd. 54).

Damit setzt der SRU die zweckorientierte, rationale Umgestaltung der Natur durch den Menschen als zur Natur des Menschen gehörend. Die in der modernen wissenschaftlich-technischen Kultur vollzogene Radikalisierung des Prozesses der Naturaneignung wird daher nicht als "unnatürlich" angesehen, sondern als Entfaltung der Möglichkeiten des Menschen als Vernunft- und Freiheitswesen. Hervorgehoben werden Vernünftigkeit, Zweckorientiertheit, produktive Umgestaltung von Natur, d.h. jene Elemente die - so eine soziologische Definition - menschliche Arbeit als "der Selbsterhaltung dienendes, aktives, produktives und reflexiv-kontrolliertes menschliches Tun" (Voß/Jurczyk 1995: 399) kennzeichnen. Zugrunde liegt die Bestimmung des Menschen und seines Verhältnisses zur Natur als *homo faber*, als ein die Natur bewusst durch Arbeit veränderndes Wesen.

Analog zum ambivalenten Fortschrittsverständnis wird so auch beim Menschenbild eine doppelte Bestimmung der Mensch-Natur-Beziehung deutlich: *Natur wird als Objekt menschlicher Veränderung* verstanden, zugleich werden aber auch *natürliche Grenzen der menschlichen Eingriffe in Natur* postuliert.

Die Bestimmung des Menschen als "Vernunftwesen" ist für den SRU die ethische Grundlage der Vermittlung dieser beiden Pole. Darauf begründet der SRU die Möglichkeit und die Pflicht des Menschen zur Verantwortung, und in dieser Verantwortungsfähigkeit wird der entscheidende ethische Ansatzpunkt für die Lösung der ökologischen Krise gesehen.

Vernetzung mit der Natur als oberstes Ziel

Als Ursache für die ökologische Krise wird die ‚Unstimmigkeit‘ zwischen der Art der menschlichen Naturveränderung und der ‚Naturwirklichkeit‘ angesehen. Zwar gebe es kein per se konfliktfreies Verhältnis zwischen Ökologie und Ökonomie, doch sei eine möglichst ausgewogene Zuordnung im Sinne eines "Fließgleichgewichts" zwischen beiden anzustreben (ebd. 54). Als defizitär erweise sich Ökonomie und der Einsatz von Technik überall dort, "wo deren Nebenwirkungen in Abkoppelung von dem stets mitzuverantwortenden ökologischen Gesamtzusammenhang nicht berücksichtigt werden. Genau in diesem Defizit liegt das eigentliche Problem im Verhältnis Mensch-Natur" (ebd.). Als konstitutiv für die ökologische Krise wird also nicht die rationale Veränderung und Beherrschung von Natur als solche, sondern die defizitäre Rationalität angesehen; eine Rationalität, die nur einen Teil der Auswirkungen von Veränderung von Natur einschließt, ohne die Gesamtheit der Folgen zu reflektieren.

Anzustreben sei daher eine ‚Stimmigkeit‘ des Verhältnisses von Mensch und Natur als ganzer, die "Rückbindung der menschlichen Kulturwelt - mitsamt der Dynamik der sie bestimmenden Wirtschaft - in das sie tragende Netzwerk einer sich ebenfalls dynamisch ausgelegten Natur"(ebd.). Der SRU bezeichnet dieses Ziel mit dem Begriff der „*Gesamtvernetzung*“ bzw. der „*Retinität*“ und sieht darin das Kernstück einer umfassenden Umweltethik.

„Will der Mensch seine personale Würde als Vernunftwesen im Umgang mit sich selbst und mit anderen wahren, so kann er der darin implizierten Verantwortung für die Natur nur gerecht werden, wenn er die ‚Gesamtvernetzung‘ all seiner zivilisatorischen Tätigkeiten und Erzeugnisse mit

dieser ihn tragenden Natur zum Prinzip seines Handelns macht. Das Retinitätsprinzip ist das Schlüsselprinzip der Umweltethik“ (ebd. 54).

Hinter dieser Zielsetzung stehen mehrere Grundannahmen:

- Die bei der Diskussion des Fortschrittsverständnisses und des Mensch-Natur-Verhältnisses deutlich gewordene Ambivalenz zwischen Natur als Grenze und Natur als Gestaltungsobjekt wird in Richtung eines Primats der Natur(grenze) aufgelöst. Natur habe eine eigene Dynamik, in die vom Menschen nicht unbegrenzt eingegriffen werden darf. Natur dürfe nicht nur als Ressource verstanden werden; vielmehr komme ihr eine "Eigenbedeutung" zu, und sie setze - damit personifiziert der SRU trotz seiner anthropozentrischen Perspektive die Natur - "ihre eigenen immer neuen Zwecke, deren Sinn nirgends einfach hin mit denen des Menschen zusammenfällt" (ebd. 54).
- Menschliche Naturveränderung wird damit zwar als natürlich angesehen, zugleich wird aber auch die Möglichkeit einer 'widernatürlichen' Naturaneignung gesehen. Der SRU geht von einer prekären Sonderstellung des Menschen in der Natur aus. Menschen besitzen zwar einen - von Natur gegebenen - Vernunftstatus. Greift der Mensch jedoch unverantwortlich und unter Nicht-Berücksichtigung der negativen Folgen in die Natur ein, so setzt er sich in Gegensatz zur Natur. Das entscheidende *Kriterium* für eine *Krise des Mensch-Natur-Verhältnisses* ist somit nicht die menschliche Naturbeherrschung, sondern die *Unkontrolliertheit, Unverantwortlichkeit und Unreflektiertheit* dieses Tuns.
- Der SRU geht mit der Forderung nach „Retinität“ davon aus, dass der Mensch und die Menschheit intellektuell dazu fähig sind, die zum Zwecke der Aneignung von Natur für die Befriedigung eigener Bedürfnisse entwickelte partikuläre Vernunft derart auszudehnen, dass die Gesamtheit der Auswirkungen von Naturveränderungen und deren Wechselbeziehungen verstanden werden. Eine umfassende *kognitive Beherrschung der Natur und des Mensch-Natur-Verhältnisses* wird damit grundsätzlich für möglich gehalten und angestrebt.
- Der SRU geht zugleich davon aus, dass der Mensch ethisch dazu fähig und bereit ist, die Naturaneignung, die bisher dem "egoistischen" Interesse der eigenen Bedürfnisbefriedigung gefolgt ist, nun unter das Postulat einer umfassenden Verantwortung zu stellen. Eine Reifung des *homo faber* zum *verantwortlichen homo faber* wird angestrebt.

Kriterien nachhaltiger Entwicklung: Individualverträglichkeit, Sozialverträglichkeit und Umweltverträglichkeit

Auf die aus dem Prinzip der Personalität abgeleitete "Verantwortungsfähigkeit" baut der SRU auch seine weiteren "ethischen Grundlagenreflexionen" auf. Als Kriterium einer "dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung" gilt dem SRU nicht allein die Verantwortung für die natürliche Umwelt, sondern auch die Verantwortung für die soziale Mitwelt und die Verantwortung für sich selbst. Unter dem Kriterium der "Verantwortung für die natürliche Umwelt" wird zum einen die Verantwortung für die Sicherung der Natur in ihrer Eigenbedeutung - tendenziell ein "biozentrisches" Naturschutzziel -, zum anderen die Verantwortung für die indi-

rekten Rückwirkungen von Natureingriffen auf die Menschen verstanden (ebd. 56). Von dieser letzten Forderung wird die "Verantwortung für die soziale Mitwelt" klar abgegrenzt. Diese umfasst die Verantwortung für die Sozialverträglichkeit von Handlungen in ihren unmittelbaren, direkten Auswirkungen auf den Menschen. Aus Sicht des SRU handelt es sich bei der Frage der Verantwortung für die soziale Mitwelt um eine Problematik der gerechten Verteilung knapper Güter und Ressourcen, während die Umweltproblematik als Aufgabe der Vernetzung anzusehen sei (ebd. 56).

Die "Verantwortung des Menschen für sich selbst" betrifft, so der SRU, die Verantwortung für das "Gelingen seines eigenen individuellen Lebens" (ebd. 56). Zugrunde liegt hier eine Vorstellung vom Menschen als "Wesen der Freiheit" (ebd.) und einer Pflicht zur Verwirklichung und Entfaltung der "von seinen Lebensvoraussetzungen her gegebenen eigenen Erwartungen und Möglichkeiten" (ebd.). Aus dem Kriterium der "Individualverträglichkeit" leitet der SRU zugleich das Ziel einer gesellschaftlichen und politischen Ordnung ab, die dem Einzelnen die Freiheit der individuellen Entfaltung ermöglicht. Hierfür erweise sich "die Grundoption für eine moderne, auf Markt und Wettbewerb fußende Innovationswirtschaft im Prinzip als unhintergebar" (ebd.). Das Bild vom Menschen als freies, sich selbst verwirklichendes Wesen geht beim SRU so einher mit der Vorstellung eines diesem ‚Wesen‘ angemessenen freiheitlichen ökonomischen Systems:

"Daher entspricht sie (die Marktwirtschaft, d. V.) der Struktur des Menschen als einem individuell verfaßten, sich selbst entwerfenden, offenen Bedürfnissystems wesenhaft mehr als jede bisherige, in ihrem Güterpotential weithin vordefinierte stationäre Wirtschaft. Nicht von ungefähr sehen demokratische Gesellschaften deshalb moralische Freiheit, politische Freiheit und ökonomische Freiheit in einem inneren Zusammenhang" (ebd. 56).

Es ist das *liberale Menschen- und Gesellschaftsverständnis*, an das hier angeknüpft wird, das Freiheitsverständnis des aufgeklärten Bürgertums des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts, das nicht nur die Freiheit des ökonomischen Subjekts forderte, sondern auch die Ziele der politischen Freiheit und der moralischen Entwicklung damit verband. Die Hoffnung auf ein über die Inanspruchnahme der ökonomischen Freiheit hinausgehendes "*Ethos verantworteter Freiheit*" (ebd. 57) stellt die zentrale Grundlage der für das Gutachten des SRU typischen Sichtweise des Verhältnisses von Staat und Individuum dar.

Staatliche Regelungen zur Gewährleistung von Sozial- und Umweltverträglichkeit, zur Herstellung von Rahmenbedingungen, die der Verantwortung für die Umwelt in einer für alle verbindlichen Weise Geltung verschaffen (ebd. 61), werden zwar für nötig erachtet, es müsse jedoch das Recht des Einzelnen auf Selbstbestimmung gewahrt werden. Der potentielle Zielkonflikt zwischen Umwelt-, Sozial- und Individualverträglichkeit, die Möglichkeit des "Missbrauchs" der Freiheit, dürfe daher nicht durch staatliche Maßnahmen gelöst werden, die die individuelle Freiheit mehr als unbedingt nötig beschneiden. Als Alternative setzt der SRU auf die Einsicht des vernünftig handelnden Individuums, das aus freier Verantwortung heraus das Notwendige und Richtige tut:

"Erforderlich ist vielmehr die Ausbildung einer Grundhaltung, die individuelle Freiheit als Freiheit in Verantwortung begreift. Umso wichtiger aber erweist sich in diesem Zusammenhang all das, was den Menschen zur Ausbildung einer solchen Grundhaltung und auf diesem Wege zu seiner Selbstfindung führt: differenziertes Wertbewußtsein, ethische Sensibilität und Urteilskraft. Dies zu vermitteln kann im Grunde nicht die Sache des Staates und seines Rechts sein, sondern bleibt wesentlich eine Aufgabe der generellen gesellschaftlichen Bewußtseinsbildung" (ebd. 57).

Die hier vertretene Ethik ist eindeutig dem Erbe der Aufklärung verpflichtet. Das Bild eines Menschen, der nicht der äußeren Gesetze bedarf, sondern frei, aus eigenem Antrieb, sein Handeln am Allgemeinwohl orientiert, dieses Ideal wird nun auf die ökologische Problematik bezogen. Aus dieser idealistischen Perspektive heraus steht die "personale Ebene", die Entwicklung von Instrumenten zur Vermittlung des Ethos der "verantworteten Freiheit", gleichberechtigt neben Maßnahmen auf stuktureller Ebene. Zwar diskutiert der SRU im Ethikgutachten auch das Problem der Güterabwägung, die Bereitschaft zur Aufnahme von "sittlich guten Zielen" in den Abwägungsprozess wird dabei jedoch als gegeben unterstellt (ebd. 59).

Insbesondere in der Verknüpfung des Prinzips der Individualverträglichkeit mit dem der „Retinität“, der Berücksichtigung der Gesamtvernetzung von Natur und Gesellschaft, als Kriterien einer "dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung" ist allerdings ein potentieller Konflikt zwischen unterschiedlichen Zielen angelegt, der dann, am konkreten Beispiel - wie bei der Diskussion der Verkehrsproblematik - zu einer anderen Prioritätensetzung führt als im Rahmen der ethischen Grundlagenreflexion.

Deutungsmuster der ethischen Grundlagenreflexion

Im folgenden seien die dem Ethikkapitel zugrundeliegenden Menschen- und Naturbilder sowie die für eine "dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung" als notwendig erachteten ethischen Prinzipien zusammenfassend dargestellt.

Gesellschaftlicher Fortschritt wird primär mit rationaler, technisch-wissenschaftlicher Umgestaltung von Natur gleichgesetzt. Einher geht die Vorstellung vom Menschen als *homo faber*, als ein die Natur veränderndes Wesen. Das gegenwärtige Fortschrittsmodell wird zunächst als dem Wesen des Menschen und der Menschheit entsprechend angesehen, als Entfaltung der im Menschen liegenden Möglichkeiten gedeutet. Zugleich wird jedoch die gegenwärtige Form der Naturnutzung als defizitär, als selbstdestruktiv und fortschrittsgefährdend wahrgenommen. Dem liegt ein Bild von Natur zugrunde, wonach Natur zum einen Objekt menschlicher Umgestaltung, zum anderen aber das übergeordnete Ganze ist, in das menschliche Gesellschaften eingebettet sind und das der menschlichen Naturnutzung Grenzen setzt. Als Leitbild der Vermittlung der Gegensätze zwischen Natur als Objekt der Veränderung und Natur als Grenze wird die „Vernetzung“ der menschlichen Zivilisation mit der sie tragenden Natur postuliert.

Im Mittelpunkt der Umweltethik, die diese Vernetzung gewährleisten soll, steht das individuelle Subjekt. Aus seiner anthropologischen Bestimmung als "Wesen der Freiheit" wird nicht nur seine Fähigkeit und Pflicht für die Entfaltung seiner Möglichkeiten als *homo faber*,

sondern ebenso seine "Verantwortungsfähigkeit" abgeleitet. Verantwortung wird zum einen auf die Wahrung und Entfaltung dieser Freiheit bezogen. Dieses Menschenbild kommt sowohl in der Forderung nach der "Individualverträglichkeit" einer "dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung" im Sinne der Wahrung der Freiheitsrechte des Einzelnen, als auch in der Bewertung der freien Marktwirtschaft als ein dem Wesen des Menschen angemessenes ökonomisches System zum Ausdruck. Verantwortungsfähigkeit wird zum anderen mit der Forderung nach der Verantwortung für die soziale, vor allem aber die natürliche Umwelt verknüpft. Die gegenwärtige Form der Entfaltung individueller Freiheit widerspricht aus Sicht des SRU dieser dem Menschen ethisch auferlegten Verantwortung. Als Voraussetzung für die Vermittlung von Freiheit und Verantwortung wird ein "Ethos verantworteter Freiheit" eingefordert. Damit verknüpft ist die Kritik an den Rationalitätsdefiziten der gegenwärtigen Naturaneignung sowie - positiv - die Utopie einer umfassenderen Rationalität menschlichen Handelns im Umgang mit der Natur.

Fundiert wird diese individuumszentrierte, "freiheitliche" Konzeption von nachhaltiger Entwicklung so durch das ökologisch erweiterte liberale Menschen- und Naturbild der bürgerlichen Aufklärung. Indem der SRU individuelle Freiheit mit individueller Verantwortungsfähigkeit (zugunsten des als rational Erkannten) verknüpft, werden die Zielkonflikte zwischen Umwelt-, Sozial- und Individualverträglichkeit, zwischen Naturveränderung und Naturbewahrung, zwischen individueller Freiheitsentfaltung und Freiheitsbeschränkung entschärft und zumindest theoretisch der Boden für die Möglichkeit einer „dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung" bereitet.

Tabelle 2: Deutungsmuster in der ethischen Grundlagenreflexion

Menschenbild	Mensch als Vernunftwesen, als „Wesen der Freiheit“ und als Homo Faber; Freiheit beinhaltet Möglichkeit und Pflicht zur Verantwortung
Mensch-Natur-Beziehung	Natur als Objekt technischer Gestaltung und Nutzung; Übergeordnete Natur: Natur setzt Grenzen
	Ist: defizitäre Naturaneignung (begrenzte Rationalität)
	Soll: Vernetzung von Gesellschaft mit Natur (umfassende Rationalität)

Ob und in welcher Weise diese Prinzipien bei der Bearbeitung konkreter Probleme Anwendung finden, soll an der vom SRU exemplarisch behandelten Verkehrsthematik ausführlicher diskutiert werden. Andere Akzentuierungen zeigen sich bereits bei der Diskussion der rechtlichen Rahmenbedingungen umweltgerechten Handelns. Recht ist für den SRU ein unverzichtbares Mittel, der Verantwortung für die Umwelt in einer für alle verbindlichen Weise Geltung zu verschaffen (ebd. 61). Zwar müsse sich der Umfang an notwendigen Freiheitsbeschränkungen dabei am Maßstab der "geringst möglichen Eingriffe in die Rechte des einzel-

nen" (ebd. 65) orientieren. Im Vordergrund steht nun allerdings - aus der Perspektive der Juristen - nicht mehr das Motiv „Freiheit in Verantwortung“ sondern das Motiv „Umweltschutz als Staatsaufgabe“. Noch deutlichere Akzentverschiebungen - und Widersprüche - zeigen in den Kapiteln, die aus der disziplinären Perspektive der Ökologen und der Ökonomen geschrieben werden sowie im Kapitel über die umweltpolitischen Instrumente.

4.1.2 Ökologische Grundlagenreflexion

Welche Relevanz wird der Wissenschaft der "Ökologie" für das Konzept der "dauerhaft umweltgerechten Entwicklung" im Gutachten des SRU zugewiesen? Der SRU distanziert sich explizit vom "ökologischen" Weltbild der Alternativbewegung, in dem "Ökologie" mit einem neuen, ganzheitlichen Denken gleichgesetzt wird, das die zunehmende Spezialisierung der Wissenschaft überwinden soll. Einer "Verklärung der Ökologie zu einer Art Überwissenschaft, die eine grundlegende Bestimmung des Verhältnisses von Mensch und Natur leisten soll und mit dem Anspruch einer normativen Letztorientierung verbunden wird" (ebd. 69), wird eine Absage erteilt, da dies zu einer Überforderung der Ökologie als Wissenschaft führen würde. Dem Verständnis von Ökologie als ganzheitlichem Modell der Welterklärung und als normativer Leitwissenschaft wird eine Konzeption entgegengestellt, die dem traditionellen Wissenschaftsverständnis verpflichtet ist: spezifische Methodik und begrenzter Geltungsbereich, spezifische Kompetenzen sowie ein Selbstverständnis als primär beschreibende wissenschaftliche Disziplin. Die Rolle der Ökologie wird durch das Ideal einer empirischen, werturteilsfreien Wissenschaft bestimmt. An der disziplinären Arbeitsteilung der Wissenschaft wird festgehalten.

Ebenso abgelehnt werden Versuche, die "Natur" zur allein maßgeblichen Orientierungsgröße werden zu lassen und daraus das Ziel einer „konfliktfreien Versöhnung mit eben dieser Natur“ (ebd. 69) abzuleiten. Der SRU verwehrt sich gegen den "naturalistischen Fehlschluss", aus dem Ist-Zustand der Natur - vermittelt über die Wissenschaft der Ökologie - einen Soll-Zustand gewinnen zu wollen. Demgegenüber wird „*Natur als Kulturaufgabe*“ begriffen (ebd. 70). Das "Natürliche" sei dem Menschen nicht selbstverständlich gegeben, sondern müsse - wie das im Menschenbild des "homo faber" bereits zum Ausdruck kam - von ihm selbst bestimmt werden. Hier wird - wie bereits bei der ethischen Grundlagenreflexion - ein "kulturalistisches" Verständnis des Mensch-Natur-Verhältnis sichtbar.

Ziel dieser Ausführungen des SRU war vor allem eine "Grenzbestimmung der Ökologie als Wissenschaft", d.h. die Ablehnung von normativen Aufgaben und Kompetenzen, die der Ökologie durch bestimmte Gruppen zugewiesen werden. Diese Selbstbeschränkung bedeutet jedoch nicht, dass der Ökologie jegliche Relevanz abgesprochen würde. Vielmehr wird betont, "dass die Ökologie das Basiswissen für einen sachgerechten Umgang mit den natürlichen Existenzgrundlagen des Menschen zusammenstellt" (ebd. 70). Sie habe die Kenntnis von Wirkungszusammenhängen, Grundstrukturen und Belastungsgrenzen der ökologischen Systeme als Faktenwissen für die Umweltpolitik bereitzustellen und Risiken und Gefahren einer Grenzüberschreitung durch eine "sachliche, möglichst wertungsfreie Aneignung, Beschrei-

bung und Vermittlung ökologischer Sachverhalte nach dem jeweiligen Stand der Forschung" aufzuzeigen (ebd. 71). Während der SRU also einerseits normative Aufgaben von sich weist, werden andererseits deskriptive Kompetenzen explizit beansprucht. Die "richtige" Beschreibung der Beziehung zwischen Mensch und Natur wird in den Zuständigkeitsbereich der Ökologie verwiesen und damit werden implizit nicht-wissenschaftliche Formen der Wirklichkeitskonstruktion als unzureichend definiert. Allerdings reflektiert der SRU auch die aus dem Komplexitätsdilemma resultierende Beschränktheit der wissenschaftlichen Erkenntnis. Das auf Experimenten basierende Wissen sei angesichts der komplexen Dynamik ökologischer Systeme unzureichend. Es könnten zwar Modelle entwickelt werden, die sich jedoch eher auf Wahrscheinlichkeiten und weniger auf Fakten stützen. Der Umgang mit wissenschaftlichen Erkenntnisdefiziten mache daher eine Teilung der Verantwortung für den Umgang mit Natur und ihren Belastungsgrenzen mit der Gesamtgesellschaft notwendig (ebd. 74).

Deutlich wird hier ein ambivalentes Verhältnis zur Rolle der Wissenschaft im allgemeinen und der Ökologie im speziellen bei der Zielbestimmung einer nachhaltigen Entwicklung. Zum einen wird jegliche normative Funktion abgelehnt und tendenziell auch der Anspruch aufgegeben, 'Wahrheiten' über die Natur aufdecken zu können. Zum anderen wird aber doch an der Vorstellung festgehalten, dass dem wissenschaftlichem Wissen eine größere „Richtigkeit“ und ein mehr an Rationalität zukommt als dem Laienwissen. Das Modell der Entscheidungsfindung des SRU setzt so voraus, dass das Wissen der Ökologie in die Erwägungen der nichtwissenschaftlichen Öffentlichkeit einbezogen wird. "Fragen der Vermittlung und der Vermittelbarkeit von ökologischem Wissen" werden daher als wesentliche Herausforderung für die Ökologen angesehen.

Insgesamt wird so zwar die Begrenzung des Wissens durch die Perspektivität wissenschaftlicher Disziplinen und die Problematik des Nicht-Wissen-Könnens gesehen. Andererseits wird von der Möglichkeit ausgegangen, die unterschiedlichen Wissens-Rationalitäten so zu integrieren, dass sie als Basis für einen "rationalen" Entscheidungsprozess dienen können. Trotz aller Relativierung wird somit an dem Anspruch einer - zumindest annäherungsweise - *kognitiven Beherrschung der Problematik gesellschaftlicher Naturbeziehungen*, und darauf aufbauend, *einer rationalen Steuerung* der gesellschaftlichen Entwicklung festgehalten. Dieser Anspruch strukturiert als Deutungsmuster die Herangehensweise des SRU an die sozial-ökologische Problematik.

Als geeignetes Modernisierungskonzept betrachtet der SRU das Konzept der „*strukturellen Ökologisierung*“, das nicht nur eine Umstrukturierung der Industriegesellschaft, sondern auch eine Modernisierung des politischen Handlungssystems beinhaltet. Mit der darin enthaltenen Verknüpfung von sozialen, ökologischen und ökonomischen Fragen, dem Plädoyer für eine die ökologischen Potentiale erhaltende Wirtschaftsweise und für eine Veränderung von Handlungsstrukturen entspräche es in der konzeptionellen Grundausrichtung und den Zielsetzungen dem Leitbild der dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung (ebd. 75). Ökologisch knüpft das Konzept der „strukturellen Ökologisierung“ an die Analyse von Belastungsgrenzen und der Konstanz des ökologischen Kapitalsstocks, ökonomisch an das Ziel einer Minimierung des Verbrauchs nicht-erneuerbarer Ressourcen an. Leitvorstellungen über Umweltqualitätsziele sind jedoch - hier wieder die Trennung zwischen wissenschaftlichen und politi-

schen Kompetenzen - "nicht von naturwissenschaftlichen Disziplinen festzulegen, sondern müssen von entsprechenden Entscheidungsprozessen im Rahmen des politischen-administrativen Systems vorgegeben werden" (ebd. 75). Mit der Übernahme des Konzepts der "strukturellen Ökologisierung" legt sich allerdings der SRU, trotz der immer wieder betonten allein deskriptiven Funktion der Wissenschaft, auf ein Handlungskonzept fest, in dem bestimmte allgemeine ökologische Zielsetzungen bereits festgeschrieben sind.

Dies wird auch deutlich an der Diskussion der Bestimmung des "ökologischen Gleichgewichts" und von "Belastungsgrenzen" natürlicher Systeme. Stabilität und Gleichgewicht von Natur wird nicht mit Statik gleichgesetzt, sondern "als permanente Aufeinanderfolge von sich ändernden Gleichgewichtszuständen" verstanden (ebd. 72). Dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung an einem bestimmten Gleichgewichtszustand zu orientieren, sei daher angesichts der "Dynamik der Natur" nicht angemessen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass eine beliebige Veränderbarkeit der Natur durch den Menschen unterstellt wird. Ausgegangen wird vielmehr von bestimmten "Grenzen der Belastbarkeit" (ebd. 73), jenseits derer sich menschliche Eingriffe negativ auf Struktur und Funktionen von Ökosystemen auswirken würden. Inwieweit allerdings eine Veränderung als negativ bewertet wird, sei nicht durch die Ökologie zu bestimmen, sondern könne nur "im Sinne einer anthropozentrischen Zielvorstellung" getroffen werden" (ebd. 73). Diese normative Komponente mache eine demokratische Partizipation am Entscheidungsprozess über die Interpretation als Schaden oder Nutzen notwendig. Deutlich wird nochmals die spezifische Vorstellung des SRU vom Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit: Wissenschaft als Produzent von Wissen, Öffentlichkeit und Politik als Verwender von Wissen und als Instanz der Setzung daraus abgeleiteter normativer Ziele.

Insgesamt werden hier widersprüchliche Deutungsmuster erkennbar. Das Mensch-Natur-Verhältnis wird zunächst - wie im Ethik-Kapitel - aus kultureller Perspektive definiert. Natur bildet keine absolute, durch Wissenschaft definierbare Grenze, sondern kann nach gesellschaftlichen Zielvorgaben gestaltet werden. Analog zum *homo-faber*-Modell wird damit der Gesellschaft die freie Wahl in der Gestaltung der Natur zugebilligt. Freiheitlich ist zunächst auch die Bestimmung des Verhältnisses von Wissenschaft und Öffentlichkeit: Wissenschaft liefert nur empirische Daten, die der Öffentlichkeit als Grundlage, nicht aber als Vorgabe von Entscheidungen dienen. Zugleich wird jedoch eine deutliche Relativierung dieses Deutungsmusters vollzogen. Zwar wird Natur nicht als statisch und unveränderbar, sondern als dynamisches System angesehen; dennoch werden mithilfe wissenschaftlicher Argumente bestimmte Grenzen der Naturnutzung formuliert. Angestrebt wird das "Finden geeigneter Zeitmaße" für die Belastung und Veränderung von Natur. Auch wenn die Bewertung von Naturveränderungen letztlich als öffentlich-politische Aufgabe definiert wird, so hat doch bereits die außeröffentliche, wissenschaftliche Problembestimmung und die daraus abgeleiteten Handlungsnotwendigkeiten einer „strukturellen Ökologisierung“ einen implizit normativen Charakter. Obwohl der „naturalistische Ökologismus“ abgelehnt wird, vollzieht sich so unter der Hand doch eine tendenzielle „Naturalisierung“ der Argumentation.

Tabelle 3: **Deutungsmuster der ökologischen Grundlagenreflexion**

Naturverständnis	„dynamischer Naturalismus“
Mensch-Natur-Beziehung	Natur als Kulturaufgabe; Natur als Grenze
Rolle der Wissenschaft	Wertfreie Ermittlung von Wissen; besondere Kompetenz zur Zielbestimmung
Rolle der Öffentlichkeit	Bestimmung von Zielen; Konkretisierung und Umsetzung gesetzter Ziele
Entwicklungsstrategie	„strukturelle Ökologisierung“

Eine derartige "Naturalisierung" wird insbesondere an den "Ansätzen zur umweltpolitischen Zielfindung und zur Analyse der Umweltsituation" deutlich. Vorab soll jedoch - dem Aufbau des Umweltgutachtens folgend - auf die Reflexion der ökonomischen Bedingungen einer „dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung“ aus der Sicht der Ökonomie eingegangen werden.

4.1.3 Ökonomische Grundlagenreflexion

Wird in der ökologischen Grundlagenreflexion die Belastungsfähigkeit des ökologischen Systems thematisiert, so wird in der ökonomischen Grundlagenreflexion aus der Perspektive der (wissenschaftlichen Disziplin der) Ökonomie die "Komplexität, Eigengesetzlichkeit und Dynamik des ökonomischen Systems" diskutiert (ebd. 76). Die Ökonomie wird dabei analoger Form als ein System mit spezifischen "Eigengesetzlichkeiten" wahrgenommen, bei dem es wie im ökologischen System "Grenzen der Belastbarkeit" gebe, jenseits derer die normalen Funktionen marktwirtschaftlicher Prozesse erheblich gestört seien (ebd. 76). Interventionen seien daher auf das ökonomisch Machbare zu reduzieren und die "kreative und adaptive Kapazität des ökonomischen Systems", seine Fähigkeit, Neuerungen hervorzubringen und sich an Änderungen anzupassen, zu beachten. Diese gerade auch für die Steigerung der Umweltverträglichkeit und Sozialverträglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung notwendigen Fähigkeiten ließen sich wiederum am besten im Rahmen einer Wettbewerbs- und Marktwirtschaft entfalten. Daraus wird gefolgert, dass diejenigen Maßnahmen zu wählen seien, "die die geringste Form der Beschränkung des Wettbewerbs mit sich bringen" (ebd. 77).

Indem der SRU die "Eigengesetzlichkeit" des ökonomischen Systems betont und daraus bestimmte „Belastungsgrenzen“ ableitet, werden die marktwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse selbst naturalisiert und unverhandelbar gemacht. Dem liegt die Annahme zugrunde, die Marktwirtschaft sei die effizienteste, innovativste und anpassungsfähigste Form der Ökonomie (ebd. 77).

Unter den gegenwärtigen Bedingungen wird das marktwirtschaftliche System allerdings zugleich als Verursacher von Umweltproblemen gesehen. Dies sei jedoch nicht eine Folge der

Marktwirtschaft als solcher, sondern einer "lückenhaften Definition privater Verfügungsrechte", durch die "Umweltgüter immer noch als freie Güter, also gratis, zur Verfügung gestellt werden, obwohl sie längst knappe Güter sind" (ebd. 77). Umweltprobleme seien daher nicht als Marktversagen oder Moraldefizit anzusehen, sondern "vor allem dem Staat zur Last zu legen, der es versäumt hat, den Katalog definierter Verfügungsrechte zu vervollständigen" (ebd. 78). Die Ursache hierfür wird vor allem in einem "institutionell bedingten Staatsversagen" (ebd. 78) gesehen, da existierende Organisationen des politischen Prozesses unzureichend seien. Die Durchsetzung einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung erfordere deshalb politisch-institutionelle Reformen (ebd.).

Das Plädoyer für die freie Marktwirtschaft bedeutet somit keine prinzipielle Ablehnung staatlicher Eingriffe in die Ökonomie. Unverfügbar gesetzt werden nur die marktwirtschaftlichen Organisationsprinzipien, explizit eingefordert hingegen - unter Einhaltung der marktwirtschaftlichen "Gesetze" - eine staatliche Regelung der Verfügbarkeit von natürlichen Ressourcen. Ziel ist - wie an anderer Stelle deutlich gemacht wird - eine ökonomische Internalisierung der externen Kosten, d.h. eine "Übersetzung" ökologischer Ziele in die Logik des marktwirtschaftlichen Systems. Dem Staat wird somit eine *Rolle als "Vermittler" zwischen ökonomischem und ökologischem System* zugewiesen.

Die ethische Dimension der "Verantwortung" nimmt dabei eine sekundäre Rolle ein. Zwar wird "eine zusätzliche Verpflichtung der Marktakteure zu einem über das Gesetz hinausgehenden umweltmoralischen Handeln" (ebd. 78) angemahnt - allerdings nur soweit der Unternehmer sein Unternehmen damit nicht gefährdet. Primär müsse jedoch der "moralisch handelnde Unternehmer" zum "politischen Unternehmer" werden, der auf den Gesetz- und Verordnungsgeber einwirkt, um "eine Gefährdung seines Unternehmens durch nicht moralisch handelnde Konkurrenten" auszuschließen (ebd.). Der in der "ethischen Reflexion" tendenziell "altruistische" Verantwortungsbegriff wird damit im Ökonomiekapitel in einer Weise ausgedeutet, dass er mit dem Menschenbild des *homo oeconomicus* vereinbar wird. Der *verantwortliche homo oeconomicus* handelt nicht gegen seine individuellen Interessen, sondern er versucht über den Staat die Rahmenbedingungen seines Wirtschaftens so zu beeinflussen, dass „egoistisches“ und „moralisches“ Handeln miteinander vereinbar werden.

Tabelle 4: **Deutungsmuster in der ökonomischen Grundlagenreflexion**

Menschenbild	Verantwortlicher Homo Oeconomicus
Ökonomieverständnis	Ökonomie als eigengesetzliches System; Grenzen der marktwirtschaftlichen Belastbarkeit
ökologische Problematik	Unzureichende staatliche Regulierung der Verfügungsrechte über natürliche Ressourcen (Externalisierung ökologischer Kosten)
Rolle des Staates	Ökologisch verträgliche Gestaltung der Rahmenbedingungen marktwirtschaftlichen Handelns

Die Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie durch eine staatliche Regelung der marktwirtschaftlichen Nutzung von Umweltgütern setzt auf wissenschaftlicher Ebene zunächst eine Bestimmung von Umweltqualitätszielen voraus. Angesichts des aus Sicht des SRU noch unzureichenden wissenschaftlichen Diskussionsstands wird im folgenden im Umweltgutachten ein "Indikatorenkonzept" zur inhaltlichen, zeitlichen und räumlichen Spezifizierung von Umweltzielen entwickelt.

4.2 Umweltpolitische Zielfindung, Umweltindikatoren und Instrumentenwahl

Aus Sicht des SRU setzt der Einsatz wirksamer umweltpolitischer Instrumente klar definierte Ziele im Rahmen einer "systemaren Betrachtung der ökologischen, ökonomischen und soziokulturellen Interdependenzen" voraus (ebd. 80). Anzustreben sei eine Betrachtungsweise, die das Augenmerk auf den zirkulären Charakter umweltrelevanter prozesse des "Raumschiffs Erde" richtet (ebd. 80). Der SRU geht so von der Notwendigkeit und Möglichkeit einer integrierten Betrachtung und Zielbestimmung des Verhältnisses von Gesellschaft und Natur aus. Er rekurriert dabei auf das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, das er in einer spezifisch selektiven Weise rezipiert. Als wesentliche Bestandteile des Konzepts werden die bereits im Brundtland-Report gesetzten Ziele der Fortsetzung von Entwicklung, der gleichmäßigeren Einkommensverteilung, der Verringerung der Unterschiede zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern, der Bedürfnisbefriedigung zukünftiger Generationen u.a.m. genannt. In der weiteren Argumentation wird allerdings nur auf das Ziel des Erhalts der Umwelt in ihren Funktionen als Ressourcenquelle, Aufnahmemedium für Reststoffe und als Lebensgrundlage Bezug genommen. Im Gegensatz zur widersprüchlichen und vielfältigen Zielbestimmung im Brundtland-Report - wie auch der mehrdimensionalen Ausdeutung im Ethik-Kapitel des SRU - wird somit allein die ökologische Dimension berücksichtigt und nachhaltige Entwicklung primär als umweltpolitisches Leitbild ausgedeutet (ebd. 83). Aus dem Ziel des Erhalts der Umweltfunktionen werden folgende "umweltpolitische Handlungsanweisungen" abgeleitet:

- "(1) Die Nutzung einer Ressource darf nicht größer sein als ihre Regenerationsrate oder die Rate der Substitution all ihrer Funktionen.
- (2) Die Freisetzung von Stoffen darf nicht größer sein als die Aufnahmefähigkeit der Umweltmedien.
- (3) Gefahren und verzichtbare Risiken für die menschliche Gesundheit durch anthropogene Einwirkungen sind zu vermeiden." (Ebd. 84)

Die Aufstellung der dritten Regel weicht von ähnlichen Nutzungsregeln anderer institutioneller Akteure - wie z.B. der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ oder des Wuppertal-Instituts - ab, da nicht nur abstrakte, ganz generell auf den Schutz der natürlichen Reproduktionsbedingungen bezogene Regeln aufgestellt, sondern die Rückwir-

kung menschlicher Natureingriffen auf den konkreten, körperlichen Menschen betrachtet werden. Mit den ersten beiden Regeln vollzieht der SRU hingegen eine Rezeption des Leitbilds, in der der Erhalt von Natur als Ressource und Aufnahmemedium unverhandelbar gesetzt wird. Implizit sind damit mehrere Festlegungen verbunden:

- Es wird davon ausgegangen, dass zukünftige Generationen für ihre Bedürfnisbefriedigung eine von ihren Funktionen her gleiche oder ähnliche Natur benötigen. Die gegenwärtige Form von Bedürfnisbefriedigung und Entwicklung wird in die Zukunft projiziert.
- Damit wird der weitgehende Erhalt des gegenwärtigen Naturzustandes angestrebt. Naturnutzung wird nur soweit akzeptiert, wie durch den Eingriff keine substantielle und irreversible Veränderung von Natur als Ressource und Aufnahmemedium erfolgt. So folgert der SRU aus der zweiten Regel, dass Ökosysteme nur im Rahmen ihrer Aufnahme- oder Tragkapazität belastet werden können. Darin wird erneut die Position eines "*dynamischen Naturalismus*" erkennbar.
- Der Setzung der Regeln liegt die Annahme zugrunde, dass eine wissenschaftliche Ermittlung der für die Operationisierung notwendigen Daten möglich ist. Der Umweltrat fordert daher z.B. die Schaffung der informatorischen Voraussetzungen für die Erfassung von Umweltsystemen durch eine "umfassende Umweltbeobachtung" (ebd.). Zugrunde liegt das szientistische Projekt einer umfassenden *kognitiven Beherrschung* der Interaktion von Gesellschaft und Natur.
- Entgegen dem zunächst propagierten Verständnis von Wissenschaft als deskriptiver, wertfreier Instanz weist der Umweltrat der Wissenschaft auch eine *normsetzende Funktion* zu. Nicht nur die Bestandsaufnahme, sondern auch die Zielfestlegung wird in den Zuständigkeitsbereich der Wissenschaft gelegt: "Umweltqualitätsziele fallen nicht vom Himmel, sondern entwickeln sich aus dem Diskurs der Wissenschaft über die Funktionszusammenhänge in Ökosystemen, aus der systematischen Information über die Zustände von Ökosystemen und ihrer Entwicklung sowie der Verarbeitung dieser Befunde durch die politischen Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit" (ebd. 85). Politik und Öffentlichkeit wird damit nur noch die Funktion der Umsetzung der wissenschaftlichen Befunde, nicht aber - anders als im "Ökologie-Kapitel" - eine eigenständige Kompetenz in der Zielfestlegung zugewiesen.

Um die "umweltpolitischen Handlungsanweisungen" operationalisierbar zu machen, entwickelt der SRU im Umweltgutachten in Anlehnung an Vorbilder aus dem internationalen Sustainability-Diskurs - so z.B. dem nationalen Umweltplan der Niederlande (NEPP) und dem "Pressure-State-Response"-Modell der OECD - ein "*nationales Umweltindikatorensystem*" für Deutschland, das als Basis für die umweltpolitischen Zielfindung dienen soll. Basis dieses Umweltindikatorensystems ist die Ableitung von Umweltqualitätszielen aus dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung und den aufgestellten "umweltpolitischen Handlungsanweisungen" sowie die naturwissenschaftliche Quantifizierung dieser Ziele durch Umweltqualitätsstandards. Umweltindikatoren sollen dann den Vergleich der angestrebten Ziele mit den Daten über die gegenwärtige Umweltsituation ermöglichen; es sind "Größen, die die Abweichung der Umweltsituation (IST) von Umweltqualitätsstandards (SOLL) ausdrücken" (ebd.

101). Ziel ist ein umfassendes System von Umweltindikatoren, um ein "möglichst repräsentatives Bild vom Zustand der Umwelt zu geben" (ebd. 128). Exemplarisch wurden im Umweltgutachten Umweltindikatoren zum anthropogenen Stickstoffeintrag und zur strukturellen Veränderung der Landschaft ermittelt (ebd. 106 ff.).

Die Logik dieser Argumentation entspricht wieder der des „dynamischen Naturalismus“: Auf naturwissenschaftlicher Grundlage wird ein Soll-Zustand bestimmt, an dem sich der gegenwärtige, defizitäre Zustand messen und die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung orientieren soll. Das impliziert zwar die Möglichkeit der Naturveränderung, aber doch nur im Rahmen vordefinierter Grenzen.

Was die Instrumente zur Verwirklichung einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung betrifft, so wägt der Umweltrat Vor- und Nachteile unterschiedlicher Instrumente auf einer sehr allgemeinen Reflexionsebene ab. Er plädiert für die Ausnutzung von Reduktions- und Entlastungspotentialen, für einen verstärkten Einsatz ökonomischer Instrumente - ohne jedoch ordnungsrechtlichen Instrumenten eine Absage zu erteilen - und für organisatorische Umstrukturierungen bei Behörden und in Betrieben (ebd. 130 ff.). Neben diesen strukturell ansetzenden Instrumenten wird auf personaler Ebene die Entwicklung eines "Sustainability-Ethos" als Ethos integrierter Verantwortung" eingefordert (ebd. 159). Dabei gehe es um "die Fortentwicklung moralischer Kompetenzen, die Fähigkeit zu Risikowahrnehmung, Risikobewertung und gegebenenfalls auch Risikoakzeptanz, zu genauer Erfassung des Vertretbaren und des Möglichen" (ebd.). Zum Ausdruck kommt wieder das dem "Ethik-Kapitel" zugrundeliegende Modell eines rationalen, "verantwortungsfähigen Menschen". Zu fordern sei dieser "Sustainability-Ethos" vor allem von Expertengruppen. Der SRU unterscheidet hierbei (159ff) zwischen "Experten in der Sache" (z.B. Wissenschaftler), "Experten der Vermittlung" (z.B. Pädagogen), Experten aus "Engagement" (z.B. Umweltschutzverbände) und "Experten des Gemeinwohls" (z.B. Politik). Diese Verantwortungszuschreibung auf Experten beinhaltet zugleich die Zuweisung einer "undelegierbaren Kompetenz". Damit definiert der SRU die Konkretisierung *nachhaltiger Entwicklung vorrangig als Expertenaufgabe*. Für den "Laien" impliziert der "Sustainability-Ethos" umgekehrt die "Akzeptanz von Restriktionen" (ebd. 162), ohne dass ihm eine eigenständige Kompetenz zur Definition von Problemen und Problemlösungen zugesprochen würde. Erschien im Ethikkapitel nachhaltige Entwicklung primär auf einem individuell verantwortlichen Handeln zu basieren, so reduziert sich nun das ethische Postulat der "Verantwortungsfähigkeit" für den Nicht-Experten auf die Bereitschaft zur Akzeptanz umweltpolitischer Maßnahmen.

Auf die generelle Instrumentendiskussionen soll hier nicht näher eingegangen werden. Stattdessen wird im folgenden anhand der Auseinandersetzung des SRU mit dem Problemfeld "Mobilität und Verkehr" dargestellt, welche Prioritätensetzung bei konkreten Problemen erfolgt. Wir verfolgen dabei die Frage, ob und in welcher Weise die der Grundlagenreflexion zugrundeliegenden Deutungsmuster - und die Widersprüche zwischen ihnen - auch die Bearbeitung konkreter Themen prägen.

4.3 Das Handlungskonzept des Umweltrats am Beispiel des Problemfelds "Umwelt und Verkehr"

Mobilität als „biologische Radikale des Menschen“

Der Umweltrat beginnt - wie in der allgemeinen Grundlagenreflexion - mit einer historisch-anthropologischen Diskussion von Mobilität. Antrieb und Befähigung zur Bewegung werden hierin als "natürliche Grundausstattung" des Menschen, und daher "Mobilität als eine biologische Radikale des Menschen" betrachtet (ebd. 235). Die Überwindung von Raum als Überlebensnotwendigkeit stellt aus Sicht des SRU eine für alle Kulturen kennzeichnende anthropologische Grundkonstante des Menschen dar. Der Einsatz von Bewegungshilfsmitteln entspricht aus dieser Perspektive dem menschlichen Wesen. Analog zur ethischen Bestimmung des Menschen als homo faber, des die Welt tätig aneignenden Menschen, kann hier von einem Menschenbild des „homo mobilis“, des raumüberwindenden Menschen gesprochen werden. Dementsprechend wird auch der durch den Einsatz von Technik in der Industriegesellschaft ermöglichte Mobilitätsschub nicht per se negativ bewertet. Neben dieser anthropologischen Herleitung werden auch die spezifischen Bedingungen der Industriegesellschaft wie z.B. zunehmender Gütertausch und Trennung von Arbeits- und Lebenswelt als Ursache für die gegenwärtige Mobilität angesehen. Darüber hinaus postuliert der SRU jedoch "im Antriebsgefüge des Menschen selbst liegende Faktoren" - die Bedürfnisse nach Selbstbestimmung, nach Gleichbehandlung und sozialer Geltung - die neben den biologisch-anthropologischen Faktoren bestimmend seien für das "Bedürfnis nach Mobilität" (ebd. 236):

Selbstbestimmung wird als dem "Wesen des Menschen" zugehörig angesehen. Daher sei "Selbstständigkeit zu bewahren, ein zutiefst ethisch gerechtfertigter, in der menschlichen Natur verankerter Grundimpuls", der impliziere, dass der Mensch bestrebt sei, "auf ein größtmögliches Maß an Unabhängigkeit und Eigenständigkeit zu drängen" und "seine Privatsphäre nach außen abzugrenzen" (ebd.). Der SRU folgert daraus, "dass die Form des Individualverkehrs der grundlegenden Bedürfnisstruktur des Menschen mehr entgegenkommt als die Formen kollektiver Fortbewegung. Individualverkehr bietet ihm den größeren Raum der Freiheit und Selbstbestimmung" (ebd.). Erkennbar wird hier das - naturalisierte - liberale Bild des nach individueller Freiheit und Selbstbestimmung strebenden Menschen. Dieses anthropologisch verankerte "Grundbedürfnis nach Unabhängigkeit" könne jedoch auch "entarten", der einzelne "defizitäre, zerstörerische Formen der Befriedigung seines Bedürfnisses entwickeln". Der "Anspruch auf Freiheit und Selbstbestimmung (...) kann so am Ende in eine neue Form von Verantwortungslosigkeit und Rücksichtslosigkeit gegenüber Mensch und Natur umschlagen" (ebd. 237).

Das Bedürfnis nach *Gleichbehandlung* wird als zweites Grundbedürfnis angesehen, das aus der Einsicht resultiere, dass alle Menschen in ihrer Grundverfasstheit gleich seien (ebd.). Der SRU betrachtet dieses Bedürfnis allerdings dem Bedürfnis nach Selbstbestimmung nachgeordnet. Er versucht in seinen Ausführungen aufzuzeigen, dass der Anspruch aller auf individuelle Mobilität vor allem aus ökologischen Gründen nicht zu realisieren sei. Deutlich wird

hier, dass Fragen sozialer Gleichheit gegenüber dem Wert der individuellen Freiheit im Gutachten des SRU einen geringeren Stellenwert einnehmen.

Als drittes grundlegendes Bedürfnis, das das Mobilitätsverhalten beeinflusst, wird das Bedürfnis nach *sozialer Geltung* angesehen. Es sei als Ausdruck und Indikator der gesellschaftlichen Anerkennung des einzelnen, seiner individuellen Besonderheiten und Leistungen, ethisch gerechtfertigt. In Bezug auf Mobilität wird jedoch vor allem auf die negativen Auswirkungen dieses Strebens aufgrund seines Mißbrauchs durch die Werbung hingewiesen. Große Teile der umweltschädigenden Wirkungen des Individualverkehrs gingen auf "das Konto eines Geltungsstrebens, das sich hier geradezu blind an den Steigerungsmöglichkeiten in der Auslegung motorisierter Individualverkehrsmittel festmacht" (ebd.)

Insgesamt wird deutlich, dass der SRU zum einen Bedürfnisse nach Mobilität aus anthropologischen Grundkonstanten des Menschen herleitet. Dies impliziert jedoch keine Festbeschreibung und Annahme einer Unveränderbarkeit des gegenwärtigen Mobilitätsverhaltens. Als schützenswert wird vor allem das Bedürfnis nach Selbstbestimmung angesehen - aber auch hier werden nachteilige Folgen genannt, während die Bedürfnisse nach Gleichbehandlung und sozialer Geltung vor allem in ihren negativen Konsequenzen thematisiert werden.

Dementsprechend sucht der SRU im folgenden weniger nach Wegen zur Wahrung und Verwirklichung, sondern zur verantwortungsvollen Beschränkung dieser "natürlichen" Bedürfnisse. Aus den im "Ethik-Kapitel" aufgestellten Prinzipien wird abgeleitet, dass der Mensch "auch hinsichtlich seines Mobilitätsverhaltens Verantwortung für sich selbst, Verantwortung für seine soziale Mitwelt und Verantwortung für die natürliche Umwelt" trage (ebd. 239). Das Problem bestehe darin, dass der Wert des motorisierten Individualverkehrs zu stark betont und „von gegebenen Notwendigkeiten der Sozial- und Umweltverträglichkeit her zu wenig relativiert (wird). (...) Das Kriterium der individuellen Angemessenheit gewinnt hier nicht selten ein eindeutiges Übergewicht" (ebd. 339). Die drei Kriterien der Individualverträglichkeit, Sozialverträglichkeit und Ökologieverträglichkeit werden somit nicht als gleichwertig angesehen, sie werden vielmehr hierarchisiert. *Als übergeordneter, unverhandelbarer Bezugspunkt wird die Umweltverträglichkeit gesetzt:*

"Tatsächlich kann die ökologische Komponente über alle unterschiedlichen, sich eigenständig geltend machenden spezifisch individuellen und sozialen Erfordernissen hinaus eine Dringlichkeit gewinnen, die ihr in der Rangordnung der Erfordernisse aufs Ganze betrachtet den ersten Platz zuweist. Wo die Funktionsfähigkeit des Zuordnungsgefüges Mensch-Umwelt (...) auf dem Spiel steht, sind alle übrigen Erfordernisse in entsprechender Weise nachzuordnen (...). Der Umweltrat ist der Überzeugung, dass auch im Mobilitätsverhalten im gegebenen Fall die mit diesem Verhalten verknüpften Individual- und Sozialinteressen den dringlicheren übergreifenden Umwelterfordernissen nachzuordnen sind" (ebd. 239).

Das im Ethik-Kapitel entwickelte Modell von nachhaltiger Entwicklung, das die Zielfindung als einen Abwägungsprozess zwischen individuellen, sozialen und ökologischen Zielen erscheinen ließ, erweist sich somit in der konkreten Anwendung als eindeutig normatives, ökologisch orientiertes Konzept. Die Individuumszentriertheit dieser Konzeption bedeutet vor

allein die Einforderung einer individuellen Verantwortung. Aus der Freiheit des Menschen wird vor allem die Pflicht abgeleitet, freiwillig das zu tun, was ökologisch geboten erscheint. Die im "Antriebsgefüge des Menschen selbst liegenden Faktoren" (ebd. 237) des gegenwärtigen, nicht-nachhaltigen Mobilitätsverhaltens sollen durch eine rationale, verantwortungsvolle Selbstbeschränkung gebändigt werden.

Die ethisch geprägten Überlegungen werden in den folgenden Ausführungen des SRU allerdings insoweit relativiert, als die vorgeschlagenen Handlungskonzepte primär auf der strukturellen Ebene ansetzen. Die Lösung der durch den Verkehr entstandenen Umweltproblematik wird somit nicht unmittelbar im moralischen Handeln des Einzelnen gesehen, sondern in der Schaffung von Rahmenbedingungen, die moralisches Handeln begünstigen.

Ökologische Problematik des Verkehrs und verkehrspolitische Empfehlungen

Der SRU führt im Gutachten eine umfassende Ist-Analyse der ökologischen Relevanz der gegenwärtigen Mobilitätsformen durch. Soziale und ökonomische Aspekte werden darin kaum berücksichtigt. Transportleistungen des Güterverkehrs werden so bspw. nur mit Bezug auf die Umweltverträglichkeit der unterschiedlichen Transportsysteme Bahn, Auto- und LKW-Verkehr, Schifffahrt und Luftverkehr analysiert (ebd. 242). In die Analyse der Umweltrelevanz werden neben den in der Nachhaltigkeitsdiskussion relevanten Aspekten des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastung allerdings auch gesundheitsrelevante Themen wie Lärmbelastung und die Wirkung von Schadstoffen auf den Menschen miteinbezogen (ebd. 244-249). Ziel ist es, die jeweiligen Stoffbelastungen in umfassender, quantifizierter Weise dazustellen (ebd. 252-257). Das Bemühen um naturwissenschaftliche Exaktheit verweist auf den zugrundeliegenden Glauben an eine rationale, wissenschaftliche Beherrschbarkeit der Wirklichkeit. Aus der Schwierigkeit, die Komplexität der Wirkungsbeziehungen zu erfassen, wird nicht auf Grenzen des szientistischen Programms geschlossen; es werden stattdessen Empfehlungen zur Verbesserung der Datenlage erarbeitet (ebd. 268).

Den ermittelten Bestandswerten werden dann Soll-Werte gegenübergestellt und daraus quantifizierte Verringerungsziele abgeleitet. Der SRU orientierte sich dabei an Empfehlungen der Enquete-Kommission zum "Schutz der Erdatmosphäre" und erweiterte diese um gesundheitsrelevante Aspekte. Der Prozess der Zielsetzung, der - eigentlich - Gegenstand des öffentlich-politischen Prozesses sein sollte, wird hier von den Experten des SRU selbst vorgenommen.

Was die umweltpolitischen Maßnahmen betrifft, mit deren Hilfe diese Ziele erreicht werden sollen, ist der SRU - entgegen seiner sonstigen Betonung individueller Verantwortlichkeit - der Ansicht, dass "moralische Appelle wenig (helfen würden), Änderungen kostenwirksamer Rahmenbedingungen dagegen viel" (ebd. 276). Strategische Ansatzmöglichkeiten werden deshalb vor allem auf der strukturellen Ebene gesehen. Neben Maßnahmen zur Veränderung der Wohn- und Gewerbesiedlungsstrukturen (276 ff) und dem Einsatz ordnungsrechtlicher Instrumente wie Grenzwertfestsetzungen für Abgase und Geschwindigkeitsbeschränkungen wird insbesondere die Internalisierung der Umweltbelastungen in das Preissystem für nötig erachtet. Anzustreben sei nicht die gesellschaftliche Steuerung von Mobilität und Transport

und auch nicht die Verteuerung des Transports als solchem, sondern die Verteuerung der genutzten natürlichen Lebensgrundlagen, „um unter den umweltpolitisch unverzichtbaren Restriktionen ein Maximum an Mobilität zu ermöglichen“ (ebd. 293). Zugleich sei durch „Deregulierung ein Höchstmaß an Effizienz im Verkehrssektor“ sicherzustellen (ebd. 293). Zentrales Ziel einer umweltgerechten Mobilität sei daher die "ökologische Wahrheit der Preise":

"Der wichtigste Grundsatz der Verkehrspolitik im allgemeinen und einer umweltschonenden Verkehrspolitik im besonderen betrifft deshalb die ökologische Wahrheit der Transportpreise. Nur wenn sich die tatsächliche Knappheit (...) in den Transportpreisen widerspiegelt, treffen die Privaten die ökologisch angemessenen Entscheidungen über die Wahl des Verkehrsmittels ebenso wie die ihres Standorts. Ist dieser Grundsatz verletzt (...) so helfen auch die Appelle an das Umweltbewußtsein der Bevölkerung nur wenig. Denn selbst der wohlgesonnene Einzelne muss sich fragen, was es nützt, wenn er sich (unter Inkaufnahme von individuellen Wohlfahrtsverlusten) umweltfreundlich verhält, aber keine Gewähr dafür besteht, dass auch die anderen gleiches tun. Gerade dieses Dilemma zwischen individueller und kollektiver Rationalität (...) wird durch die ökologisch wahren Transportpreise humaner und effizienter aufgelöst als durch Zwang oder Kontrolle. Zu fragen ist, wann die Transportpreise wahr im Hinblick auf die tatsächlichen Knappheiten sind, wie wahre Transportpreise wirken und durch welche Maßnahmen die Wahrheiten der Transportpreise hergestellt werden können"(ebd. 293).

Der Forderung nach einer "ökologischen Wahrheit der Transportpreise" liegen implizit mehrere Grundannahmen zugrunde. Es wird erstens davon ausgegangen, dass es die „ökologische Wahrheit“ gibt, die durch ein bestimmtes Niveau an „nachhaltiger“ Ressourcennutzung wissenschaftlich definiert werden kann. Zweitens wird postuliert, dass diese natürlichen Grenzen durch Verpreislichung in die "Sprache" der Ökonomie übersetzt und damit die unterschiedlichen "Systemlogiken" von Ökologie und Ökonomie miteinander kompatibel gemacht werden können. Drittens wird das Modell des *homo oeconomicus* unterstellt, der allein persönlichen, nutzenorientierten Erwägungen folgt. Zeigen die Grundlagenreflexionen ein unentschiedenes Schwanken zwischen dem Bild des moralisch verantwortlichen und des nutzenorientierten Menschen, so schiebt sich in den konkreten Handlungsempfehlungen letzteres eindeutig in den Vordergrund. Moralische Einsicht und individuelles Interesse kommen nur dann zur Deckung, wenn die Preise durch eine Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen die "ökologische Wahrheit“ sagen. Solche Rahmenbedingungen könnten z.B. durch die Einführung von handelbaren Emissionsrechten geschaffen werden, die mit der Festlegung von Emissionsmengen verknüpft sind. Der SRU verweist allerdings auch auf Probleme eines nationalen Alleingangs und hält daher ein zumindest europaweit koordiniertes Vorgehen für notwendig.

Sozialverträglichkeit einer umweltgerechten Mobilität

Abschließend erörtert der SRU die sozialen Folgen einer Anhebung der Transportpreise und verweist darauf, dass potentiell geringer Verdienende zu größeren Anpassungsleistungen

gezwungen würden als höher Verdienende. Die Maßnahmen müßten daher in eine sozialverträgliche Form gebracht werden. Betont wird zwar, dass Erfordernisse der Umweltverträglichkeit gegenüber individuellen und sozialen Ansprüchen "unbedingte Priorität" hätten - hier wird nochmals die eindeutige Hierarchisierung der "Verträglichkeitsziele" im Umweltgutachten deutlich -, andererseits aber Maßnahmen nicht zur Festschreibung von Ungleichheit führen und gegen das „Gebot der sozialen Gerechtigkeit“ verstoßen dürften (ebd. 300). Als ergänzende Maßnahmen werden deshalb neben Kompensationen von ungleicher Belastung, z.B. durch Steuererleichterungen, vor allem Strategien zur Bereitstellung eines optimalen Angebots an öffentlichen bzw. kollektiven Verkehrsmitteln empfohlen. Denn - so die zugrundeliegende Überlegung - je größer die Vorteile der umweltschonenden kollektiven Mobilität sind, "umso weniger wird es als sozial ungerecht empfunden, wenn sich einzelne auch weiterhin den zeit- und kostenaufwendigen Luxus eines motorisierten Individualverkehrsmittels leisten" (ebd. 300). Erkennbar wird hier zum einen eine *Deutung von Mobilität, in der diese auf die reine Transportfunktion reduziert wird*. Andere Bedeutungsdimensionen, die das Auto mit Bedürfnissen individueller Selbstbestimmung und sozialer Geltung verknüpfen - Bedürfnissen, die zuvor als anthropologische Determinanten des Wunsches nach individueller Mobilität eingeführt wurden - werden nun hingegen als "Luxus" betrachtet. Nicht die gleiche Art von Mobilität soll allen ermöglicht, sondern nur eine ausreichende Gewährleistung der Transportmöglichkeiten für alle sicher gestellt werden. Alle darüber hinaus gehenden sozialen Unterschiede im Mobilitätsverhalten werden nicht weiter thematisiert.

4.4 Zusammenfassung der Analyse des Umweltgutachtens 1994

Betrachtet man die den verschiedenen Textteilen des SRU zugrundeliegenden Rahmungen, so verknüpfen sich diese nicht zu einem in sich konsistenten Deutungsmuster. Vielmehr sind deutliche Inkonsistenzen und Ambivalenzen zu erkennen. Wird im Ethik-Kapitel eine auf individuelle Freiheit und Verantwortlichkeit zugeschnittene Konzeption von nachhaltiger Entwicklung entworfen, so wird Umweltschutz im Rechtskapitel primär als Staatsaufgabe definiert; dem Ökonomiekapitel liegt wiederum das Menschenbild des *homo oeconomicus* zugrunde. Ambivalent bleibt auch das Verständnis gesellschaftlicher Naturbeziehungen: 'Natur als Gestaltungsobjekt' steht der Wahrnehmung der 'Natur als Grenze' menschlichen Handelns gegenüber.

In der Grundlagenreflexion steht die Vorstellung vom Menschen als "Wesen der Freiheit" im Zentrum; diese Konzeption begründet die Möglichkeit und die Pflicht zur Übernahme einer Verantwortung für die Umwelt. Die sozial-ökologische Problematik wird als eine Frage der Ethik des Einzelnen formuliert. "Freiheit des Menschen" und "freiwillige Verantwortungsübernahme" scheinen zunächst das dominante "Deutungsmuster" des SRU darzustellen. Diese Sicht wird durch ein Interview mit dem Ethiker Korff - einem Mitglied des Umweltrats - bekräftigt:

"Frage: Wie würden sie einem Laien in wenigen Sätzen nachhaltige Entwicklung erklären? Antwort: Das könnte man in einem Satz sagen: es ist eine an der Würde und Verantwortungsfähigkeit des Menschen orientierte dauerhaft-umweltgerechte soziale und ökonomische Entwicklung". (Interview 1995)

In den umweltpolitischen Kapiteln wie in der exemplarischen Diskussion der Verkehrsthematik reduziert sich diese individuelle Verantwortungsfähigkeit, was die Laien betrifft, im wesentlichen auf die Bereitschaft zur Akzeptanz wissenschaftlicher Problemdefinitionen und der davon abgeleiteten staatlichen Maßnahmen. Zugrunde liegt nicht mehr das Menschenbild des „verantwortungsfähigen Menschen“, sondern des *homo oeconomicus*, der nur durch veränderte staatliche Rahmensetzung zu einem „homo oecologicus“ (Diekmann 1996) werden kann.

Ein ähnlicher Wandel der organisierenden Prinzipien zeigt sich in der Frage der Bestimmung von ökologischen Handlungszielen. In den ökologischen Grundlagenreflexionen wird zunächst der Wissenschaft nur eine deskriptive Funktion zugewiesen und die darauf basierende normative Zielsetzung dem Kompetenzbereich von Politik und Öffentlichkeit zugewiesen. Dabei zeigt sich allerdings, dass der SRU dennoch implizit Entscheidungen über grundlegende Regeln der Naturnutzung und von Handlungskonzepten vornimmt. Im Mobilitätskapitel werden dann explizit vom SRU Soll-Werte der Naturnutzung ermittelt. Die normative Bestimmung von Umweltqualitätszielen wird nicht mehr der öffentlichen und politischen Diskussion überlassen, sondern als Aufgabe von Experten - wie dem SRU - verstanden.

Damit einher geht eine Veränderung der Bestimmung des menschlichen und gesellschaftlichen Naturverhältnisses. Der Mensch wird zunächst als *homo faber*, die gesellschaftliche Aneignung und Umgestaltung von Natur als zivilisatorischer Fortschritt bestimmt; die Ableitung von Soll-Werten aus der Ökologie wird abgelehnt. "Natur als Kulturaufgabe", als Objekt einer "Humanisierung der Natur" (Marx), scheint das dominante Deutungsmuster zu sein. In seinen weiteren Ausführungen geht der SRU jedoch davon aus, dass der Eingriff in die Natur Grenzen unterliege, die wissenschaftlich bestimmbar seien. Dem Kapitel zur Mobilität liegt so die Annahme der Bestimmbarkeit einer "ökologischen Wahrheit" zugrunde. Diese "Wahrheit" stellt den unverhandelbaren Bezugspunkt dar, dem ökonomische und soziale Entwicklung angepasst werden müssen und in die sich die Ausübung der Freiheit einfügen muss. Auch wenn der SRU ein rein statisches Naturverständnis, in dem Natur unverfügbar gesetzt wird, ablehnt, so ist dennoch das Deutungsmuster 'Natur als Grenze' und nicht 'Natur als Kulturaufgabe' dominant.

Dieses *übergeordnete Deutungsmuster* - 'Natur als Grenze' - bestimmt das gesamte Umweltgutachten. Die Kriterien der Individualverträglichkeit und Sozialverträglichkeit, die im Ethikkapitel zunächst als zentrale Bestandteile einer nachhaltigen Entwicklung bestimmt wurden, werden folgerichtig dem Kriterium der Umweltverträglichkeit untergeordnet. Die kulturelle Gestaltungsperspektive des SRU (*homo faber*) erweist sich so nur als kulturell modifizierter „dynamischer Naturalismus“.

Es fragt sich, nach welchem Prinzip die Trennung zwischen verantwortungsvoller und verantwortungsloser Freiheitsausübung auf der individuellen, zwischen anzustrebender und grenzüberschreitender Naturveränderung auf der gesellschaftlichen Ebene vorgenommen wird. Wie im folgenden deutlich wird, ist *Rationalität der übergeordnete Bezugspunkt*, der das Freiheitsverständnis des SRU und seine Sichtweise des gesellschaftlichen Naturverhältnisses strukturiert. Wie bei der Analyse des Ethikkapitels erkennbar wurde, ist die Wahrnehmung des Menschen als Vernunftwesen Grundlage der ethischen Reflexionen. Daraus wird seine freiheitliche Bestimmung abgeleitet, ihm jedoch zugleich die Pflicht der vernünftigen, verantwortlichen Ausübung der Freiheit auferlegt. Der SRU setzt somit neben die individuelle eine übergeordnete, auf das Allgemeinwohl bezogene Vernunft. Im Mobilitätskapitel wird deutlich, dass nicht das freie, von individuellen Bedürfnissen geleitete Handeln, sondern der rational (wissenschaftlich) definierte Soll-Zustand die Richtschnur des Handelns abgeben soll. Vorausgesetzt wird, dass die aus der Natur des Menschen ableitbaren natürlichen Bedürfnisse in Widerspruch zur Natur, zu den allgemeinen Erfordernissen der Sicherung der natürlichen Reproduktionsbedingungen, treten können. Ziel ist die Durchsetzung der 'allgemeinen Vernunft', nicht die freie Entfaltung individueller Bedürfnisse. Diese Argumentation entspricht der Grundfigur des neuzeitlichen, naturrechtlichen bzw. vernunftgesetzlichen Gesellschaftsmodells, wie es bei Hobbes, Locke oder Rousseau in klassischer Form entworfen wurde.

Rationalität ist auch der Maßstab für akzeptable und nicht akzeptable Formen der Naturveränderung. Grenzen des Eingriffs und der Naturbelastung werden dann gesetzt, wenn die Folgen nicht kontrollierbar, die Rückwirkungen auf das gesellschaftliche System und die Auswirkungen auf zukünftige Generationen nicht mehr antizipierbar sind, wenn sie die rationale Kontrolle der Mensch-Natur-Interaktion zu untergraben drohen.

Technische Innovationen reichen deshalb zur Lösung der Probleme nicht hin. Notwendig ist eine Beschränkung individueller Handlungsmöglichkeiten. Eingriffe in Konsumgewohnheiten und materielle Ansprüche werden nicht ausgeschlossen. Der freie Mensch muss zu einer neuen Moral finden: die Endlichkeit von Natur anerkennen, das Ziel einer "dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung" als alternativlos akzeptierten. Zu akzeptieren hat er auch die dafür erforderlichen Restriktionen; Askese wird zum konstitutiven Element humaner Daseinsgestaltung.

"Auszugehen ist zunächst von der Tatsache, dass es im Prinzip vielfach möglich ist, durch Technik verursachte Umweltprobleme nicht durch Zurückfahren dieser Technik und damit verbundenen Einschränkungen von Zivilisationserwartungen zu lösen, sondern dem jeweiligen Problem durch entsprechende umweltverträgliche Techniktransformationen zu begegnen(...) Dennoch bleibt zu fragen, ob dieser Weg allein schon genügt. (...) Da Technik, Ressourcen und Substitutionsmöglichkeiten ihre Grenzen haben, insbesondere technische Verbesserungen durch steigende Ansprüche und Bevölkerungswachstum kompensiert werden, bleibt dann als einziger Ausweg die Reduktion und das Zurückfahren bisheriger Möglichkeiten oder gar das strikte Verbot. Von daher werden aber auch gravierende Eingriffe in die gegenwärtigen Konsumgewohnheiten und materiellen Ansprüche auf die Dauer nicht grundsätzlich auszuschließen sein. Gerade dies fordert zugleich auch andere moralische Qualitäten: Wir müssen uns in einer neuen Weise mit der fast

verdrängten Tatsache arrangieren, dass wir in einer endlichen Welt leben. Eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung, die im Grunde alle wollen und für die es keine Alternative gibt, ist ohne gleichzeitige Akzeptanz auch von Restriktionen, also gerade ohne dieses spezifisch asketische Element humaner Daseinsgestaltung, nicht zu realisieren". (Ebd. 162 f.)

Tabelle 5: Dominante Deutungsmuster im Gutachten des Umweltrats von 1994

Menschenbild	moralisch verantwortliches, freies Vernunftwesen & homo oeconomicus
Naturverständnis	Natur als (dynamische) Grenze
Mensch-Natur-Beziehung	Vernetzung mit übergeordneter Natur; kulturell modifizierter „dynamischer Naturalismus“
Rolle der Wissenschaft	Wissenschaft definiert die Grenzen (Soll-Werte)
Rolle der Ökonomie	Marktwirtschaft als effizienteste Form der Ökonomie
Rolle des Staats	Setzung von Rahmenbedingungen zur Vermittlung individueller und kollektiver, ökonomischer und ökologischer Rationalität
Generelle Nachhaltigkeitsstrategie	Rationale Kontrolle der Mensch-Natur-Interaktion

5. Die Industriegesellschaft gestalten: Der Bericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“

Ein weiterer zentraler Beitrag zur deutschen SD-Diskussion war der von der Enquete-Kommission des 12. Deutschen Bundestags "Schutz des Menschen und der Umwelt" 1994 vorgelegte Bericht die "Industriegesellschaft gestalten". Die aus Abgeordneten des deutschen Bundestags und von den Parteien berufenen Sachverständigen zusammengesetzte Kommission stellt, neben der Bundesregierung, die wichtigste politische Institution im deutschen SD-Diskurs dar.⁹

Eine intensive Auseinandersetzung mit der Enquete-Kommission und ihrem Bericht ist aus mehreren Gründen sinnvoll. Zum einen ist dieser Bericht ein zentraler Bezugspunkt in der deutschen Diskussion um nachhaltige Entwicklung. Zugleich hat die Enquete-Kommission als parlamentarisches Gremium eine politisch-pragmatische Perspektive, die sich deutlich von anderen Herangehensweisen unterscheidet. Als konsensorientiertes Kompromissprodukt weist der Kommissionsbericht zugleich Inkonsistenzen auf, die exemplarisch für die gesamte Diskussion um nachhaltige Entwicklung sind.

Für die Rekonstruktion konstitutiver Problemrahmungen erweist es sich als problematisch, dass der Kommissionsbericht kein in sich geschlossenes, konsistentes Dokument darstellt. An der Erstellung waren Kommissionsmitglieder aus den verschiedenen politischen Lagern beteiligt. Viele Teile des Dokuments sind in Arbeitsgruppen verfaßt oder von externen Studiennehmern und Mitarbeitern erstellt worden. Entsprechend lassen sich im Bericht unterschiedliche Prioritätensetzungen und Deutungsmuster identifizieren. Im folgenden wird deshalb ein Doppelpes versucht: Zum einen wird der Bericht als einheitliches, homogenes Konzept gelesen und die Besonderheit der dort entwickelten Handlungskonzepte herausgearbeitet. Dabei werden vor allem jene Teile berücksichtigt, über die über die unterschiedlichen Akteursgruppen hinweg Einigkeit bestand. Die hier aufgefundenen Deutungsmuster bilden die Basis für den späteren Vergleich des SD-Konzepts der Enquete-Kommission mit den anderen hier diskutierten SD-Konzepten. Zum anderen werden auch die erkennbaren Dissense und die konkurrierenden Deutungsmuster innerhalb des Kommissionsberichts herausgearbeitet. Hierzu werden ergänzend Interviews herangezogen, die im Rahmen dieses Projekts mit Kommissionsmitgliedern geführt wurden. Das Zustandekommen eines weitgehend konsensualen Kommissionsberichts - bei einer, allerdings zentralen Ausnahme: der Bewertung der Chlorchemie - wirft überdies die Frage auf, inwieweit und in welcher Weise das Leitbild der nach-

⁹ 1998 erschien der Abschlussbericht der Nachfolge-Kommission des 13. Deutschen Bundestags unter dem Titel „Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung“. Diese Kommission hatte zur Aufgabe, das von der ersten Enquete-Kommission entwickelte integrative Konzept zu konkretisieren, die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen nachhaltiger Entwicklung, die dafür notwendigen Innovationen sowie geeignete Maßnahmen zur Umsetzung zu klären. Das wurde dann anhand von drei Beispielfeldern, Bodenversauerung, Informati- und Kommunikationstechnik sowie Bauen und Wohnen, eingehender diskutiert.

haltigen Entwicklung in der Kommissionsarbeit seine 'Leitbildfunktion' erfüllt, inwieweit es dazu geführt hat, konkurrierende Akteursgruppen und Problemdeutungen innerhalb der Kommission in einen integrativen Prozess der Problembearbeitung einzubinden.

5.1 Zielsetzung der Kommissionsarbeit

Anlass für die Einsetzung der Enquete-Kommission war ursprünglich das Bemühen um eine Entschärfung der kontroversen Debatte um die Auswirkungen chemischer Produkte auf Mensch und Umwelt. Im Zentrum der Kontroverse stand die Frage nach der Zukunft der Chlorchemie.

Von einigen Umweltverbänden wurde der weitgehende Verzicht auf die Nutzung von Chlor und eine langfristige Konversion der Chlorchemie gefordert. Die chemische Industrie war hingegen der Ansicht, dass die Chlorchemie auch zukünftig ökonomisch sinnvoll und ökologisch vertretbar sei, falls bestimmte Einträge in die Umwelt begrenzt würden. Entsprechende Maßnahmen waren auf freiwilliger Basis bereits eingeleitet, weiterreichende staatliche Eingriffe wurden abgelehnt. Das Anliegen der SPD, von der - auf Anregung insbesondere des B.U.N.D. - die Initiative zur Einrichtung der Enquete-Kommission ausging, war es, diese Thematik ins Zentrum der Kommissionsarbeit zu stellen. CDU und Wirtschaft versuchten hingegen, eine Fokussierung auf dieses Thema zu vermeiden. In Vorverhandlungen einigte man sich auf eine allgemeinere Formulierung der Aufgabenstellung der Kommission. Im Einsetzungsbeschluss wurde die Kommission schließlich beauftragt, „Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft zu entwickeln“ u.a. mit dem Ziel, den „chemie- und industriepolitischen Dialog“ zu vertiefen, „um die Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Konsensbildung zu verbessern“ (Enquete-Kommission 1994: 1). Ein Dialog über die Chlorchemie wurde nicht mehr explizit gefordert und war in der Kommissionsarbeit letztlich auch nur ein Thema neben anderen. Vom konkreten Thema Chlorchemie ging man somit über zum allgemeinen Thema der industriellen Stoffströme.¹⁰

Trotz dieser abstrakteren Aufgabenstellung standen chemiepolitische Themen immer noch im Zentrum des Interesses. Entsprechend wurden vor allem Experten für chemiepolitische Themen, sowie ein Vertreter des Verbands der Chemischen Industrie (VCI) und der IG-Chemie als Sachverständige berufen. Die Aufgabenstellung der Auffindung von "Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffe und Stoffkreisläufe in der In-

¹⁰ Ein Vertreter der CDU sieht dies als Durchsetzung der eigenen Position: „Dazu kann ich nur sagen, dass unserer Fraktion von vornherein nicht vorhatte, aus dieser Enquete-Kommission eine Chemie-Enquete zu machen. Das war die Vorstellung der Sozialdemokraten. Wir hatten eigentlich von Anfang an vor, uns nicht die Chlordebatte aufdrängen zu lassen, weil wir gesagt haben, das ist ein Bereich, der ist ideologisch vorgeprägt (...). Wir haben von Anfang an gesagt, wir wollen erst einmal Stoffströme, beispielhaft erstmal Stoffströme untersuchen und dann überlegen, mit welchen Instrumenten man solche Stoffströme beeinflussen kann. Und in die Richtung ist ja dann die Enquete auch gelaufen.“ (Interview mit Vertreter der CDU)

dustriegesellschaft" bezog sich im wesentlichen auf chemische Stoffströme und auf deren Risiken in ihrer Auswirkung auf Mensch und Umwelt.

In der Begründung des Antrags war die Vorgabe gesetzt worden, Leitbilder für eine gesundheits- und umweltverträgliche Gestaltung der Stoffströme und -kreisläufe zu erarbeiten (vgl. Enquete-Kommission 1993). Damit wurden - so die Selbstwahrnehmung - von der Enquete-Kommission nicht nur Aussagen zum Umgang mit den einzelnen Stoffen und zu Bewertungskriterien bzw. Methoden erwartet. Vielmehr war auch eine grundsätzlichere Orientierung zu leisten, in welche Richtung sich der Umgang mit Stoffen in der Industriegesellschaft ganz generell entwickeln sollte. Hierfür seien, so die Annahme der Kommission, Leitbilder erforderlich, „die grundsätzliche Orientierungspunkte bündeln“ (ebd.:18). In Analogie zu bestimmten Ansätzen der Technikgeneseforschung (vgl. Dierkes/Hoffmann/Marz 1992) wird somit davon ausgegangen, dass Leitbilder gesellschaftliche Entwicklung beeinflussen können. Auf der Suche nach entsprechenden Leitbildern wurde zum einen auf bereits gängige Leitbilder der Abfallwirtschaft und der Chemiepolitik zurückgegriffen. Diese waren jedoch zu spezifisch auf bestimmte Problemfelder bezogen. Als übergeordnetes Leitbild bot sich das Konzept Sustainable Development an, das seit der UNCED-Konferenz 1992 in Rio de Janeiro in der politischen Diskussion an Bedeutung gewonnen hatte. Seine Eignung als Leitbild einer Stoffpolitik bestand aus Sicht der Kommission darin, dass sich seine globale Perspektive für die Betrachtung globaler Stoff- und Güterströme anbot (Enquete-Kommission 1994: 26). Mit der Einbeziehung dieses Leitbilds verschob sich jedoch zugleich die Wahrnehmung der ökologischen Problematik:

"Die Enquete-Kommission trat eigentlich eher an, unter dem Aspekt Risikominderung und Chemiepolitik. Die Befürworter der Enquete-Kommission waren eigentlich eher diejenigen, die für eine ausgeweitete Chemiepolitik sich engagierten. Und die Tatsache, dass ja Chemievertreter, sowohl von der Gewerkschafts- als auch von der Industrieseite in der Enquete-Kommission eine große Rolle spielten, hat dies ja auch zum Ausdruck gebracht. Es ging um Stoffe. Sie hieß deswegen zunächst auch Stoff-Enquete-Kommission. Und erst nach einem Jahr wurde deutlich, dass man all das packen könnte unter ein Nachhaltigkeitspostulat. Da geht es seitdem um die Kernfrage Reduktion der Materialintensität und es geht um die Frage, kann ich noch einzelne Stoffe herausgreifen mit besonderem Risikopotential. Also die Nachhaltigkeitsdiskussion kam erst nach einem Jahr rein." (Interview mit Sachverständigem der CDU)

Standen also zunächst die Risiken der industriellen Produktion für Mensch und Umwelt im Vordergrund, so rückten mit der Übernahme des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung die materiellen Stoffflüsse und deren problematische Folgen ins Blickfeld: im Vordergrund steht nun primär der langfristige Erhalt der natürlichen Ressourcen als Stofflieferant wie als Aufnahmemedium für Emissionen und Abfälle. Mit der Übernahme des Leitbilds Sustainable Development hatte die Kommission sich selbst zugleich die Aufgabe gestellt, das Leitbild zu konkretisieren und inhaltlich zu füllen. Dies diente auch dazu, die Diskussion von dem nach wie vor konfliktären Thema Chlorchemie wegzuführen und eine allgemeinere, konsensuelle Ebene zu finden. Das Leitbild der „nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“ wurde so

zum übergeordneten Orientierungspunkt wie auch zur inhaltlichen Thematik der Kommissionsarbeit. Ging es zunächst - so der Untertitel des Kommissionsnamens - um "Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffe und Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft", so wurden nun - so der Titel des Endberichts - "Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen" entwickelt. Die Logik dieses Berichts und der Arbeitsweise der Enquete-Kommission soll im folgenden kurz skizziert werden.

In einem ersten Schritt werden aus dem Leitbild die übergeordnete Zielsetzung einer nachhaltigen Stoffpolitik und allgemeine Maßstäbe für die Bewertung von Stoffströmen abgeleitet. In einem zweiten Schritt werden von der Kommission ausgewählte Stoffströme analysiert. Mit dem Begriff der Stoffströme wird zum Ausdruck gebracht, dass - anders als bei Ökobilanzen - nicht einzelne Stoffe und Produkte bewertet, sondern Stoffflüsse in ihrem gesamten Weg von der Produktion bis zur Entsorgung verfolgt werden. Damit führt die Kommission eine neue Perspektive der Wahrnehmung von sozial-ökologischen Problemen ein: "Die Betrachtung der Anwendungsfelder von Stoffen statt der Einzelstoffe, der Produkte statt der Produktion und der Produktionslinien statt der Produktionsanlagen, hatte eine Verschiebung in Richtung systemarer Stoffstromdarstellungen und komplexer Produktbetrachtungen unter dem Motto 'von der Wiege bis zur Bahre' zur Folge." (Enquete-Kommission 1994: 547) Diese spezifische Fassung und Konkretisierung des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung soll hier, zu Vergleichszwecken, am Beispiel des "Bedürfnisfelds Mobilität" genauer nachgezeichnet werden.

Diese "induktiv" betrachteten Stoffströme werden nach den "deduktiv" aus dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung abgeleiteten Kriterien bewertet und daraus Ziele für eine Gestaltung dieser Stoffströme abgeleitet. Darauf aufbauend werden Empfehlungen für ein nachhaltiges "Stoffstrommanagement" gegeben und geeignete „Instrumente der Stoffpolitik“ diskutiert. Unter „Stoffstrommanagement“ wird dabei folgendes verstanden: "Unter dem Management von Stoffströmen der beteiligten Akteure wird das zielorientierte, verantwortliche, ganzheitliche und effiziente Beeinflussen von Stoffsystemen verstanden, wobei die Zielvorgaben aus dem ökologischen und dem ökonomischen Bereich kommen, unter Berücksichtigung von sozialen Aspekten. Die Ziele werden auf betrieblicher Ebene, in der Kette der an einem Stoffstrom beteiligten Akteure oder auf der staatlichen Ebene entwickelt" (ebd. 550).

5.2 Das Leitbild der „nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“ im Bericht der Enquete-Kommission

Die Konzeption von Nachhaltigkeit im Bericht der Enquete-Kommission basiert zum einen auf der Aufstellung von grundlegenden Regeln zur Nutzung natürlicher Ressourcen. Hierin wird das langfristige Ziel der Erhaltung des "Naturkapitals" für künftige Generationen postuliert. Man kann dies als die "Zukunftsvision" einer nachhaltigen Entwicklung im Kommissionsbericht ansehen. Über diese Nutzungsregeln hinaus werden - im Gegensatz etwa zu Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" - keine konkreteren Konturen einer "nachhaltigen Ge-

sellschaft" umrissen. Zum anderen werden "Schutz- und Gestaltungsziele" für die unterschiedlichen Bereiche Ökologie, Ökonomie und Soziales aufgestellt, um daraus einen Bewertungsmaßstab für das Management von Stoffströmen zu gewinnen. Darin sind neben den Zielen der langfristigen Ressourcenerhaltung auch Ziele der Aufrechterhaltung des gegenwärtig erreichten ökonomischen und sozialen Entwicklungsniveaus formuliert. Bezugspunkt ist in diesem Fall nicht die angestrebte „nachhaltige“ Zukunft, sondern der Fortbestand des gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungsmodells, reduziert um unerwünschte Auswirkungen. Beide Konzeptionen werden von der Enquete-Kommission als Kernbestandteile einer nachhaltigen Entwicklung angesehen. Wie die Prioritäten im Falle eines Zielkonflikts zu setzen sind, wird im Bericht nicht eindeutig beantwortet; hier zeigen sich deutliche Widersprüche in den Positionen der Kommissionsmitglieder.

Diese doppelte - gegenwarts- und zukunftsbezogene - Bestimmung von Sustainable Development und die darin implizierten Unschärfen und Widersprüche stellen ein wesentliches Element der deutschen Nachhaltigkeitsdebatte dar. Im folgenden soll deshalb näher auf die spezifische Bestimmung des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung im Bericht der Enquete-Kommission eingegangen werden.

5.2.1 Die Bestimmung von nachhaltiger Entwicklung über Nutzungsregeln

Um das Leitbild nachhaltiger Entwicklung zu operationalisieren, wurden von der Enquete-Kommission "grundlegende Regeln" der Naturnutzung formuliert. Ähnliche Nutzungsregeln wurden bereits im Brundtland-Report formuliert und werden insbesondere im angelsächsischen Diskurs als Kernbestandteile einer nachhaltigen Entwicklung angesehen (vgl. Hauff 1987: 48 f; Pearce 1988). Diese Regeln wurden nicht nur vom SRU, sondern auch von der Enquete-Kommission übernommen, umformuliert und ergänzt. Im Bericht der Kommission lauten sie folgendermaßen:

- "(1) Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen soll deren Regenerationsrate nicht überschreiten. Dies entspricht der Forderung nach Aufrechterhaltung der ökologischen Leistungsfähigkeit, d.h. (mindestens) nach Erhaltung des von den Funktionen her definierten ökologischen Realkapitals.
- (2) Nicht-erneuerbare Ressourcen sollen nur in dem Umfang genutzt werden, in dem ein physisch und funktionell gleichwertiger Ersatz in Form erneuerbarer Ressourcen oder höherer Produktivität der erneuerbaren sowie der nicht-erneuerbaren Ressourcen geschaffen wird.
- (3) Stoffeinträge in die Umwelt sollen sich an der Belastbarkeit der Umweltmedien orientieren, wobei alle Funktionen zu berücksichtigen sind, nicht zuletzt auch die ‚stille‘ und empfindlichere Regelungsfunktion. (...)
- (4) Das Zeitmaß anthropogener Einträge bzw. Eingriffe in die Umwelt muss im ausgewogenen Verhältnis zum Zeitmaß der für das Reaktionsvermögen der Umwelt relevanten natürlichen Prozesse stehen." (Enquete-Kommission 1994: 32).

Zugrunde liegt diesen Regeln ein Bild von Natur als "Naturkapital" und eine Wahrnehmung der öko-sozialen Thematik als Problematik der Erhalts begrenzter Mengen an Naturressourcen. Unbelebte wie auch belebte Natur werden hier unter der anthropozentrischen Perspektive ihrer dauerhaften Verfügbarkeit für wirtschaftliche Nutzung behandelt. "Nutzungsregeln" stellen als solche ein - innerhalb der Kommission zunächst akteursübergreifend akzeptiertes - spezifisches Deutungsmuster zur Wahrnehmung des Verhältnisses von Gesellschaft und Natur dar. Der Aufstellung dieser Nutzungsregeln liegt die Annahme zugrunde, dass die gegenwärtigen Krise des gesellschaftlichen Naturverhältnisses vor allem ein Problem der Entnahme und Abgabe von materiellen Stoffen ist.

Die erste Regel stellt eine Übernahme und Verallgemeinerung des Prinzips der nachhaltigen Forstwirtschaft dar, nämlich so zu wirtschaften, dass der Bestand an verfügbaren Ressourcen langfristig erhalten bleibt.

Größere Operationalisierungsschwierigkeiten bereitet die zweite Regel, da nicht-erneuerbare Ressourcen per se nicht "dauerhaft" genutzt werden können. Mit dieser Regel rückt das Problem der Endlichkeit von Ressourcen ins Zentrum, das im Umweltdiskurs der achtziger Jahre und auch im Auftrag der Enquete-Kommission eine geringere Rolle spielte, da sich zeigte, dass zumindest kurzfristig - entgegen den früheren Prognosen des Club of Rome (Meadows et al. 1973) - ausreichend Ressourcen vorhanden sind. Erst die Neubestimmung des Umweltschutzes im Rahmen des SD-Diskurses rückte diese Problematik wieder in den Mittelpunkt: Jede gegenwärtige Nutzung mindert, außer bei vollständigem Recycling, die Nutzungsmöglichkeiten dieser Ressource durch zukünftige Generationen. Die Kommission fordert daher "eine Entkoppelung der wirtschaftlichen Entwicklung von dem Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen" (ebd. 49). Um den Ressourcenverbrauch zu minimieren, plädiert die Kommission zum einen für eine Substitution nicht-erneuerbarer durch erneuerbare Ressourcen. Zum anderen werden technische Innovationen für eine höhere Produktivität und Effizienzsteigerung bei der Nutzung erneuerbarer und nicht-erneuerbarer Ressourcen eingefordert. Die zweite Nutzungsregel enthält damit eine aus der Verantwortung für zukünftige Generationen abgeleitete moralische Verpflichtung zum technischen Fortschritt. Technisches Wissen stellt aus dieser Perspektive - im Sinne von „weak-sustainability“ - einen Ersatz für unwiderruflich verbrauchte nicht-erneuerbaren Ressourcen dar, so dass die zweite Nutzungsregel nicht im Sinne eines Nutzungsverzichts zu interpretieren ist. Von bestimmten Akteuren, wie z.B. der chemischen Industrie, wird aus diesem Verständnis von Nachhaltigkeit die Pflicht zur Weiterentwicklung der Gentechnik abgeleitet, eine Frage, die innerhalb der Enquete-Kommission aber nicht behandelt wurde.

Die dritte Regel thematisiert die Schädigung von Natur durch die Abgabe von Stoffen und damit jene Umweltprobleme, die in den achtziger Jahren im Zentrum der Diskussion standen. Die Kommission plädiert dabei für die Berücksichtigung "kritischer Schwellenwerte" für die Einbringung von Stoffen in das Ökosystem. Sie unternimmt allerdings nicht den Versuch der Festlegung solcher Schwellenwerte und umgeht damit die kontroverse Diskussion um die Bestimmbarkeit solcher Grenzen.

Die ersten drei im SD-Diskurs gängigen Regeln werden von der Kommission durch eine vierte Regel ergänzt, die die "Zeitmaße" von Natureingriffen betrifft. Sie will damit darauf

hinweisen, "dass die Umwelt nicht als statisches System in einem permanenten, stationären Gleichgewicht betrachtet werden darf" (ebd. 53), sondern sich reversible Gleichgewichtszustände mit einer zeitlich gerichteten irreversiblen Evolution überlagern.

Die Einhaltung dieser vier Regeln wird von der Kommission zwar als grundlegende Bedingung einer nachhaltigen Entwicklung verstanden, daraus werden aber keine quantitativen Vorgaben für eine nachhaltige Ressourcennutzung abgeleitet. Sie stellen somit nicht mehr als qualitative Zielvorgaben für eine nachhaltige Umgestaltung der Industriegesellschaft dar.

Nichtsdestotrotz veränderte sich dadurch die Wahrnehmung der Umweltproblematik innerhalb der Kommission. Dies wird besonders deutlich am Beispiel der Gesundheit. Die Enquete-Kommission hatte durch die Setzung der Nutzungsregeln eine konsensuale, auf den Erhalt der materiellen Basis der Ökonomie zielende Form der Thematisierung der öko-sozialen Krise gewählt. Der SRU hatte in seinem Umweltgutachten ebenfalls ähnliche Nutzungsregeln formuliert, diese aber durch eine weitere, die Gesundheit des Menschen betreffende Regel ergänzt: "Gefahren und unvermeidbare Risiken für die menschliche Gesundheit durch anthropogene Einwirkungen sind zu vermeiden" (SRU 1994: 48). Eine entsprechende Regel wurde von der Enquete-Kommission nicht formuliert. Dies ist insofern bemerkenswert, als die Kommission ursprünglich eingesetzt wurde, um gerade die Risiken der chemischen Produktion und Produkte für den Menschen zu bewerten. Dass diese Thematik in die grundlegenden Regeln nicht einbezogen wurde, verdeutlicht, in welcher Weise sich die Diskussion des Leitbilds einer „nachhaltig zukunftsfähigen Entwicklung“ vom konkreten Thema der toxischen Risiken bestimmter Stoffgruppen hin zu allgemeineren Überlegungen des Umgangs mit Stoffströmen bewegt hat. Es kann vermutet werden, dass die aufgestellten Nutzungsregeln mit der Zielsetzung des Erhalts von "Naturkapital" für zukünftige wirtschaftliche Nutzungsformen für Wirtschaftsakteure in der Kommission konsensfähiger waren, als die Minderung der gesundheitlichen Belastung durch spezifische Chemikalien. Allerdings wurde der Aspekt des Gesundheitsschutzes von der Enquete-Kommission in der Formulierung der „Schutz- und Gestaltungsziele“ beim Umgang mit Stoffströmen in der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension wieder aufgenommen und so letztlich die Verschiebung der Akzente wieder relativiert.

5.2.2 Die ökologische, ökonomische und soziale Säule des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung

Die Aufstellung der "grundlegenden Regeln" suggeriert eine eindeutige "ökologische", aus der Verantwortung für zukünftige Generationen abgeleitete Bestimmung des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung. Angesichts der Zusammensetzung der Kommission und der aktuellen ökonomischen Lage war jedoch zu erwarten, dass eine rein "ökologische" Interpretation nicht konsensfähig war. Die Kommission bezog so auch weitere Zielsetzungen in die Bestimmung von Nachhaltigkeit ein. Verwiesen wurde dabei auf die Belastungen und Folgen, die sich aus ökologischen Maßnahmen für Wirtschaft und die Gesellschaft ergeben. Deshalb

müsse, so die Schlussfolgerung der Kommission, auch die Sozial- und Ökonomieverträglichkeit der Entwicklung berücksichtigt werden:

"Der Erhalt des ökologischen Kapitals ist nicht die einzige Bedingung, die beachtet werden muss. Fast hat man den Eindruck, dass wir zwischen drei Arten von Kollaps zu wählen haben, nämlich einem ökologischen, einem sozialen und einem ökonomischen. Damit wird der Begriff der Nachhaltigkeit um zwei weitere Dimensionen erweitert, die sich in noch stärkerem Maße als die ökologische Dimension einer Operationalisierung widersetzen (...) Damit eine Entwicklung nachhaltig zukunftsverträglich sein kann, muss sie nicht nur ökologieverträglich, sondern auch sozial- und ökonomieverträglich sein." (Enquete-Kommission 1993: 32).

Damit hat die Kommission den Begriff der Nachhaltigkeit von seiner rein ökologischen Bedeutung gelöst. Nicht nur natürliche Ressourcen sondern die "drei Säulen" (Ökologie, Ökonomie und Soziales) - so die von der Kommission verwandte Begrifflichkeit - wurden als Basis einer nachhaltigen Entwicklung angesehen. Die Zukunftsverträglichkeit von Stoffströmen bemisst sich nun nicht mehr nur, wie im Auftrag zunächst vorgegeben, an ihrer Umweltverträglichkeit, sondern sie erhält eine umfassendere, allerdings auch weniger eindeutige Bestimmung. "Nachhaltig" bzw. "nachhaltig zukunftsverträglich" im Verständnis der Enquete-Kommission ist daher nicht mit "umweltfreundlich" gleichzusetzen. Die Einigung auf dieses „Drei-Säulen“-Konzept kann auch als Anerkennung der Legitimität der unterschiedlichen, in der Kommission vertretenen Interessen gedeutet werden. Vor allem die Wirtschaft und ihr nahestehende Akteure in der Kommission konnten damit den Absolutheitsanspruch einer ökologischen Deutung der Nutzungsregeln aufweichen, damit zugleich aber auch die prinzipielle Legitimität des Leitbilds nachhaltige Entwicklung anerkennen. Inwieweit die Nutzungsregeln selbst verhandelbar sind oder nicht, wurde damit in Richtung Verhandelbarkeit entschieden. Die Beteiligung von Wirtschaftsvertretern in der Kommission ist vermutlich auch die Ursache dafür, dass anstelle der Individualverträglichkeit, wie beim SRU, die Ökonomieverträglichkeit als Ziel formuliert wurde. Das Ziel der Sozialverträglichkeit kann wiederum als Zugeständnis an die Gewerkschaftsvertreter, die Repräsentanten sozialer Anliegen, angesehen werden.

Jede einzelne dieser "Säulen" wird im Kommissionsbericht über „Schutz- und Gestaltungsziele“ konkretisiert. Zweck der Aufstellung dieser Schutz- und Gestaltungsziele war die Entwicklung eines allgemeinen Maßstabes für die Bewertung von Stoffströmen unter gleichwertiger Berücksichtigung der unterschiedlichen "Säulen" von Nachhaltigkeit. Der Begriff "Schutzziele" macht deutlich, dass hierbei bestimmte ökologische, soziale und ökonomische Bereiche als unverfügbar gesetzt wurden. In gewisser Weise stellte die inhaltliche Füllung dieser Säulen eine Art "Wunschzettel" dar, in den die unterschiedlichen Akteure ihre unverhandelbaren Positionen einbringen konnten. Die Akzeptanz dieser Ziele auf allgemeiner Ebene trug wesentlich zur Konsensbildung in der Kommission bei. Dabei wurde keineswegs das bestehende gesellschaftliche System als Ganzes festgeschrieben; grundlegende Korrekturen wurden durchaus für notwendig erachtet. Dennoch ging die Kommission optimistisch davon aus, dass die verschiedenen Ziele bis zu einem gewissen Grade miteinander vereinbar seien

und durch einen Abwägungsprozess vermittelt werden könnten.¹¹ Dass allerdings über die Frage der Gewichtung dieser "drei Säulen" in realiter kein Konsens bestand, wurde bereits angedeutet.

Im folgenden sollen sowohl die "drei Säulen" ausführlicher dargestellt als auch ihre z.T. widersprüchliche Interpretationen herausgearbeitet werden.

Ökologische Schutz- und Gestaltungsziele

Bei der Aufstellung der ökologischen Schutz- und Gestaltungsziele wird zwar auf die "grundlegenden Regeln" Bezug genommen. Als vorrangige Ziele werden jedoch andere benannt: die Gesundheit des Menschen sowie die Erhaltung der Struktur und der Funktionen der Ökosysteme. Damit wurden in stärkerem Maße wieder jene Bereiche thematisiert, die im bisherigen Umweltdiskurs im Vordergrund standen, so insbesondere die globalen Umweltprobleme, die mit dem erhöhten Schadstoffeintrag durch industrielle Stoffströme verbunden sind. Das hier im Vordergrund stehende Konzept des "Ökosystems" beinhaltet ein Verständnis von Natur, in dem diese nicht - wie tendenziell bei den Nutzungsregeln - auf getrennt analysierbare natürliche Ressourcen reduziert, sondern als zusammenhängendes Gesamtsystem gesehen wird. Ziel einer nachhaltigen Entwicklung ist in der "ökologischen Säule" so nicht nur die Nachhaltigkeit von Ressourcen, sondern auch der Schutz des Menschen vor toxischen Wirkungen industriell erzeugter Stoffe sowie der Schutz der Struktur (Umweltmedien, Artenvielfalt, Ökosystemstabilität) und der Funktionen des Ökosystems (Klimastabilität, Produktionsfunktion, Erholungsfunktion) als Ganzes.

Ökonomische Schutz- und Gestaltungsziele

Während die Nutzungsregeln in der „ökologischen Säule“ eine untergeordnete Rolle spielen, stellen sie einen wesentlichen Bestandteil der ökonomischen Schutz- und Gestaltungsziele dar. Denn "die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist die Voraussetzung für die langfristige Sicherung des Wirtschaftens und damit für einen angemessenen Wohlstand. Aus dem Leitbild der nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung lässt sich deshalb unmittelbar die übergeordnete Ausrichtung für den ökonomischen Zielbereich ableiten. Übergreifende Zielrichtung ist der Erhalt des Naturkapitals im Zeitverlauf“ (ebd. 480f). Ökologische Ziele und Ziel der Erhaltung des Naturkapitals werden somit nicht gleichgesetzt; der auf Ressourcennutzung bezogene Aspekt der Nachhaltigkeit wird primär der ökonomischen Zielsetzung zugeordnet. Neben das langfristige ökonomische Ziel des "Erhalts des Naturkapitals" wird jedoch gleichberechtigt das Ziel des "Erhalts der wirtschaftlichen Funktionsfähigkeit" gestellt (ebd. 481).

¹¹ Ein pessimistisches Sondervotum gab nur das Kommissionsmitglied Prof. Klemmer ab, der auf die Grenzen der Messbarkeit verwies: "Der Kommissionsbericht geht letztlich von der Vorstellung aus, die Ökologie-, Ökonomie- und Sozialverträglichkeit könne man in kardinal messbaren Größen zum Ausdruck bringen, gewichten und miteinander vergleichen. In den Wirtschaftswissenschaften besteht weitgehend Übereinstimmung darüber, dass sich die gesellschaftliche Wohlfahrt nicht über Kriterien greifen lässt. Insofern ist die in diesem Abschnitt durchklingende Erwartung, dies sei machbar, meiner Ansicht nach eine gefährliche Utopie." (Ebd. 491).

Dem ersteren lassen sich die Schutz und Gestaltungsziele "Erhalt und Weiterentwicklung der marktwirtschaftlichen Strukturen" (wozu neben Ressourcenschonung und Schutz der Artenvielfalt auch der Erhalt der Branchenvielfalt, Unternehmensvielfalt und Qualifikationsvielfalt gezählt wird) sowie „Erhalt und Weiterentwicklung der marktwirtschaftlichen Funktionsfähigkeit“ zuordnen (womit neben dem Erhalt der Senken-Funktion der Natur auch die Innovationsfähigkeit und Krisenfestigkeit der Ökonomie gemeint ist). Zum Schutz- und Gestaltungsziel der „Wirtschaftlichen Stabilität“ werden "dauerhaft verträgliches wirtschaftliches Wachstum“, „Geldwertstabilität“, „Außenhandelsbalance“ und „Stabilität der Beschäftigung/Annäherung an Vollbeschäftigung“ ebenso gezählt wie der „Erhalt von nationaler und internationaler Wettbewerbsfähigkeit" (ebd. 485f). Enthalten sind in der ökonomischen Säule auch Schutz und Gestaltungsziele für die „individuelle Ebene“. Dabei werden neben „Bildungschancen“, „sozialer Sicherheit“ und „Mobilität“ auch "Freiheit und Entfaltungschancen" eingefordert (ebd.). Diese Ziele werden zum einen als Basis marktwirtschaftlich verfaßter Gesellschaften begriffen; sie werden zum anderen aber auch als allgemeine Menschenrechte verstanden.

Insgesamt werden so sowohl die kurzfristigen Ziele des ökonomischen 'Standort-Deutschland'-Diskurses als auch die langfristigen Ziele des Naturkapitalerhalts der ökonomischen Säule von Nachhaltigkeit zugerechnet, was die zentrale Spannungslinie zwischen Ökologie und Ökonomie auch als innerökonomischen Konflikt reproduziert. Diese Spannungslinie zwischen eher langfristigen, am Strukturwandel und eher kurzfristigen, an der wirtschaftlichen Bestandssicherung orientierten Zielen wird im Kommissionsbericht allerdings durch die Betonung der der Marktwirtschaft immanenten Anpassungs- und Innovationsfähigkeit überdeckt.

Allgemein wird bei der Ausformulierung der „ökonomischen Säule“ ein Verständnis von nachhaltiger Entwicklung als ökonomisches Nutzungskonzept deutlich. Natur wird primär als Ressource für wirtschaftliche Produktion begriffen. Nachhaltige Entwicklung ist, aus dieser Sicht, ein um das Ziel des Ressourcenerhalts erweitertes wirtschaftliches Wachstumsmodell. Hier übernimmt die Kommission die insbesondere von Wirtschaftsverbänden (z.B. der Internationalen Handelskammer) und einigen Regierungen bevorzugte Ausdeutung von Sustainable Development als "sustainable growth". Die Kommission - bzw. die für die Erstellung dieses Kapitels zuständige Arbeitsgruppe - bestimmt die ökonomischen Schutz- und Gestaltungszielen letztlich in einer Weise, durch die das bestehende ökonomische System als unverhandelbar erklärt wird. Allerdings muss nochmals deutlich gemacht werden, dass die Kommission bei der Ausformulierung der verschiedenen Säulen bewusst unterschiedliche Perspektiven einnimmt. Dadurch werden die jeweiligen Deutungen immer wieder relativiert.

Soziale Schutz- und Gestaltungsziele

Das Soziale ist in der „sozialen Säule“ wie im gesamten Diskurs um Nachhaltigkeit und im allgemeinen Sprachgebrauch doppelt zu verstehen. Zum einen werden damit allgemein "das Gesellschaftliche" betreffende Ziele benannt, zum anderen Fragen von Ungleichheit und sozialer Gerechtigkeit thematisiert.

Intragenerative Verteilungsgerechtigkeit wurde im Kommissionsbericht als Voraussetzung sozialer Stabilität und als wesentliches Ziel nachhaltiger Entwicklung verstanden: "Soziale Stabilität ist eng mit einer ausreichenden Verteilungsgerechtigkeit verbunden. Das gilt sowohl für den nationalen Raum als auch global." (Ebd. 498). Während im Brundtland-Report und in der Agenda 21 die soziale Frage vor allem auf Armut in der dritten Welt und ungleiche Handelsbeziehungen zwischen armen Entwicklungs- und reichen Industrieländern bezogen wurde, wird von der Enquete-Kommission die soziale Dimension von Nachhaltigkeit auch auf Deutschland bezogen. So seien "die sozialen Voraussetzungen für einen bruchlosen ökologischen Strukturwandel zu gewährleisten. Ökologische Modernisierung ist ohne Sozialverträglichkeit nicht durchsetzbar" (ebd. 61). Als Ziele werden neben "Versorgungssicherheit" und der "Beseitigung der Arbeitslosigkeit" "Frieden (...), vorsorgender Gesundheits- und Arbeitsschutz, soziale Stabilität, Rechtssicherheit und parlamentarische Demokratie, Erhaltung und Weiterentwicklung des Sozialstaats, Lebensqualität, Erhaltung der Handlungsautonomie und Akzeptanz in der Bevölkerung" (ebd. 61) genannt. Hier werden also im wesentlichen Ziele des Erhalts und der moderaten Weiterentwicklung des sozialstaatlichen Demokratiemodells der Bundesrepublik Deutschland formuliert.

In den Schutz- und Gestaltungszielen ging die Kommission - bzw. die für das Kapitel zuständige Arbeitsgruppe - allerdings auch über die Forderung nach einer Bewahrung des Status-Quo hinaus und verband das Leitbild Sustainable Development mit Visionen einer sozial gerechteren und demokratischeren Gesellschaft: "Eine dauerhaft soziale Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft (sustainable society) ist ebenso Voraussetzung für die langfristige Sicherung unserer Lebensqualität, wie der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Das Leitbild einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung schließt damit die Interessen künftiger Generationen ebenso wie die der derzeit lebenden Generationen im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit ein" (ebd. 491). Nachhaltiges Wirtschaften impliziere "eine fundamentale Umsteuerung der Wirtschaft durch eine Rahmensetzung, die eine andere Definition der einzelwirtschaftlichen Rentabilität erzwingt und einen veränderten, qualitativ reicheren Lebensstil ermöglicht" (ebd. 498). Hier wird implizit Kritik am vorherrschenden industriellen Lebensstil geübt und Vorstellungen von einem "anderen" Leben und Arbeiten angedeutet. So wird auch unter dem Ziel der "Sicherung der Entwicklungs- und Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft" davon ausgegangen, dass Vollbeschäftigung durch Wirtschaftswachstum nicht mehr zu erreichen sei; es müssten deshalb "andere Wege gesucht werden, möglichst viele arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen an der gesellschaftlich organisierten Arbeit zu beteiligen" (ebd. 499).

Damit werden letztlich jene Schutzziele infragegestellt, die in der „ökonomischen Säule“ als unverhandelbar gesetzt wurden. Bezogen auf die globalen Rahmenbedingungen wird von der Kommission nicht nur der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft - so ein ökonomisches Schutzziel - sondern auch eine "neue Logik des internationalen Wirtschaftens" (ebd. 197) für nötig befunden, um intragenerative Verteilungsgerechtigkeit zwischen Nord und Süd verwirklichen zu können. Mit dem Begriff "sustainable society" wird eine Argumentationsfigur aus NGO-Kreisen übernommen und damit einem auf das Ziel der Ressourcenbewahrung reduzierten, ökonomischen Nachhaltigkeitsverständnis eine an sozialer Ge-

rechtigkeit orientierte Konzeption gegenübergestellt. Die aufgestellten Ziele einer "sustainable society" werden allerdings im Kommissionsbericht nicht weiter ausgearbeitet und auch keine Instrumente zu ihrer Verwirklichung benannt.

Betrachtet man die "soziale Säule" jedoch für sich, so wird als primäres Ziel von gesellschaftlicher Entwicklung die Befriedigung von (Grund)bedürfnissen, die Erweiterung von Mitbestimmungsmöglichkeiten im politischen und beruflichen Bereich sowie der Abbau von Ungleichheit angesehen. Nachhaltige Entwicklung bedeutet hier vor allem eine Bewahrung und Fortentwicklung des erreichten Niveaus an sozialer Gerechtigkeit, an Partizipationsmöglichkeiten und sozialstaatlicher Sicherung.

Wie bereits im Rahmen der ökologischen und ökonomischen Schutz- und Gestaltungsziele so wird auch bei der „sozialen Säule“ die „Sicherung der Gesundheit“ als Ziel benannt. Hier werden allerdings nicht allein die körperlichen Auswirkungen von Umweltzerstörungen, sondern - unter Übernahme einer Definition der WHO, derzufolge Gesundheit "ein Zustand des völligen geistigen und sozialen Wohlbefindens" sei (ebd. 497) - auch psychische Dimensionen berücksichtigt: "Die Gestaltung von Stoffströmen übt ihre Wirkung jedoch nicht nur auf den Körper, sondern auch auf die Psyche aus. Zerstörte Landschaften, schlechte Luftqualität, vergiftete Strände belasten das psychische Wohlbefinden." (Ebd. 494) Natur wird somit in der "sozialen Säule" nicht als Ökosystem oder als Ressource, sondern als unmittelbare psycho-physische Umwelt des einzelnen Menschen wahrgenommen.

Die Schutz- und Gestaltungsziele: Integriertes Bewertungskonzept oder widersprüchliche Zielbestimmung von nachhaltiger Entwicklung ?

Die Schutz- und Gestaltungsziele wurden von der Kommission aufgestellt, um einen Rahmen für die Bewertung von Stoffströmen und Instrumenten zu schaffen. Die Analyse der verschiedenen Schutz- und Gestaltungsziele lässt allerdings unterschiedliche Vorstellungen von Natur und nachhaltiger Entwicklung erkennen, die als konkurrierende Deutungsmuster das Konzept von nachhaltiger Entwicklung im Kommissionsbericht bestimmen (vgl. Tabelle).

Tabelle 6: Unterschiedliche Nachhaltigkeitskonzepte im „Drei-Säulen“-Modell

	Naturverständnis	Ziel "nachhaltiger Entwicklung"
Ökologische Säule	Natur als zusammenhängendes Ökosystem	Nachhaltigkeit von Struktur und Funktionen des Ökosystems
Ökonomische Säule	Natur als Ressource für wirtschaftliche Produktion	Dauerhaftes, ressourcenerhaltendes ökonomisches Wachstum; "sustainable growth"
Soziale Säule	Natur als psycho-physische Umwelt	Dauerhafte soziale Entwicklung ei-

	des Menschen	ner demokratischen Gesellschaft; "sustainable society"
--	--------------	---

Diese widersprüchlichen Deutungsmuster und Zielbestimmungen können als Resultat der Zusammensetzung der Kommission aus Repräsentanten unterschiedlicher Akteursgruppen angesehen werden. Die Mitglieder der Enquete-Kommission repräsentierten ein breites Spektrum der im deutschen SD-Diskurs vertretenen Gruppen, die allerdings durch eher pragmatisch orientierte Repräsentanten vertreten waren. Prinzipielle Kritiker der Industriegesellschaft fehlten ebenso wie Vertreter der "Betonfraktion" innerhalb der Wirtschaft. Zwar ist davon auszugehen, dass die unterschiedlichen Zielsetzungen nicht von allen geteilt oder zumindest nicht die gleichen Prioritäten gesetzt wurden. Die konsensuelle Billigung der einzelnen Ziele bedeutet jedoch, dass die Akteure die prinzipielle Legitimität der Ziele der jeweils "anderen Seite" anerkannten. Festgehalten wurden damit letztlich die verschiedenen, miteinander konkurrierenden Modelle gesellschaftlicher Entwicklung, wie sie von den etablierten Gruppen des demokratisch-pluralistischen Spektrums in Deutschland angestrebt werden.

Die Enquete-Kommission fasst mit den Schutz und Gestaltungszielen noch einmal den (inzwischen brüchig gewordenen) Grundkonsens der Bundesrepublik Deutschland zusammen. Sie formuliert ihren Text in der Hoffnung, dass das sozialstaatliche Modell erhalten und durch eine moderate Reform zu einer öko-sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt werden kann. Festgehalten wird auch an 'überschießenden' emanzipatorischen Idealen. Ausgespart bleiben dagegen sowohl die nicht konsensfähige Forderungen nach einem grundlegenden Konsumverzicht als auch Fragen des Einsatzes von "Zukunftstechnologien" wie Gentechnik oder Atomkraft. Da die Konkretisierung des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung in Form des „Drei Säulen“-Konzepts noch nicht mit der Notwendigkeit einer Prioritätensetzung einherging, ließ sich selbst über sehr unterschiedliche Akzentsetzungen innerhalb der Kommission eine breite Akzeptanz herstellen. Die Frage ist, inwieweit dieser integrierte Bewertungsrahmen auch für die konkreteren Themen der Kommissionsarbeit belastbar war.

5.3 Das Konzept des Stoffstrommanagements

Die "grundlegenden Regeln" und die "Drei-Säulen“-Konzeption stellten allgemeine Ziel- und Bewertungskriterien für eine nachhaltige Entwicklung dar. Ein darauf aufbauendes allgemeines Handlungskonzept für ein nachhaltiges Deutschland wurde von der Kommission allerdings nicht entworfen, sondern sie führte beispielhafte Stoffstrombetrachtungen zu den Stoffen Cadmium, Benzol und FCKW-Ersatzstoffen, zu PVC, zu Chlorwasserstoffen und deren Ersatzstoffe, zu Propylenoxid, sowie zu den Bedarfsfeldern Mobilität und Bekleidung durch. Im engeren Sinne enthält der Bericht der Enquete-Kommission nur ein Handlungskonzept zu diesen Einzelthemen. Das Thema Landwirtschaft spielt - anders als im Gutachten des SRU und in der Studie des Wuppertal Instituts - keine, der Klimawandel, das zentrale Thema

in den meisten Diskursen über nachhaltige Entwicklung, nur eine geringe Rolle. Stattdessen werden Themen behandelt, die in anderen Studien keine Beachtung finden. Insofern sind die verschiedenen in dieser Untersuchung analysierten Handlungskonzepte nur bedingt miteinander vergleichbar. Auf einer abstrakteren Ebene stellt jedoch das Konzept der Stoffstromanalyse und des Stoffstrommanagement *das* Handlungskonzept der Kommission dar, das den Vergleich mit anderen Beiträgen im deutschen SD-Diskurs erlaubt. Stoffstromanalyse und Stoffstrommanagement dienen der Kommission explizit als Deutungsrahmen zur Wahrnehmung, Bewertung und Lösung von Problemen. Die Herausarbeitung der Besonderheit der Stoff-Perspektive der Enquete-Kommission ist das eine Ziel der folgenden Darstellung. Hinter dieser spezifischen Problemrahmung liegen allerdings wiederum tieferliegende Deutungsmuster. Diese aufzuzeigen, ist das zweite Ziel der Analyse.

Vorbild des "Stoffstrommanagements" der Enquete-Kommission war das von der niederländischen chemischen Industrie entwickelte "integrierte Stoffstrommanagement", das von der Kommission erweitert und über den betrieblichen Kontext auf die Betrachtung von industrie-gesellschaftlichen Stoffströmen ausgedehnt wurde. Betrachtung von Stoffströmen bedeutet, dass nicht von spezifischen 'Umweltproblemen' oder bestimmten Produktionsprozessen ausgegangen wird, sondern eine Gesamtanalyse der Auswirkung von Stoffen von ihrer Gewinnung, über die Bearbeitung bis hin zum Verbrauch erfolgt, d.h. eine Betrachtung von Stoffflüssen "von der Wiege bis zur Bahre" (ebd. 547). Thematisch bedeutet dies keine Festlegung auf spezifische Einzelstoffe. Die Kommission führt exemplarische einzelne Stoffstromanalysen zum chemischen Element Cadmium, zu den unterschiedlichen Stoffströmen des Bedürfnisfelds Textilien sowie zum Bedürfnisfeld Mobilität durch. Der gemeinsame Fokus liegt dabei auf dem ‚stofflichen‘ Aspekt, auf die mit dem Fluß dieser Stoffe durch Ökonomie und Gesellschaft verbundenen erwünschten und unerwünschten Folgen. Stoffstromanalyse stellt in gewisser Weise eine „stoffliche Gesellschaftsanalyse“ dar, die Betrachtung der stofflichen Aspekte sozialer Beziehungen.

Das Konzept des Stoffstrommanagements wird von der Kommission in fünf Schritte gegliedert: „(1) Zielfestlegung, (2) Stoffstromanalyse, (3) Stoffstrombewertung, (4) Entwicklung von Strategien, (5) Durchführung und Kontrolle“ (ebd. 555). Bezugspunkt bei all diesen Schritten sind die übergeordneten ökologischen, ökonomischen und sozialen Kriterien, die sich aus den skizzierten "Schutz- und Gestaltungszielen" gewinnen lassen.

Zielfestlegung im konkreten bedeutet die Auswahl bestimmter Stoffströme, Produkte oder Bedürfnisfelder.

In der *Stoffstromanalyse* werden besonders relevante Stoffströme des ausgewählten Themenbereichs bestimmt. Ziel ist zunächst die Erfassung des Status-Quo, die Herausarbeitung der gegenwärtigen Struktur der Stoffströme und ihre Quantifizierung. Anzustreben ist dabei ein möglichst „umfassender ganzheitlicher Charakter“ der Analyse (ebd. 557), die Betrachtung der Stoffströme als Ganzes und der Wechselwirkungen zwischen Stoff- und Güterströmen. Die Beschränkung auf die umweltpolitische Problemsicht soll damit verlassen werden.

Auf die zunächst „wertfreie“ Stoffstromanalyse folgt die *Stoffstrombewertung*. Sie soll die Frage beantworten, ob die mit den Stoffströmen verbundenen Wirkungen in Hinblick auf ihre sozialen, ökologischen und ökonomischen Wirkungen akzeptierbar sind (vgl. 558). Dabei

werden "deduktiv" die aus der Stoffstromanalyse gewonnenen Erkenntnisse anhand einzelner "Schutz und Gestaltungsziele" und daraus abgeleiteter Bewertungskriterien, Indikatoren und Parameter bewertet. Dabei sollen auch quantifizierbare Indikatoren - wie z.B. Schwellenwerte für die Einbringung von Stoffen in die Umwelt - Verwendung finden, um einen Soll-Ist Vergleich zu ermöglichen; von der Enquete-Kommission wurde eine derartige Quantifizierung allerdings nur in begrenztem Maße vorgenommen. Anschließend werden die verschiedenen Zielsetzungen unter der Abwägung von Nutzen und Schaden gewichtet und Prioritäten gesetzt (vgl. 434 ff.). In der Regel sei dabei von Zielkonflikten auszugehen.

Auf diesen Bewertungsprozess folgt die *Entwicklung von Strategien*, d.h. die Entwicklung von Maßnahmen, die geeignet erscheinen, die Stoffströme entsprechend den vorgegebenen Zielen zu beeinflussen. Dabei sollen wiederum die ökologischen, sozialen und ökonomischen Auswirkungen und die wechselseitige Beeinflussung der Maßnahmen berücksichtigt werden. Zu entwickeln seien konsistente Maßnahmen, die - so der Kommissionsbericht - gerade in einem vernetzten Produktionsverbund, wie ihn die chemische Industrie darstelle, von besonderer Bedeutung seien.

Der Verweis auf die chemische Industrie in dieser Darstellung macht ein organisierendes Prinzip des Handlungskonzepts der Enquete-Kommission deutlich: die Idee des Stoffstrommanagements wurde aus dem innerbetrieblichen Kontext chemischer Produktionsprozesse übernommen, mit Blick auf gesamtgesellschaftliche Stoffströme weiterentwickelt und in dieser Form als allgemeines Handlungskonzept für die Realisierung einer „nachhaltigen zukunftsfähigen Entwicklung“ präsentiert. Ein innerbetriebliches, chemisches Konzept wird so zum Modell der Wahrnehmung von und des Umgangs mit industriegesellschaftlichen Problemen schlechthin. Entsprechenden Problemrahmungen liegt so das organisierende Deutungsmuster "Welt als Chemiefabrik" zugrunde.

Durchführung und Kontrolle umfaßt als letzten Schritt des Stoffstrommanagements die praktische Umsetzung von Strategien und die Kontrolle der konkreten Wirkungen der Maßnahmen.

Das Konzept des Stoffstrommanagements stellt ein gesamtgesellschaftliches Steuerungskonzept zur Realisierung nachhaltiger Entwicklung dar. Vorausgesetzt wird dabei die Möglichkeit der kognitiven und praktischen Beherrschbarkeit der Effekte gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklung. Die Kommission weist allerdings explizit darauf hin, dass unter dem Stoffstrommanagement keine Steuerung im Sinne einer planwirtschaftlichen Gestaltung der Gesellschaft zu verstehen ist:

"Management heißt zielgerichtete Lenkung und Führung, Organisation, Planung, Realisierung und Kontrolle und wird u.a. im Sinne der unternehmerischen Betriebsführung verwendet. Die Übertragung dieses Verständnisses von Management auf die Gesamtwirtschaft könnte als ein Plädoyer für eine planwirtschaftliche Stoffstrompolitik ausgelegt werden, was jedoch nicht beabsichtigt ist. Management bedeutet im stoffpolitischen Zusammenhang auch, dass Stoffströme durch entsprechende Änderungen der Rahmenbedingungen in eine z.B. umweltverträglichere Richtung gelenkt werden. Diese Rahmenbedingungen sollten in einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung so

gestaltet werden, dass die Marktkräfte im Sinne einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung wirken." (Ebd. 547f)

Die Kommission setzt auf Möglichkeiten der „indirekten Steuerung“.¹² Hier vorschnell ein technokratisches Modell von nachhaltiger Entwicklung identifizieren zu wollen, wäre sicher unangemessen. Die Kommission ist sich der Diskussionen über die begrenzten Möglichkeiten politischer Steuerung unter komplexen, unsicheren Handlungsbedingungen durchaus bewußt (vgl. 432ff). Nichtsdestotrotz hält auch das indirekte Steuerungsmodell an dem Glauben fest, dass die Probleme gemanagt werden können, wenn man nur genügend weiß und neue Institutionen zur Vermittlung zwischen den beteiligten Akteuren geschaffen werden.¹³

5.4 Stoffstromanalyse und Stoffstrommanagement am Beispiel Mobilität

Das Konzept des Stoffstrommanagements wurde von der Kommission während der Kommissionsarbeit parallel zur Bearbeitung anderer Themen entwickelt. So wird das generelle Konzept nur bedingt bei der Behandlung der einzelnen Problemfelder angewandt. Verwendung findet das generelle Modell jedoch beim Bedürfnisfeld Mobilität sowie bei der Stoffstrombetrachtung entlang der textilen Kette (vgl. 110 ff). Am Beispiel der textilen Kette lässt sich die konkrete Anwendung des Drei-Säulen-Modells und des Konzepts des Stoffstrommanagements am besten nachvollziehen; anhand dieser Thematik wurde auch das Vorbild des Stoffstrommanagements der niederländischen chemischen Industrie weiterentwickelt. Im folgenden soll das Vorgehen der Enquete-Kommission allerdings exemplarisch anhand des Bedürfnisfeldes "Mobilität" dargestellt werden. Diese Wahl erfolgt zum einen deshalb, weil - im Gegensatz zum Bereich Textilien - das Feld „Mobilität und Verkehr“ auch im Umweltgutachten des SRU und in der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" behandelt wurde. Hier bieten sich somit gute Vergleichsmöglichkeiten. Zum anderen stellt "Mobilität" ein Problemfeld dar, das sich von den anderen 'chemischen' Themen, für die das Stoffstrommanagement der Enquete-Kommission ursprünglich entwickelt wurde, deutlich unterscheidet.

¹² "Wichtig ist insbesondere die Haltung des verantwortlichen Managers, da das Stoffstrommanagement als zielorientierte, verantwortliche, effiziente und ganzheitliche Beeinflussung von Stoffströmen auf die Entscheidungskompetenz der Entscheidungsträger angewiesen ist. (...). Diese Tätigkeit wird als direktes Stoffstrommanagement bezeichnet. (...) Ein Stoffstrommanagement ergibt sich dabei in der Kette aus vielen Beiträgen unterschiedlicher Akteure. Der Staat hat hierbei vorrangig die Aufgabe, für geeignete Rahmenbedingungen zu sorgen. Dazu gehört die Formulierung von Umweltzielen, die Beeinflussung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, eine entsprechende Förderung von Bildung, Forschung und Entwicklung sowie die Unterstützung von Kommunikations- und Kooperationsprozessen, wenn diese von den Akteuren nicht selbstständig organisiert werden können, aber aus Gründen des Gemeinwohls in Gang gebracht werden sollen. Die Ausgestaltung dieser Rahmenbedingungen wird als indirektes Stoffstrommanagement bezeichnet (...) Direkte Eingriffe durch den Staat - direktes Stoffstrommanagement - sollten sich - orientiert am Vorsorgeprinzip - auf Stoffe mit einem hohen gesundheitlichen oder ökologischen Gefährdungspotential beschränken." (Ebd. 548f)

¹³ Dieser Punkt wird dann ausführlicher in Kapitel 5.3.3 („Institutionelle Innovationen“) des Abschlussberichts der Nachfolge-Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt - Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltigen zukunftsverträglichen Entwicklung“ diskutiert (Enquete-Kommission 1998)

Gerade deshalb lässt sich an diesem Beispiel gut verdeutlichen, welche Formen der Problemwahrnehmung und Problembearbeitung das Konzept des Stoffstrommanagements nahelegt.

Mobilität als Bedürfnis

Die Enquete-Kommission beginnt ihre Analyse des Problemfelds Mobilität wie der SRU mit einer Diskussion von Mobilität als Bedürfnis. Im Gegensatz zu diesem setzt sie dabei jedoch nicht an einer anthropologischen Bestimmung von Mobilität an, sondern an ihrer konkreten Bedeutung in der gegenwärtigen Gesellschaft. Mobilität und Freiheitsbedürfnisse werden nicht aus dem Wesen des Menschen abgeleitet, sondern als Bedingung und Folge der modernen Gesellschaft thematisiert:

"Die freie Wahl von Wohnort und Arbeitsplatz, freie Konsumwahl und die freie Entscheidung des Einzelnen über die Nutzung der ihm zur Verfügung stehenden Freizeit gelten in der Gesellschaft, in der wir leben, ebenso als Selbstverständlichkeit wie die immer vielfältigere Nachfrage nach Gütern aller Art. Es handelt sich dabei um grundlegende Verhaltens- und Entwicklungsmuster arbeitsteilig und marktwirtschaftlich organisierter Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften, deren unverzichtbare Grundlage die Mobilität von Gütern und Personen ist. Personen- und Güterverkehr sind daher Voraussetzung und Folge zugleich der Wahrnehmung dieser Freiheiten." (Ebd. 223).

Die Enquete-Kommission nimmt diesen Zustand als Bezugspunkt der weiteren Analyse. Eine grundlegende Veränderung der gegenwärtigen Formen von Personen- und Gütermobilität wird nicht weiter thematisiert, vielmehr eine Zunahme der Mobilität aufgrund aktueller Entwicklungen (wie der Öffnung des europäischen Binnenmarkts) prognostiziert. Steigende Verkehrsleistungen sind aus Sicht der Enquete-Kommission mit wachsendem Wohlstand gleichzusetzen. Auch der "Wunsch nach einer individuellen Lebensgestaltung" verstärkt das "Grundbedürfnis an die Mobilität" (ebd. 226). Diesem Bedürfnis müsse der Staat jedoch einen „Rahmen geben“ (ebd.). Aufgrund der damit einhergehenden Belastungen der Umwelt sei "ein Masterplan 'Verkehr', der die Entwicklung aller Verkehrsträger und Verkehrswege, ihre gegenseitigen Übergänge und Abhängigkeiten erfaßt", notwendig (ebd. 223).

Stoffstrombetrachtung zum Bedürfnisfeld Mobilität

Die Enquete-Kommission nimmt zunächst einmal eine Bestandaufnahme der gegenwärtigen Mobilität vor, sie diskutiert die Verkehrsleistungen unterschiedlicher Transportsysteme, die Probleme der innerstädtischen Mobilität und die Entwicklung des PKW-Bestandes einschließlich dessen Bedeutung für den Arbeitsmarkt. Wesentliche Ziele der Stoffstrombetrachtung sind in diesem Zusammenhang „die Erfassung des In- und Outputs an Stoffen und Energie sowie eine vergleichende Darstellung der Stoff- und Energieeffizienz der Verkehrsträger möglichst unter Berücksichtigung der jeweiligen Infrastrukturanlagen“ (ebd. 238f). Entsprechend dem Ansatz "von der Wiege bis zur Bahre" soll dabei eine Stoffstrombetrachtung der

verschiedenen „Produktlebensabschnitte“ der Transportmittel - Transport der Rohstoffe zur weiterverarbeitenden Industrie, Werkstoffherstellung, Transport zu Zulieferbetrieben und Endverteilern, Weiterverarbeitung und Montage, Gebrauch der Transportmittel, Entsorgung und Verwertung - erfolgen (ebd. 239). Angesichts mangelhafter Datenlage und der Kürze der Zeit beschränkt sich die Kommission jedoch auf einige ausgewählte Bereiche. Klimarelevante Fragen, die Thema der Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" waren, werden ausgespart. Der Schwerpunkt der Betrachtung wird auf gesundheits- und umweltrelevante Stoffe wie Schwermetalle, PVC und Dioxine gelegt.

Im Zentrum der Stoffstromanalyse steht dabei weniger die Transportmittelnutzung - Verbrauch von Energie und dadurch entstehende Emissionen werden allerdings auch diskutiert - sondern primär die Produktion und Entsorgung der Transportmittel (vgl. 241 ff). So werden z.B. bei der Produktion von Fahrzeugen die jeweils verwendeten Materialien Eisen, sonstige Metalle, Kunststoff und Glas ermittelt und LKWs, Güterwagen und Motorschiffe daraufhin verglichen. Miteinbezogen wird in diesen Vergleich der Energieeinsatz bei der Produktion der unterschiedlichen Transportmittel, die stoffliche Relevanz der Herstellung von Transportwegen und die dabei verbrauchten Materialien, die Problematik spezieller Schadstoffe wie polychlorierter Biphenyle, die in alten Leuchtstofflampen und Motorölen enthalten sind, oder auch die Dioxinbildung beim Recycling von Metallen aus Fahrzeugschrott.

Auf diese Analyse soll nicht näher eingegangen werden. Deutlich wird die grundsätzliche Herangehensweise: Das Bemühen um eine konkrete Analyse der Verwendung von Stoffen und ihrer ökologischen Relevanz innerhalb des gesamten Lebenszyklus. Entgegen der generell postulierten gleichwertigen Berücksichtigung von ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimensionen stehen hier ökologische Fragen der Materialintensität und der Umweltbelastung im Zentrum. Miteinbezogen werden allerdings Fragen wie Berufskrankheiten der in der Automobilindustrie Beschäftigten. Genannt werden auch mögliche alternative Werkstoffe bei der Produktion.

Die Enquete-Kommission wählt damit eine spezifische Art der Wahrnehmung des Themas "Mobilität", die sich von der Herangehensweise des SRU und - wie später deutlich werden wird - auch von der des Wuppertal-Instituts deutlich unterscheidet:

- (1) Die Enquete-Kommission rückt die Frage der gesellschaftlichen Produktion von Transportmitteln- und Transportwegen, nicht die Frage der gesellschaftlichen Form von Mobilität ins Zentrum. Der Ansatz ist somit am Produktionsprozess orientiert. Menschliche Akteure geraten weniger als Konsumenten, denn als Produzenten ins Blickfeld.
- (2) Das Problemfeld Mobilität wird als ein Problem der spezifischen Stoffnutzung diskutiert. Als problematisch wird nicht die Art der Befriedigung des Mobilitätsbedürfnisses angesehen. Vielmehr wird nach spezifischen Problemen der Nutzung und Verarbeitung von Stoffen entlang des Produktlebenszyklus der verschiedenen Verkehrsträger gefragt. Ziel ist eine möglichst detaillierte Betrachtung der einzelnen Stoffströme. Das dabei auftretende Problem der Komplexität wird dadurch gelöst, dass sich die Enquete-Kommission auf ausgewählte Stoffe und Stoffströme beschränkt.

- (3) Die Ökonomie gerät bei der Stoffstromanalyse im wesentlichen als System der Umwandlung von natürlichen Stoffen zu gesellschaftlich nützlichen Gütern ins Blickfeld, nicht als "Kapitalismus" oder Marktwirtschaft.
- (4) Bei der Analyse stehen die ökologischen Aspekte der „Ressourcenschonung und Erhaltung der Senkenkapazität der Umweltmedien“ im Vordergrund; "intergenerative Verteilungsgerechtigkeit, sozialer Friede, Internalisierung externer Kosten, Arbeitsplätze sowie Gesundheitsaspekte (werden) nicht behandelt" (ebd. 312).
- (5) Als organisierendes Prinzip dieser Art von Problemwahrnehmung ist die Übertragung des auf innerbetrieblicher Ebene entwickelten Stoffstrommanagements der chemischen Industrie auf die Gesamtgesellschaft ("Welt als Chemiefabrik") anzusehen.

Bewertung von Mobilität

Auf die Analyse der Stoffströme folgt ihre Bewertung. Auch dabei stehen ökologische „Schutz- und Gestaltungsziele“ im Vordergrund. Die Enquete-Kommission begründet diese Selektion nicht näher. Zu vermuten ist, dass die Verwendung des umfassenden Zielkatalogs größere Schwierigkeiten der Bewertung und Abwägung hervorgerufen hätte. Bemerkenswert ist insbesondere die Vernachlässigung des für die Aufgabenstellung der Enquete-Kommission ursprünglich zentralen Gesundheitsaspekts. Eine ökonomische und soziale Bewertung von Mobilität erfolgt nur am Rande. Die grundsätzlich positive Bewertung von Mobilität wird jedoch unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. "An dem Nutzen von Mobilität kann kein Zweifel bestehen: Die hohe Mobilität ist eine Errungenschaft für die Menschen in der Industriegesellschaft, ohne die das Leben kaum denkbar wäre. Mit einer höheren Steigerung wird gerechnet. Der ökonomische Nutzen moderner Transportmöglichkeiten ist gleichfalls unumstritten; ohne diese wäre der internationale Handel nicht denkbar" (ebd. 318). Problematisiert werden - neben Unfallfolgekosten und der Beeinträchtigung der Freizeitqualität von Landschaften - nur die stofflich-ökologischen Nebenwirkungen der Verkehrssysteme. Die Enquete-Kommission sucht daher nach Wegen, diese Nebenfolgen zu mindern, ohne an den verschiedenen Antriebsfaktoren wachsender Mobilität selbst etwas verändern zu wollen.

Stoffstrommanagement im Bereich Mobilität

Als mögliche Strategien der Minderung unerwünschter ökologischer Nebenfolgen werden Verkehrsvermeidung, Verlagerung des Verkehrs auf effizientere Transportmittel, Verbesserung des Verkehrsablaufs und Steigerung der Effizienz der einzelnen Transportmittel genannt. Verkehrsvermeidung würde - so die Enquete-Kommission - angesichts der gegenwärtigen Bedingungen der Industriegesellschaft wie Trennung von Wohnen und Arbeiten, Internationalisierung und Arbeitsteilung der Wirtschaft auf Grenzen stoßen. Diese Strategie wird daher nicht weiter diskutiert. Die gegebenen strukturellen Rahmenbedingungen werden als unveränderbar unterstellt. Als aussichtsreicher werden hingegen die drei letztgenannten Strategien angesehen, die eine Effizienzsteigerung auf unterschiedlichen Ebenen zum Ziel haben. Durch

organisatorische und technische Verbesserungen soll eine Minderung der Umweltbelastung möglich werden, ohne Mobilität und Transport als solches einzuschränken.

Aus ihrer Stoffstromanalyse schließt die Enquete-Kommission, dass Schiff und Bahn gegenüber Auto und LKW ökologisch zu bevorzugen seien. Als Ansatz für ein entsprechendes Stoffstrommanagement werden u.a., zu Zwecken der Energieeinsparung, Änderungen der Materialzusammensetzung oder Verbesserungen im Bereich der Motorenkonstruktion vorgeschlagen; diskutiert werden auch Konzepte zur Förderung der Wiederverwertung von Fahrzeugen. Ein umfassendes Konzept des Stoffstrommanagements im Bereich Mobilität wird aber nicht entwickelt. Insofern lässt sich an diesem Beispiel auch nicht verdeutlichen, wie ein Stoffstrommanagement als "zielorientierte, verantwortliche, ganzheitliche und effiziente Beeinflussung von Stoffströmen" (ebd. 549) in der Praxis nach Vorstellung der Enquete-Kommission auszusehen hätte. Zu vermuten ist, dass die Zurückhaltung der Enquete-Kommission beim Beispiel Mobilität zum einen nicht nur mit dem sehr begrenzten zeitlichen Rahmen der Kommissionsarbeit, sondern auch mit Dissensen innerhalb der Kommission zu tun hat.

Aus den Überlegungen zum Stoffstrommanagement ergibt sich für die Enquete-Kommission aber doch „die Notwendigkeit, verkehrspolitische Anregungen zu formulieren" (ebd. 325). Diese werden nun allerdings von einer Problemsicht getragen, die wesentlich weitergehende Eingriffe in die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Mobilität nahe legt, als dies aufgrund der vorangegangenen Ausführungen als sinnvoll oder möglich dargestellt wurde. "Die Favorisierung des motorisierten Individualverkehrs und die damit verbundene Vernachlässigung des öffentlichen Personalverkehrs, die lange Zeit einseitige Förderung des Straßenbaus sowie die Trennung von Wohnen und Arbeit sind wesentliche Ursachen der heutigen Probleme" (ebd. 325). Das erfordere eine „Trendwende“. Für nötig erachtet werden so „umweltverträglichere Verkehrsmittel“ (u.a. der Förderung des ÖVPN und von Car-Sharing), „innerstädtische Verkehrslenkung“ (Vorrang für den ÖVPN), ein „Umdenken bei der Stadtplanung“ („Verringerung der Trennung von Wohnen und Arbeiten“, „Verdichtung citynaher Wohngebiete“ usw.) sowie die „Optimierung der Gütertransportsystemen“ (ebd. 325f). Dies solle nicht nur durch die Deregulierung hinderlicher ordnungsrechtlicher Bestimmungen, sondern vor allem durch den verstärkten Einsatz ökonomischer Instrumente auf EU-Ebene gefördert werden.

Auffallend ist allerdings, dass die Enquete-Kommission dabei weniger Strategien zur direkten oder indirekten Steuerung der in der Stoffstromanalyse herausgearbeiteten Probleme diskutiert, sondern Ansätze, die primär eine Reduktion der hier nicht im Zentrum der Betrachtung stehenden CO₂-Emissionen implizieren. Dem Konzept des Stoffstrommanagements, mit der darin enthaltenen Intention einer genauen Erfassung von Stoffströmen und ihrer gezielten Steuerung, entsprechen diese Strategien nur bedingt. Zu vermuten ist, dass darin - wie bereits bei den Schutz- und Gestaltungszielen - Kompromissstrategien zum Ausdruck kommen, dass auch hier die verschiedenen Positionen der Kommissionsmitglieder im Nebeneinander unterschiedlich argumentierender Passagen 'vermittelt' werden. Gemeinsamkeiten finden sich – in Bezug auf handlungsstrategische Fragen - offensichtlich (nur ?) beim Plädoyer für die ökonomische Internalisierung der externen ökologischen Kosten des Verkehrssys-

tems; von ihr wird resümierend, im Anschluss an ein Zitat aus dem SRU-Gutachten von 1994, wenn nicht das Heil, so doch die notwendige, umweltverträgliche Umsteuerung der gegenwärtigen Mobilitätsformen erwartet:

"Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen formuliert zusammenfassend: 'Die wirksamste Form des Schutzes der Umwelt vor den Folgen eines wachsenden Verkehrs ist vor allem in der langfristigen Durchsetzung von Transportpreisen zu sehen, die die tatsächliche Knappheit der natürlichen Lebensgrundlagen und der Verkehrswege widerspiegeln (...) Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass ökologisch wahre Transportpreise eine beträchtliche Revision der Lebensgewohnheiten, der Produktionsstrukturen und der Raumstruktur auslösen werden.'" (Ebd. 327).

5.5 Zwischenresümee: das Handlungskonzept der Enquete-Kommission

Im folgenden sollen die Ergebnisse der Analyse des „Drei-Säulen“-Modells, des Konzepts des Stoffstrommanagements und seiner Anwendung auf das Problemfeld Mobilität mit Blick auf das zugrundeliegende Handlungskonzept zusammengefaßt werden.

Dem Ansatz der Enquete-Kommission liegt die Wahrnehmung von Natur als Stoff, als materielle Ressource, zugrunde. *Die ökologische Problematik wird als Problematik der fehlerhaften Nutzung von Stoffen gefasst.* Diese Perspektive ist durch das Vorbild der betrieblichen Steuerung von Stoffströmen in der chemischen Industrie geprägt. Globale Probleme der Nachhaltigkeit lassen sich nach diesem Modell durch ein umfassendes, tendenziell globales Stoffstrommanagement bearbeiten.

Die gegebenen Produktionsverhältnisse und Konsummuster werden dabei insgesamt positiv bewertet. Ziel ist die Erhaltung und innovative Weiterentwicklung der sozialen und ökonomischen Errungenschaften moderner Gesellschaften. Diese Orientierung am gegenwärtigen Zustand führt dazu, Umweltziele nicht absolut zu setzen, sondern pragmatisch zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Ziele abzuwägen. Die zu Beginn formulierten generellen Nutzungsregeln erweisen sich so realiter keineswegs als unverhandelbar, sondern nur als eine Zielebene unter anderen. Dieser Ansatz lässt sich - im Vergleich mit dem 'kulturell modifizierten, dynamischen Naturalismus' des SRU - als '*kulturalistischer Ansatz*' bezeichnen: zum einen wird die gesellschaftliche Naturaneignung aus dieser Perspektive prinzipiell als positiv, als Wohlstandsgewinn, bewertet; zum anderen erscheinen die 'Grenzen' der Naturnutzung darin nicht als vorgegeben, sondern als Gegenstand gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse.

Bei den konkreten Handlungskonzepten, bei der Frage nach den angemessenen Instrumenten des Stoffstrommanagements, zeigen sich jedoch im Kommissionsbericht merkliche Differenzen. Dass letztlich über das Konzept des Stoffstrommanagements selbst auf abstrakter Ebene nie Einigkeit bestand, machen Interviews mit Mitgliedern der Enquete-Kommission deutlich, die im Rahmen dieses Projekts durchgeführt wurden. Der Dissens zeigt sich vor allem in der Frage nach der angemessenen Form der gesellschaftlichen Steuerung von Stoff-

strömen; hier ist es der alte Gegensatz 'Staat versus Ökonomie', der die Kommissionsmitglieder entzweit. Zwei Vertreter der CDU äußerten in einem vor Beginn der zweiten Kommission durchgeführten Interview die Ansicht, dass diese Konflikte bei einer weiteren Konkretisierung des Stoffstrommanagements (in der geplanten Nachfolge-Kommission) wieder stärker zum Tragen kommen würden:

"Zum Stoffstrommanagement haben wir ja noch gar nichts gesagt, da haben wir nur verschiedene Dinge diskutiert, ein bißchen mit Vor- und Nachteilen geschildert, aber keineswegs entscheidungsreif weiterdiskutiert. Die Diskussion muss jetzt kommen, d.h. die Handlungsempfehlungen für ein Stoffstrommanagement müssen jetzt kommen, wobei es da noch heiße Diskussionen geben wird, das können Sie sich leicht an den Fingern ausrechnen, dass ein Teil der Enquete-Kommissionsmitglieder mehr von einem planwirtschaftlichen Ansatz herkommt, während der andere Teil eher von einem selbststeuerndem marktwirtschaftlichen Ansatz her denkt."

F.: „Ganz klar. Wir beide können uns nicht vorstellen, wie man ein so komplexes System, wie die Volkswirtschaft oder die Weltwirtschaft als großes Computerspiel planwirtschaftlich steuern kann.“ (Interviews mit Vertreter der CDU)

Solche Vorstellungen werden auch entschieden von Industrieverbänden wie dem Verband Chemischer Industrie (VCI) zurückgewiesen, der unter Verweis auf das Scheitern staatssozialistischer Wirtschaftsmodelle alle Versuche einer direkten gesellschaftlichen Steuerung komplexer, globaler Stoffströme von vorneherein zum Scheitern verurteilt sieht.

"Es wäre jedoch ein fataler Irrtum zu meinen, man könne Sustainable Development dadurch erreichen, dass man versucht, alle oder auch nur einige als besonders umweltsensibel erachtete Stoffströme zu dirigieren. Die dazu notwendige Beherrschung komplexer, meist internationaler Zusammenhänge überfordert die Handlungsmöglichkeiten des Staates. Sollte tatsächlich der Versuch unternommen werden, gesamte Stoffströme von der Wiege bis zur Bahre zentral zu lenken, würde der Grundstein für ein Wirtschaftssystem und auch für eine Gesellschaft gelegt, deren Ineffizienz und Unverträglichkeit mit menschlichen Bedürfnissen sich im Osten Europas für alle Welt eindeutig bewiesen hat" (VCI 1995: 8)

Der Handlungsstrategie der staatlichen Steuerung von Stoffströmen stellt der VCI ein Nachhaltigkeitskonzept entgegen, das auf freien, globalen Wettbewerb und technischen Fortschritt setzt (vgl. dazu genauer Kap. 8.2.1). Auch in Nachhaltigkeitskonzepten der Umweltbewegung, wie z.B. in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, findet sich aber entschiedene Kritik am Konzept eines globalen Managements von Stoffströmen. Daraus werden allerdings andere, entgegengesetzte Schlüsse gezogen. Die Komplexität von Stoffströmen gilt hier nicht als Grund für den Verzicht auf gesellschaftliche Steuerung, sondern als Grund für eine Umsteuerung hin zu weniger komplexen, regionalen Wirtschafts- und Stoffkreisläufen. Auch auf diese Alternativen zum Stoffstrommanagement werden wir später noch näher eingehen (vgl. Kap 7).

Handlungskonzepte zu nachhaltiger Entwicklung enthalten - mit unterschiedlichen Gewichtungen - Diagnosen der nicht-nachhaltigen Gegenwart, Bilder der anzustrebenden nachhaltigen Zukunft sowie Strategien, um vom einen Zustand zum anderen zu gelangen. Diese Strategien unterscheiden sich wesentlich in der Gewichtung der Erfordernisse *gegenwärtiger* und *zukünftiger* Bestandswahrung.

Ausgangspunkt der Handlungsstrategie des Stoffstrommanagements ist die Analyse der Stoffströme moderner Industriegesellschaften, unterschiedliche Formen ihrer stofflichen Vernetzung mit der Natur. Bei der Bewertung dieser Stoffströme dominiert letztlich die Position der Gleichwertigkeit der Interessen gegenwärtiger und zukünftiger Generationen. Zukunftsverantwortung wird nicht als unverhandelbares Postulat gesetzt. Die Analyse zielt vielmehr auf die Verbesserung nicht-nachhaltige Praktiken durch ein Stoffstrommanagement. Dabei ist die Grenze für Eingriffe dann erreicht, wenn die Auswirkungen auf andere gesellschaftliche Ziele nicht mehr als akzeptabel angesehen werden. Der Weg geht von 'weniger nachhaltig' zu 'möglichst nachhaltig'. Das für *machbar*, nicht das für notwendig Erachtete wird zur Handlungsmaxime. Wie groß die Differenz zwischen dem Möglichen und dem zum Erhalt des Naturkapitals Notwendigen sein kann und darf, wird nicht festgelegt. Welche Art von Gesellschaft durch das Stoffstrommanagement letztlich entsteht, wird offengelassen. Es wird darauf verzichtet, ein konkretes Bild einer nachhaltig-gerechten Gesellschaft zu entwerfen.

Diese pragmatische, für das politische Handeln in Konkurrenzdemokratien typische Grundhaltung hat der Vorsitzende der Enquete-Kommission Ernst Schwanhold mit der Wahl eines Zitats von Gustav Heinemann zum Ausdruck gebracht, das dem Vorwort des Kommissionsberichts vorangestellt wird:

"Das Geheimnis auch der großen und umwälzenden Aktionen besteht darin, den kleinen Schritt herauszufinden, der zugleich ein strategischer Schritt ist, in dem er weitere Schritte in Richtung einer besseren Wirklichkeit nach sich zieht. Darum hilft es nichts, das Unvollkommene heutiger Wirklichkeit zu höhnen oder das Absolute als Tagesprogramm zu predigen. (Gustav Heinemann, Ansprache vor dem Deutschen Bundestag am 1. Juli 1969)."

Von dieser gegenwartsbezogenen, auf das pragmatisch Mögliche gerichteten Perspektive unterscheidet sich wesentlich die zukunftsbezogene Perspektive der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“. Das dort entworfene Handlungskonzept wird nicht vom Interesse an der (ökologischen) Optimierung gesellschaftlicher Stoffströme einer grundsätzlich positiv bewerteten Gegenwart sondern von der Utopie einer nachhaltigeren, ökologisch verträglicheren und sozial gerechteren Zukunft aus entwickelt.

Tabelle 7: Zentrale Deutungsmuster im Bericht der Enquete-Kommission

Menschen- und Gesellschaftsbild	Grundsätzliche Bejahung der modernen In-
---------------------------------	--

	dustriegesellschaft
Vorrangiges Naturverständnis	Natur als „Stoff“
Mensch-Natur-Beziehung	Naturbeherrschung als Wohlstandsgewinn; Grenzen der Naturnutzung sind gesellschaftlich verhandlungsfähig
Nachhaltigkeitsverständnis	Gleichrangigkeit von ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit, von gegenwärtigen und zukünftigen Interessen
Generelle Nachhaltigkeitsstrategie	Rationales Stoffstrommanagement (Welt als Chemiefabrik);

5.6 Gegensätzliche Positionen in der Enquete-Kommission, oder: Ist das integrative Leitbild nachhaltiger Entwicklung konsensfördernd?

Während bisher die Frage nach gemeinsamen Problemrahmungen und Deutungsmustern im Zentrum stand, soll im folgenden die Fragestellung behandelt werden, inwieweit das integrative Leitbild nachhaltiger Entwicklung auch realiter, mit Blick auf explizite Dissense zwischen den Kommissionsmitgliedern, konsensfördernd wirkte.¹⁴ Ist das Leitbild möglicherweise nur insoweit "integrativ", als es aufgrund seiner Abstraktheit Einigung auf einer Ebene ermöglicht, auf der (noch) keine Dissense bestehen? Hierzu werden zunächst noch einmal, unter Bezug auf Interviews mit Mitgliedern der Enquete-Kommission, die bestehenden Differenzen im generellen Verständnis des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung aufgezeigt und anschließend das Thema "Chlorchemie" näher betrachtet, bei dem die Enquete-Kommission zu keinem konsensualen Ergebnis kam.

5.6.1 Grundlegende Regeln versus Drei-Säulen-Modell

Mit dem „Drei-Säulen“-Modell, das auch gegenwartsbezogene Kriterien der Ökonomie- und Sozialverträglichkeit mit einbezog, hatte die Kommission ein an Machbarkeit orientiertes Konzept von Sustainable Development entwickelt. Dies hatte in der Diskussion konkreter Themen auch die größte Bedeutung. Allerdings war das Verhältnis der „drei Säulen“ zu den „grundlegenden Regeln“ nie eindeutig geklärt. Es blieb letztlich offen, ob das Leitbild einer

¹⁴ Die integrative Wirkung des SD-Leitbilds für die Diskussions- und Verhandlungsprozesse der Enquete-Kommission wurde eingehender in der DFG-Studie „Reflexive Institutionen“ (Eder/Barthe/Dreyer 1998, S. 161 ff) untersucht.

„nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“ vorrangig den Erhalt von Naturkapital oder den Erhalt des gegenwärtigen Entwicklungsmodells im Auge hat. Die Antworten der Kommissionsmitglieder auf die Frage nach einer kurzen Definition von Nachhaltigkeit und nach der jeweiligen Prioritätensetzung machen deutlich, dass hier kein Konsens bestand.

Antworten auf die Frage: "Wie würden Sie einem Laien in wenigen Sätzen nachhaltige Entwicklung erklären?"

Vertreter der CDU: „Ich würde anfangen und sagen, dass unsere Form des Lebens und des Wirtschaftens auf Kosten der Lebenschancen folgender Generationen stattfindet. Dass wir eine Wirtschaftsform finden müssen (...), die auch kommenden Generationen die Chance gibt, Ressourcen zu nutzen, Energie zu verbrauchen, also Wohlstand zu haben und, soweit es geht, im Einklang mit der Natur zu leben.“

Sachverständiger (von der SPD benannt): „Die Ökonomen, die sich mit Wirtschaft befassen, haben genauso, wie ansonsten in der Politik auch, wie es sich im Laufe der Zeit so entwickelt hatte, Natur vorausgesetzt, und sich nicht größer damit befaßt, sondern im Prinzip war es schlicht und einfach so, dass man sagt, die Wirtschaft muss Technik entwickeln und Arbeit entsprechend organisieren und (...) Natur kam entweder nicht vor oder nur ganz so ganz am Rande. Und nachhaltige Wirtschaftsweise - die Begrifflichkeit ist jetzt erst einmal egal - ist, dass man erkannt hat, dass im Prinzip ja auch Wirtschaften Natur voraussetzt und in verschiedenen Zusammenhängen, dass wir einfach Rohstoffe entsprechend brauchen, die nicht beliebig verfügbar sind bzw. so, wie wir sie nutzen, dann Probleme machen. Und genau so ist es, dass wir normalerweise voraussetzen, dass die Natur im nachhinein das, was wir übrig haben, entsprechend alles aufnimmt, dieses tut sie ja so ohne weiteres auch nicht (...). So dass man sagen kann, so wie es andere Voraussetzungen von Wirtschaften gibt, gibt es eben auch Naturvoraussetzungen, die haben wir nicht beachtet über ganz lange Zeit, das holt uns jetzt ein und deshalb kommen wir überhaupt darauf, uns darüber Gedanken zu machen. Aber da bin ich nicht zufrieden damit, das ist die Antwort, die ich im Moment habe.“

Vertreterin der SPD: „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die dafür sorgt, dass das Naturkapital nicht verbraucht, sondern erhalten wird und dass auch zukünftige Generationen noch eine Chance auf Entwicklung haben, d.h. also die Gerechtigkeit zwischen den Generationen und die Erhaltung des Naturerbes, man kann das auch mit drei oder vier Regeln beschreiben, dass ich also die regenerativen Ressourcen nur so weit nutze, dass sie wieder Zeit haben sich zu regenerieren, dass ich die Senken z.B. bei Abfällen nicht übernutze, sondern auch dort eben so vernünftig damit umgehe, dass auch andere Generationen noch eine Chance haben, und dass ich bei den nicht erneuerbaren Ressourcen auf jeden Fall versuche, die soweit wie es geht zu ersetzen durch erneuerbare.“

Diese Erklärungen argumentieren zunächst alle eindeutig ökologisch, unter Bezug auf das Postulat intergenerativer Gerechtigkeit. Nur die Vertreterin der SPD sieht in den „Grundre-

geln“ aber den primären Bezugspunkt nachhaltiger Entwicklung, dem die „drei Säulen“ nachgeordnet sind. "Also ich finde das Übergeordnetste ist die Definition, die Regeln, die Umgangsweise mit Nachhaltigkeit und daraus hat sich die Dreisäulentheorie entwickelt. Und daraus wieder eine Instrumentendiskussion. Ich würde das im Rahmen einer Hierarchisierung sehen (...).“

Der Vertreter der CDU definiert nachhaltige Entwicklung zwar ebenfalls über die Verantwortung für den Erhalt natürlicher Ressourcen für zukünftige Generationen. Auf die Frage nach der Hierarchisierung der unterschiedlichen Dimensionen von nachhaltiger Entwicklung setzt er jedoch die „Drei Säulen“-Konzeption an die erste Stelle, während die Nutzungsregeln keine Erwähnung finden. "Für uns war es eigentlich irgendwie gestuft, die drei Säulen als Grundlage, daraus folgend dann gewisse Handlungsempfehlungen und auf diesen Handlungsempfehlungen aufbauend soll dann letzten Endes das Stoffstrommanagement erfolgen." Hier werden somit die ökologischen, sozialen und ökonomischen Ziele als gleichwertig gesetzt.

Bereits über die Frage der Gleichwertigkeit bzw. Hierarchie der unterschiedlichen Ziele bestand damit in der ersten Enquete-Kommission kein eindeutiger Konsens.

Als tieferliegende Ursache für diese unterschiedliche Gewichtung kann man die Problematik der Vereinbarkeit zwischen dem ökonomisch Machbaren und dem ökologisch Notwendigen sehen. Das „Drei-Säulen“-Modell ist dem Gedanken der *Machbarkeit* verpflichtet, da die darin enthaltenen langfristigen Ziele immer an die Realisierung auch der kurzfristigen Ziele gekoppelt werden. Die Nutzungsregeln formulieren dagegen das aus der Verantwortung für zukünftige Generationen abgeleitete *Notwendige*. Indem die SPD-Vertreterin letzteres als obersten Bezugspunkt wählt, versucht sie den Begriff der Nachhaltigkeit vor einer Ausdeutung zu bewahren, die die bestehenden Verhältnisse zu konservieren trachtet. Deutlich wird auf jeden Fall, dass sich hinter der konsensualen inhaltlichen Konkretisierung des Leitbilds grundlegende Verständnisunterschiede verbergen.

Die nicht nur am Verlauf der Enquete-Kommission sondern auch in lokalen Agenda 21-prozessen deutlich erkennbare integrative Funktion des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung¹⁵ scheint somit auf bestimmte Funktionen begrenzt. Das Leitbild schafft zwar ein neues, sowohl durch die Betonung der intergenerativen (ökologischen) Verantwortung als auch durch die integrative Wahrnehmung ökologischer, ökonomischer und sozialer Probleme geprägtes, gemeinsames Diskurs- und Handlungsterrain. Im einzelnen werden die Problemlagen und die ‘angemessenen’ Problemlösungsstrategien aber doch sehr unterschiedlich ausgedeutet. Das lässt sich gut am Beispiel des Dissenses zum Thema Chlorchemie und PVC in der Enquete-Kommission zeigen.

¹⁵ Vgl. u.a. die Beiträge in Heinelt/Mühlich 2000

5.6.2 Der Dissens um die Zukunft der Chlorchemie

Der Streit über die Zukunft der Chlorchemie und die Anwendung von PVC war ein wesentlicher Anlass für die Einberufung der Kommission gewesen und er blieb auch das Thema, über das am Schluss kein Konsens gefunden werden konnte.

Um die Gründe hierfür verständlich zu machen, sei kurz auf die spezielle Problematik der Chlorchemie eingegangen. In der deutschen chemischen Industrie sind etwa 60% des Umsatzes direkt und indirekt mit der Nutzung von Chlor verbunden. Als Chlorchemie wird die Herstellung von Chlor, die Produktion chlorhaltiger Produkte sowie die Verwendung als Reaktionsvermittler in der Produktion bezeichnet. Sowohl die Produktion von Chlor und der daraus gewonnenen Produkte wie auch deren Einbringung und Entsorgung ist mit einer Vielzahl von - von Experten und Gegenexperten je unterschiedlich bewerteten - gesundheitlichen und ökologischen Risiken verbunden. So entsteht z.B. bei der Reaktion von Chlor mit natürlichen Stoffen wie Holz ein Gemisch von chlorierten Verbindungen, zu denen erbgutverändernde Stoffe und Dioxine gehören (vgl. ebd. 333). Seit Jahren ist die Frage der Fortführung bzw. - wie von Umweltverbänden gefordert - des weitgehenden Ausstiegs aus der Chlorchemie ein zentraler umweltpolitischer Streitpunkt. Eine besondere Stellung in der Chlorchemie nimmt das PVC (Polyvinylchlorid) ein, für dessen Produktion 30% des Chlors verwendet werden. Ausgangsstoffe für die Herstellung von PVC sind Chlor und Ethylen, ein petrochemisches Produkt. PVC war der erste in großen Mengen genutzte thermoplastische Massenkunststoff und seine Verwendung bzw. Abschaffung besitzt daher - auch wenn dies in naturwissenschaftlichen Diskursen keine Rolle spielt - einen hohen Symbolwert. Ein Vorzug von PVC ist seine lange Haltbarkeit, die es insbesondere für die Verwendung im Baubereich (60% der Anwendungen) bei Rohren und Fensterrahmen geeignet macht. Gerade diese Langlebigkeit wird jedoch nach der Gebrauchsphase zu einem Entsorgungsproblem.

Erhebliche Kosten für die Allgemeinheit ergeben sich bei der Müllverbrennung, da der bei der Verbrennung entstehende Chlorwasserstoff abgetrennt und entsorgt, sowie die entstehenden Dioxine und Furane durch Rauchgasreinigung herausgefiltert werden müssen. Recycling von PVC wird als eine Lösung angesehen, ist jedoch nur in begrenztem Maße möglich. Bei Gebäude- und Wohnungsbränden kommt es zu erheblichen Gefährdungen durch Dioxin- und Chlorwasserstoffbildung. Bei Brandsanierung sind insbesondere die damit beauftragten Arbeiter gefährdet. Weitere Kritikpunkte sind die gesundheitlichen Auswirkungen der unfallträchtigen Produktion sowie die Beeinflussung des Raumklimas bei langfristiger Anwendung von PVC und die daraus resultierenden toxischen Belastungen.

Von Umweltverbänden wird aufgrund der Risiken seit Jahren für einen durch staatliche Verordnungen herbeigeführten allmählichen Ausstieg aus der PVC Chemie und eine Substitution durch andere Stoffe plädiert. Arbeitnehmer wie auch Arbeitgeber der Chemiebranche plädieren hingegen für die Beibehaltung der PVC-Chemie und verweisen nicht nur auf andere Risikoeinschätzungen und den bereits erzielten technischen Fortschritt sondern auch auf Wettbewerbsnachteile und drohende Arbeitsplatzverluste.

Das Thema PVC trübt das Bild vom Konsens in der Enquete-Kommission und weckt Zweifel an der integrativen Funktion des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung. Im Mehrheits-

votum wird aus den vorliegenden Untersuchungen der Schluss gezogen, "dass eine ökologisch verträgliche Verwertung und Entsorgung von PVC-Produkten nicht nur möglich ist, sondern auch ein großes ökologisches Verbesserungspotential in diesem Bereich besteht" (ebd. 363). Mit dem Hinweis, dass Kenntnisse über PVC in ausreichenden Maße vorlägen, die Folgen von PVC-Ersatzstoffe dagegen noch weitgehend unbekannt seien, wird eine PVC-Substitution abgelehnt. Mehrheitlich wird somit keine Konversion, sondern nur eine Verbesserung des Umgangs mit der Chlorchemie und insbesondere mit PVC empfohlen.

Als Handlungsmaßnahmen werden die Integration der Entsorgungs- und Verwertungskosten sowohl von PVC als auch von Ersatzstoffen in den Produktpreis und eine Erweiterung der Verwertungsmöglichkeiten vor allem durch Recycling vorgeschlagen. Bei der auch weiterhin notwendigen Verbrennung sei "auf die strengste Einhaltung aller gesetzlicher Auflagen zu achten" (ebd. 364). Auf den Zusatz von Cadmium in PVC sollte verzichtet und Vinylchlorid-Höchstmengen festgelegt werden - allerdings nicht im nationalen Alleingang, sondern mittels einer Verschärfung der bestehenden EU-Richtlinie.

Die SPD-Parlamentarier, die von der SPD berufenen Wissenschaftler und der Vertreter der IG-Chemie geben hingegen ein weitergehendes Sondervotum ab. In ihm wird eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Verwertungsmöglichkeit von Verbundprodukten - d.h. von PVC-Produkten, die mit andern Stoffen vermischt sind - bestritten und eine Wiederverwertung von kurzlebigen PVC-Massenkonsumgütern (z.B. Verpackungen, Spielzeug) als zu arbeits- und energieintensiv erachtet. "Kurzlebige PVC-Produkte und solche langlebigen PVC-Produkte, bei denen werkstoffliches Recycling aufgrund ihres Verteilungsgrades und/oder ihrer Produktzusammensetzung nicht mit vertretbarem Aufwand möglich ist", seien deshalb „zu substituieren" (ebd. 365). Nicht Verwertung, sondern der Ausstieg aus vielen - nicht allen - Bereichen der PVC-Verwendung ist hier das Ziel. Als erster Schritt dazu werden auch freiwillige Vereinbarungen für möglich gehalten. Im Gegensatz zu den "weichen" Formulierungen im Hauptvotum wird die Wirtschaft im Sondervotum aufgefordert, sich entweder zu einer Rücknahme zu verpflichten oder aus der Produktion auszusteigen. Während im Hauptvotum ordnungspolitische Eingriffen nicht explizit gefordert bzw. nur für die EU-Ebene angestrebt werden, wird im Sondervotum die Meinung vertreten, "sowohl der ordnungsrechtliche wie der ökonomische Weg und Kombinationen daraus sind Lösungsmöglichkeiten, um zu einem ökologisch verträglicheren Umgang mit PVC zu kommen" (ebd. 366). Von entsprechenden Strategien werden im Sondervotum nicht nur ökonomische Nachteile, sondern auch Konkurrenzvorteile erwartet.

Auf den ersten Blick scheinen sich die jeweiligen Strategien nur in Nuancen zu unterscheiden. Genauer betrachtet zeigen sich aber grundlegende Dissense. Diese beziehen sich

- (a) auf die Wahrnehmung von und den Umgang mit Risiken,
- (b) auf die Möglichkeiten der Schaffung geschlossener Stoffkreisläufe,
- (c) auf die Präferenz für staatliche Regelung vs. freiwillige Maßnahmen der Industrie,
- (d) auf die Folgen nationaler Alleingänge, sowie
- (e) auf die Prioritätensetzung zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielen.

Der letztere Punkt dürfte dabei entscheidend sein. Dies wird deutlich bei den Ausführungen der Enquete-Kommission zu den weiter bestehenden unterschiedlichen Positionen zur Chlorchemie:

"Da die ökologischen Probleme der Chlorchemie geringer geworden sind, die ökonomischen und sozialen Probleme der Gesellschaft aber zugenommen haben, ist die Abwägung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekte schwieriger geworden. Die Chemieindustrie und die Chlorchemie als tragende Säule sind Schlüsselindustrien der Volkswirtschaft. Mit der Chlorchemie sind ca. 100 Mrd. Umsatz und ca. 350.000 Arbeitsplätze direkt verbunden. Weitgehende Änderungen ohne Alternativen und ohne Übergangszeiträume würden hier zu massiven ökonomischen und sozialen Verwerfungen führen.

Einigkeit besteht in der Enquete-Kommission zumindest dahingehend, dass eine 'partielle Konversion' der Chlorchemie durch den Einsatz von alternativen Technologien oder Ersatzstoffen befürwortet wird, wenn dies ökologisch erforderlich und wirtschaftlich und sozial vertretbar ist. Im konkreten Fall können diese allgemeinen Begriffe aber sehr unterschiedlich bewertet werden, wie das Beispiel PVC zeigt. Umstritten sind dabei weniger die Übergangsprozesse oder -zeiträume und damit auch die Möglichkeiten einer Anpassung (die in der Enquete-Kommission grundsätzlich als notwendig angesehen werden), sondern die Frage, ob die Chlorchemie nach Lösung ihrer offensichtlichsten Probleme 'standortpositiv' (weil ökologisch ausreichend und auch in Zukunft für die Bundesrepublik wirtschaftlich erfolgreich) oder 'standortnegativ' ist (weil ökologisch problematisch und ohne große wirtschaftliche Zukunft für die Bundesrepublik Deutschland)." (Ebd. 419)

Die Lösung der "offensichtlichsten Probleme" wird von allen für nötig erachtet - darüber bestand jedoch schon vor Beginn der Kommissionsarbeit Konsens. Umstritten sind weiterhin die darüber hinausgehenden Maßnahmen. Die eine Seite setzt ökologische Prioritäten. Die Erhaltung des Umweltstandorts Deutschland wird als wichtigstes Ziel angesehen. Optimistisch wird angenommen, dass die ökologisch für notwendig erachtete Konversion auch ökonomisch sinnvoll ist. Die Wahrnehmung hoher ökologischer Risiken bei Nicht-Handeln führt zur Wahrnehmung geringer ökonomischer Risiken von staatlichen Eingriffen. Die andere Seite setzt ökonomische Prioritäten. Die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland ist das oberste Ziel. Optimistisch wird angenommen, dass das ökonomisch Praktikable auch ökologisch hinreichend ist. Die Wahrnehmung hoher ökonomischer Risiken einer Konversion führt zur Wahrnehmung geringerer ökologischer Risiken.

Hier zeigen sich unterschiedliche Naturverständnisse und Risikowahrnehmungen sowie unterschiedliche Bewertungen der Notwendigkeit staatlicher Eingriffe. *Im Kern werden die divergierenden Wahrnehmungen aber von der unterschiedlichen Prioritätensetzung zwischen Ökonomie und Ökologie bestimmt.* Die allgemeinen Dissense im Verständnis des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung spiegeln sich so auch im Konkreten wieder. Zwischen den Vertretern des "Machbaren" und des "Notwendigen" konnte kein Kompromiß erzielt werden. Keiner der Opponenten würde den Gegensatz allerdings so beschreiben. Für die einen wird durch das ökonomisch Machbare auch das ökologisch Notwendige realisiert; für die anderen ist das ö-

kologisch Notwendige zugleich das ökonomisch Sinnvolle. Dass dennoch keine Einigkeit erzielt wurde, verweist darauf, dass die unterschiedliche Prioritätensetzung erhebliche Handlungsimplicationen besitzt und Interessen in unterschiedlicher Weise tangiert. *Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung verknüpft so zwar ökonomische, ökologische und soziale Dimensionen gesellschaftlicher Entwicklung. Es hebt die Gegensätze der Interessen, der Werte, der Natur- und Weltbilder aber nicht auf.*

Die Interviews machen deutlich, dass auch grundlegende Meinungsunterschiede in der Frage der Möglichkeit bzw. Unmöglichkeit einer nationalen Vorreiterrolle Deutschlands bestanden. Diese Frage, die im gesamten Diskurs um nachhaltige Entwicklung zentral ist, war auch innerhalb der Kommission umstritten. Von den einen wird von einer besonderen Verantwortung Deutschlands bzw. der Industriestaaten ausgegangen, die diese moralisch zu einer Vorreiter- und Vorbildfunktion verpflichtet.¹⁶ Demgegenüber steht die Perspektive, dass Deutschland als Vorreiter sein Soll schon längst erfüllt habe und nun andere Staaten zum Handeln verpflichtet seien. Hier kommen somit auch unterschiedliche Verständnisse von Verantwortlichkeit und unterschiedliche Deutungen des Verhältnisses der Nationen untereinander zum Tragen. Während die einen vom Prinzip der Solidarität ausgehen und diese von sich selbst bzw. vom eigenen Land einfordern, ist für die anderen die Wettbewerbssituation der zentrale Bezugspunkt; sie glauben deshalb nicht daran, dass sich einheitliche Sozial- und Umweltstandards über die Vorbild- oder Vorreiterrolle einzelner Länder verwirklichen lasse. Die einen hoffen, dass der Vorreiter die anderen mitziehen kann. Die anderen halten es für nötig, sich aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit den niedrigeren Standards der anderen Staaten anzupassen. Im Vordergrund steht hier die Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit durch die Globalisierung der Wirtschaft.

Je nach Priorität werden so von den Mitglieder der Enquete-Kommission unterschiedliche Handlungskonsequenzen gefordert.

"Von Umweltverbänden, dem Sachverständigenrat für Umweltfragen u.a.m. wurde darüber hinaus eine prioritäre Untersuchung der Chlorchemie, zum Teil ein Verbot oder eine Konversion der Chlorchemie gefordert. Die chemische Industrie vertritt demgegenüber die Meinung, dass sie die offensichtlichsten Probleme der Chlorchemie adäquat gelöst hat und dass die verbliebenen chlororganischen Chemikalien - wie alle anderen Chemikalien auch und ohne Sonderbehandlungen - im Rahmen der Altstoffüberprüfung weiter untersucht werden sollten. Die Entwicklung konsensfähiger Kriterien ist dabei eine der vordringlichsten Aufgaben unserer Gesellschaft.“ (Enquete-Kommission 1994: 421)

¹⁶ Vertreter der SPD: "Ich habe auch den Eindruck, dass das Thema Entwicklungspolitik auch als Entlastungsdiskussion geführt wird, immer wenn man sich über die Umweltsünden anderer unterhält oder wenn man sagt, man müsste erst dort einmal das Bevölkerungswachstum thematisieren und dann muss man denen erst mal die Segnungen der ökologischen Wirtschaftsweise nahe bringen, das ist ein bißchen so ein ökoimperialistischer Ansatz, denn die fragen dann an uns zurück, was macht ihr eigentlich, wie sind denn die Vorbilder im Westen, denn wir haben ja auch eine Vorbildfunktion. Deswegen haben wir gesagt, wir sind für uns verantwortlich, wir fangen mit uns an. Das heißt natürlich nicht, dass die anderen Fragen, Umsetzung einer anderen entwicklungspolitischen Konzeption, nicht wichtig sind, aber wir haben gesagt, wir fangen mit dem an, was unsere Aufgabe ist."

So blieben nicht nur konkrete Handlungsempfehlungen sondern auch die Frage umstritten, inwieweit die Chlorchemie überhaupt einen prioritär zu untersuchender problematischen Stoffbereich darstelle. Ihren Auftrag, Handlungsstrategien für die Gestaltung der Stoffströme in der Industriegesellschaft zu entwickeln, konnte die Kommission somit zumindest in Bezug auf den umstrittenen Bereich der Chlorchemie nicht einvernehmlich erfüllen. Die für die Einberufung der Enquete-Kommission ursächliche, zentrale Kontroverse konnte auch durch die Neurahmung der Chemithematik durch das - stofflich ausbuchstabierte - Leitbild nachhaltiger Entwicklung nicht überwunden werden. Wohl aber trug diese Neurahmung zu einer erheblichen Entschärfung des Konflikts bei.

6. Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“

6.1 Zustandekommen, Grundannahmen und Aufbau der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" (ZD)

Die 1995 der Öffentlichkeit vorgestellte Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie stellt neben dem Umweltgutachten 1994 des SRU und dem Bericht der Enquete-Kommission das dritte zentrale Dokument im deutschen Nachhaltigkeitsdiskurs dar. Das Wuppertal-Institut hatte vom BUND, dem nach aktiven Mitgliedern größten Umweltverband Deutschlands, und der katholischen Dritte-Welt-Organisation MISEREOR den Auftrag erhalten, einen umfassenden Entwurf für ein „Zukunftsfähiges Deutschland“ zu entwickeln. Beteiligt waren an der Erstellung der Studie Vertreter eines ökologisch orientierten wissenschaftlichen Instituts zusammen mit Repräsentanten sozialer Bewegungsorganisationen. Auch wenn zwischen diesen Akteursgruppen, anders als bei der Enquete-Kommission, kein inhaltlicher Dissens bestand, so stellt die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" doch keinen homogenen Text dar. Insbesondere zwischen den Bilanzierungen des gegenwärtigen Umweltverbrauchs und der quantitativen Bestimmung von Reduktionszielen auf der einen, den qualitativen, gesellschaftspolitischen Entwürfen eines "zukunftsfähigen" Deutschland auf der anderen Seite, zeigen sich deutliche Unterschiede (vgl. Sachs 1997). Diese in der Studie selbst thematisierten Differenzen (vgl. BUND/Misereor 1996: 149 ff.) lassen sich auch als Ausdruck der unterschiedlichen Diskurszusammenhänge der 'sozialen' Akteure BUND und Misereor sowie der Arbeitsgruppe „Neue Wohlstandsmodelle“ im Wuppertal-Institut auf der einen, und dem eher naturwissenschaftlich orientierten 'Flügel' des Wuppertal-Instituts auf der anderen Seite deuten. Im folgenden versuchen wir allerdings nicht diese Unterschiede, sondern die der Studie zugrundeliegenden gemeinsamen Deutungsmuster herauszuarbeiten.

Als verbindendes Glied zwischen Nord-Süd-Akteur Misereor, Umweltakteur BUND und dem Forschungsinstitut ist die Klimaproblematik und das Konzept des „Umweltraums“ anzusehen. Dieses Konzept wurde von der Studie "Sustainable Netherlands" übernommen, die vom niederländischen Umweltverband "Milieudefensie" 1992 erstellt wurde. Der „Umweltraum“ ist - so die Annahme in "Sustainable Netherland" - durch folgende Rechenoperation bestimmbar:

„Um festzustellen, ob die Art der Herstellung und des Verbrauchs eines Landes der dauerhaften Entwicklung entspricht, können die Nutzung natürlicher Ressourcen und die Verschmutzung dieses Landes mit dem Umweltraum verglichen werden, der diesem Land maximal zusteht. Der Umweltraum ist der gesamt ‚Welt-Umweltraum‘ geteilt durch die Zahl der Weltbürger und multipli-

ziert mit der Zahl der Einwohner dieses Landes. Eine solche Übung macht unzweideutig klar, wie sehr die reichen Staaten über ihre Verhältnisse leben.“ (Institut für sozial-ökologische Forschung/Milieudefensie 1994: 20)

Dieses Konzept stellt auch die Grundlage der Wuppertal-Studie dar. Sie ist der Entwurf für ein „Zukunftsfähiges Deutschland“ innerhalb der Grenzen des den Deutschen zustehenden Umweltraums. Das Umweltraumkonzept verbindet dabei ökologische Zielsetzungen mit Gerechtigkeitsfragen. Zwei Wertentscheidungen sind darin enthalten.:

„Die erste grundlegende Entscheidung heißt: Künftige Generationen sollen gleiche Lebenschancen haben. Jede Generation hat die Erde treuhänderisch zu nutzen und nachfolgenden Generationen eine möglichst intakte Natur zu hinterlassen. Und die zweite Wertentscheidung: Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf eine intakte Umwelt und damit umgekehrt auch das gleiche Recht, globale Ressourcen in Anspruch zu nehmen, solange die Natur dadurch nicht übernutzt wird.“ (Wuppertal-Institut 1994b: 7)

Die Koppelung von Umweltfragen mit globaler Gerechtigkeit in diesen beiden Werturteilen war auch der zentrale Grund für die Zusammenarbeit der Auftraggeber der Studie, dem Umweltverband BUND und der katholischen Entwicklungshilfeorganisation Misereor. Aus der ersten Regel wird ein global begrenzter Umweltraum für die gegenwärtige Menschheit abgeleitet, den diese nach dem Prinzip *intergenerativen Gerechtigkeit* nicht übernutzen darf. Aus dem zweiten Werturteil wird gefolgert, dass dieser gegenwärtige Umweltraum, dem Kriterium der *intragenerativen Gerechtigkeit* folgend, zu gleichen Teilen zwischen allen Menschen aufgeteilt werden soll und sich so ein Pro-Kopf Umweltraum für jeden Menschen berechnen lässt. Nachhaltigkeit und Nicht-Nachhaltigkeit sind so in dieser Konzeption eindeutig bestimmbare Größen.

Das Umweltraumkonzept und dessen Besonderheit soll am Beispiel des CO₂-Umweltraums kurz verdeutlicht werden. Die CO₂-Problematik steht in den Studien "Sustainable Netherlands" und "Zukunftsfähiges Deutschland" im Zentrum und ist auch jenes, bei dem sich die dem Umweltraumkonzept zugrundeliegende Rechenoperation relativ problemlos durchführen lässt - auf die Schwierigkeiten der Verallgemeinerung dieses Konzepts auf andersartige Bereiche der "öko-sozialen-Krise" soll später eingegangen werden. Auch für die Vergabe des Studie an das Wuppertal-Institut für Klima-Umwelt und Energie hat diese Problemfokussierung eine Rolle gespielt. Mit der Entscheidung, die Studie durch das im Kontext der Klimadebatte entstandene Wuppertal Institut bearbeiten zu lassen und nicht - was die Alternativüberlegung war - durch das Freiburger Öko-Institut, war auch eine andere wissenschaftliche Herangehensweise verbunden. Nicht die Problematisierung von Stoffen und ihrer toxischen Risiken, sondern die Reduktion von Mengen- und Energieverbräuchen rückte mit der Wahl des Wuppertal-Instituts in den Mittelpunkt. Nur in diesen Bereichen ließ sich auch das Umweltraumkonzept plausibel anwenden. Die Unterschiede zwischen der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" und dem Bericht "Die Industriegesellschaft gestalten" - in der Enquete-Kommission war bezeichnenderweise Rainer Grieshammer vom Öko-Institut als Sachver-

ständiger vertreten - liegen so auch in der Entscheidung für ein bestimmtes Forschungsinstitut durch die Auftraggeber begründet.

Ausgangspunkt für die Berechnung eines CO₂-Umweltraums ist die Annahme eines begrenzten Raums für die Abgabe an CO₂:

"Heute können der Ozean und die terrestrische Biomasse pro Jahr weltweit etwa 13 bis 14 Milliarden Tonnen Kohlendioxid aufnehmen. Genau dieses Volumen dürfte die Menschheit also durch die Verbrennung von Holz und fossilen Energieträgern in die Atmosphäre entlassen, wollte sie in ihren Naturgrenzen bleiben und ein Aufheizen der Erdhülle vermeiden. Würde dieses Budget nun gleichmäßig auf die heute 5,8 Milliarden Erdenbürger aufgeteilt, so hätte ein jeder und eine jede das Recht, pro Jahr gut 2,3 Tonnen Kohlendioxid freizusetzen. Tatsächlich liegen die energiebedingten CO₂-Emissionen in den Ländern des Südens teilweise deutlich darunter: In Indien bei 0,8 Tonnen, in China bei 2 Tonnen, in Ägypten und in Brasilien bei 1,5 Tonnen. Ganz anders im Norden: ein US-Bürger emittiert pro Jahr 20 Tonnen, ein Deutscher knapp 12 Tonnen und ein Japaner 9 Tonnen. Würden alle Erdenbürger so viel CO₂ emittieren wie die Deutschen es tun, benötigte die Menschheit fünf Erdbälle, damit die Natur diese Abgase verarbeiten könnte. Anders ausgedrückt: Wenn verhindert werden soll, dass das Weltklima vollends aus dem Lot gerät, muss es zu einer Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd kommen, deren Tendenz eindeutig ist: Die Industriestaaten müssen ihren Rohstoff-, Energie- und Naturverbrauch durch soziale Anpassungen, veränderte Lebensstile und technische Innovationen deutlich absenken." (BUND/Misereor 1996: 15)

Basis dieser Bestimmung von Nachhaltigkeit sind naturwissenschaftliche Prognosen über Grenzen der Aufnahmefähigkeit von CO₂. Bei einem Überschreiten dieser Grenzen wird eine Erderwärmung, ein Ansteigen der Meeresspiegel, die Ausbreitung von Wüsten, der Zusammenbruch von Ökosystemen und andere negative Folgen erwartet. Die Autoren der Studie gehen von der Richtigkeit der diesen Prognosen zugrundeliegenden wissenschaftlichen Modellrechnungen aus, problematisieren nur die Werturteilsabhängigkeit der daraus abgeleiteten Grenzziehungen und merken an, dass „allein aus der Naturbeobachtung, der Beschreibung des ‘Seins’ nicht auf Umweltziele, also das ‘Sollen’, geschlossen werden kann“ (ebd. 55). Nichtsdestotrotz wird die Verpflichtung, innerhalb dieser CO₂-Grenzen - bzw. allgemein innerhalb der zur Erhaltung von Naturkapital notwendigen Grenzen - zu wirtschaften, in der Studie als unverhandelbares Ziel gesetzt (ebd. 26). Eine Gleichwertigkeit mit sozialen und ökonomischen Zielen ist hier, anders als in der Nachhaltigkeitskonzeption der Enquete-Kommission, nicht gegeben. Das Ziel der intergenerativen Gerechtigkeit wird als Pflicht zum Erhalt des Naturkapitals verstanden und besitzt oberste Priorität.

Die Verteilung dieses verfügbaren CO₂-Umweltraums erfolgt im Umweltraumkonzept nach dem sozialen Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit. Die so errechneten 2,3 Tonnen CO₂ pro Kopf stellen die Obergrenze eines nachhaltigen Pro-Kopf-Verbrauchs dar, den die mit 12 Tonnen Verbrauch "nicht-nachhaltigen" Deutschen zu erreichen haben. In der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ wird diese Größe jedoch nicht, wie in „Sustainable Netherlands“, individuell zugerechnet (als jedem zur Verfügung stehender Umweltraum), sondern durch

Multiplikation mit der Einwohnerzahl Deutschlands, auf den Umweltraum eines „zukunfts-fähigen Deutschlands“ insgesamt hochgerechnet.

Begründet werden diese Reduktions- und Gleichverteilungsziele durch moralische Argumente sowie durch den ‘rationalen’ Verweis auf die für die Übertragbarkeit des westlichen Konsummodells benötigten "fünf Erdbälle". Eingefordert wird daher eine entsprechende Reduktion des Rohstoff-, Energie- und Naturverbrauchs auf das Deutschland ‘zustehende’ Niveau. Im Zwischenbericht des Wuppertal-Instituts wurde dieses Postulat in Anlehnung an den kategorischen Imperativ mit der Aufstellung eines „ökologischen Imperativs“ zum Ausdruck gebracht:

"Handle so, dass dein Tun von anderen nachgeahmt werden kann, ohne dass die Naturbasis heutiger und zukünftiger Generationen hier oder in anderen Teilen der Welt untergraben wird." (Wuppertal Institut 1994b: 8)

Der Aufbau der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ kann vereinfacht so beschrieben werden, dass auf der Grundlage dieses ökologischen Handlungsimperativs und wissenschaftlicher Prognosen über die Entwicklung des verfügbaren „Umweltraums“ von einem Soll-Zustand ausgegangen, dieser mit dem Ist-Zustand verglichen wird und daraufhin Strategien entwickelt werden, die es ermöglichen sollen, vom Ist- zum Soll-Zustand zu gelangen. So erfolgt zunächst, nach der Einführung des grundlegenden Konzepts des „Umweltraums“, eine Operationalisierung dieses Konzepts mithilfe von Umweltindikatoren und Umweltzielen (Kapitel 2) sowie eine Bilanzierung des gegenwärtigen Umweltverbrauchs in Deutschland (Kapitel 3). In Kapitel 4 werden verschiedene „Leitbilder“, Visionen der verschiedenen Aspekte einer nachhaltigen Gesellschaft, in qualitativer, „kulturell einladender“ Form beschrieben (ebd. 20). Unter der Überschrift „Übergänge“ werden dann im 5. Kapitel in ausgewählten Problemfeldern politische Wende-Szenarien für die nächsten zwei Jahrzehnte entwickelt. Die hier skizzierten Maßnahmen beziehen sich schwerpunktmäßig auf die Energie- bzw. CO₂-Problematik. Im abschließenden 6. Kapitel wird dieser normative Entwurf noch einmal in den weiteren Kontext gesellschaftlicher Entwicklungstrends gestellt, um aufzuzeigen, wie sich die Ziele der Studie mit diesen Trends verknüpfen lassen. Ziel der hier vorgenommenen Analyse ist keine umfassende Darstellung dieser Studie, sondern wiederum nur die Herausarbeitung ihrer zentralen Deutungsmuster.

6.2 Die Wahrnehmung der sozial-ökologischen Krise: von der Schadstoff- zur Mengenproblematik

Ein zentraler Schritt in jedem umfassenderen Konzept nachhaltiger Entwicklung ist die Reduktion der Komplexität der sozial-ökologischen Problematik. Jede Art der Darstellung ist damit bereits eine soziale Konstruktion der Wirklichkeit, da sie die Komplexität der mannigfaltigen Wechselwirkungen von natürlichen und gesellschaftlichen Systemen auf überschau-

bare Zusammenhänge reduzieren muss. Diese Komplexitätsreduktion kann auf unterschiedliche Weisen erfolgen. So entschied sich z.B. die Enquete-Kommission dafür, aus der Vielzahl unterschiedlicher Stoffströme einige exemplarisch herauszugreifen. Komplexitätsreduktion wurde in diesem Fall durch thematische Reduktion erreicht. Dies ermöglichte andererseits eine relativ komplexe Betrachtung der ausgewählten Stoffströme und ihrer Effekte auf den verschiedenen Stufen des Produktlebenszyklus.

Die Studie ZD wählt einen anderen Weg. Sie reduziert die Komplexität zum einen durch die Wahl einer begrenzten räumlichen Bezugseinheit (Deutschland), zum anderen durch die Fokussierung auf einige wenige zentrale Größen als Indikatoren der Umweltbelastung und Umweltnutzung. Im folgenden soll genauer dargestellt werden, in welcher Weise durch diese spezifische Selektion die Wahrnehmung der sozial-ökologischen Krise strukturiert wird und welche Deutungsmuster diesem Selektionsprozess zugrunde liegen.

Eine erste Selektion wird mit der Wahl Deutschlands als Bezugseinheit getroffen. Aus ökologischer Sicht wären für die Bestimmung von Umweltnutzungsräumen auch andere, möglicherweise angemessenere Bezugseinheiten denkbar, etwa Regionen, die durch typische Formen der Naturnutzung geprägt sind.¹⁷ Mit der Wahl der nationalen Ebene wird aber offensichtlich eine Entscheidung zugunsten einer *politischen* Handlungseinheit getroffen, der nach wie vor die größte Verantwortlichkeit für gesellschaftliche Entwicklungen zugesprochen wird.

Eine zweite, entscheidende Selektion wird mit der Beschränkung auf abstrakte Mengenströme des stofflichen und energetischen Austauschs von Natur und Gesellschaft vollzogen. Entnommen werden auf der einen Seite Ressourcen aus der Natur (Material, Energie, Wasser, Fläche), die als Input in die Black-Box „Wirtschaft und Gesellschaft“ einfließen und sie in irgendeiner Weise modifiziert als Output (Abfall, Abwasser, Emissionen) wieder verlassen.¹⁸ Die gesundheitlich und ökologisch negativen Auswirkungen dieses Durchlaufprozesses lassen sich nun durch Schadstoffkontrolle (des Outputs) oder durch Verringerung der gesellschaftlichen Ressourcennutzung (des Inputs) verringern. Die Wuppertal-Studie plädiert eindeutig für die zweite Lösung. Damit wird ein wesentlicher Unterschied zum Bericht der Enquete-Kommission sichtbar: Die Enquete-Kommission ist, entsprechend ihrem Auftrag und Entstehungskontext, an der Analyse und Optimierung der Effekte chemischer Stoffströme in modernen Industriegesellschaften interessiert, nicht nur an der Reduzierung ihrer toxischen Auswirkungen, sondern auch an der gleichgewichtigen Optimierung ihrer ökologischen, sozialen und ökonomischen Effekte. Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ interessiert sich nicht (vorrangig) für die Qualität, sondern für die Menge der Input- und Output-Ströme, die als hinreichender Indikator für Nachhaltigkeit bzw. Nichtnachhaltigkeit gelten.

¹⁷ Dieser Ansatz wird im „Syndromkonzept“ des WBGU gewählt (vgl. WBGU 1997).

¹⁸ Vgl. die Visualisierung dieses Ansatzes in der Wuppertal-Studie in Abb. 2.1 (ebd. 45)

6.2.1 Ökologische Krise als Mengenproblematik

Die Bestimmung des CO₂-Umweltraums wurde bereits dargestellt. Bei der CO₂-Problematik ist die Berechnung relativ einfach und die Forderung nach einer Reduktion des Inputs zur Reduktion des Outputs einleuchtend: der Verbrauch der Ressourcen als Energiequelle und die dadurch hervorgerufenen CO₂-Emissionen sind direkt proportional. Ebenfalls nachvollziehbar ist die Einforderung einer globalen Verantwortlichkeit: Die Folgen der individuellen Ressourcennutzung für Energiezwecke wirken sich auf die gesamte Welt bzw. auf das Kollektivgut Erdatmosphäre insgesamt aus und die Kosten verteilen sich unabhängig vom individuellen Nutzen auf alle Menschen. Die Forderung nach einer Reduktion des Verbrauchs fossiler Brennstoffen ist kaum umstritten, wenn auch über das Ausmaß der notwendigen Reduktion erheblicher Dissens besteht. Als Argument kommt hinzu, dass es sich bei fossilen Brennstoffen um nicht erneuerbare Ressourcen handelt und so unabhängig von den Schadstoffemissionen, unter Berufung auf das Ziel des Ressourcenerhalts für zukünftige Generationen, eine Verbrauchsreduktion für nötig erachtet wird.

Nicht alle sozial-ökologischen Probleme weisen jedoch diese Struktur auf. Eine Vielzahl von Umweltproblemen, insbesondere die Risiko- und Schadstoffproblematik, ist nicht per se dadurch bedingt, dass Ressourcen aus der Natur entnommen werden. So ist der Ausgangsstoff für die umstrittene Chlorchemie das zwar nicht erneuerbare, aber in der Natur fast unbegrenzt vorhandene Kalisalz, dessen Verwendung als solches relativ folgenlos ist. Problematisch ist erst dessen Aufspaltung und die Verbindung der Einzelstoffe mit anderen Stoffen. In der Enquete-Kommission wurde der Versuch unternommen, derartige Stoffströme nachzuvollziehen und mit dem Stoffstrommanagement eine Instrument entwickelt, diese Ströme so zu steuern, dass ihre negativen Folgen reduziert werden.

Die Autoren der Wuppertal-Studie wählten einen grundlegend anderen Weg. Ihr Auftrag war es, unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten den „Umweltraum“ Deutschlands zu bestimmen und entsprechende Handlungskonzepte zu entwickeln. Insofern hätte eine thematische Reduktion auf einige beispielhaft ausgewählte Stoffströme der Aufgabenstellung widersprochen. Es musste daher der Versuch unternommen werden, die Komplexität der Umweltproblematik auf andere, für das Konzept des „Umweltraums“ besser geeignete Umweltbelastungsindikatoren zu reduzieren.

Die vorliegenden Indikatorenkonzepte weisen dabei, nach Ansicht der Wuppertal-Studie, grundsätzliche, nicht lösbare Dilemmata auf: Sie sind entweder zu komplex und für Laien nicht mehr nachvollziehbar, oder zu vereinfachend und damit nur noch bedingt aussagekräftig (vgl. BUND/Misereor 1996: 37 ff; vgl. SRU 1994: 90 ff.) Die Frage des Einbezug bzw. des Ausschlusses bestimmter Stoffe und Umweltmedien sowie die Abwägung ihrer Relevanz ist letztlich nicht mehr wissenschaftlich begründbar, sondern beruht auf Wertungen, die als solche in den Umweltindikatoren aber nicht mehr deutlich werden. In der Studie ZD wird das Beispiel der Kontroverse um "Mehrwegflasche versus Einwegkarton" genannt, bei der wissenschaftlich ein klares Urteil über die größere Umweltverträglichkeit nicht möglich ist (vgl. BUND/Misereor 1996: 42). Bei der Bewertung der Umweltverträglichkeit von Nationen anstelle von Milchflaschen potenzieren sich die Schwierigkeiten.

Die Autoren wollen vor diesen Problemen aber nicht kapitulieren. Zwar sei „absehbar, dass das ‘Komplexitäts-Dilemma’ der Wirkungsforschung auch bei steigenden Forschungsanstrengungen und Beschränkung des Umfangs neuer Stoff-Emissionen nicht gelöst werden kann“ (ebd. 44). Es könne aber umgangen werden, wenn der Aufmerksamkeitsfokus hin zur „Quelle der Umweltbelastungen, der Ressourcenentnahme aus der Umwelt“, verschoben werde (ebd.). Die Stoffproblematik wird damit - in einem relativ radikalen Schnitt - auf eine Mengenproblematik reduziert. An die Stelle des im Stoffstrommanagement implizierten (wenn auch nicht ausschließlichen) Ziels der Schadstoffkontrolle tritt das Ziel der „Reduktion der Energie- und Stoffumsätze auf ein risikoarmes Niveau“ (ebd. 31).

"Die bisherige Umweltpolitik war vorwiegend eine nachsorgend ausgerichtete Politik der Schadstoffe (...) Seit Anfang der neunziger Jahre beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass das Instrumentarium der Schadstoffkontrolle ökologisch bei weitem nicht ausreicht und überdies wachsende Kosten verursacht (...) Auch der Treibhauseffekt kann kaum als Schadstoffproblem betrachtet werden, weil das wichtigste Treibhausgas CO₂ keinen unmittelbaren Schaden hervorruft, sondern erst dann einen Anstieg der Temperatur der Erdatmosphäre bewirkt, wenn es sich dort in großen Mengen konzentriert. Das heißt: außer den spezifischen Belastungen durch einzelne Stoffe gerät ins Blickfeld der Umweltpolitik, dass allein die *Mengen* verwendeter Energie und bewegter Stoffe an sich ein Problem darstellen. Der Wohlstand lastet zu schwer auf der Natur. Herman Daly hat die Situation einmal mit einem Boot verglichen, das ständig schwerer beladen wird, bis es irgendwann trotz technischer Verbesserungen sinkt.

Jedes Produkt und jede Dienstleistung ist auf dem ganzen Lebensweg mit Energie- und Stoffumsätzen verknüpft. Diese Umsätze stellen Eingriffe in die Natur dar. Sie schädigen die biologische Vielfalt, führen zu Emissionen, Abwässern, dissipativen Verlusten und Abfällen. (...) Deshalb ist ein neuer und erweiterter Ansatz erforderlich. Zur Festlegung des Umweltraums gehört deshalb in der Studie die Maxime: Die Umsätze von Energieträgern und Stoffen müssen deutlich abgesenkt werden.“ (Ebd. 29)

Die Problematik toxischer Stoffe wird so vereinfachend mit dem Ressourcen-Input in Verbindung gebracht. Um das Bild des Bootes aufzugreifen: Die Enquete-Kommission versucht die Probleme durch eine veränderte, ungefährlichere Zusammenstellung der Güter an Bord zu lösen. In der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ wird diese Aufgabe als zu komplex und deshalb letztendlich nicht lösbar betrachtet; die Lösung wird vielmehr von einer Verminderung des Mengen-Inputs als solchem erwartet.¹⁹

¹⁹ So fordern die Autoren der Studie ZD die Reduktion des Ressourcenverbrauchs nicht aus Gründen der möglichen Erschöpfung der Ressourcen - wie noch im Bericht des Club of Rome "Die Grenzen des Wachstums" (1973) - sondern im wesentlichen aus Gründen der Emissionsreduktion: "Wenngleich bei einigen wichtigen Rohstoffen bereits zu Beginn des nächsten Jahrhunderts Engpässe zu erwarten sind, nehmen doch die bekannten, wirtschaftlich erschließbaren Reserven vieler nicht erneuerbaren Ressourcen immer noch weiter zu. Diese Zunahme kann die Abbauraten eine Zeitlang ausgleichen oder gar überkompensieren. Wenngleich die Menschheit ihre Wirtschaftsweise heute schon an zukünftig knapper werdenden Rohstoffen ausrichten sollte, ist für die heutige Entwicklung, wie erwähnt, nicht die Rohstoffknappheit, sondern die Aufnahmefähigkeit der verschiedenen Umweltmedien (Luft, Wasser, Boden) für Emissionen aus menschlichen Quellen der begrenzende Faktor." (Ebd. 43).

Wie im Gutachten des SRU und dem Bericht der Enquete-Kommission erfolgt in der Studie ZD eine Operationalisierung von Nachhaltigkeit über die an den Brundtland-Report angelehnten Nutzungsregeln. Im Bericht der Enquete-Kommission wird die Einhaltung dieser Regeln aber nur gefordert, ohne entsprechende Ziele zu quantifizieren. Im Gutachten des SRU erfolgte eine quantitative Zielfestlegung in bezug auf ausgewählte Themenbereiche. Anders in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“. Dort wird versucht, die Nutzungsregeln umfassend und im globalen Maßstab zu quantifizieren und daraus, unter Anlegung des Gerechtigkeitskriteriums, den Umweltraum Deutschlands und entsprechende Umweltziele abzuleiten. Übernommen werden zunächst die von der Enquete-Kommission - in Anlehnung an frühere Versionen von Pearce/Turner (1990) - aufgestellten Regeln. Klare Zielvorgaben lassen sich, den Autoren zufolge, aber nur aus den Regeln der ‘Nutzung erneuerbarer Ressourcen’ und der ‘Stoffeinträge in die Umwelt’ ableiten. Die die ‘Nutzung nicht-erneuerbarer Ressourcen’ betreffende Regel wird allerdings - mit ihrem Verweis auf die Möglichkeit der Entwicklung eines ‘physisch und funktionell gleichwertigen Ersatzes’ - als zu schwach angesehen und der umfassenderen Maxime der Verringerung von Energie- und Stoffumsätzen subsumiert. Diese Regeln werden damit folgendermaßen umformuliert:

„Regenerations-Leitlinien:

- Von einer erneuerbaren Ressource darf nicht mehr genutzt werden, als sich in der gleichen Zeit regeneriert.
- Es dürfen nur soviel Stoffe in die Umwelt entlassen werden, wie dort aufgenommen werden können.

Umsatz-Leitlinie:

- Die Umsätze von Energie und Stoffen müssen auf ein risikoarmes Niveau abgesenkt werden." (Ebd. 31)

Die in der vierten Regel der Enquete-Kommission angesprochene ‘Beachtung der Zeitmaße’ wird dabei offensichtlich in die Regenerationsleitlinien integriert. Die Problematik gesundheitlicher Risiken durch Schadstoffe wird dagegen mit der Mengenproblematik in der ‘Umsatz-Leitlinie’ verknüpft. Die hier formulierte Regel plädiert ganz generell dafür, angesichts schwer kalkulierbarer ökologischer Gefährdungen verschiedensten Art, sich innerhalb der Bandbreiten von Risikoschätzungen immer am niedrigeren Schwellenwert zu orientieren. Anders als die ‘Nutzungsregeln’, die die Minimierung bzw. den Ersatz nicht-erneuerbarer Ressourcen betreffen, bezieht die ‘Umsatz-Leitlinie’ auch die ‘ökologischen Rucksäcke’ (s.u.) der Ressourcennutzung - auch die der erneuerbaren Ressourcen - in die Betrachtung mit ein. Eine mit der Nutzungsregel vergleichbare Präzision bekommt die Maxime der Minimierung von Stoff- und Energieumsätzen allerdings nur dann, wenn sie quantifiziert wird. Die von der Wuppertal-Studie generell formulierten Reduktionsziele erscheinen freilich wieder relativ willkürlich (s.u.).

6.2.2 Die Welt als Materie: Umweltbelastungsindikatoren und Umweltziele

Wird die Umweltproblematik zunächst auf die Mengenproblematik reduziert, so erfolgt eine weitere Vereinfachung durch die Spezifizierung von vier zentralen Indikatoren der Umweltbelastung, in bezug auf die eine Umweltbilanzierung vorgenommen wird: Materialentnahme, Energieverbrauch, Wasserentnahme und Flächennutzung. In bezug auf diese Dimensionen werden dann entsprechende Umweltziele formuliert.

Im Zentrum der Studie ZD steht dabei die Materialentnahme und der Energieverbrauch. Letzterer wird insbesondere in bezug auf die bei der Verbrennung fossiler Energieträger freigesetzten Schadstoffe diskutiert. Ihre Berechnungen führen die Autoren der Studie zur Forderung nach einer Reduktion der CO₂-Emissionen in Deutschland um 30% bis zum Jahr 2010 und um 80-90% bis 2050. Als besonders problematisch erscheinen auch die Schadstoffe Schwefeldioxid, Stickstoffoxide, Ammoniak und flüchtige organische Verbindungen, die zur Versauerung von Böden und Eutrophierung von Gewässern beitragen, als Gefahr für die Wälder oder als Ursache für den Sommersmog angesehen werden. In all diesen Fällen wird eine kurzfristige Reduktion der Stoffemissionen um 80-90% für die nächsten 10-20 Jahre für nötig erachtet. Die Notwendigkeit einer 80-90%igen Reduktion bei den unterschiedlichsten Stoffen erweist sich bei näherer Betrachtung allerdings als Folge der Rechenmethode, bei der das Ergebnis bereits als Ausgangsbasis gesetzt wird und die anderen Parameter, wie die Jahreszahlen und die Auswahl der Stoffe, auf die Bezug genommen wird, nur variiert werden. Die Forderung nach einer Reduktion der Stoff- und Energieumsätze um den Faktor 10 war schon vor Erstellung der Studie von dem "Faktor-Zehn-Club", einem Kreis von am Wuppertal-Institut und dessen Umfeld verortbaren Wissenschaftlern, propagiert worden. Ziel war auch hier eine Vereinfachung der Komplexität auf eine politisch und öffentlich vermittelbare Größe.

Auf den Indikator "Materialverbrauch" soll näher eingegangen werden. Für die Entscheidung zugunsten dieses Indikators dürften mehrere Gründe ausschlaggebend gewesen sein. Zum einen wurde am Wuppertal-Institut bereits mehrere Jahre an dem „MIPS“-Konzept gearbeitet, mit dem die Materialintensität von Gütern und Produktionseinheiten gemessen wird. Diesem Konzept lag bereits die skizzierte Reduktion der Umwelt- auf die Mengenproblematik zugrunde.

Diese Art der Problemwahrnehmung kam den Erfordernissen des Umweltraumkonzepts entgegen. In diesem Konzept waren nur Problembereiche operationalisierbar, die als Mengenproblematik zu beschreiben waren und möglichst ein globales Ausmaß aufwiesen. Toxische Auswirkungen von einzelnen Stoffen an ganz bestimmten Orten (z.B. die Auswirkung von Dioxin in Gebäuden auf Menschen) fallen durch das Raster dieses Konzepts. Bei der Betrachtung von Materialflüssen ist hingegen sowohl eine globale als auch eine länderspezifische Betrachtung möglich. Die Stoffe unterschiedlichster Qualität werden dabei allein auf ihr Gewicht reduziert; sie werden nur als Tonnen relevant. Verknüpft ist mit dieser Mengenbetrachtung das Konzept der „ökologischen Rucksäcke“. Damit sind die Stoffumsätze gemeint, die bei der Gewinnung wirtschaftlich genutzter Materialien etwa als Abraumhalde, erodierter Boden oder Emission anfallen. So muss bspw. bei der Gewinnung von Kohle eine große Menge an Erde entnommen und Wasser abgepumpt werden, die selbst nicht als Ressource

genutzt, sondern nur mehr oder weniger verändert an anderer Stelle wieder abgegeben werden. Solche „ökologischen Rucksäcke“ stellen einen wesentlichen Teil des Mengenverbrauchs Deutschlands dar. Die Reduktion von heterogenen Stoffen auf eine einheitliche Dimension, ihr Gewicht, ermöglicht die Quantifizierung von Reduktionszielen und die Zuordnung länderspezifischer Nutzungsrechte:

"Mit Blick auf die Diskrepanz zwischen natürlichen und anthropogenen Stoffströmen und in Anlehnung an das globale Reduktionsziel für die CO₂-Emissionen kann das Ziel formuliert werden, die Materialentnahme aus der Umwelt als direkte Quelle bekannter und noch unbekannter Umweltbelastungen bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts global um 50% zu reduzieren. (...) Mit der grob zutreffenden Formel, dass 'das reiche Fünftel der Weltbevölkerung im Norden etwa vier Fünftel der globalen Ressourcen verbraucht', liefert das Kriterium gleicher Nutzungsrechte aller Menschen für Deutschland ein deutlich höheres Reduktionserfordernis von 80 bis 90 Prozent, was einer Reduktion um den Faktor fünf bis zehn entspricht." (Ebd. 70)

Die am Zwischenbericht formulierte Kritik an der „Tonnenideologie“ der Studie versuchen die Autoren im Endbericht mit folgendem Argument aufzufangen: „Es hat wenig Sinn, den Abstraktionsgrad dieser Übersichtgrößen gegen die Detailinformation der Einzelstoff-Betrachtungen (etwa über spezielle Risiken) auszuspielen. Das Besondere gewinnt seinen Stellenwert über das Allgemeine. Erst vor dem Hintergrund von Gesamtbilanzen gelingt ein politisch nutzbares Bild der langfristigen Probleme. Ein Ideen-Streit zwischen 'Tonnenideologen' und 'Giftjägern' ist also mehr als überflüssig." (Ebd. 45) Nichtsdestotrotz wurde im Endbericht der Kritik Rechnung getragen und auch Schadstoffe und Belastungsindices in die Betrachtung miteinbezogen.

Mit der Auswahl von CO₂, SO₂, NO_x wurden jedoch Stoffemissionen ausgewählt, die im wesentlichen wieder linear auf den Verbrauch fossiler Brennstoffe zurückgeführt werden können. Die Wahl des Belastungsindex GWP (Global Warming Potential) thematisiert ebenfalls diese Bereiche. Das „Ozone Depletion Potential“ lässt sich ebenfalls als globale Mengenproblematik beschreiben. Erst mit dem Problemfeld der Erosion gerät ein Thema ins Blickfeld, das sich dem Umweltraumkonzept weniger fügt, und mit Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln werden Problembereiche relevant, die räumlich begrenzt sind und wo neben der Menge auch die Qualität von Stoffen zu berücksichtigen ist.

Die Autoren werfen selbst die Frage auf, inwieweit die ausgewählten Indikatoren die heute beobachteten Umweltprobleme beschreiben können. Dazu zählen sie Treibhauseffekt, Abbau der Ozonschicht, Bodendegradation, Versauerung von Böden, Eutrophierung von Gewässern, Verlust biologischer Vielfalt, Verknappung nicht erneuerbarer Ressourcen, Übernutzung erneuerbarer Ressourcen, Beanspruchung der Wasserreserven, Verschmutzung des Grundwassers, Sommersmog, Waldsterben, Abfallproblematik, Umweltqualität in den Städten und toxische Kontamination (ebd. 51ff.). Sie kommen dabei zum Schluß, dass „die physischen Ursachen eines großen Teils der heute bekannten Umweltprobleme .. durch den [dargestellten] Indikatorensatz (...) überblicksartig beschrieben werden“ (ebd. 53).

Zutreffend ist, dass die zentralen Themen des globalen SD-Diskurses, in dem die Nachhaltigkeit von Ressourcen im Mittelpunkt steht, damit erfasst werden. Nicht behandelt werden hingegen all jene Themen, die im Umweltdiskurs der vergangenen Jahre und Jahrzehnte eine nicht unerhebliche Rolle spielten: Rinderwahn, Atomenergie, Gentechnik, Dioxin, die Schadstoffe der Woche, Allergien usw. Nicht behandelt werden somit jene Themen, die mit unmittelbaren, kurz- oder langfristigen Gefährdungen der menschlichen Gesundheit verknüpft sind oder die Risiken neuer Technologien betreffen. In der Studie wird zwar darauf verwiesen, dass toxische Kontaminationen, die „auf eine Vielzahl von Stoffen (unter anderem Schwermetalle, chlorierte Kohlenwasserstoffe wie zum Beispiel Dioxine, PCB etc.) aus verschiedensten Quellen zurück(gehen), ... durch einen noch zu entwickelnden zusammenfassenden Index beschrieben werden“ könnten (ebd. 52); ein solcher Index wird aber nicht entwickelt und in die Diskussion miteinbezogen.

In der Studie ZD wird somit die im Nachhaltigkeitsdiskurs generell angelegte Transformation des Risikodiskurses in einen Diskurs über Nutzungsgrenzen nicht nur mitvollzogen, sondern in spezifischer Weise verstärkt.

Im Anschluss an die Aufstellung allgemeiner Reduktionsziele wird der Ist-Zustand durch eine Bilanzierung des gegenwärtigen Umweltverbrauchs in Deutschland beschrieben. In dieser Analyse wird der - an den genannten Indikatoren gemessene - Umweltverbrauch in Bezug auf Import/Export, gesellschaftliche Sektoren und Bedarfswerte bilanziert. Dabei kommen die Autoren bspw. zum Ergebnis, dass in der Branche Bauleistungen der größte Materialverbrauch festzustellen ist (vgl. ebd. 101). Dies ist vor allem auf die benötigten Mengen an Steinen und Erden zurückzuführen. Eine Differenzierung der Branchen nach der Qualität der Umweltbelastung der dort erzeugten und verbrauchten Güter erfolgt hingegen nicht. Der Aussagewert der Bilanzen wird somit nicht recht deutlich. Auch im folgenden Kapitel über die „Leitbilder“ eines zukunftsfähigen Deutschland werden diese Bilanzen nicht als Ausgangspunkt verwandt. Übernommen wird dort allerdings die allgemeine Forderung nach "Dematerialisierung", nach einer drastischen Reduzierung der gesellschaftlichen Energie- und Stoffumsätze.

6.3 Die Leitbilder der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“

Im naturwissenschaftlichen Teil der Studie wurden Ist-Werte bestimmt und quantifizierte Umweltziele formuliert, ohne dass gefragt wurde, welche Maßnahmen notwendig wären, um diese Ziele zu erreichen und wie eine Gesellschaft aussehen könnte, die diese Ziele realisiert. Diese Herangehensweise wurde in der Studie selbstkritisch als "Reduktion" verstanden und mit Dostojewski gefragt: "Was ist denn das für ein Vergnügen, nach einer Tabelle zu wollen?" (Ebd. 149) In acht „Leitbildern“ wurde deshalb im zweiten Teil der Studie der Versuch unternommen, "vor dem Horizont der quantitativ-stofflichen Reduktionsziele mittels einer Reihe qualitativ-historischer Beschreibungen den erstrebten Wandel auf eine zukunftsfähige Gesellschaft hin zu veranschaulichen" (ebd. 151). Diese Leitbilder stellten weniger konkrete

Handlungskonzepte, als „mehrperspektivische“ Entwürfe des erwünschten Wandels dar. Dabei war das Ziel der Autoren, die Botschaft zu vermitteln, dass dieser Wandel nicht nur ökologisch notwendig ist, sondern auch ein mehr an Lebensqualität in sich birgt. Andersherum formuliert: Die Autoren gehen davon aus, dass der Ist-Zustand der gegenwärtigen Gesellschaft auch unabhängig von der ökologischen Frage nicht wünschenswert ist. Parallel zur quantitativen Ermittlung des ökologisch nicht nachhaltigen Zustand Deutschlands, aber nicht unmittelbar damit verbunden, erfolgt in den Leitbildern eine kulturkritische Beschreibung der gegenwärtigen Gesellschaft. Diese kulturkritische Perspektive bestimmt die Zukunftsentwürfe mehr als die quantitativ ermittelten Zahlen. Die Grundmotive dieser Kritik werden von den Autoren bei der Beantwortung der Frage "Warum eine Studie *Zukunftsfähiges Deutschland?*" (ebd. 16) bereits in der Einführung benannt. Nicht nur ökologische Gründe sprechen danach für eine Umorientierung, sondern auch der immer deutlicher werdende Verlust an Lebensqualität.

„Die Industriestaaten (zahlen) bereits einen hohen Preis für die einseitige Orientierung von Wirtschaft und Politik an Wachstum, Globalisierung und Beschleunigung. Der Preis reicht von Umweltzerstörung bis zu Krankheiten aller Art, von Orientierungslosigkeit bis zur Aufspaltung der Gesellschaft, von der Sinnleere bis zur Zunahme der Gewalt - nicht nur die Naturressourcen erodieren, auch die sozialen Ressourcen (...) Lange Zeit gingen die Mehrung des Güter- und Dienstleistungsvolumens und das Wachstum der Lebensqualität Hand in Hand. Für Arme und Einkommensschwache besteht hier immer noch ein positiver Zusammenhang. Das darf auch in den Industriestaaten nicht vergessen werden. Aber jenseits eines bestimmten materiellen Niveaus bringt Zuwachs vom Gleichen eher Last als Qualitätsgewinn. Mehr Güterwohlstand gerät dann in Konkurrenz zu Zeitwohlstand, mehr Mobilität in Konkurrenz zu sozialer Verbindlichkeit, mehr Erwerbsarbeit in Konkurrenz zu Familien- und Eigenarbeit, mehr Orientierung an Karriere und Geld in Konkurrenz zu Muße und Phantasie. In einem begrenzten System - der Tag wird auch in Zukunft nur 24 Stunden haben, und das an 365 Tagen im Jahr - kann man nicht von allem immer mehr haben. Alle Kulturen haben dies gewußt. Im alten Griechenland galt der Wahlspruch, als Inschrift am Orakel von Delphi verewigt: Nichts im Übermaß. Das war, wie wir heute wissen, kein Aufruf zur Askese, sondern die sichere Erkenntnis, dass Glück nur finden kann, wem die Balance zwischen materiellen und immateriellen Dingen gelingt." (Ebd. 17)

Während die Enquete-Kommission den durch die Industriegesellschaft ermöglichten materiellen Wohlstand positiv bewertet (vgl. Enquete-Kommission 1994: 3), wird das gegenwärtige Wohlstandsniveau westlicher Gesellschaften aufgrund seiner Nebenfolgen von der Autoren der Wuppertal-Studie kritisch bewertet. *Der am materiellem Wohlstand orientierten modernen Kultur wird die Maxime "Nichts im Übermaß" entgegengestellt. Mäßigung bzw. Genügsamkeit stellt die zentrale Botschaft der Studie dar.* Zwar werden die in den meisten anderen Nachhaltigkeitskonzepten präferierten Strategien technischer Effizienzsteigerung auch in der Wuppertal-Studie befürwortet. Der vom Leiter der Wuppertal-Instituts Ernst Ulrich von Weizsäcker geprägte Begriff der „Effizienzrevolution“ besitzt auch in dieser Studie einen hohen Stellenwert. Allerdings bezieht sich dieser Begriff im wesentlichen auf die effi-

zientere Nutzung vorhandener Naturressourcen, nicht aber auf die Steigerung der verfügbaren Menge von Materie und Energie durch neue Formen der Naturbeherrschung (Gentechnik, Kernspaltung, Kernfusion). Aufgrund der Ablehnung dieser Techniken und weitreichender Reduktionsziele kommen die Autoren der Studie zu folgendem Schluß:

„Was ist, wenn bestimmte ökologische Ziele eher die Tugend des Unterlassens erfordern, die Bescheidung oder das Maßhalten, wenn also Technologie definitiv nicht die Antwort ist? (...) Die Spannung zwischen diesen beiden Argumentationsfiguren durchzieht die ganze Studie *Zukunftsfähiges Deutschland*. Sie kann nicht aufgelöst, nur ausgehalten werden. Es lässt sich nicht abschließend beantworten, welches Verhältnis von Effizienz und Suffizienz, technischer Innovation und rechtem Maß ein zukunftsfähiges Deutschland auszeichnen wird.“ (Ebd. 13).

Strategien der Suffizienz, der "Genügsamkeit" sind es, die die in der Studie ZD vorgestellten Leitbilder und Handlungskonzepte von anderen Konzepten im Nachhaltigkeitsdiskurs unterscheiden.

Aus Sicht der Autoren bedeutet dieses "Weniger" keine Askese, sondern führt vielmehr zu mehr Glück, da materieller Wohlstand durch immaterielle Güter ersetzt werden kann. *Dieses Bild des "rechten Maßes" und der Mäßigung, der Abwendung von Materiellem und der Hinwendung zu Immateriellen als Weg zum besseren Leben, durchzieht die Leitbilder ebenso wie die aus dem Umweltraumkonzept hergeleitete Forderung nach eine "Dematerialisierung"*. Im folgenden soll gezeigt werden, dass die Forderung nach rechtem Maß und immaterieller Orientierung nicht aus den naturwissenschaftlich bestimmten Reduktionszielen in bezug auf Energie- und Materialverbrauch hergeleitet wurde, sondern dass es die vorgängige moralische Orientierung der Autoren an einem bestimmten Lebensentwurf ist, die die Reduktion der ökologischen auf die Mengenproblematik anleitet. Es ist die Wahrnehmung der gegenwärtigen Gesellschaft als materialistische Massenkultur und ihre Kritik unter dem Maßstab globaler Gerechtigkeit, die zur Wahl des Umweltraumkonzepts und zur Forderung der „Dematerialisierung“ führt. *Im Zentrum steht nicht Frage des Erhalts dieser Gesellschaft, sondern der Entwurf einer von anderen, immateriellen Werten bestimmten Gesellschaft.*

Damit wird eine grundlegend andere Haltung als im Bericht der Enquete-Kommission und im Gutachten des SRU eingenommen: Dort war die Industriegesellschaft in ihrer gegenwärtigen Gestalt prinzipiell positiv bewertet und Reformen allein aus ökologischen Gründen für notwendig befunden worden. Ansatzpunkt war daher die gegenwärtige Gesellschaft und die Frage, an welchen Stellen Korrekturen notwendig sind. Im Gutachten des SRU wurde zwar eine grundlegende Korrektur der Industriegesellschaft eingefordert, aber nichtsdestotrotz die technische Entwicklung und die dadurch ermöglichte Entfaltung des Individuums positiv bewertet. Die davon unterschiedene Perspektive der Studie ZD kommt bildhaft in der Formel „Vom Tanker zum Segelschiff“ zum Ausdruck.

„Die heute schwerfällige, materialintensive und auf fossilen Energieträgern beruhende Wirtschaft ähnelt einem Tanker. Ein Segelschiff hingegen erfüllt die genannten Grundsätze einer zukünftigen Wirtschaft auf eine geradezu kunstvolle Weise. Sein Design erlaubt ihm eine Beweglichkeit, die

sich weitgehend auf die Natur stützt, anstatt ihr Gewalt anzutun. Es kommt mit deutlich weniger Stoff- und Energieeinsatz aus. Seine Beweglichkeit hängt jedoch neben der Windenergie und dem Design wesentlich vom Team an Bord ab. Ohne eine allgemeine (und quantitative!) Orientierung über einen Kompaß oder andere Navigationsinstrumente, ohne eine Selbstbeschränkung der Ladung (Rucksäcke!) und vor allem ohne die aktive Arbeit der Menschen an Bord kann der Kurs nicht gehalten werden.“ (Ebd. 36)

An diesem Bild lassen sich trefflich die unterschiedlichen Vorgehensweisen der Wuppertal-Studie, der Enquete-Kommission und des SRU darstellen. In der Studie ZD wird die gegenwärtige Gesellschaft insgesamt als ein ökologisch nicht tragfähiger Tanker gesehen. Es sind nicht einzelne, korrigierbare Defekte; seine Existenz als solche wird als Gewalt gegen die Natur bewertet. Die Wahl des Segelschiffs als Alternative zum Tanker ist umso symbolträchtiger, als damit das Bild jenes Schiffs gewählt wurde, das vor der industriellen Moderne dominierte. Das Segelschiff ermöglicht eine Rückkehr zu den Geschwindigkeiten (Entschleunigung), Triebkräften und Organisationsstrukturen (Regionalisierung/Entflechtung) der Vergangenheit. Diese rückwärtsgewandte Perspektive ist in den utopischen Entwürfen der Leitbilder zumindest angelegt und bleibt mit der gleichzeitig propagierten „Effizienzrevolution“ in einem eigentümlichen Spannungsverhältnis.

Die Enquete-Kommission sieht dagegen die Aufgabe darin, den Tanker anders zu gestalten, nicht aber grundlegend zu verändern. Ihre Zielsetzung ist ebenfalls ein nachhaltiges Schiff. Die Gestalt dieses Schiffs wird zwar nicht entworfen, sie ähnelt dem gegenwärtigen aber doch vermutlich in wesentlichen Zügen. Angesichts der Komplexität der Funktionsweise des Tankers wählt die Kommission zunächst nur einige wenige Zusammenhänge aus, analysiert deren Schwachstellen und sucht nach Optimierungsmöglichkeiten. Ins Blickfeld gerät dabei auch die Schiffsmannschaft und deren Betroffenheit im Falle einer Stilllegung der Motoren. Umgebaut wird so nicht das ganze Schiff; der Tanker wird vielmehr in kleinen Etappen ausgebessert und modernisiert. Über die Fahrtrichtung als solches und über die langfristige Fahrtüchtigkeit des Schiffes machen sich die Spezialisten des Teams Enquete-Kommission weniger Gedanken.

Vom SRU wird wiederum - wie in der Wuppertal-Studie - eine grundlegende Korrektur des Tankers für nötig erachtet, zugleich aber auch grundlegende Leistungen als positiv bewertet. Der SRU setzt auf eine kognitive Beherrschbarkeit der Probleme und auf die Hoffnung, dass die Bordbesatzung und insbesondere deren Experten freiwillig, verantwortungsvoll und rational Maßnahmen zum Umbau ergreifen. Hintergründig wird die Vorstellung einer Synthese von Tanker und Segelschiff erkennbar, durch die die positiven Elemente des Tankers erhalten und die negativen Folgen vermieden werden können. Allen drei Gruppen - den Bordgeistlichen der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, den Schiffsoffizieren der Enquete-Kommission und dem wissenschaftlichen Begleitpersonal des SRU - gemeinsam ist die Vorstellung, dass der notwendige Umbau vollzogen werden könne und von der Schiffsmannschaft ohne Meuterei akzeptiert wird.

Die acht Leitbilder der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ stellen den aus der „Segelschiff“-Perspektive konkretisierten Entwurf eines nachhaltigen, zukunftsfähigen Deutschland

dar. Dem Postulat „Nichts im Übermaß“ folgend stellt die Maxime „Rechtes Maß für Raum und Zeit“ das übergeordnete Leitbild dar. Forderungen nach dem „rechten Maß“, beziehen sich sowohl auf die strukturelle wie auf die individuelle Ebene. Statt der stetigen Steigerung von Geschwindigkeiten und räumlicher Vernetzung, anstelle des rastlosen „Weiter, Schneller, Mehr“ moderner Industriegesellschaften, wird das Ziel einer "Entschleunigung und Entflechtung" propagiert. Unter der Annahme, dass damit der Energieverbrauch vermindert und eine Kreislaufführung von Stoffen ermöglicht wird, werden regionale Orientierung und maßvolle Geschwindigkeiten zum Maßstab einer nachhaltigen Gesellschaft.

Die Struktur der gegenwärtigen Weltwirtschaft wird als nicht nachhaltig begriffen, da „ökonomischer Expansionismus und das Niederreißen sozial-struktureller Schranken durch weltwirtschaftliche Arbeitsteilung von ausnehmender Zerstörungskraft sind“ (ebd. 169). Daraus wird jedoch keine prinzipielle Kapitalismuskritik, sondern die Forderung nach einer „Domestizierung“ der Marktwirtschaft abgeleitet, die dann ihr „schöpferisches Potential“ entfalten könne (ebd. 169). In den Leitbildern „Eine grüne Marktagenda“ und „Von linearen zu zyklischen Produktionsprozessen“ wird so ein marktwirtschaftliches Modell entworfen, das regional orientiert ist und in dem die Langlebigkeit von Gütern eine hohe Bedeutung besitzt. Dezentralität, kleine Unternehmensstrukturen, verantwortliches Handeln und Orientierung an einer als harmonisch und geordnet wahrgenommenen Natur werden als Ziele gesetzt. Dematerialisierung, regionale Wirtschaftskreisläufe und eine plurale Ökonomie sind aus Sicht der Autoren für ein „Zukunftsfähiges Deutschland“ anzustreben (ebd. 202).

Als entscheidende Voraussetzung für eine entsprechende Veränderung der Ökonomie wird von den Autoren eine ökologische Steuerreform, insbesondere im Energiebereich, betrachtet. Zugleich appellieren sie an den ‘grünen Unternehmer’ und setzen auf den ‘grünen Konsumenten’. Diesem wird in den Leitbild „Gut leben statt viel Haben“ versucht, die Vorzüge des geringeren materiellen Konsums schmackhaft zu machen. Das Bild des rechten Maßes bestimmt auch die Kapitel „Stadt als Lebensraum“ und „Regeneration von Land und Landwirtschaft“. In der „Stadt der kurzen Wege“ sind die Funktionen Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Freizeit wieder enger zusammengeführt; Nachbarschaft erhält wieder eine größere Bedeutung. Neuere Modelle der Stadtplanung wie auch kommunitaristische Sozialutopien kommen hier zum Tragen. Auch das Verhältnis zwischen Stadt und Land ändert sich nach der Vorstellung der Autoren: Die Stadt bezieht ihre Nahrung wieder mehr aus der Region und Städter fahren wieder mehr ins Umland als in die Ferne. Auf dem Land findet eine vollständige Umstellung auf ökologische Land- und Forstwirtschaft statt.

Insgesamt enthalten die entworfenen Leitbilder keine grundlegend neue Handlungsmodelle, sondern bündeln die Konzepte, die seit den siebziger Jahren in der Umwelt- und Alternativbewegung kursieren. Diese Konzepte waren Ende der achtziger Jahre, in der Blütezeit des „ökologischen Modernisierungs“-Diskurses durch ‘realistischere’ Konzepte verdrängt, angesichts der umweltpolitischen Stagnation in den neunziger Jahren aber wieder reaktiviert worden (vgl. Brand/Eder/Poferl 1997: 205ff). Als Folge der inzwischen fortgeschrittenen Institutionalisierung der ökologischen Thematik, auch innerhalb der Wirtschaft, ist jedoch der kapitalismuskritische Impetus der frühen Umwelt- und Alternativbewegung verblasst. Der Marktwirtschaft wird, zumindest überwiegend, keine prinzipielle Absage mehr erteilt. In den

Leitbildern der Wuppertal-Studie vermischen sich so die Zielvorstellungen einer „ökologischen Modernisierung“ der Wirtschaft mit den moralisch-utopischen Gegenentwürfen einer sanfteren, naturnahen und gerechten Gesellschaft, die in den Berechnungen zum „Umweltraum“ Deutschlands ihr rationales Fundament erhalten.

Ziel der Leitbilder der Studie ist es, die positive Botschaft zu vermitteln, dass die "Grenze zur Chance" werden kann. Die Leitbilder entdecken "die kreative Macht von Grenzen: Erst die Beschränkung einer Dimension legt die Basis für die Entfaltung anderer Dimensionen" (ebd. 153). Diese anderen Dimensionen sind in der Studie vor allem immaterielle Werte. An die Stelle der materiellen soll die immaterielle Vernetzung treten. An die Stelle zerstörerischer Weltmarktkonkurrenz soll die globale Solidarität regionaler Einheiten treten.

Auf zwei Themenbereiche wird im folgenden näher eingegangen. Auf das Leitbild "Gut leben statt viel haben", in dem der "zukunftsfähige" Konsument entworfen wird und auf die in der Studie ZD entwickelten Vorstellungen einer nachhaltigen, zukunftsfähigen „Mobilität“.

Das Leitbild "Gut Leben statt viel Haben"

In dem Leitbild "Gut leben statt viel haben" wird der Grundannahme der Wirtschaftswissenschaft, wonach die Bedürfnisse des Menschen unendlich und die Mittel deshalb begrenzt sind, eine "Konzeption des Glücks, welche auf die Realisierung eines immateriellen Ideals setzt" (ebd. 208), gegenübergestellt. Die Moderne habe die Mittel perfektioniert und die Reflexion der Ziele ausgeblendet. Dem steht die von den Autoren der Wuppertal-Studie geteilte Überzeugung entgegen, "dass das Glück nicht in der steten Steigerung der Bedürfnisse liegt und damit auch die Mittel einmal genug sein können" (ebd.). Dem komme zwar die von der Wertwandelforschung diagnostizierte Hinwendung zu postmateriellen Werten entgegen; das neue Ideal der Selbstverwirklichung nehme jedoch eine zweideutige Gestalt an:

"Einerseits hat der distanzierte Konsument die Bühne betreten, jene Person, die zurückhaltend und selektiv kauft, mehr nach Qualität als nach Quantität sucht und auch, über den eigenen Nutzen hinaus, die Natur und das Gemeinwesen im Auge hat. Andererseits tritt der erlebnissüchtige Konsument auf, der Waren und Serviceleistungen nach ihrem Genuß- und Inszenierungswert verbraucht." (Ebd. 209).

Hier wird nicht nur eine Beschreibung, sondern eine Wertung vollzogen. Der 'gute' Konsument ist der, der sich selbst zu beherrschen weiß und das Allgemeinwohl im Auge hat. Demgegenüber wird die Orientierung an individuellem Genuss und Erleben mit dem Begriff der „Sucht“ verknüpft. Genussorientierung als solche wird negativ bewertet. "Gut leben" bezeichnet damit nicht nur ein individuell wünschenswertes, gelungenes Leben, sondern beinhaltet ein 'moralisch gutes' im Gegensatz zum 'schlechten Leben', das sich durch egoistische Orientierung an materiellen Werten und Äußerlichkeiten auszeichnet. Im Gegensatz zur Verheißung der Industriegesellschaft, Glück durch materiellen Wohlstand zu mehren, wird in Anlehnung an traditionell christliche und abendländisch-philosophische Lehren die Orientierung an immateriellen Werten als Voraussetzung eines glücklichen Lebens betrachtet:

"Die Schlußfolgerung liegt auf der Hand: Materielle und immaterielle Befriedigung können nicht gleichzeitig maximiert werden, es gibt eine Grenze der Güterausstattung jenseits derer die Zufriedenheit nicht mehr mitwächst. Mit anderen Worten: 'Viel-Haben tritt in Widerspruch zum Gut-Leben'." (Ebd. 224).

Ein zentrales Motiv der Studie ist somit die Propagierung eines an immateriellen Werten orientierten Lebens.

6.4 Zentrale Deutungsmuster der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland"

Die Studie und insbesondere die Leitbilder werden durch den Versuch bestimmt, den - aus globaler Perspektive - moralisch geforderten Verzicht auf materiellen Wohlstand als individuellen Gewinn, als das Vernünftige und Gesunde, der wahren Bestimmung des Menschen Zutragliche, erscheinen zu lassen.

Diese argumentative Struktur durchzieht die gesamte Studie und führt dazu, dass die sozialen Folgen des geforderten Umbauprozesses nicht weiter diskutiert werden. In der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ ist das Leichte besser als das Schwere, steht das Immaterielle über dem Materiellen, das Pflanzliche über dem Tierisch-Fleischlichen, ist die Menge der Energie- und Materialverbräuche als solches ein Problem, Dematerialisierung das Ziel. *Immaterielle Werte, Selbstbegrenzung und Mäßigung*, sowie korrespondierend, *Dematerialisierung*, als Strategie, können so als die erste, zentrale Rahmung der Studie identifiziert werden. Sie bestimmt sowohl die Leitbilder als auch die Art der Wahrnehmung der Umweltproblematik und die gewählte Form der Komplexitätsreduktion.

Damit eng verknüpft ist die zweite, bestimmende Rahmung: das Bild von *Natur als Grenze*. Die Vorstellung von räumlichen, zeitlichen und materiellen Grenzen prägt die Wahrnehmung der ökologischen Krise und die Handlungskonzepte einer nachhaltigen Entwicklung. Die Grenzen werden, schon aus Gründen der Unsicherheit gesellschaftlichen Wissens über Folgen und Nebenfolgen anthropogener Natureingriffe, sehr eng gezogen; der verfügbare „Umweltraum“ ist entsprechend knapp. Den Autoren der Studie zufolge darf es "kein Ziel sein, die Umwelt stets bis an die Grenzen ihrer Belastbarkeit zu nutzen" (ebd. 35). Stattdessen wird empfohlen, die "Grenze zur Chance zu wenden" (ebd. 153). Grenzen werden nicht nur beim Naturverbrauch, sondern auch räumlich gesetzt. In der geforderten Regionalisierung und Entflechtung erfahren - paradoxerweise nunmehr aus globaler Perspektive - die Abkopplungskonzepte und das "small is beautiful" der Umweltbewegung der siebziger Jahre eine neue Renaissance.

Ein Überschreiten dieser Grenzen wird als zu riskant, als Gefährdung des menschlichen Überlebens wahrgenommen. Hier kommt eine dritte, zentrale Rahmung ins Spiel: das *dualistische Naturbild, Natur als Gegenstand von Furcht und Verehrung*. Zum einen wird Natur als *harmonische und friedliche Natur* gesehen. Diese Vorstellung wird u.a. deutlich, wenn Natur

als Vorbild für den Wirtschaftsprozess dargestellt wird. Demnach verknüpft die Natur "auf kooperative Weise die Aktivitätsmuster aller Spezies. Zusammenarbeit und Wettbewerb sind verkettet und werden in einer dynamischen Balance gehalten" (ebd. 193). Dieser „Balance“ fügt sich die auf den pflanzlichen Konsum beschränkte, maßvolle Form menschlicher Naturnutzung ein. Sie wird durch gewaltsame, für die Industriegesellschaft typische Formen des Natureingriffs jedoch zerstört. In ihren unkontrollierbaren Rückwirkungen wird die Natur für den Menschen nun zur Bedrohung. Diese auf den gewaltsamen Natureingriff reagierende *wilde, unkontrollierte Natur* ist mit Furcht besetzt. So lässt sich die Wahrnehmung der Klimaerwärmung („Klimakatastrophe“) und deren unkontrollierbare Folgen als das zentrale Umweltproblem auf einer metaphorischen Ebene unschwer mit christlich-religiösen Urängsten in Verbindung bringen. Die aus der Unterwelt hervorgeholten fossilen Brennstoffe der Urzeit mit ihrem SO₂ -und CO₂-Ausstoß nehmen die Züge des feurigen, schwefeligen Satans des mittelalterlichen Weltbilds an, der die Menschen ihrer Selbstkontrolle und Vernunft beraubt. Befürchtet werden als Folge des ‘frevelhaften’ menschlichen Tuns apokalyptische Zustände wie der Zusammenbruch der Ökosysteme, Dürren, Überschwemmungen, Stürme, Mißernten, Hungersnöte, Flüchtlingsströme und globale Verteilungskonflikte (ebd. 57). Die Fokussierung auf die Klimaproblematik durchzieht zwar die gesamte Umweltdebatte der neunziger Jahre. In der Wuppertal-Studie werden die daraus abgeleiteten Reduktionsziele im gesellschaftlichen Energieverbrauch aber besonders hoch angesetzt. Während andere Akteure im SD-Diskurs auf industriegesellschaftliche Modelle gesellschaftlicher Regulierung und Naturbeherrschung setzen, basieren die hier vorgeschlagenen Lösungsstrategien auf einer säkularisierten Form der christlichen Ethik der Mäßigung und Selbstbescheidung. Christliche Weltbilder bzw. deren säkularisierte Nachfolger bestimmen so die soziale Konstruktion des "Zukunftsfähigen Deutschlands" und der Handlungskonzepte auf dem Weg dorthin.

Tabelle 8: Zentrale Deutungsmuster der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“

Menschenbild	Verwirklichung durch Selbstbegrenzung: moralisch leben nach dem „rechten Maß“
Naturverständnis	Natur als harmonisches Ganzes, Natur als Grenze; Natur als Gegenstand von Furcht und Verehrung
Gesellschaftsbild	Industrielle Wachstumsgesellschaft als Irrweg
Nachhaltigkeitsstrategie	Dematerialisierung; Suffizienz

6.5 Mobilität und Verkehr in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“

Das Thema Mobilität und Verkehr wird in der Studie ZD - im Gegensatz zum Gutachten des SRU und dem Bericht der Enquete-Kommission - nicht in einem eigenständigen, in sich geschlossenen Textteil thematisiert. Vielmehr sind die den Verkehr betreffenden Passagen über verschiedene Teile der Studie (quantitative Berechnung des Umweltverbrauchs, Leitbilder, Übergangsszenarien) hinweg verstreut.

Bei der Ermittlung des deutschen Umweltverbrauchs legen sich die Autoren der Studie explizit darauf fest, "Mobilität nicht als eigenständiges Bedarfsfeld, sondern als abgeleitete Nachfrage zu verstehen, die aus der Befriedigung anderer Bedürfnisse resultiert" (ebd. 93). Mobilität wird daher unterschiedlichen Bedarfsfeldern wie Berufsverkehr, Freizeit, Einkauf u.a. zugerechnet. Im Gegensatz zum SRU, der Mobilität aus anthropologischen Grundkonstanten ableitet und als Möglichkeit menschlicher "Selbstentfaltung" wahrnimmt, oder der Enquete-Kommission, die in der Mobilität ein "legitimes Bedürfnis" sieht, gerät damit „mobil sein“ als eigenständiger Wert nicht in den Blick.

Bei der quantitativen Ermittlung des Umweltverbrauchs wird der Verkehr dennoch als eigenständiges Umweltproblem berücksichtigt. Allerdings beschränkt sich die Betrachtung - wie in der gesamten Studie - auf die Dimensionen Materie-, Energie-, Wasser- und Flächenverbrauch sowie auf klimarelevante Emissionen (vgl. ebd. 89 ff. und 305 ff.). Diese Art der quantitativen Ermittlung des Ist-Zustands unterscheidet sich grundlegend von der Herangehensweise der Enquete-Kommission. Der Produktionssektor, der bei der Enquete-Kommission im Zentrum stand, bleibt unberücksichtigt. Damit fallen sowohl bestimmte Problemfelder entlang der Herstellung von Transportmitteln und Transportwegen aus dem Wahrnehmungshorizont, wie auch die - von der Enquete-Kommission positiv bewertete - Bedeutung von Mobilität und Verkehr für Arbeitsplätze, Welthandel und individuelle Freiheitsentfaltung. Gegenwärtige Mobilität wird in der Studie ZD nur als Umweltproblem, nicht als wünschenswerte Errungenschaft thematisiert. Zugleich wird sie als Problem der Nachfrage und der Verkehrsnutzung, nicht des Angebots und der Verkehrsmittelproduktion gefaßt. Während die Enquete-Kommission versucht, das Problemfeld Mobilität empirisch möglichst detailliert zu erfassen, wird in der Wuppertal-Studie die Komplexität durch die Beschränkung auf wenige Größen, auf Verbrauchs- und Emissionswerte, reduziert. Die konkrete gesellschaftliche Verortung von Mobilität gerät so aus dem Blickfeld.

Mehr Übereinstimmungen zeigen sich mit dem Gutachten des SRU. Auch dieser konzentrierte sich im wesentlichen auf die Nutzung von Verkehrsmitteln. Allerdings versuchte der SRU die konkrete Umweltrelevanz unterschiedlicher Verkehrsmittel mit dem Anspruch auf wissenschaftliche Vollständigkeit aufzuzeigen. Besondere Beachtung fand dabei die Gesundheitsrelevanz von Verkehrsnutzung, ein Themenbereich, der in der Wuppertal-Studie durch die Fokussierung auf Material- und Energieströme unter den Tisch fällt.

„Rechtes Maß für Raum und Zeit“

Von der quantitativen Ermittlung des Ist-Zustands getrennt ist der qualitative Entwurf des Soll-Zustands in den Leitbildern. Wie bereits deutlich gemacht, ist diese Trennung Ausdruck unterschiedlicher "Wissenskulturen" am Wuppertal-Institut. Von den Leitbild-Autoren wird am naturwissenschaftlichen Teil kritisiert, dass die "Wahrnehmung des Gesellschaftlichen" (ebd. 150) fehle. "Menschen, mit ihren Organisationen, Interessen und Wünschen" kämen nicht ins Blickfeld (ebd. 150). Diesem Defizit soll der Leitbildteil entgegenwirken. Dabei konzentrierten sich die Autoren auf die Frage, ob "die zukunftsfähige Gesellschaft über einen stofflich-quantitativen Umriss hinaus auch eine sozial-qualitative Gestalt" habe (ebd. 150).

Die Utopie einer „zukunftsfähigen Mobilität“ wird unter dem Leitbild "Rechtes Maß für Raum und Zeit" in dem gleichnamigen Kapitel entworfen (ebd. 153). Begonnen wird mit einer Bewertung der Mobilität der gegenwärtigen Industriegesellschaft. "Schneller" und "Weiter" seien - neben dem Prinzip "Mehr" - als Leitmotive des "fossil-getriebenen Fortschritts" anzusehen (ebd. 153). Im "Einklang von populärem Verlangen, wirtschaftlichem Interesse und politischer Planung" sei die "ruheloze Gesellschaft" entstanden (ebd.). Die grundlegende Einstellung zur Mobilität wird darin bereits deutlich: Die Überwindung von Zeit und Raum schafft weniger Möglichkeiten der Freiheitsentfaltung, sondern wird mit dem negativ besetzten Begriff der "Ruhelosigkeit" verknüpft. Als Ursache dieser "Ruhelosigkeit" wird die Durchsetzung fossil getriebener Transportmittel wie die Eisenbahn identifiziert:

"Erst das Ensemble von Schiene und Maschine sprengte das Maß der Natur; der Schienenstrang, ohne Rücksicht auf die Hindernisse der Topographie, überbrückt Täler und durchsticht Berge, während die Lokomotive, unbeeindruckt von den Schwächen der Körperlichkeit, gleichmäßig und scheinbar ohne Erschöpfung dahineilt. (...) Kaum war das Gleisnetz gewachsen, schuf daher die Eisenbahn eine weiträumige Vernetzung von Personen und Güterströmen. Wie bei der Eisenbahn vorgebildet, trat sodann in unserem Jahrhundert eine lange Reihe technischer Erfindungen an, um die Ideale Beschleunigung und Verflechtung auf immer neuem Niveau in die Tat umzusetzen. Von der Benzinkutsche über das Flugzeug bis zu Transrapid und Überschall, allenthalben treibt das Verlangen nach Herrschaft über Zeit und Raum die Arbeit der Ingenieure.“ (Ebd. 154)

Erkennbar wird an dieser Passage zum einen das zugrundeliegende Naturverständnis und die Einstellung zur industriellen Naturaneignung: Natur hat ein eigenes Maß. Die Verbindung von menschlichen Eingriffen mit Begriffen wie "sprengen" und "durchstechen" macht die Wahrnehmung der industriegesellschaftliche Naturveränderung als *Gewalt wider die Natur* deutlich. Zum anderen wird die technische Entwicklung als Ursache, nicht aber als Folge oder parallele Erscheinung der Ausbreitung von Güterströmen, d.h. der Ausbreitung des Kapitalismus angesehen. Entsprechend wird der Wunsch nach schneller Überwindung von Distanzen primär auf die technikentwickelnden Ingenieure, und nicht auf die kapitalistische Entwicklungsdynamik zurückgeführt. Zugrunde liegt hier eine spezifische Form von Fortschritts- und Modernisierungskritik, deren zentraler Inhalt die *Kritik der Technik* selbst ist.

Im Gegensatz zum SRU und zur Enquete-Kommission, die Mobilität, Fortschritt, Naturveränderung und technischen Fortschritt als solches positiv, und nur bestimmte ökologische Folgen dieser Errungenschaften negativ bewerten, wird hier eine umfassende Ablehnung zentraler Merkmale der Industriegesellschaft erkennbar. Aus Sicht der Autoren selbst ist ihre Kritik jedoch nicht prinzipielle Modernisierungskritik, sondern eine Kritik an einem veralteten Modernisierungs- und Fortschrittsverständnis, das in einer bestimmten historischen Epoche eine partielle Berechtigung hatte, nun aber inadäquat geworden sei.

"An der Schwelle zum 21. Jahrhundert fällt es unserer Gesellschaft immer noch schwer, jene Gestalt der Moderne hinter sich zu lassen, welche sich in der Zeit zwischen Napoleon und Wilhelm II. ausgeprägt hat. Aber auch Utopien kommen ins Alter. (...) Vor dem Hintergrund einer langsamen und seßhaften Gesellschaft musste sie wie das Fanal einer schönen neuen Welt wirken. Doch vor dem Hintergrund einer rastlosen high-speed Gesellschaft bietet sie bestenfalls die Wiederholung des Immergleichen, während Veränderungswünsche sich an neue Bilder heften. Wo ruhelose Mobilität regiert, dort keimt eher der Geschmack für Gemächlichkeit und Gelassenheit, wo Fernverbindungen dominieren, dort wächst eher die Aufmerksamkeit für Nähe und den eigenen Ort. Weil neue Wünsche sich zunehmend in Kontrast zur rasenden Gesellschaft artikulieren, wird es historisch möglich, öffentlich von Entschleunigung und Entflechtung zu sprechen." (Ebd. 155).

Zustandsbeschreibung und utopischer Entwurf vermischen sich hier. Das Scheitern der alten Utopie wird als Faktum unterstellt und die beschworene Gegenutopie der "Entschleunigung und Entflechtung" bereits als konkret "keimende" Alternative geschildert. Entsprechend werden bei der Beschreibung des derzeit noch vorherrschenden Mobilitätsstils nur negative Aspekte betont. Als der "größte Schlag für die Utopie der umfassenden Mobilität" wird „ihr Erfolg“ gesehen: Da durch "Massenmobilität" alle mobil sein könnten, würde für den einzelnen der Vorteil, schneller sein zu können als andere, schwinden. Mobilität werde von einem "Privileg zu einer Pflicht" (ebd.). Deshalb vermische sich "im Seelenhaushalt der Beschleunigungsgesellschaft Vergnügen immer mehr mit Verdruß" (ebd.).

Kennzeichnend für diese Wahrnehmung von Mobilität ist, dass die Distinktion gegenüber anderen - schneller als andere sein zu können - als wesentliche Triebkraft für die Entwicklung von Mobilität gesehen wird. Der 'eigentliche' Zweck von Mobilität - die Begegnung von Menschen - sei dadurch in den Hintergrund getreten (ebd. 157). Mobilität durch Verkehrsmittel wird, anders als im Gutachten des SRU, nicht als Möglichkeit der Selbstentfaltung, sondern als "Überwältigung durch die Beschleunigungsmittel" (ebd.) gedeutet, als falsche und irrationale Überwältigung der Zwecke durch die Mittel. "Man kommt immer schneller dort an, wo man immer kürzer bleibt" (ebd. 156). Die durch das "Schneller und Weiter" geschaffene Möglichkeit, einen größeren Kreis von Menschen und andere Orte besuchen zu können, besitzt keinen Wert an sich.

Im Kontrast zu den Überlegungen des SRU lassen sich hier grundlegend andere anthropologische Vorstellungen von der Natur des Menschen herausarbeiten. Im Gutachten des SRU wird die "Erschließung der Wirklichkeit", das Streben nach individueller Freiheit und Selbstentfaltung, als dem Wesen des Menschen gemäß betrachtet. Dieser Bestimmung diene

die Ausweitung von Mobilitätschancen. In der Studie ZD erscheinen hingegen die durch Verkehrsmobilität erweiterten Möglichkeiten der Überwindung von Raum und Zeit ab einem bestimmten Niveau als Gegensatz zur eigentlichen Bestimmung des Menschen. Sein 'wirkliches' Wesen, das sich vor allem durch das Streben nach Zusammensein, nach Sozialität auszeichne, werde durch die immer weitere Entwicklung und Beschleunigung der Transportmittel nicht entfaltet, sondern deformiert. Die notwendige "Selbstbeschränkung" erfordert daher nicht - wie im Gutachten des SRU - eine Beherrschung der im natürlichen Wesen des Menschen angelegten Bedürfnisse, sondern stellt vielmehr ein Finden des "Rechten Maßes für Raum und Zeit" dar, das eine neue "Aufmerksamkeit für die Nähe und den eigenen Ort" (ebd. 155) voraussetzt.

Die Forderung nach "Entschleunigung und Entflechtung" erscheint so nicht nur als ökologisch notwendig, sondern auch als sozial und individuell wünschenswert. "Grenzen weiteren Wachstums ins Auge zu fassen" (ebd. 156), sei daher eine rationale Strategie. Ziel dieses gesellschaftlichen Umbaus ist eine Gesellschaft, die sich aus der Vernetzung der Weltgesellschaft löst und anstelle dessen eine möglichst kleinräumige, örtlich bezogene Sozialität entfaltet.

„Zukunftsfähige Mobilität“ - eine gegenmoderne Utopie?

Darin klingt das romantisch gefärbte Bild vormoderner, kleinräumiger, in sich geschlossener Gemeinschaften an. Die Autoren der Studie selbst würden diese Zuordnung allerdings von sich weisen. Sie beschwören ein anderes, neues Verständnis von Fortschritt, das den Weg vorwärts ins 21. Jahrhundert leiten soll:

"Langsam färbt sich für unsere Zeit um, was Fortschritt bedeutet. Nachdem es für eine lange Epoche als fraglos sicher galt, dass Verbesserung heißt, den Widerstand von Dauer und Strecke zu vermindern, schiebt sich jetzt die Einsicht nach vorne, dass Fortschritt auch darin liegen kann, den Widerstand von Zeit und Raum zu belassen oder gar bewußt zu erhöhen." (159) ... „Im Design behutsam motorisierter Fahrzeuge und Antriebsaggregate findet so die Utopie des 21. Jahrhunderts ihren technischen Ausdruck, mit Eleganz in der Lage zu sein, innerhalb von Grenzen zu leben.“ (Ebd. 162)

Zugrunde liegt die Vorstellung der Notwendigkeit und Wünschbarkeit der *Einfügung in natürliche Grenzen*. Das Bild der Grenze bestimmt damit nicht nur das naturwissenschaftliche Umweltraumkonzept, sondern organisiert auch das Bild der zukünftigen Gesellschaft als "begrenzter Welt". Verkehrstechniken wird dabei keine völlige Absage erteilt, jedoch die Entwicklung langsamerer, primär dem Nahverkehr dienender Verkehrsmittel angestrebt.

Zweifellos ist es abhängig vom jeweiligen Fortschritts- und Modernisierungsverständnis, inwieweit eine Konzeption als gegenmodern oder als neue Form von Fortschritt und Moderne bewertet wird. Wie im Fall der Alternativ- und Ökologiebewegung der siebziger und achtziger Jahre dient der Rückgriff auf industrialismuskritische, gegenmoderne Motive wohl auch hier letztendlich der Propagierung einer anderen - „sanften“, gerechteren - Moderne, nicht der

Vormoderne. Bezugspunkt der eigenen Argumentation sind auch für die Autoren der Studie ZD die aus globalen Beobachtungsnetzen gewonnenen wissenschaftlichen Daten über die Entwicklung und Folgen gesellschaftlicher Naturnutzung, wenngleich die daraus gezogenen Schlussfolgerungen durch den Rückgriff sowohl auf das alteuropäische (aber auch in außereuropäischen Traditionen verankerte) Konzept moralischer „Selbstbeschränkung“, als auch auf gegenmodern gefärbte, lokale Gemeinschaftsvisionen getragen werden.

Dass in der Studie ZD nicht schlechthin eine technikkritische Einstellung dominiert, wird auch im letzten Abschnitt des Kapitels "Rechtes Maß für Raum und Zeit" deutlich. Dort wird die Möglichkeit einer Vernetzung der Welt mittels neuer elektronischer Kommunikationsmittel diskutiert. Deren Einschätzung bleibt ambivalent, da sie zum einen mit einer Steigerung, zum anderen aber auch mit einer Reduktion physischen Verkehrs einher gehen könnte. Insgesamt werden die Chancen dennoch positiv bewertet:

"Die ökologische Chance, die in der möglichen Reduzierung von Verkehr durch Elektronik liegt, lässt sich nur realisieren, wenn die Ausweitung der elektronischen Vernetzung möglichst wenig in neuen psychischen Verkehr umgesetzt wird. (...) Wenn die Raumwiderstände für die Kommunikation verschwinden, dann sollte es doch leichter sein, sie für den Transport bewußt zu gestalten, ja sogar zu kultivieren." (Ebd. 168)

Hier scheint nicht nur die ökologische Frage, sondern die der Studie insgesamt zugrundeliegende "immaterielle" Orientierung die Ablehnung des materiellen Transports und das Plädoyer für eine rein kommunikative Überwindung des Raums zu begründen..

Handlungsstrategien in Richtung „zukunftsfähiger Mobilität“

"Entschleunigung und Entflechtung“ erscheinen den Autoren von ZD als wesentliche Voraussetzungen für die Verwirklichung einer „zukunftsfähigen Mobilität“. Um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen, müssen politische Maßnahmen ergriffen werden, die "die Privilegierung der Erwerbsarbeit gegenüber der Lebenswelt des Alltags eindämmen" (ebd. 158), "langsamere Geschwindigkeiten" (ebd. 161) und „kürzere Distanzen“ (ebd. 162) fördern. Kennzeichnend für diese Interventionskonzepte ist, dass z.B. die Trennung von Leben und Arbeit als Problem der Stadt- und Raumplanung, nicht aber der ökonomischen Entwicklung thematisiert wird. Die vorgeschlagenen Handlungsstrategien unterstellen die Möglichkeit einer politischen Steuerung der gesellschaftlichen Entwicklung, ohne - von der ökologischen Steuerreform abgesehen - eine gesellschaftliche Regulierung der Ökonomie selbst ins Auge zu fassen.

Was die konkreteren Handlungsansätze zur Steuerung der Verkehrsentwicklung betrifft, so werden sie primär unter Bezug auf den verkehrsinduzierten CO₂-Ausstoß thematisiert. Als Handlungsstrategien werden „Verkehrsvermeidung“, „Verkehrsverlagerung“ (auf Schiene und Nahverkehr) sowie „technische Optionen“ (z.B. das Ein- bis Zwei-Liter-Auto oder neue Kraftstoffe) diskutiert. Oberste Priorität hat die Verkehrsvermeidung. Verkehrsvermeidender Wertewandel, Veränderung des Mobilitätsverhalten, strukturgestaltenden Optionen wie att-

raktive Gestaltung des Wohnumfelds oder strukturnutzende Maßnahmen wie Car-Sharing sollen hierzu beitragen.

Von den Handlungskonzepten des SRU und der Enquete-Kommission unterscheiden sich die hier vorgeschlagenen Maßnahmen nur graduell. Technische Neuerungen werden in jedem der drei Studien befürwortet. Im Konzept der Enquete-Kommission stehen diese allerdings im Zentrum; Verkehrsminderung wird dagegen weitgehend, wenn auch - je nach Textteil - nicht völlig abgelehnt. In der Studie ZD ist die Gewichtung gerade umgekehrt. Die Position des SRU lässt sich zwischen diesen beiden Positionen verorten. Im Vergleich mit den Konzepten des SRU und der Enquete-Kommission werden aber auch zentrale Unterschiede deutlich. Von diesen werden, anders als von der Studie ZD, die Globalisierung der Ökonomie und der Gesellschaft prinzipiell positiv bewertet. Daher wird auch die Entwicklung von Verkehr und Transport grundsätzlich befürwortet, während ZD deren Minimierung anstrebt.

Insgesamt lässt sich in den vorgeschlagenen Handlungsstrategien - im Gegensatz zu den im Leitbildkapital entwickelten Mobilitätsvisionen - aber eine pragmatische Orientierung erkennen, die an den bestehenden Möglichkeiten anknüpft. Das kann zum einen das Ergebnis unterschiedlicher Autorenschaft sein. Zugleich kommt darin aber die grundsätzliche Strategie des Wuppertal-Instituts zum Ausdruck, einerseits zwar Utopien einer radikal "anderen" Gesellschaft zu entwerfen, andererseits aber auch Handlungskonzepte zu entwickeln, die von Wirtschaft und Politik übernommen werden können. Die skizzierte Vision einer „zukunfts-fähigen Mobilität“ und die zugrundeliegende 'immaterielle' Wertorientierung führt allerdings zu einer spezifischen Akzentsetzung. Für die Autoren der Studie besitzen die Mobilisierungspotentiale individueller Selbstbeschränkung und Verhaltensänderung eine vergleichsweise große Bedeutung, während den anderen Strategien eine eher komplementäre Funktion zugewiesen wird. Im Falle des Nichtgreifens individueller Selbstbeschränkung haben diese dann allerdings den Primat ökologischer Handlungserfordernisse sicherzustellen.

6.6 Wie kommt die Ökonomie- und Sozialverträglichkeit ins Spiel?

Am Beispiel der Thematisierung von Mobilität konnten grundlegende Unterschiede zwischen dem Bericht "Die Industriegesellschaft gestalten", dem "Umweltgutachten 1994" des SRU und der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" aufgezeigt werden. Weitere Differenzen werden bei der unterschiedlichen Verknüpfung der ökologischen mit der ökonomischen und sozialen Dimension des Leitbilds Sustainable Development sichtbar.

Die Autoren der Studie ZD entwerfen einen von ökologischen und moralischen Handlungsimperativen - der geforderten gleichen Nutzungsmöglichkeit des „Umweltraums“ für alle Menschen im Rahmen des ökologisch Verträglichen - definierten Soll-Zustand des "Zukunftsfähigen Deutschlands" und nehmen diesen als Bezugspunkt des geforderten Umbaus des derzeitigen, nicht-nachhaltigen Deutschlands. Eine Thematisierung der konkreten sozialen und ökonomischen Probleme, die bei diesem Wandel eintreten könnten, erfolgt erst am Ende der Studie. Im Bericht der Enquete-Kommission wird dagegen die Dimension der Sozial- und

Ökonomieverträglichkeit von Anfang an mitberücksichtigt, was häufig dazu führt, dass ökologische Ziele zweitrangig werden. „Individualverträglichkeit“, ein zentrales Kriterium in der aufklärerischen, marktliberalen Nachhaltigkeitskonzeption des SRU, ist in der - folgt man der Typologie der „Cultural Theory“ (vgl. Thompson/Ellis/Wildavsky 1990) - „egalitären“ Studie ZD ohne Bedeutung.

Das Kriterium der Ökonomieverträglichkeit

Bei der Diskussion der Wirtschaftsverträglichkeit der empfohlenen Maßnahmen nehmen die Autoren von ZD eine optimistische Haltung ein. Das von ihnen entwickelte Konzept ist zugleich die Vision eines ökologisch wie ökonomisch zukunftsfähigen Deutschlands. Während von anderen Akteuren nationale Alleingänge in einer von globaler Konkurrenz geprägten Wirtschaft kritisch gegenüber stehen, wird hier konsequent die Position eines - notfalls auch alleine zu praktizierenden - verantwortlichen Handelns vertreten. Die Wuppertal-Studie geht dabei davon aus, dass es zwar zu ökonomischen Umstrukturierungen kommen könne, dass sich aber keine grundsätzlichen Standortnachteile ergäben. Mit der Umstrukturierung wird vielmehr die Erwartung verknüpft, "dass eine Dematerialisierung der deutschen Wirtschaft eine Gegenbewegung zu dieser fortgesetzten Globalisierung auslösen " (ebd. 365) und die Teile der Wirtschaft stärken wird, die dem internationalen Wettbewerb nicht unterliegen. Es wird zwar eingeräumt, dass bestimmte Industriezweige in Schwierigkeiten geraten könnten, das sei aber nicht zu vermeiden: "Falls bestimmte Industrien von ökologischen Steueränderungen besonders betroffen werden, sind es gerade die nicht mehr zukunftsfähigen Industrien. Sie von Steuern zum Beispiel auf Energie zu entlasten (mit dem Argument des internationalen Wettbewerbs) ist so wenig sinnvoll, wie es die Subventionen für sterbende Branchen sind, die lange Zeit den Strukturwandel verlangsamt haben" (ebd. 377). Diese Verluste an Marktanteilen und Arbeitsplätzen werden - so die Hoffnung - durch Gewinne in anderen Branchen ausgeglichen. "Die neuen Stärken der deutschen Wirtschaft werden nur zu einem geringen Teil materielle Produkte umfassen, zu einem größeren Teil jedoch immaterielle Güter, geistiges Eigentum und Beratungsleistungen." (Ebd. 366)

In der Studie wird so das Bild einer sukzessiven Umkehr der wirtschaftlichen Globalisierungstendenzen entworfen, ohne aber die Struktur der Weltwirtschaft selbst infrage zu stellen. Die Veränderungen sollen mittels einer ökologischen Steuerreform und des veränderten Verhaltens der Akteure erreicht werden. Auch in der Frage der Möglichkeit eines weiteren Wirtschaftswachstums beziehen die Autoren der Studie nicht eindeutig Stellung. Sie lehnen einen Wachstumsstopp als Mittel ökologischer Politik ab, gehen aber davon aus, dass "eine Reduzierung der Stoffströme langfristig eine Beschränkung des Wirtschaftswachstums zur Folge haben" (ebd. 372) wird. Die Studie ist somit nur bis zu einem bestimmten Grade, aber nicht grundsätzlich kapitalismuskritisch. Die vorgeschlagenen Handlungsstrategien zielen im wesentlichen auf eine Reform bestimmter Strukturprinzipien der kapitalistischen Ökonomie, auf ökologische Modernisierung der Wirtschaft - die Preise müssen die ökologischen Wahrheit sagen - sowie auf deren Regionalisierung.

Im Vergleich zum Gutachten des SRU und zum Bericht der Enquete-Kommission zeigen sich deutliche Unterschiede. Letztere setzen die Einbindung der deutschen Wirtschaft in den globalen Markt auch für die Zukunft voraus. Ökologisch motivierte Eingriffe in die Ökonomie und nationale Alleingänge, die die internationale Konkurrenzfähigkeit bestimmter Branchen und die damit verknüpften Arbeitsplätze gefährden könnten, werden abgelehnt. Insbesondere bei der Enquete-Kommission stellt die Ökonomieverträglichkeit ein gleichwertiges oder gar übergeordnetes Kriterium gegenüber dem Ziel der Umweltverträglichkeit dar. Maßnahmen, die einen grundlegenden Strukturwandel zur Folge hätten, werden nicht gefordert.

In der Studie ZD wird hingegen Umweltverträglichkeit absolut gesetzt. Die hierfür als notwendig erachteten Veränderungen der Wirtschaft werden ungeachtet der damit verbundenen Risiken im nationalen Alleingang gefordert; optimistisch wird auf eine langfristige Vereinbarkeit von Ökonomie- und Umweltverträglichkeit gesetzt. Unmittelbare Verwerfungen in bestimmten Branchen werden jedoch als unverzichtbar angesehen. Die mit dem Wandel verbundene Entwertung bestimmter beruflicher Qualifikationen und die drohende Arbeitslosigkeit der in den "nicht zukunftsfähigen Industrien" Beschäftigten spielt in den Überlegungen keine Rolle.

Gemeinsam ist jedoch den drei Handlungskonzepten trotz aller Unterschiede, dass das marktwirtschaftliche Modell nicht infrage gestellt und mit dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung als vereinbar angesehen wird.

Das Kriterium der Sozialverträglichkeit

Im Kapitel "Soziale Fairneß" wird auf die Zukunft der Arbeitswelt in einer zukunftsfähigen Gesellschaft eingegangen. Wie bereits erwähnt, spielen die unmittelbaren Folgen der geforderten wirtschaftlichen Umbaumaßnahmen für die Beschäftigten in den nicht-zukunftsfähigen Branchen keine Rolle. Diskutiert werden auch nicht die sozialen Folgen einer Erhöhung der Güterpreise durch die Verteuerung des Naturverbrauchs. Behandelt wird vor allem die Frage der Zukunft der Arbeit in einer sich globalisierenden Wirtschaft. Die Studie ZD geht davon aus, dass aufgrund der gewaltigen Produktivitätssteigerung sowie der hohen Lohnkosten in westlichen Industrieländern die Verlagerung der industriellen Produktion in Billiglohnländer unvermeidbar ist; das bisherige Vollbeschäftigungsarrangement gehöre der Vergangenheit an (ebd. 353). Diskutiert werden deshalb keine Strategien zum Erhalt, sondern Alternativen zur herkömmlichen Erwerbsgesellschaft. Neben der ökologischen Steuerreform, die durch eine Verbilligung der Arbeit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen soll und der Flexibilisierung der Arbeit, die Chancen für eine neue Zeitsouveränität bietet, wird auf einen zweiten Arbeitsmarkt außerhalb des weltmarktorientierten Hochlohnsektors gesetzt (ebd. 356). Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit sollten gefördert und die lokale Sphäre der Eigen- oder Reproduktionsarbeit verstärkt werden.

Die sich verschärfende soziale Frage wird von den Autoren nicht als Frage der Verteilung knapper finanzieller Ressourcen gesehen. Den beiden, gegenwärtig dominierenden, gegen-

sätzlichen Positionen in der Debatte über die Zukunft des Sozialstaats wird eine Absage erteilt:

"In der öffentlichen Debatte fordern die einen eine Begrenzung, ja sogar eine Trendwende bei der sozialen Sicherung. Nur so lasse sich die Wettbewerbsfähigkeit erhalten und verbessern. Sie wollen Ballast abwerfen und argumentieren in Richtung eines Abbaus des Wohlfahrtsstaates. Die anderen machen geltend, die Gesellschaft dürfe nicht an den Alten und Armen sparen und plädieren zumindest für den Status quo oder sogar für einen Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen. Beide Positionen reduzieren die Frage nach dem Sozialen und der sozialen Sicherung auf ihre finanzielle Dimension." (Ebd. 358).

Dieser Debatte wird in ZD das Modell der Mehrung des "sozialen Kapitals", der Stärkung von zivilen Solidargemeinschaften, von Nachbarschafts- und Selbsthilfegruppen, von Netzwerken selbstorganisierter, kollektiver Dienstleistungen im Rahmen aktiver Gemeinden gegenübergestellt. Auch hier gewinnt somit die immaterielle, soziale Dimension eine zentrale Bedeutung. Die von der traditionellen Linken vertretene Utopie von Solidarität und gerechter Einkommensverteilung *innerhalb* der Erwerbsgesellschaft, wird durch eine Utopie gesellschaftlicher Solidarität *jenseits* dieses Bereichs abgelöst. Mehrung des sozialen Kapitals und zivilgesellschaftliche Solidarität wird so zur Alternative, die das in der neuen sozialen Frage liegende Sprengpotential entschärfen soll.

Auch hier finden sich wieder Anklänge an gegenmoderne, egalitäre Utopien. Die Autoren der Studie ZD setzen sich aber von dem Mythos ab, dass sich "sämtliche Mißstände der Gesellschaft auf Anonymität, Entfremdung und Kälte zurückführen lassen" (ebd. 359) und plädieren nicht für die völlige Aufgabe des Sozialstaats. Beschworen wird vielmehr die zivilgesellschaftliche Solidargemeinschaft als Ergänzung zum Sozialstaat und zur erwerbsgesellschaftlichen Absicherung. Damit wird die Studie aber - je nach thematischer Stoßrichtung und Handlungsebene - auch an christliche oder wertkonservative Positionen Anschlussfähig. Die grundlegende "immaterielle Orientierung" führt zum einen zu Forderungen, die in deutlichem Gegensatz zu Positionen der Industrie und konservativer Parteien stehen. Im Bereich des Sozialen macht hingegen die Propagierung immaterieller sozialer Werte und die damit verbundene Entschärfung der Verteilungsfrage die Studie Anschlussfähig an wertkonservative Positionen. Dies wird insbesondere an einer Passage des Leitbilds "Gut leben statt viel Haben" deutlich:

"Der Arme muss sich keine Gedanken darüber machen, ob er lieber Trompetenunterricht nehmen oder Drachenfliegen soll; der Reiche indessen ist dauernd gehalten, seine Absichten zu befragen und sein Selbst zu modellieren. Seine Befriedigung hängt von einem Akt der Selbstreflexion, von einem inneren Kompaß, und nicht einfach von der äußeren Ausrüstung ab - eine Situation, die leicht zum Überdruß am Überfluß führt." (Ebd. 216)

Die Autoren stellen - trotz des generell vertretenen Prinzips globaler Verteilungsgerechtigkeit - gerade nicht die Frage der gerechten Verteilung materieller Güter, sondern entschär-

fen diese durch die Propagierung immaterieller Werte. Die Studie ZD läuft damit Gefahr, unter ökologischem Vorzeichen eine ideologische Funktion wahrzunehmen, die - so zumindest der Vorwurf von Seiten der Linken - traditionell von der Kirche übernommen wurde: die Problematik der ungleichen Verteilung durch den Verweis auf die Vorrangigkeit immaterieller Werte zu legitimieren.

Im Vergleich zum Bericht der Enquete-Kommission werden so deutliche Unterschiede erkennbar. Im Bericht "Die Industriegesellschaft gestalten" wurde die Bewahrung des bestehenden sozialstaatlichen Modells der Bundesrepublik Deutschland als wesentliches Ziel der „sozialen Säule“ von Nachhaltigkeit formuliert und größere Verteilungsgerechtigkeit auch innerhalb von Deutschland eingefordert. Alternative Modelle des Umgangs mit sozialen Fragen werden von der Enquete-Kommission dagegen nicht diskutiert. Die bestehende Struktur materieller Bedürfnisse wird als legitim und deren Befriedigung auch in Zukunft als wünschenswert erachtet.

Im Gutachten des SRU wird zwar auf abstrakter Ebene, neben Individual- und Umweltverträglichkeit, auch Sozialverträglichkeit eingefordert; im Konkreten besitzt sie gegenüber dem übergeordneten Ziel der Umweltverträglichkeit jedoch nur eine zweitrangige Bedeutung. Am Beispiel von Mobilität zeigt sich, dass Sozialverträglichkeit vor allem im Sinne einer Akzeptanz der Folgen ökologisch notwendiger Maßnahmen verstanden wird. Im Gutachten wird weder die Bewahrung des gegenwärtigen Sozialstaatsmodell gefordert, noch neue Konzepte der sozialen Sicherung diskutiert. Aufgrund der Priorität des Prinzips der Umweltverträglichkeit und der ethisch begründeten Forderung nach einer verantwortungsvollen Selbstbegrenzung des materiellen Konsums zugunsten von Um- und Mitwelt weist das Umweltgutachten jedoch eine größere Nähe zur Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" auf.

6.7 Handlungskonzepte der Studie am Beispiel Land- und Forstwirtschaft

In den Leitbildern werden der negativ bewerteten Gegenwart Zukunftsvisionen gegenübergestellt. Damit ist die Frage, wie gegenwärtige Entwicklungstrends in diese Richtung umgesteuert werden können, noch nicht beantwortet. Entsprechende Handlungsstrategien setzen in der Studie zum einen auf struktureller, zum anderen auf individueller Ebene an.

Als Strategien für eine Veränderung der strukturellen Rahmenbedingungen wird der Abbau von Subventionen (z.B. der Kohlesubventionen), die Durchführung einer ökologischen Steuerreform und die Etablierung von Haftungsregelungen bei risikoträchtigen Aktivitäten (z.B. der Nutzung der Atomenergie) für notwendig erachtet. Im Zentrum steht der vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) übernommene Vorschlag einer ökologischen Steuerreform im Energiebereich. Danach soll Energie verteuert und mit dem erhöhten Steueraufkommen der Faktor Arbeit verbilligt werden, um so nicht nur die Umwelt zu schützen, sondern zugleich Arbeitsplätze zu schaffen (vgl. 187). Durch die Steuerreform soll die geforderte Effizienzrevolution im Energiebereich und bei der Ressourcennutzung vorangetrieben

werden. Diese Reformen können, so die Argumentation, auch im nationalen Alleingang durchgeführt werden.

Die Autoren der Wuppertal-Studie setzen zugleich auf eine freiwillige Verantwortungsübernahme. Von der Industrie wird eine Veränderung ihres Selbstverständnis gefordert (ebd. 301) und das Bild des "grünen Unternehmens" (ebd. 197) entworfen, das umweltverträglichere Produkte mit weniger Materialaufwand herstellt. Als ebenso wichtig gilt aber auch die Veränderung des Konsumentenverhaltens. Beide Strategien, sowohl die Veränderung der Rahmenbedingungen als auch ein neues Ethos des individuell verantwortlichen, selbstbegrenzten, „guten Leben“ erscheinen den Autoren der Studie ZD als notwendig, um ein effektives Umsteuern zu erreichen.

Das lässt sich anhand der geforderten Maßnahmen zum Umbau der Land- und Forstwirtschaft gut demonstrieren. Neben den Maßnahmen zur Vermeidung eines Klimawandels und zur Erhöhung der Ressourceneffizienz besitzt diese agrarpolitische Thematik einen besonders hohen Stellenwert in der Studie.

Anzustreben ist aus Sicht der Autoren "eine flächendeckend extensive Bewirtschaftung und der Schutz beziehungsweise die Renaturierung sensibler, natürlicher und naturnaher Ökosysteme", eine "Umstellung auf ökologischen Landbau und naturnahen Waldbau" (ebd. 78). Ziel ist eine Umstellung "von der linearen Intensivproduktion zu organischen Kreisläufen" (245 ff). Für den Bereich der Landwirtschaft fordern die Autoren eine "grundlegende Neuorientierung der agrarpolitischen Rahmenbedingungen", einen Abbau von Subventionen und Dirigismus, und "eine Marktpolitik, in der die Preise die ökonomische und ökologische Wahrheit sagen" (ebd. 315). Neben diesen strukturellen Veränderungen wird auch auf ein verändertes Verhalten der Konsumenten gesetzt, die so den Wandel über ihre Nachfrage in Gang setzten (vgl. 250). In beiden Fällen ergibt sich die Problematik des geringeren Nahrungsmittel-, insbesondere eines geringeren Fleischangebots und erhöhter Fleischpreise. Bei konstantem Einkommen ist so Verzicht die Konsequenz. Um diesen in der Regel negativ bewerteten Verzicht schmackhaft zu machen, wird das Verzichtsszenario zu einer positiven Utopie des besseren Lebens umgedeutet:

"Die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft setzt ein verändertes, gesünderes Ernährungsverhalten der deutschen Bevölkerung voraus. Insbesondere der überhöhte und dadurch in vielen Fällen gesundheitsgefährdende Fleischkonsum wäre auf ein Viertel oder ein Fünftel zu reduzieren. Eine gesunde, ausgewogene Ernährung mit mehr Obst, Gemüse, Getreide und Hülsenfrüchten ersetzt die heutige Überversorgung mit Eiweiß, mit Fett und mit Energie. Aufgrund des gewachsenen Gesundheitsbedürfnisses der Bevölkerung sollte die saisongerechte Versorgung mit frischen Produkten aus der Region eine immer wichtigere Rolle spielen. Eine gesunde Ernährung ergänzt sich so auf das Vorteilhafteste mit dem ökologischen Landbau und einer regionalen Vermarktung. Eine ausgewogene Ernährung mit weniger aufwendig verarbeiteten Produkten aus ökologischem Anbau, mit niedrigerem Fleischanteil und geringerem Transportaufwand muss keineswegs teurer sein als die heutige Ernährungsweise. Obwohl die Preise für Produkte aus alternativer Erzeugung deutlich höher sind als für konventionelle Produkte, geben Bio-Haushalte wegen ihrer anderen Verbrauchsstruktur weniger Geld für die Ernährung aus als konventionelle Haushalte". (Ebd. 315)

Hier werden grundsätzliche argumentative Muster deutlich. Die aus der ökologischen und sozialen Verantwortung für die Menschheit abgeleiteten Verzichtforderungen werden, unter Verweis auf den Nutzen für die Gesundheit, in einen individuellen Gewinn umdefiniert. Ökologische Landwirtschaft schont nicht nur die Böden für die zukünftige Generationen, regionale Landwirtschaft reduziert nicht nur den Verbrauch von Ressourcen - sie dient auch der Gesundheit und ist daher vernünftig. Durch diese Umwertung verlieren die mit dem ökologischen Umbau der Landwirtschaft verbundenen sozialen Folgeprobleme an Relevanz. Das moralisch richtige Verhalten wird von der Frage ungleicher ökonomischer Belastungen abgekoppelt. Der fleischlosere Konsum ist nicht nur der bessere und deshalb die Verteuerung des Fleisches auch zu verantworten. Der Konsum sollte insgesamt, einkommensneutral, auf ein anderes, umweltverträglicheres Muster umgestellt werden.

In dieser Begründung spielen biozentrische Argumente, wie z.B. die Achtung vor der Kreatur, die ansonsten für vegetarische Bewegungen eine große Bedeutung besitzen, keine Rolle. Dies ist vermutlich aber nur dem spezifischen Argumentationskontext geschuldet; die tieferliegenden Argumentationsmuster bleiben die gleichen. Verzicht auf Fleisch hat für die Autoren der Wuppertal-Studie eine Eigenwertigkeit jenseits der Nachhaltigkeitsethik. Die Hinwendung zu 'reineren' ökologischen Produkten stellt für sie keinen Verzicht dar, sondern ist konstitutiver Bestandteil der skizzierten Vision "guten Lebens". Das zugrundeliegende Deutungsmuster kann als eine säkularisierte Form des religiös-rituellen "Reinheits"-Gedankens angesehen werden (vgl. Douglas 1974, Eder 1988).

Jede Form der Landwirtschaft, bei der der Mensch durch Verwendung 'künstlich' hergestellter Mittel wie chemischer Dünger und Pestizide in die Natur eingreift, wird als 'unnatürlich' bewertet. Eingriffe des Menschen in Natur sind deshalb soweit als möglich zu reduzieren. Das hier zugrundeliegende Verständnis des Mensch-Natur-Verhältnisses sieht durch die industrielle Naturnutzung sowohl die 'Reinheit' der äußeren als auch der inneren Natur des Menschen, seine geistig-immaterielle Bestimmung, gefährdet. Ein bestimmtes Maß an Naturaneignung ist zwar Voraussetzung menschlicher Reproduktion. Dies soll aber primär durch die Erzeugung und Nutzung pflanzlicher Nahrung geschehen. Diese Forderung wird zwar mit 'rationalen' Argumenten des Gesundheits- und Ressourcenschutzes begründet. Hintergründig strukturiert aber der durch das Gegensatzpaar 'fleischlich' vs. 'pflanzlich' aufge-spannte symbolische Verweisungszusammenhang die Argumentation zum ökologischen Umbau der Landwirtschaft. Fleischkonsum erfordert den "gewaltsamen" Eingriff in Natur, die Beendigung von Leben. Er bedeutet zugleich die Einverleibung von tierischer Nahrung und damit die Gestaltung des körperlichen Selbst aus tierischer Natur. In religiösen und vegetarischen Glaubenssystemen wurde diese Form der Naturaneignung mit der Aktivierung der animalischen Natur des Menschen, seinen 'niederen' sexuellen und materialistischen Bedürfnissen in Verbindung gebracht (vgl. Teuteberg/Barlösius 1997). Umgekehrt wurde die Einverleibung der pflanzlichen Natur als eine friedlichere, 'natürlichere', der geistig-immateriellen Entfaltung des Menschen förderliche Ernährungsweise betrachtet. Pflanzliche Nahrung ist Symbol für ein Mensch-Natur-Verhältnis, das nicht durch praktische Veränderung, sondern durch Bewahrung und kontemplative Anschauung bestimmt ist. In der Studie ZD tauchen sol-

che Argumentationsfiguren zwar nicht explizit auf. Die gesamte, die Studie durchziehende Grundhaltung - so z.B. die Wahrnehmung des Baus von Eisenbahnen als "Durchstechen" von Natur - lässt die aktive Veränderung von Natur aber als widernatürlich, dem eigentlichen Wesen des Menschen widersprechend, erscheinen.

Als Vorbild für eine ökologische Landwirtschaft werden in der Studie ZD die Hermannsdorfer Landwerkstätten des ehemaligen Fleischwarenfabrikanten Schweisfurth angesehen.

"Er verkaufte seine Unternehmen und begann in der Nähe von München einen ökologischen Musterbetrieb mit eigener Verarbeitung und Vermarktung aufzubauen - die Hermannsdorfer Landwerkstätten. Zum Betrieb gehören eine Bäckerei, eine Brauerei, eine Käserei, eine Metzgerei, ein Hofladen und ein Bistro mit Biergarten sowie drei Läden im Zentrum Münchens. Hinzu kommen noch Betriebswohnungen für ein Drittel der etwa 60 Angestellten und ein eigener Kindergarten. Arbeit und Wohnen werden am selben Ort möglich gemacht. Für Kinder entsteht eine natürliche Spiel- und Erfahrungswelt, in der sie zugleich die Arbeitswelt ihrer Eltern erleben." (Ebd. 246)

Hier wandelt sich nicht nur ein Kapitalist vom Saulus zum Paulus, gibt die großindustrielle Produktion auf und kehrt zu einer naturgemäßerer Anbaumethode zurück. Auch die für die Industriegesellschaft übliche räumliche Trennung von Leben und Arbeit wird aufgehoben und die vorindustrielle – vielleicht aber auch wieder für neue, informationsgesellschaftliche Arbeitsformen mögliche (vgl. Hans-Böckler-Stiftung 2000a) – Einheit von Familie, Leben und Arbeit zurückgewonnen.

7. Die Debatte um die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“

„Zukunftsfähiges Deutschland“ war ein bewusst provokatives Dokument mit dem Ziel der Anregung einer öffentlichen Debatte um nachhaltige Entwicklung. Da wir bei Antragstellung erwarteten, dass die Studie den bislang auf eine fachspezifische Öffentlichkeit beschränkten SD-Diskurs zu einer breiteren, kontroversen Diskussion über Nachhaltigkeit ausweiten würde, hatten wir eine Analyse der Medienresonanz der Wuppertal-Studie geplant. Wir gingen darüber hinaus von der Erwartung aus, dass die Studie Polarisierungen hervorrufen würde, die die konfligierenden Rahmungen der Debatte über nachhaltige Entwicklung in Deutschland sichtbarer werden lassen könnte. Diese beiden Erwartungen wurden nur zum Teil erfüllt. Die Studie wurde in den Medien zwar wahrgenommen; es entwickelte sich darüber aber keine intensivere öffentliche Debatte. Die ausgewerteten Pressedokumente machen gleichwohl die Spannbreite der Kritik an der Studie sichtbar.

Eine heftigere, kontroverse Diskussion entspann sich eher in Fachzeitschriften und Eigenpublikationen gesellschaftlicher Organisationen und Verbände. Wir wollen uns hier auf die Kommentierung der Studie durch den Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen (BUKO) und die Bauernverbände beschränken. Die Kritik von Regierung, Gewerkschaft und Wirtschaftsverbänden an der Wuppertal-Studie kommt im Rahmen der Darstellung und Analyse ihrer eigenen Konzepte zu nachhaltiger Entwicklung zur Sprache (vgl. Kap. 9 und 10).

7.1 Medienresonanz der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“

Grundlage der Medienauswertung waren eine von einem Presserecherchedienst durchgeführte, 113 Artikel umfassende Sammlung von Presseberichten, in denen die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" erwähnt wurde. Die uns von den BUND & Misereor zur Verfügung gestellte Pressedokumentation basiert auf einer systematischen Durchsicht aller deutschen Tages- und einiger Wochenzeitungen vom 23.10.95-29.1.1996 sowie von Kommentaren in Fachzeitschriften zu Umwelt- und Entwicklungsfragen.²⁰

In etwa der Hälfte der Berichte wurde die Studie nur am Rande erwähnt; diese wurden nicht weiter ausgewertet. Alle anderen Artikel wurden danach untersucht, welche Elemente der Studie rezipiert bzw. welche Teile nicht wahrgenommen wurden. Unser besonderes Interesse richtete sich auf die Frage, inwieweit das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, die Verantwortung für zukünftige Generationen und die Nord-Süd-Problematik Erwähnung fanden, um so die Annahme der Verbreitung des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung durch die Veröffentlichung Studie zu überprüfen. Darüber hinaus wurde ausgewertet, welche Elemente

²⁰ Dieser Zeitraum wurde gewählt, da die Studie am 23.10.95 öffentlich vorgestellt wurde, Reaktionen darauf deshalb eher im unmittelbaren zeitlichen Umfeld zu erwarten waren.

der in der Studie entwickelten Deutungen von nachhaltiger Entwicklung wahrgenommen wurden.

Im folgenden wird die Rezeption der Studie in dem 72 Artikel umfassenden Sample von Medientexten, die nach der öffentlichen Präsentation der Studie am 23.10.95 erschienen sind, dargestellt. Analytisch lassen sich die untersuchten Presstexte danach unterscheiden, ob sie die Ergebnisse der Studie - wie selektiv auch immer - nur darstellen oder (auch) kritisch kommentieren:

1. In der Mehrzahl der Artikel in den Tages- und Wochenzeitungen wird im Anschluss an die öffentliche Präsentation über die Studie berichtet, ohne dass eine explizite Kommentierung erfolgt. 64 der 72 Artikel in der Pressedokumentation 1 (bis 14.11.96) gehören zu dieser Kategorie. Die Auswertung dieses Samples gibt Aufschlüsse über die Resonanzfähigkeit der unterschiedlichen Themen und Rahmungen der Studie.
2. Davon zu unterscheiden sind Texte, in denen keine Darstellung, sondern eine kritische Kommentierung der Studie erfolgte. Texte dieser Art wurden in der Regel von Autoren verfasst, die in den SD-Diskurs involviert sind und mehrheitlich in Fachzeitschriften veröffentlichten. Diese Artikel wurden einer intensiveren, qualitativ-hermeneutischen Interpretation unterzogen. Ergänzend wurden hier auch einige der wenigen Kommentierungen in den Tageszeitungen herangezogen.

Ein erster, die Rezeption der Studie bestimmender Filter war die zur Verfügung stehende Informationsgrundlage. Während sich ein Teil der Berichtersteller auf die Studie selbst und auf Interviews mit Beteiligten und Pressekonferenzen stützte, standen anderen nur Texte der Pressedienste AP, ADN und vor allem DPA zur Verfügung. Diese auf Presseinformationsdiensten beruhenden Artikel sind weitgehend identisch. Dennoch lässt die jeweils vorgenommene Selektion Schlussfolgerungen über die Resonanzfähigkeit bestimmter Inhalte zu.

In den Pressemitteilungen und Vorträgen der Auftraggeber und Autoren der Studie sowie im Bericht selbst wurde explizit neben der ökologischen auf die Nord-Süd-Problematik verwiesen und der Versuch unternommen, den unter dem Motto "Gut leben statt viel haben" propagierten „zukunftsfähigen“ Lebensstil vom Askeseverdacht zu befreien. Das generelle Leitbild nachhaltige Entwicklung stand dagegen nicht im Zentrum. Es wurde vielmehr meist, um den Aspekt der Entwicklung gekürzt, als "Zukunftsfähigkeit" wiedergegeben. Häufiger wurden einzelne Leitbilder - wie zum Beispiel "Rechtes Maß für Raum und Zeit" - dargestellt. Nur in 10 von 64 ausgewerteten Presseberichten wurde das Leitbild nachhaltige/dauerhafte/zukunftsfähige Entwicklung explizit erwähnt. Zur Vermittlung des allgemeinen Leitbilds nachhaltiger Entwicklung hat die Studie damit sicher nur bedingt beigetragen.

Wichtigster Bezugspunkt für diese Berichte war die DPA-Meldung vom 23.10.95, deren Überschrift "Die Deutschen müssen genügsam werden" und die Nennung der "Ethik der Genügsamkeit" dazu beitragen, dass mit "Genügsamkeit" ein Begriff die öffentliche Rezeption bestimmte, der in der Studie nicht zu finden ist und der Rede des (damaligen) BUND-Vorsitzenden Weinzierl auf der Pressekonferenz entstammte. Erwähnung fanden ferner Berechnungen zur Senkung des Rohstoff- und Energieverbrauchs und das Leitbild der "Entschleunigung", während die anderen Leitbilder unberücksichtigt blieben. Aus der Rede der (damaligen) stellvertretenden BUND-Vorsitzenden Angelika Zarndt wurde die Forderung

zur Abkehr vom herkömmlichen Beschäftigungsmodell und zur Hinwendung zu bescheideneren, aber qualitativ höherwertigen Lebensstilen übernommen. Die Propagierung des Car-Sharings führte zur Interpretation, dass "in der Studie (...) auch das Eigentum am eigenen Auto infrage gestellt (wird)". Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung fand keinerlei Erwähnung, zitiert wurde jedoch die Maxime, nachfolgenden Generationen eine intakte Natur hinterlassen zu müssen. Die Nord-Süd-Problematik wurde nicht erwähnt, die Frage intragenerativer Gerechtigkeit nur mit der Maxime des gleichen Rechts für alle auf eine intakte Umwelt angesprochen.

35 der 64 ausgewerteten Artikel stellten eine - mit Ausnahme der stets genannten Reduktionsziele - gekürzte Wiedergabe dieses DPA-Textes dar. Die bereits selektive Darstellung der DPA wurde dabei nochmals selektiv rezipiert. Dabei zeigte die Auswertung,

- dass fast durchgehend das Leitbild der Genügsamkeit (34) sowie die Beschäftigungs- (33) und die Eigentumsfrage (30) erwähnt wurden. Aufgegriffen wurden damit vor allem jene Inhalte der DPA-Meldung, die einen Bezug zu alltagspraktischen Problemen des (gefährdeten) industriellen Wohlstandsmodells hatten;
- dass dagegen die Forderung nach Entschleunigung (21), die Verantwortung für künftige Generationen (21) und das gleiche Recht auf eine intakte Umwelt (19) nur bedingt wahrgenommen wurden. Während das Bild einer „entschleunigten Gesellschaft“ zu weit entfernt von der Realität des beschleunigten Alltags und von den lebensstilspezifischen Mobilitätsbedürfnissen eines Großteil der Gesellschaft sein dürfte, um breitere Resonanz zu finden, sind die normativen Forderungen wohl zu allgemein und auf diesem Abstraktionsniveau zu wenig umstritten, um besondere Aufmerksamkeit zu erwecken.

Eine Übersicht über das gesamte Sample weist ähnliche Tendenzen auf. Es zeigte sich, dass Reduktionsziele (62 von 64) und Inhalte des Leitbilds "Gut leben statt viel haben" (44) häufig rezipiert wurden. Das in dem Leitbild "Marktagenda" vorgeschlagene Wirtschaftsmodell (21), Nord-Süd-Aspekte (13), das Umweltraumkonzept (3), das Modell einer Restrukturierung von Stadt und Land (8) sowie die anvisierte Veränderung der Infrastruktur (3) wurden dagegen tendenziell ausgeblendet. Auch das Prinzip der Verantwortung für zukünftige Generationen (38) fand nur bedingte Resonanz.

Aus diesen Ergebnissen lassen sich folgende Schlüsse ziehen: *Vermittelbar scheinen vor allem die Punkte zu sein, die eindeutig an das tradierte Ziel des Umweltschutzes anknüpfen. Für die Massenmedien von Interesse sind zudem jene Aspekte der Wuppertal-Studie, die einen klaren, wenn auch z.T. provokativen Bezug zum Alltag des Einzelnen besitzen. Dagegen werden das Leitbild der nachhaltigen bzw. zukunftsfähigen Entwicklung selbst, die Fragen der Verantwortung für künftige Generationen und die Nord-Süd-Problematik tendenziell vernachlässigt.* Die mit der SD-Debatte verknüpfte Neurahmung der Umweltschutzthematik, ihre integrative Verknüpfung mit den sozialen und ökonomischen Erfordernissen einer dauerhaften, global gerechten Entwicklung, wurde damit nicht vermittelt. Dies muss nicht bedeuten, dass das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung nicht an bestehende Wertorientierungen anschließen könnte, wohl aber, dass seine Verbreitung im öffentlichen Diskurs eine spezifische Vermittlungsarbeit erfordert. Das Ziel der Autoren, die Vision des „zukunftsfähigen

Deutschlands“ als Alternative zum ökonomisch dominierten Zukunfts- und Innovationsdiskurs in der öffentlichen Debatte zu etablieren, wurde so nur teilweise erreicht.

Genauere qualitative Aufschlüsse über die Art der Rahmungen, die die Rezeption der Studie ZD in der Öffentlichkeit prägen, vermittelt die Analyse von Zeitungskommentaren und Berichten in Fachzeitschriften. Die hier auf der Grundlage der Pressedokumentare rekonstruierten Argumentationsmuster geben keinen Aufschluss über deren Repräsentativität und darüber, ob nicht daneben auch andere Muster existieren. Es scheint jedoch, als ob es sich hierbei um typische, konkurrierende Rahmungen der zur Debatte stehenden Probleme und Handlungsentwürfe handelt.

7.2 Kritik von rechts: „Wir wollen Herr über unser eigenes Sach’ bleiben“

In einer Glosse der *Augsburger Allgemeinen* vom 24.10.95 nimmt der "volksnahe", nur mit dem Namen "Bonifaz" bezeichnete Autor unter dem Titel "Bloß nicht zur Tugend zwingen" (S. 2) kritisch zur Studie bzw. zum Bericht über die Studie Stellung. Im Gegensatz zur sachlichen Berichterstattung ist diese Glosse bewusst pointiert geschrieben und humoristisch überzeichnet. Sie eignet sich für eine detaillierte Auswertung, da in ihr die - bei einem Teil der Bevölkerung - durch die Wuppertaler Studie hervorgerufenen Assoziationen und Ängste deutlich zum Ausdruck kommen.

"Bloß nicht zur Tugend zwingen" lautet die Überschrift der Glosse, denn - so der Autor "Genügsamkeit ist eine Tugend. Aber bloß wenn man freiwillig genügsam ist. Wenn man dazu gezwungen wird, ist es nämlich eine Einschränkung". Der Kommentator verbindet mit dem Entwurf „Zukunftsfähiges Deutschland“ keine positive Utopie, sondern sieht damit die Gefahr der Kontrolle und des Zwangs verbunden. Entgegen den Intentionen der Studie, der Aufforderung zu einem maßvolleren Konsum durch die Beschreibung der Vorteile eines auf immaterielle Werte ausgerichteten neuen Wohlstandsmodells Akzeptanz zu verschaffen, wird die Kritik des gegenwärtigen Wohlstandsmodells als Absage an jeglichen Wohlstand verstanden.

"Der BUND (...) und (...) Misereor haben jetzt einen neuen Ethik-Katalog aufstellen lassen, da wird gesagt, dass es ein Gebot der Stunde ist, genügsam zu sein und dem Wohlstand ade zu sagen."

Hervorgerufen wird durch die Studie das Gefühl einer prinzipiellen Bedrohung des individuellen Eigentums. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, dass zu den in der Studie vorgeschlagenen Sharing-Gütern weitere hinzugefügt werden; so der dort nicht erwähnte gemeinsam genutzte Kühlschrank.²¹

²¹ In der *Augsburger Allgemeinen* wurde am Folgetag die Debatte um die Studie ZD in einem kurzen Artikel über den Kühlschrank fortgesetzt. Die Autorin, die sich Car-Sharing durchaus noch vorstellen kann, beschreibt die Unmöglichkeit eines geteilten Kühlschranks: "Die Zukunftsforscher haben schlicht vergessen, sich das Innenleben eines gemeinsam genutzten Kühlschranks einmal genauer anzusehen. Das sieht meist ganz, ganz traurig aus. Öffnen Sie die Tür. Was sehen Sie? Erst einmal eine dicke Eisschicht, vermutlich. 'Der gehört auch mal wieder

"Der Bonifaz wird immer mißtrauisch, wenn eifrige Naturapostel und eifernde Apostelnachfolger den Zeigefinger heben und ihm predigen, was er für eine Moral haben muss. Jetzt soll er nicht bloß sein Auto mit anderen teilen, sondern auch den Kühlschrank, die Waschmaschine, die Ski-ausrüstung, das Fahrrad und den Rasierapparat womöglich auch noch."

Evoziert wird die Vorstellung, die Umsetzung der Studie gehe mit einer moralisch begründeten, diktatorischen Verfügungsgewalt über die eigenen, privaten Dinge des Alltags einher.

"Das wäre ja noch schöner, wenn man jetzt nimmer Herr über sein eigenes Sach´ sein darf. (...) Die Frau Nachbarin läutet an der Haustür und fordert die Herausgabe von einem Staubsauger, der elektrischen Zahnbürste und der Kaffeemaschine. Wahrscheinlich hat sie sogar einen Ausweis dabei, auf dem man lesen kann, dass man die Geräte aus Gründen der ethischen Genügsamkeit unverzüglich hergeben muss und jede Weigerung moralrechtliche Schritte nach sich ziehen wird. Links- und Rechtsunterzeichner des Abgabebefehls sind bestimmt ein BUND-Generalbevollmächtigter und ein hochdekorierter Misereor-Würdenträger."

Abgelehnt wird diese Konzeption nicht allein aufgrund der Bedrohung von Freiheit und Eigentum; sie widerspricht auch den eigenen Gerechtigkeitsvorstellungen:

"Wenn alles, was die meiste Zeit nutzlos herumsteht, der besseren Nutzungsintensität wegen Gemeingut werden soll, haut er sich ganz schnell auf die Seite der Habenichtse und Tagediebe. Wenn das nämlich so ist, braucht man selber gar nix mehr."

Die Wortwahl macht deutlich: Eine Welt, in der Tagediebe das gleiche nutzen können wie jene, die etwas geleistet haben, und Habenichtse das nutzen, was andere sich als Besitz erworben haben, ist für "Bonifaz" nicht mehr gerecht. Eingeordnet wird die Studie deshalb in das tradierte Ordnungsschema des Ost-West-Gegensatzes. "Zukunftsfähiges Deutschland" wird als kommunistisch-planwirtschaftlicher Anschlag auf das Privateigentum wahrgenommen:

"Sie meinen, das sei nicht in Ordnung? Das sei so wie 'Dein ist mein' oder wie im Kommunismus seinerzeit? Bayern hat über elf Millionen Einwohner. 3514 davon sind Millionäre. Hoffentlich, meint der Bonifaz, lassen die ihre Moneten nicht nutzlos herumliegen. Wenn das nämlich der BUND und Misereor spitzkriegern, sind die Herren die längste Zeit Millionäre gewesen."

abgetaut', ruft hin und wieder einer der Mitinhaber. Und legt unverdrossen sein Brotzeitpaket ins Eis.(...) Was sehen Sie noch? Nichts. Denn den Joghurt, den Sie gestern mitgebracht haben, hat sich irgend jemand unter den Nagel gerissen. Warum haben Sie auch Ihren Namen nicht draufgeschrieben. (...)"(Petra Berners 1995) Erkennbar wird hier ein weiterer Bestandteil des beschriebenen Deutungsmusters: Die Studie ZD wird als utopisch angesehen, da der Mensch per se eher egoistisch veranlagt ist und so die auf einem solidarischen Menschenbild beruhende Vision des „Zukunftsfähigen Deutschlands“ zum Scheitern verurteilt ist.

Die beschriebene Rezeptionsweise des Autors durchzieht ein "roter Faden". Der Deutungsrahmen "*freie Verfügung über materielles Eigentum*" bestimmt die Wahrnehmung der Studie. Aktiviert wurde dieser Deutungsrahmen vor allem durch die Darstellung in der Augsburger Allgemeinen, wonach die Studie das Eigentum in Frage stelle. Dass diese Reaktion auf die Studie nicht nur einer selektiven, möglicherweise verzerrenden Darstellung geschuldet ist, sondern dass es sich hier vielmehr um einen typischen Deutungsrahmen handelt, darauf weist die Kritik von G. Voss, Leiter der Forschungsstelle Ökonomie/Ökologie am „Institut der deutschen Wirtschaft“, hin. Dieser hatte die Studie in den Artikeln "Der anonyme Staat als Zuteilungsmaschine" (Voss 1994), "Gibt es stoffliche Gerechtigkeit" (Voss 1995a) und "Der Irrtum des Verzichts" (Voss 1995b) kritisch kommentiert.

Infragegestellt werden von ihm bereits die in der Studie eingeforderten Reduktionsziele, denen entgegeng gehalten wird, dass bei ihnen regionale Besonderheiten von Umweltproblemen nicht ausreichend berücksichtigt würden. Vor allem aber wird das dem Umweltraumkonzept zugrundeliegende Kriterium der Verteilungsgerechtigkeit in seiner Absolutheit nicht anerkannt; stattdessen wird die Berücksichtigung der Kriterien der Leistungs- und Besitzstandsgerechtigkeit eingefordert.

"Eine ökologische 'Effizienzrevolution' muss natürlich auch sozial abgefedert sein, sie kann aber letztlich nur auf dem Boden der 'Leistungsgerechtigkeit' wirklich gedeihen. Neben Leistungsgerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit muss Sustainability auch Besitzstandsgerechtigkeit gewährleisten." (Voss 1995a: 6)

Die Nicht-Nachhaltigkeit des derzeitigen Wirtschafts- und Entwicklungsmodells wird zwar nicht geleugnet; die von der Studie ZD verfolgte Strategie zur Lösung der Krise wird aber als ungeeignet und das angestrebte Gesellschaftsmodell als nicht erwünscht erachtet.

Als zentrales Gegenargument wird zum einen angeführt, die Studie "abstrahier(e) von den tragenden, weltweiten Entwicklungstrends, (so) dass sich daraus keine realistischen Handlungsanleitungen ergeben können" (Voss 1995b). Die aktuellen Tendenzen der Globalisierung der Wirtschaft und der Zunahme der weltweiten Arbeitsteilung werden von ihm als unveränderbar vorausgesetzt. Das in der Studie vertretene Alternativmodell einer Regionalisierung der Wirtschaft und der Stoffströme würde sowohl die Armut in den Entwicklungsländern erhöhen, als auch zu ökonomischer Stagnation und damit zu Verteilungskonflikten in Deutschland führen. "Das ökonomische Szenario, das die Wuppertaler entwerfen" ist, so das Resümee, „ohne Realitätsbezug“ (ebd.). Voss setzt somit der Studie einen "Realismus des gesellschaftlich Faktischen" entgegen. Er verweist auf die Unmöglichkeit einer Alternative zum globalen Kapitalismus, auf die Irrationalität eines jeden Gegenmodells. Nachhaltige Entwicklung könne allein durch technischen Fortschritts und den dadurch ermöglichten effizienteren Umgang mit Natur verwirklicht werden:

"Ohne Wirtschaftswachstum kann noch nicht einmal erwartet werden, dass mit den Naturgütern effizienter umgegangen wird. Denn dazu sind technischer Fortschritt und Investitionen nötig. (...)

Erst steigende wirtschaftliche Effizienz mit technologischem Fortschritt garantiert ökologische Entlastung." (Ebd.).

Von der Verwirklichung des in der Studie ZD entworfenen Wirtschaftsmodells wird hingegen erwartet - und hier wird wieder der traditionelle Deutungsrahmen des Ost-West-Gegensatzes aktiviert -, dass der Weg "in die ökologische Planwirtschaft, in die menschenverachtende 'Ökodikatur' vorgezeichnet" sei (ebd.). Eine marktwirtschaftliche, wachstums- und technikorientierte Lösungsstrategie wird so in dreifacher Weise für unverhandelbar erklärt: Die Rahmenbedingungen lassen eine Alternative nicht zu, eine Alternative ist nicht wünschenswert, da nur Wachstum und Technik eine Lösung der Krise ermöglichen und jede Alternative - zumindest die in ZD vorgeschlagene - reduziert die Freiheit. Wird in der Studie ZD eine Reduktion von Stoffströmen für nötig erachtet, so fordert Voss konsequenterweise: "Die weltweiten Materialströme müssen beherrscht, nicht aber gestoppt werden" (Voss 1995b).

Auf einer tieferen Ebene werden hier unterschiedliche Verständnisse des gesellschaftlichen Naturverhältnisses sichtbar: *Ziel der Studie ZD ist sowohl eine Minderung der Naturnutzung als auch eine Abkehr von einem rein instrumentellen Naturbezug. Voss stellt dagegen das Prinzip der technischen Naturbeherrschung nicht in Frage stellt, sondern sieht in einer ökologisch rationalisierten Fortführung der gegenwärtigen Praxis die Lösung.* Als Kern der Argumentation kann wiederum die Rahmung "freie Verfügung über materielles Eigentum" identifiziert werden: Gerechtigkeit ist nicht gleiche Verteilung von Gütern, sondern die Anerkennung des überkommenen bzw. durch Leistung erworbenen Besitzes. Privatbesitz und Marktwirtschaft sind aus dieser Sicht unverhandelbar und notwendige Voraussetzung zur Lösung der Krise.

7.3 Kritik von links: Von Nachhaltigkeit kann nicht reden, wer vom Kapitalismus schweigt

Ziel der Studie ZD war eine Kritik der herrschenden, neoliberal dominierten Zukunftsdebatte und der Entwurf eines ökologisch und sozial orientierten Gegenmodells. Kritik von Seiten der konservativen Vertreter eines "Weiter So" und der auf technische Veränderung setzenden Anhänger einer "ökologischen Modernisierung" war zu erwarten. Überraschender war hingegen die Kritik von links, die den Großteil der Kommentare in dieser Medienauswertung ausmacht.

Systemkritische Rahmungen (BUKO)

Bereits während der Vorstellung der Studie hatten Aktivisten des BUKO (Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) ein Transparent mit der Aufschrift "Nachhaltige Entwicklung = Nachhaltige Herrschaft" entrollt, das die Studie als "Technokratenmärchen" entlarvt und die gesamte Diskussion um nachhaltige Entwicklung kritisiert. Aus Sicht des

BUKO benennen die Verfasser der Studie ZD "weder die historischen Prozesse und Interessenlagen, noch die Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse, die zur globalen Umweltkrise geführt haben und sie weiter zuspitzen" (R. Berger 1995). Darüber hinaus wird die Gefahr gesehen, dass die Verwirklichung der Leitbilder der Studie - hier wird von linker Seite eine ähnliche Befürchtung wie von konservativen Kritikern geäußert - die Etablierung neuer Machtstrukturen zur Konsequenz hätte. Armborst/Brand sprechen gar von einem "fundamentalen Demokratiedefizit in der Studie" und bezeichnen die Konzeption als "undemokratischen Dezentralismus" (Armborst/Brand 1996).

In der Kritik von links steht der Vorwurf des Fehlens einer grundlegenden Kritik an Kapitalismus und Wachstum im Vordergrund (vgl. Brand 1995). Die Frage wird aufgeworfen, ob es "zulässig sei, von ökologischer Nachhaltigkeit zu sprechen und vom Kapitalismus zu schweigen" (Altvater 1996a). Verwiesen wird - auch hier besteht Übereinstimmung mit den Kritikern von Rechts - auf die Sachzwänge des globalen Wirtschaftssystems: "Die handelnden Subjekte (...) sind den Zwängen der globalen Ökonomie ausgesetzt: als Unternehmer den Herausforderungen der globalen Standortkonkurrenz, als Arbeitnehmer den Verhältnissen des Arbeitsmarktes (...) Kurz: In der Studie bleiben die sozialen Trägheiten einer kapitalistischen Gesellschaft weitgehend unbeachtet" (Altvater 1996b: 53). Konsequenz aus dieser Analyse ist jedoch nicht - wie bei rechten Kritikern - eine den Sachzwängen der kapitalistischen Ordnung angepasste Strategie, sondern ihre radikale Infragestellung: "Zukunftsfähigkeit ohne Kritik an den vernichtenden Konsequenzen und der Gewalt der kapitalistischen Ökonomie und des neuzeitlichen Naturverständnisses ist unmöglich" (U. Peters 1996).

Diese kritische Position zum Nachhaltigkeitsdiskurs im allgemeinen und zur Studie ZD im besonderen wird im Positionspapier des BUKO (1996) unter dem Titel "Technokratenmärchen" ausführlicher begründet. Kritisiert werden an der Studie ZD weniger die Prämissen und die in den Leitbildern implizierten ökologischen und sozialen Ziele, sondern die - aus Sicht des BUKO - fehlende Analyse der Ursachen der gegenwärtigen Problematik. „Unsere Kritik an der Studie bezieht sich nicht so sehr auf Details, als vielmehr auf die Herangehensweise des WI [Wuppertal Instituts], die jede Auseinandersetzung über Ursachen und Bedingungen unserer gegenwärtigen Wirtschafts- und Lebensweise vermissen lässt“. (BUKO 1996: 209) Mit der Ausblendung der Ursachen geht - und das ist die zweite zentrale Kritik - eine pragmatische Anpassung, die Bereitschaft, sich in den vorgegebenen Handlungsrahmen einzufügen, einher.

"Um die Vision dieser schönen, neuen Welt zu verbreiten, scheuen die AutorInnen vor keiner Peinlichkeit und Selbstwidersprüchlichkeit zurück. Ein Beispiel ist der Verkehrssektor: obgleich die Studie durchaus eindrucksvoll belegt, dass bereits vom Flächenverbrauch her gesehen der Privat-PKW ein ökologisch unverantwortliches Verkehrsmittel darstellt, sucht man die Forderung nach dessen schlichter Abschaffung vergeblich - dies könnte ja Automobilindustrie und die Autofetischisten unter den Politikern und Wirtschaftsführern verschrecken." (Ebd. 2)

Im Gegensatz zur Studie ZD, die von einem kollektiven "Wir" ausgeht und versuche, das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung über die Einbindung "aller" zu erreichen, lehnt der

BUKO die Schuldzuweisung an den privaten Konsumenten ab; stattdessen müssten die Verursacher der bestehenden Misere beim Namen genannt werden:

"Eine problemorientierte Studie müsste nach Ursachen forschen und Verursacher beim Namen nennen. Das aber wären nicht gleichermaßen wir alle, sondern das wären in erster Linie multinationale Konzerne, Banken, Regierungen, Militär und Wissenschaft. Die vom WI vorgenommene komplette Ausklammerung dieser Akteure und die Fixierung auf die privaten Haushalte erklärt sich aus dem Politikverständnis der auftraggebenden NGO's, welche neben der Lobbyarbeit ja stets auch um Handlungsempfehlungen für den Alltag bemüht sind." (Ebd. 3).

Dass die Kritik der Wuppertal-Studie an dem vorherrschenden Prinzip des immer 'schneller-weiter-mehr', an der Fixierung auf Erwerbsarbeit, der Trennung in produktive und unproduktive Arbeiten und der geschlechtsspezifischen Zuordnung dieser Arbeitsfelder "vielversprechende patriarchats- und kapitalismuskritische Perspektiven" (ebd. 212) aufgreift, wird zwar begrüßt; das propagierte dualwirtschaftliche Alternativmodell wird jedoch als "Rechtfertigungsideologie" kritisiert, da es nicht zur Überwindung der bestehenden Verhältnisse beitragen könne (ebd. 212). Der BUKO fordert hingegen: "Was also läge näher als eine Fundamentalkritik dieser Art gesellschaftlicher Arbeitsteilung? Wieso fordert die Studie nicht die Aufhebung solch künstlicher Trennungslinien und Diskriminierungen?" (Ebd. 212) Auch in Bezug auf die Nord-Südproblematik wird das Ziel eines Mehr an Gerechtigkeit geteilt, aber die konkreten Handlungsempfehlungen als unzureichend angesehen; sie würden die Abhängigkeit des Südens nur verstärken (ebd. 213).

Entgegen der optimistischen Erwartung der Wuppertal-Studie, dass ein „zukunftsfähiges Deutschland“ zusammen mit den 'Kapitalisten' und innerhalb eines "ökologisch 'sauberen' Kapitalismus" zu erreichen sei, gehen die Vertreter des BUKO davon aus, dass eine nationalstaatliche Politik im Rahmen der Konkurrenzbedingungen des Weltmarkts nicht in der Lage sei, umwelt- und sozialverträgliche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen (ebd. 215). Es wird vielmehr unterstellt, dass Politiker zumeist im Interesse der Wirtschaftsverbände handeln und Unternehmer aufgrund der kapitalistischen Verwertungslogik gezwungen seien, Kosten auf Staat, Gesellschaft und zukünftige Generationen abzuwälzen. Der harmonistischen, auf die Kooperation aller gesellschaftlichen Akteure setzenden Haltung der Studie ZD wird deshalb eine "Kampfperspektive" gegenübergestellt:

"Überall da, wo es im bisherigen historischen Verlauf zur wirklichen Verbesserungen der Lebenssituation benachteiligter Gruppen und sozialer Klassen gekommen ist und wo in den letzten Jahrzehnten punktuell einmal substantielle Schritte gegen die Zerstörung des ökologischen Reichtums getätigt wurden, geschah dies im Zusammenhang mit sozialen Kämpfen und durch die Widerständigkeit sozialer Bewegungen. Letztere kommen in der schönen neuen Welt des WI allerdings gar nicht mehr vor - die Vorstellung, dass Freiheit nicht erbettelt, sondern erstritten wird, ist den AutoInnen ein Greuel." (Ebd. 216).

Kritisiert wird auch das Natur- und Gesellschaftsverständnis der Studie. Natur würde in ihr auf den Status einer Ressource reduziert. Dem wird eine 'diskurskritische' Perspektive entgegengesetzt, die zeige, dass 'Natur' ein von der Gesellschaft erfundener Begriff sei, der das bezeichne, was ohne Recht auf Selbstbestimmung von ihr vernutzt werden dürfe (ebd. 217). Ebenso wird der Studie ein "Machbarkeitswahn" vorgeworfen, der Gesellschaft "letztlich zum Objekt der Beherrschung" werden lasse (ebd. 217).

Die Vertreter des BUKO beschränken sich in ihrem Positionspapier weitgehend auf eine Kritik der Studie und eine Formulierung einer 'radikaleren' Kritik der Gesellschaft, ohne alternative Handlungskonzepte zu entwickeln. Angedeutet wird nur ein Suchprozess nach "Perspektiven eines herrschaftsfreien Zusammenlebens" (ebd. 218) und "die herrschaftskritische Dimension von Lokalität und Subsistenzwirtschaft" beschworen. Dabei wird jedoch auch dem Entwurf von "herrschaftskritisch-kämpferischen Pamphlete(n)" (ebd.) eine Absage erteilt und zunächst eine Reflexionsprozess für nötig befunden, um sich selbst "über die vielfältigen Formen der eigenen Verstrickung in die bestehenden Herrschafts- und Gewaltverhältnisse (Sexismus, Rassismus, Nationalismus, Diskriminierung von Minderheiten etc.) Klarheit zu verschaffen und diese Reflexion als Voraussetzung zur eigenen wie auch der gesellschaftlichen Veränderung begreifen" (ebd. 218). Aus dem Süden solle man sich heraushalten und - nur falls von diesem gewünscht - Wiedergutmachung für die "Ausbeutung" zu leisten. Von der Erkenntnis ausgehend, dass jede Form von Herrschaft auf der Diskriminierung von Frauen beruhe, sei der Blick auf die eigenen Geschlechtsrollenidentitäten zu richten.

Trotz aller Gegenargumente stellen jedoch diese Kritiker die Visionen der Studie nicht prinzipiell in Frage. Die Ziele werden letztlich geteilt, aber andere, radikalere Strategien zu deren Verwirklichung für nötig erachtet.²² Auch die Vertreter von BUKO plädieren wie die Autoren der Studie ZD für die Schaffung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe (vgl. Liebert 1996). Die Autoren der Wuppertal-Studie und ihre linken Kritiker unterscheiden sich weniger in ihrer Grundorientierung, als vielmehr darin, dass die Forderung nach „Dematerialisierung“ im einen Fall - neben der Forderung nach einer ökologischen Steuerreform - stärker als moralische Aufforderung an das Individuum gerichtet wird, einen neuen, an immateriellen Werten orientierten Lebensstil zu entwickeln, während sie im anderen Fall in eine radikale Kritik der bestehenden kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse einmündet.

Sozial-ökologische Rahmungen

Von der Mehrzahl der entwicklungspolitisch engagierten Kritiker wird eine global gerechtere Verteilung materieller Güter eingefordert. Auf die Nicht-Berücksichtigung der Verteilungsfrage in Deutschland gehen dagegen Irmgard Schultz sowie Eckart Hildebrandt und

²² Auf die Ähnlichkeit der Grundorientierung deutet auch die Tatsache hin, dass die linken Kritiker häufig die Kritik von Wolfgang Sachs am Konzept der nachhaltigen Entwicklung reproduzieren. Dieser hatte als Mitautor der Studie ZD wesentlich deren Leitbilder mitgestaltet. Ironischerweise war es gerade Sachs, der an vorderster Stelle vor der Etablierung einer neuen Elite umweltpolitischer Technokraten im Gefolge der internationalen Umsetzung der SD-Programmatik gewarnt hatte (vgl. Sachs 1994).- ein Vorwurf, mit dem er nun selbst konfrontiert wird.

Helmut Spitzley in ihren Kommentaren ein. Sie unterscheiden sich auch darin von der systemkritischen Linken, dass sie keine fundamentale Kritik am Kapitalismus äußern.

Hildebrandt/Spitzley weisen darauf hin, dass "der Weg in ein zukunftsfähiges Deutschland (...) nur dann beschritten werden kann, wenn neben den Hauptzielen Umweltverträglichkeit und globale Gerechtigkeit auch die soziale Frage in Deutschland einbezogen wird" (Hildebrandt/Spitzley 1996: 6ff). Die Wuppertal-Studie dagegen würde soziale Differenzen nicht in ausreichendem Maße berücksichtigen und erfasse "die Entwicklungsdynamik der Arbeitswelt nur unzureichend" (ebd.). Gerade die unteren Einkommensgruppen hätten noch einen Nachholbedarf an Konsum; daher seien die in der Studie ZD propagierten Lebensmodelle nur für reichere Konsumentengruppen geeignet. Gerade mit Blick auf die Verbreitung neuer, nachhaltiger Lebensstile müsse die ökologische Frage enger mit der Verteilungsfrage in Deutschland selbst verknüpft werden.

"Ein Großteil der Bevölkerung, und dies gilt insbesondere für die unteren Einkommens- und Vermögenschichten, folgt immer noch alten, umweltzerstörerischen Wohlstandsmodellen, besteht auf einem Nachholbedarf an entfernungs- und ressourcenintensivem Konsum. Neue Lebensstile, bei denen ökologische Werte an Bedeutung gewinnen, sind vor allem an soziale Gruppen gebunden, die über ein höheres Einkommensniveau und soziale Sicherheit verfügen. (...) Dadurch bleibt vorerst die Möglichkeit ökologischer Lebensstile eng mit der Verteilungsfrage in Deutschland verknüpft." (Ebd.)

Die Wohlstands- und Konsumwünsche werden hier als Faktum anerkannt und nicht, wie in der Wuppertal-Studie, als falsche Konsumorientierung kritisiert. Kern der Argumentation ist also weniger "*Freiheit von materiellen Gütern*", sondern die klassische soziale Frage der "*gerechten Verteilung materieller Güter*". Dabei wird die Notwendigkeit eines ökologischeren Lebens- und Wohlstandsmodells nicht bestritten - eine prinzipielle positive Bewertung des Verzichts erfolgt allerdings nicht. Die Autoren gehen vielmehr von typischen Konfliktsituationen aus: "Nicht immer wird man All-Win-Strategien finden. Dann sind die verschiedenen Interessenlagen und Verlierer-Gewinner-Perspektiven ernst zu nehmen und zu berücksichtigen." (Ebd.)

In eine ähnliche Richtung zielt die Argumentation von Irmgard Schultz, wenn sie darauf hinweist, dass "die Frage nach der politischen und sozialen Gerechtigkeit im eigenen Land in der Studie nicht gestellt wird. Während die Umweltindikatoren der Beurteilung der Zukunftsfähigkeit Deutschlands dienen, werden Sozialindikatoren nicht expliziert" (vgl. Schultz 1995). Im Gegensatz zur ökologischen Prioritätensetzung in der Studie ZD fordert Schultz die gleichwertige Berücksichtigung sozialer Dimensionen ein. Insbesondere weist die Autorin auf die Ausblendung von geschlechtsspezifischen Differenzen hin. Von besonderem Interesse ist dieser Artikel darüber hinaus, da in ihm neben der sozialen und feministischen Perspektive gleichzeitig eine Rahmung erkennbar wird, die jenseits der Polarisierung ‚immaterielle vs. materielle Orientierung‘ steht. So wird die Propagierung immaterieller Werte mit dem Hinweis auf die alltägliche Praxis von Konsumentinnen abgelehnt:

"Wie soll es denn eine neue Konsumentin anstellen, all diese nichtmaterialistische Orientierung mit so profanen Aufgaben wie der Kinderversorgung, Nahrungszubereitung und der Bedarfsdeckung zu vereinbaren?" (Schultz 1996: 59).

Irmgard Schultz lehnt auch den Begriff der Suffizienz ab, da er nur neue, effizientere sozial-ökologische Praktiken und Konsumtionsweisen beschreibe. Mit dem Begriff der Suffizienz wird aber gleichzeitig - ohne dass diese explizit gemacht würde - die auf den individuellen Konsumenten gerichtete moralische Botschaft des „rechten Maßes“ abgelehnt. Im Gegensatz zu den Autoren der Wuppertal-Studie erscheint ihr als das zentrale Problem nicht die „Frage neuer Konsumorientierung“, sondern die "Frage neuer sozialer Praktiken" (ebd.).

7.4 Die Kritik der Bauernverbände: Gegen die „Verteufelung des Fleisches“

Heftige Reaktionen hat die Studie ZD bei Bauernverbänden ausgelöst. Nicht nur die Ausführungen zur Landwirtschaft wurden scharf kritisiert, sondern auch der Versuch von Misereor, traditionelle Wege der kirchlichen Arbeit zu verlassen, um nicht nur im Süden aktiv zu sein, sondern auch Veränderungen im Norden anzustoßen. Georg Wimmer vom Bayerischen Bauernverband äußerte Unverständnis darüber, dass "das Bischöfliche Hilfswerk Misereor mit dieser Studie einen nicht unerheblichen Teil der treuesten Kirchgänger und Spender grundlos verärgert hat" (Wimmer 1996). Der Obmann des Bauernverbands Eichstätt, Schels, rief die Bauern sogar zum Spendenboykott auf, da er die Spendengelder als zweckentfremdet ansah. "Das Geld für die Studie hätte lieber den Hungernden zugute kommen sollen, meint Schels." (DPA vom 20.1.97)

Was ist der Grund für diese heftige Reaktion? Prinzipiell angezweifelt wird die Notwendigkeit der in der Studie geforderten Abkehr von der konventionellen Landwirtschaft und Einführung des ökologischen Landbaus. Nach Ansicht des Umweltbeauftragten des Deutschen Bauernverbands hat "die Landwirtschaft in Deutschland (...) in den zurückliegenden 10 Jahren mit großem Erfolg und großer Nachhaltigkeit Methoden entwickelt, die Landwirtschaft wettbewerbsfähig zu erhalten bzw. weiterzuentwickeln, aber zugleich dem Boden-, Wasser-, und Natur- und Klimaschutz zu dienen" (FIP 1996). Gleichzeitig ist der ökologische Landbau nach Ansicht des Bauernverbands aus sozialen Gründen nicht vertretbar, da er langfristig nicht ausreichend Lebensmittel für die wachsende Weltbevölkerung bereitstellen könne. Vielmehr sei die Verwendung von Mineraldünger und Pflanzenschutzmittel unabdingbar, um der Verantwortung gegenüber der Dritten Welt gerecht werden zu können.

Die in der Studie ZD vorgeschlagene Alternative, aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit von Lebensmitteln den hohen Fleischkonsum im Norden zu reduzieren, wird als unbegründet angesehen und aufgrund der gegenwärtig noch vorherrschenden Überproduktion abgelehnt, da dadurch die Fleischabsatzmärkte der Bauern weiter gefährdet würden. Nach Ansicht des Bayerischen Bauernverbands ist "die Behauptung der Wuppertaler Studie, der Fleischverzehr müsse um ca. 75% zurückgefahren werden, da angeblich gesundheitsgefährdend, völlig aus

der Luft gegriffen und entbehrt jeglicher Grundlage. Gerade unsere klein- und mittelbäuerliche Landwirtschaft ist auf die tierische Veredelung angewiesen, um überleben zu können." (Wimmer 1996)

Die in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ und generell von Umweltschützern entwickelten Konzepte werden von den Bauernverbänden als Versuch der Bevormundung der Bauern, als "Ökogängelei" durch Gruppen angesehen, "die weder auf noch von dem Lande leben" (FIP 1996: 3). Ein Landwirt äußerte in einem Leserbrief gar die Meinung, dass durch die Verurteilung der gegenwärtigen Landwirtschaft und die Beschimpfung der Bauern als "Umweltverschmutzer" eine Stigmatisierung vollzogen würde, die zur mangelnden Bereitschaft in der jüngeren Generation beitrage, die landwirtschaftlichen Betriebe fortzuführen.

"Aber diese Studie zeigt auch, wie weit kirchliche Organisationen, wie z.B. Misereor, sich zwischenzeitlich von der landwirtschaftlichen Praxis entfernt haben. Anstatt den bäuerlichen Betrieben in ihrem Existenzkampf zur Seite zu stehen, werden Thesen in den Raum gestellt, die jeglichen Realitätssinn vermissen lassen. Da brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn unsere Kinder nicht mehr die Höfe übernehmen wollen. Denn wer lässt sich schon gern ein Leben lang als Umweltverschmutzer beschimpfen." (J. Wiethaler in BLW 13, 1996, S. 96)

Zwar ist die These als solches sicher fraglich. Das Zitat macht aber deutlich, weshalb die Reaktion auf die Wuppertal-Studie derart vehement ausfällt. In der Studie werden die gegenwärtige Landwirtschaft wie auch ihre Produkte - die unökologisch produzierten pflanzlichen wie das Fleisch per se - abgewertet und mit Umweltverschmutzung in Verbindung gebracht. Dass in der Studie auch eine positive Bewertung der Landwirtschaft erfolgt, steht dazu nicht im Widerspruch, da nicht die reale Praxis der meisten Bauern, sondern nur das romantisch leicht verklärte Bild des naturnahen Bauern bzw. des ökologisch wirtschaften Landwirts beschworen wird. Die Vereinfachung der Arbeit durch industrielle Methoden der Landbewirtschaftung und die partielle Rückkehr der Mühsal der Handarbeit beim ökologischen Landbau gerät bei dieser "städtischen" Perspektive aus dem Blickfeld.

Auf besonderen Widerstand stieß die in der Wuppertal-Studie erhobene Forderung nach einer Verringerung des Fleischkonsums. Vordergründig ging es um die finanziellen Verluste, die sich durch eine derartige Verbrauchsreduktion ergeben würden. Zugleich werden aber auch konträre Einstellungen zur fleischlichen Ernährung deutlich. Georg Wimmer vom bayerischen Bauernverband wirft der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ eine "Verteufelung des Fleisches" vor und lehnt diese Moralisierung und Tabuisierung des Fleischkonsums ab. Dem Versuch, Fleischverzehr als „sündige" Praxis und pflanzliche Nahrungsmittel zu einem Akt moralische guter Ernährung werden zu lassen, wird die Botschaft des genussvollen Fleischessens ohne Schuldgefühle entgegengestellt. Hier kehrt die alte Kontroverse zwischen Fleisch- und Pflanzenessern wieder:

"Im übrigen ist die Verteufelung des Fleisches z.B. unlängst in der Zeitschrift *Natur* mit der Überschrift 'Das Ende einer fetten Lüge' zurückgewiesen worden. Um so mehr wehren sich die bayerischen Bauern, die sich viel Mühe geben, unseren Verbrauchern beste Fleischqualität zu liefern

und verantwortungsbewußt mit ihren Tieren umzugehen, gegen derartige diskriminierende Aussagen. (...) Den Verbrauchern kann man nur empfehlen: Genießen Sie weiterhin Ihr Essen. Dazu gehört auch Fleisch, bayerisches Fleisch höchster Qualität. Das Herkunftszeichen 'Qualität aus Bayern' garantiert ihnen die Sicherheit, die sie sich wünschen". (Wimmer 1997: 2)

Der Verweis auf die Qualität des bayrischen Fleisches - im Gegensatz zu dem möglicherweise "schlechten" Fleisches ungewisser Herkunft; hier klingt die Debatte um BSE-verseuchtes Rindfleisch an - lässt jedoch zugleich Anknüpfungspunkte zwischen den Positionen der Studie und denen des Bayernverbands deutlich werden. Von beiden Gruppen wird eine stärkere Regionalisierung der landwirtschaftlichen Produktion und des Konsums befürwortet. Der globale Verantwortungsbezug, mit dem in der Studie ZD diese Regionalisierung begründet wird, findet beim Bauernverband allerdings keine Erwähnung. Dort wird vielmehr an das Heimatgefühl und an eine (regionale) Identität appelliert, die sich gerade aus der Abgrenzung vom Fremden speist. Auch in der Studie ZD wird in den Regionalisierungskonzepten allerdings für einen neuen Heimatbezug und für die Revitalisierung „heimischer Kultur“ plädiert. So wird als positives Beispiel ein Konzept zur regionalen Wirtschaft in der Rhön erwähnt. Die dort praktizierte und angestrebte Regionalisierung bezieht sich nicht nur auf landwirtschaftliche Kreisläufe, sondern ebenso - zur Förderung des Tourismus - auf den Erhalt und die Wiederbelebung tradierter regionaler kultureller Identitäten und alter Tierarten. Gekauft wird bei regional ansässigen Landwirten, gekocht werden regionaltypische Gerichte, wiederangesiedelt das früher heimische Rhönschaf, "die Ferienwohnungen sind mit landestypischen Möbeln eingerichtet, die von heimischen Handwerkern aus heimischen Hölzern gebaut wurden" (BUND/Misereor 1996: 251). Das aus ökologischen Prinzipien wie aus internationaler Solidarität abgeleitete Konzept regionaler Kreisläufe macht sich hier voll den diffusen, romantisch aufgeladenen Heimatbegriff zunutze, um dem Regionalisierungskonzept breitere Resonanz zu verschaffen.

Die Differenz wird vom Bauernverband aber klar benannt. Während zur Förderung der eigenen Absatzchancen für den Kauf heimischer Produkte geworben wird, erscheint ihm die Abkoppelung von der Weltwirtschaft, wie sie tendenziell von der Wuppertal-Studie gefordert wird, als "provinzieller Regionalismus".

"Wenn die globalen Betrachtungen sich dann schließlich noch als provinzieller Regionalismus herausstellen, die europa- und weltweiten Verflechtungen in fast allen Bereichen unseres Lebens als Nachteil betrachtet und dem Regionalismus schließlich das Wort geredet wird, dann stellt sich allen Ernstes die Frage, ob sich Misereor tatsächlich mit einem so reduzierten Niveau zufrieden geben will. Wie wollen Sie Entwicklungsprojekte und ihre nach unserer Ansicht doch sehr segensreichen Wirkungen noch vertreten können, wenn sie vom strategischen Ansatz her überregionale Vermarktungsmöglichkeiten von Erzeugnissen, die dank der Entwicklungsarbeit auf den Markt gebracht werden könnten und müßten, in solchen Arbeiten als Nachteil herausstellen lassen?" (FIP 1996: 1)

Zur Sicherung der Versorgung der Weltbevölkerung befürwortet der Bauernverband so, gerade umgekehrt als die Wuppertal-Studie, die Fortführung der Intensivlandwirtschaft und der weltweiten, agrarwirtschaftlichen Verflechtungen. Freilich plädiert auch die Studie ZD für eine Öffnung der europäischen Märkte für Produkte aus der Dritten Welt. Entschieden abgelehnt wird jedoch der Import von Futtermitteln.

In seiner Antwort auf die aus seiner Sicht "populistische" Kritik der Bauernverbände hält der (damalige) BUND-Vorsitzende, Hubert Weinzierl, an den Forderungen der Studie fest und deutet sie als Koalitionsangebot zwischen Naturschützern und Landwirten.

"Mit großem Bedauern habe ich die Kritik an unserer Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" zur Kenntnis genommen. Durch die Kritik wird der Eindruck erweckt, dass diese Studie ein globaler Angriff auf die Landwirtschaft wäre. Das Gegenteil ist der Fall. Die Studie geht davon aus, dass auf Dauer eine friedliche und zukunftsfähige Welt nicht zu erhalten oder herzustellen ist, wenn die Industrieländer 80 Prozent der Ressourcen verbrauchen. (...) Zentrale Aussagen der Studie sind deshalb die drastische Verringerung des Energieverbrauchs und des Rohstoffeinsatzes und gleichzeitig die Änderung des Wirtschafts- und Lebensstils. Dabei erfährt die Landwirtschaft eine völlig neue Bewertung, nämlich nicht mehr Auslaufmodell zu sein, sondern Grundlage eines zukunftsfähigen Deutschlands. So verlangt die Studie die Sicherung der landwirtschaftlichen Böden genauso wie eine eigenständige krisensichere Nahrungsmittelversorgung. Weitere Forderungen für die Landwirtschaft sind die Ökologisierung der Produktion und die Regionalisierung der Verarbeitung. Eine Reduzierung der Produktionsmengen zur Anpassung an den Bedarf der EU muss mit einer drastischen Verringerung der Futtermittelimporte einhergehen. Unbestritten ist, dass der Fleischverbrauch angesichts der weltweit wachsenden Bevölkerungszahl aber auch aus Gesundheitsgründen reduziert werden muss. Über drei Millionen organisierte Naturschützer (und Verbraucher) in Deutschland bieten dem schwindenden Häuflein deutscher Landwirte eine Koalition an, die Sie nicht so leichtfertig mit populistischen und längst widerlegten Argumenten wegweisen sollten." (Weinzierl 1996)

Vom Bauernverband wird die ökologische Landwirtschaft allerdings auch weiterhin nur als eine „gleichwertige Alternative“ zur gegenwärtigen Praxis verstanden, über deren Erfolg der Markt zu entscheiden habe. Die Empörung des Bauernverbands hat allerdings noch eine tieferliegende Wurzel. Sie richtet sich gegen die mit „kirchlichem Segen“ versehene moralische Abwertung der gängigen landwirtschaftlichen Praktiken, gegen den quasi-religiösen Anspruch, eine neue Zweiteilung in Gut (= ökologischer Landbau) und Böse (= Intensivlandwirtschaft) vornehmen zu können.

"Jeder, der nicht dem Grundansatz der Autoren und Herausgeber folgt, die Probleme um die Zukunft unseres Landes primär - um nicht zu sagen ausschließlich - auf die Ebene zu reduzieren, Umweltprobleme zu lösen, wird gewissermaßen in die Sünderecke gestellt, während die anderen sich in den Heilschor der Geläuterten und Erwählten einreihen dürfen. Das ist ökologischer Egoismus, wie Glück ihn nennt." (BBV 1996)

Bezuggenommen wird hier auf eine Kritik an der Studie aus „christlicher“ Sicht von Alois Glück, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayrischen Landtag und Mitglied des Zentralrats der deutschen Katholiken, in dem Artikel "Ökologischer Egoismus als Heilersatz" (*Christ und Welt* vom 8.3.96). Dort wird dem Menschenbild der Studie der „Realismus des christlichen Menschenbilds“, das "Gebrochensein der menschlichen Existenz", entgegengehalten (Glück 1996). An die Stelle des "als gefährliche Utopie" (ebd.) empfundenen Ideals des guten, solidarischen, in Einklang mit der Natur lebenden „neuen Menschen“ tritt die „realistische“ Wahrnehmung des Menschen im Zwiespalt zwischen Eigeninteresse und moralischem Anspruch.

"Können aus der Ökologie heraus die Sinnfragen des Lebens beantwortet werden? Hier muss ein entschiedenes Nein die Antwort sein. (...) Gerade kirchliche Gruppen müssen sich der Frage stellen, welche spezifisch christliche Positionen einzubringen sind, ob die ethische Grundlage und die Weitsicht dieser Studie für Christen ausreichend ist. (...) Gerade Christen müssen das Modell einer souveränen Lebenskultur in einer Überfluggesellschaft entwickeln. Zur Zukunftsfähigkeit gehört aber nicht nur Veränderung, sondern gehören auch Kontinuität, Wertschätzung überlieferter Traditionen, kulturelle und ethische Werte. Eckpunkte dafür sind das christliche Menschenbild, eine Kultur der Selbstständigkeit, eine Kultur des Helfens und ein langfristiges Denken, das seine Grundlage in der christlichen Ethik hat" (Glück 1996)

Der Versuch, die christliche Moral zu ökologisieren, eine neue Reformbewegung innerhalb des Katholizismus unter ökologischem Vorzeichen in Gang zu setzen, wird unter Bezug auf die überlieferten traditionellen Werten entschieden zurückgewiesen.

8. Das Handlungskonzept der Bundesregierung zu nachhaltiger Entwicklung

8.1 Zur Diskussion des Leitbilds innerhalb der Bundesregierung²³

Auf internationaler Ebene ist die deutsche Bundesregierung ein wichtiger Protagonist der Diskussion um nachhaltige Entwicklung. Auf dem Umweltgipfel in Rio und in der daraus hervorgegangenen "Commission for Sustainable Development" (CSD) - deren erster Vorsitzende der frühere Umweltminister Töpfer war - drängte sie auf weiterreichende Beschlüsse für eine nachhaltige Entwicklung.

Dieses Engagement auf internationaler Ebene ging allerdings - im Rahmen der konservativ-liberalen Regierung - mit einem Stillstand der Umweltpolitik auf nationaler Ebene einher. Ein integriertes Handlungskonzept bzw. ein nationaler Handlungsplan zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung wurde nicht erarbeitet.²⁴ Handlungskonzepte zu einzelnen Bereichen finden sich aber zum einen im nationalen Bericht an die CSD, in dem neben einer Darstellung der bisher erfolgten Maßnahmen auch die für die Zukunft vorgesehenen Strategien beschrieben werden (Bundesregierung 1997). Des Weiteren wurde von Umweltministerin Angela Merkel das Papier "Schritte zu einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung: Umweltziele und Handlungsschwerpunkte in Deutschland" (BMU 1996) vorgelegt, das als Grundlage für eine breite politische und gesellschaftliche Diskussion dienen sollte. Insgesamt scheint das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung im Untersuchungszeitraum aber keine grundlegenden Veränderungen der Umweltpolitik (auf der nationalen Handlungsebene) bewirkt zu haben. Ein Vertreter des BMU äußerte in einem Interview die Ansicht, dass „man alles, was man gemacht hat und macht, einfach in den Begriff nachhaltige Entwicklung reinpackt" (Interview BMU, 1996).

Innerhalb des Umweltministeriums haben sich unter Bezug auf das neue Leitbild Sustainable Development bis 1997 kaum inhaltliche und organisatorische Umstrukturierungen ergeben - außer der Einrichtung einer Stelle zur Koordination des Diskussionsprozesses und einer abteilungsübergreifenden 'Projektgruppe Nachhaltige Entwicklung', die alle zwei bis drei

²³ Diese Darstellung bezieht sich auf die Position der konservativ-liberalen Koalitionsregierung unter Helmut Kohl bis 1997; sie kann allerdings für die gesamte Regierungsperiode (bis Ende 1998) verallgemeinert werden.

²⁴ Ein aus ökologischer Perspektive entwickeltes Konzept „Nachhaltiges Deutschland. Wege zu einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung“ wurde allerdings 1997 vom Umweltbundesamt veröffentlicht. Es konnte in die Analyse dieser Studie aber nicht mehr miteinbezogen werden.

Monate tagte.²⁵ Im Gegensatz zu der optimistischen Aufbruchsstimmung, die noch im Sommer 1994 im BMU bemerkbar war - so wurde damals in einem Interview unter Bezug auf die (noch neue) Debatte über Sustainable Development von einer mit dem New Deal vergleichbaren Aufbruchssituation gesprochen²⁶ - herrschte 1995/96 eher wieder ein resignativer Pragmatismus vor.²⁷ Zwar setzte sich mit Leitbild Sustainable Development auch auf Regierungsebene eine stärker integrative Problemwahrnehmung durch; das bedeutete aber weniger die Integration ökologischer Aspekte in andere Politikfelder, als vielmehr die Berücksichtigung der ökonomischen und sozialen Folgen umweltpolitischer Maßnahmen.

Das von vielen Akteuren im SD-Diskurs von der Enquete-Kommission übernommene „Drei-Säulen“-Konzept und die damit verbundene Tendenz, alle möglichen Ziele unter Bezug auf Nachhaltigkeit legitimieren, wird innerhalb des BMU eher kritisch bewertet. Auch die Verwendung der Agenda 21 als Bezugspunkt für Forderungen wird zum Teil negativ bewertet: "Jeder schlachtet jetzt den Teil der Agenda 21 aus, der ihm in seine Argumentationslinie passt. Und unser Ansatz ist natürlich, dass wir die ökologischen Dimensionen betonen, also das, was ursprünglich auch das zentrale Anliegen war" (Interview BMU, 1996).²⁸

Mit einer Schwerpunktsetzung auf die ökologische Komponente versucht das BMU auch Tendenzen entgegenzuwirken, "das Nachhaltigkeitskonzept gegen die Umweltpolitik auszurichten" (Interview BMU, 1996).

"Wir haben natürlich auch Tendenzen, dass von Seiten der Wirtschaft versucht wird das Nachhaltigkeitskonzept gegen die Umweltpolitik auszurichten. Z.B. der VCI mit 'Bausteine für eine zukunftsfähige Entwicklung', wo versucht wird, die ökonomische und die soziale Komponente auf

²⁵ „Es ist (auch unter SD) weitgehend gleich geblieben. Was sich geändert hat ist die Einrichtung meiner Stelle, die eben zuständig ist für den Diskussionsprozess und alles was daraus erfolgt. Zum zweiten tagt eine abteilungsübergreifende Projektgruppe nachhaltige Entwicklung. Aber das ist kein Referat, das tagt alle zwei drei Monate.“ (Interview BMU, 1996)

²⁶ Diese Interviews wurden im Rahmen der DFG-Projekts „Ökologische Kommunikation in Deutschland“ durchgeführt (vgl. Brand/Eder/Poferl 1997: 229)

²⁷ "Frage: Ein Kollege von Ihnen hat 1994 im Zusammenhang mit Sustainable Development von einem New Deal gesprochen? Antwort: Das würde ich so nicht ausdrücken. Was wir haben ist, dass der Diskussionsprozess in Gang gesetzt wurde. Das ist allgemein die Tendenz, dass sich die Umweltpolitik viel stärker in Richtung Kooperation entwickelt hat. Das ist auch deshalb so, weil in Deutschland und in anderen Industrieländern die Umweltgesetzgebung sehr weit entwickelt ist, und dann auch deshalb, weil ganz andere Probleme im Vordergrund stehen, und jetzt nicht nur in der Politik, sondern, wie Umfragen zeigen, auch in der Bevölkerung Arbeitslosigkeit und so weiter, und dass dadurch natürlich die Umweltpolitik unter Druck geraten ist.“ (Interview BMU, 1996)

²⁸ "Wir sind natürlich auch der Meinung dass die drei Komponenten wichtig sind, aber irgendwo ist es auch eine Scheindiskussion, der Begriff kam in Mode in Rio, da ging's um Industrieländer und Entwicklungsländer. Da ging es um Umwelt auf der einen, und Entwicklung, wirtschaftliche Entwicklung auf der anderen. Da hat man sich auf den Begriff geeinigt, da war natürlich die soziale Komponente drin, so dass sich heute alle drauf berufen können, aber mit zum Teil absurden Konsequenzen. Damals war das - es können sich heute alle darauf berufen -, dass zum Beispiel von nachhaltigem Wachstum die Rede ist, aber der Ursprung für die Industrieländer war ein ökologischer. Und heute ist es so, dass sich Frauengruppen auf die Agenda 21 berufen, dabei war das primär auf Entwicklungsländer gemünzt, genauso die Gewerkschaften. Alles was da über Gewerkschaften steht, bezieht sich im wesentlichen auf die Entwicklungsländer. Genauso die Wirtschaft.“ (Interview BMU, 1996)

die gleiche Stufe wie die ökologische zu heben. Natürlich, in gewisser Weise ist das natürlich auch so, man kann nachhaltige Entwicklung, wenn man sagt, da sei 'etwas auf Dauer aufrechtzuerhalten', dann kann man natürlich kein Primat der Ökologie setzen. Nur wenn versucht wird, mit anderen Komponenten das Ganze umzudrehen, dann ist das nicht in Ordnung." (Interview BMU, 1996)

Ähnliche Tendenzen gibt es aber nicht nur in der Wirtschaft sondern auch innerhalb der Bundesregierung. Über die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung besteht keineswegs Konsens. Die Erwartungen an ressortübergreifende Arbeitsgruppen wurden von dem Vertreter des BMU dabei nicht sehr hoch angesetzt. Als grundsätzliches Problem wird das bei der integrativen Betrachtungsweise entstehende Komplexitätsproblem angesehen:

"... Und wenn man das so übergreifend betrachtet, wird das schnell komplex und die Zusammenhänge sind nicht so leicht in den Griff zu bekommen.

Frage: Im Endeffekt sind doch die Arbeitsgruppen so ein Versuch ...

Antwort: Im Prinzip ja, aber im Endeffekt schaut doch jeder auf seine Interessen." (Interview BMU, 1996)

Dissense werden jedoch nicht nach außen getragen und können in dieser Darstellung auch nicht aufgezeigt werden. Im folgenden wird bei der Beschreibung der Handlungsstrategien daher von der Position "der" Bundesregierung gesprochen. Dieser Sprachgebrauch ist auch in den Berichten für die CSD üblich, die eine einheitliche, auf nachhaltige Entwicklung gerichtete Strategie der Bundesregierung suggerieren. Es wäre allerdings falsch anzunehmen, dass nachhaltige Entwicklung zum übergeordneten Leitbild aller Ministerien geworden wäre. So findet im Bericht des Wirtschaftsministeriums der Begriff der Nachhaltigkeit nur im Zusammenhang mit der Standortfrage Erwähnung. Zur Herausarbeitung der Position der Bundesregierung ist es deshalb hilfreich, auch Dokumente anderer Ministerien heranzuziehen, da dort Positionen oft klarer zum Ausdruck gebracht werden als in den eingangs erwähnten, normativ geprägten und konsensuell ausgerichteten Dokumenten.

Als die wichtigsten Handlungsschwerpunkte für eine nachhaltige Entwicklung werden vom Umweltministerium der Schutz des Klimas und der Ozonschicht, der Schutz des Naturhaushalts, die menschliche Gesundheit, die Schonung der Ressourcen, die Verwirklichung einer umweltschonenden Mobilität und die Verankerung einer Umweltethik genannt (vgl. BMU 1996). Auf alle Handlungskonzepte einzugehen, würde den Rahmen dieser Darstellung sprengen. Exemplarisch sollen daher die Konzepte zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft herausgegriffen werden, da bei diesem Thema Fragen des Schutzes des Naturhaushalts, der Ressourcenschonung, des Klimaschutzes u.a.m. angesprochen werden (Kap. 9.2). Die hier sichtbar werdende zentrale Rahmung des Handlungskonzepts der Bundesregierung - nämlich 'technische Innovation' - lässt sich auch am Bereich 'nachhaltiger Energiepolitik' aufzeigen (Kap. 9.3) Um das Bild zu runden, wird abschließend herausgearbeitet, in welcher Weise die Bundesregierung die soziale Dimension nachhaltiger Entwicklung thematisiert (Kap. 9.4).

8.2 „Nachhaltige Landwirtschaft“ aus der Sicht der Bundesregierung

Die Handlungskonzepte der Bundesregierung zur Agrarpolitik wurden im Agrarbericht 1996 und im Bericht der Bundesregierung an die CSD "Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland" (BMU 1997) dargestellt. Prinzipiell hält die Bundesregierung keine grundlegende Reform der Agrarpolitik für notwendig und ist der Auffassung, dass "der Agrarstandort Deutschland am ehesten durch eine leistungs- und wettbewerbsfähige, markt-orientierte und umweltverträgliche Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft in einem europäischen Binnenmarkt gesichert werden kann" (BML 1996: 91). Ziele der "nachhaltigen, umweltschonenden Landwirtschaft" sind neben "der Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln zu angemessenen Preisen", der "Teilnahme der in der Landwirtschaft Tätigen an der allgemeinen Einkommens- und Wohlfahrtsentwicklung" und der "Entwicklung ländlicher Räume" auch die "Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und Erhaltung der biologischen Vielfalt" und die "Verbesserung der agrarischen Außenhandelsbeziehungen und der Welternährungslage" (BMU 1997: 93). Von der Annahme ausgehend, dass die Wohlfahrtseffekte des internationalen Handels auch der Verbesserung der Welternährungslage dienen, wird eine weitere Integration in den Welthandel für notwendig erachtet. Konzepten einer regional orientierten Landwirtschaft wird damit eine Absage erteilt.

Im Bericht der Bundesregierung werden zum einen die positiven Funktionen der Landwirtschaft für eine nachhaltige Entwicklung hervorgehoben. Verwiesen wird auf die Pflege und Entwicklung der Kulturlandschaft und der Artenvielfalt, sowie auf den Beitrag zur Entwicklung einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft - z.B. durch die Einbringung von Klärschlamm und Kompost aus Bioabfall. Hoffnungen werden in den verstärkten Anbau von nachwachsenden Rohstoffen gesetzt, wodurch Rohstoffreserven geschont werden könnten. Insbesondere in der energetische Nutzung nachwachsender Rohstoffe werden Potentiale zur Bekämpfung der Treibhausproblematik gesehen.

Zum anderen werden Umweltbelastungen durch die Landwirtschaft thematisiert. Um landwirtschaftliche Nutzung und den Schutz von Lebensräumen miteinander in Einklang zu bringen, wird eine Verminderung der stofflichen Belastungen durch Pflanzenschutz- und Düngemittel sowie eine schonende Bearbeitung der Böden angestrebt. Der ökologische Landbau sei besonders gut mit diesen Zielen vereinbar. Seine Entwicklung soll durch das "gesundheitsorientierte Einkaufsverhalten der Bevölkerung" (ebd. 98) und durch besondere Programme gefördert werden. Seine Durchsetzung wird von der Bereitschaft der Verbraucher abhängig gemacht, "zusätzliche Leistungen der Landwirte (...) angemessen zu honorieren" (ebd. 102). Damit werden Verantwortlichkeiten von der Ebene der staatlichen Steuerung auf den Konsumbereich verschoben.

Die allgemeine Verbreitung des ökologischen Landbaus wird jedoch weder für notwendig noch für wünschenswert erachtet. Stattdessen wird "die weitere Verbesserung der Umweltverträglichkeit des konventionellen Landbaus" angestrebt und auf die sich "bereits abzeichnende starke Nahrungsmittelnachfrage aus den Schwellenländern Südostasiens, die selber nicht über ausreichende Ackerbauflächen verfügen", verwiesen (ebd. 98). Während die ge-

genwärtige Agrarpolitik noch auf die Verringerung der Überproduktion gerichtet ist und extensive Landwirtschaft gefördert wird, wird also langfristig wieder mit der Notwendigkeit einer steigenden Produktionsmenge gerechnet. Angestrebt wird daher kein völliger Verzicht auf Düngemittel und Pflanzenschutzmittel, sondern ein nach den "Regeln der guten fachlichen Praxis" (ebd. 98) betriebener Landbau. Dieses Prinzip beinhaltet, dass Düngemittel auf den Nährstoffbedarf der Pflanzen ausgerichtet werden und die Anwendung chemischer Pflanzenschutzmittel auf das "notwendige Maß beschränkt wird" (ebd. 99). Bezugspunkt der "guten fachlichen Praxis" ist letztlich nicht der Schutz von Böden und Wasser, sondern der effiziente Einsatz von Düngemittel und Pestiziden.

Eine weiterreichende Ökologisierung der Landwirtschaft wird von der Bundesregierung mit dem Hinweis auf die Wettbewerbsbedingungen abgelehnt: "Umweltorientierte Weiterentwicklungen der guten fachlichen Praxis müssen aus Wettbewerbsgründen EU-weit erfolgen. Um zu vermeiden, dass Landwirte Marktanteile und Einkommen verlieren und die Produktion in Staaten mit weniger strengen Umweltregelungen verlagert wird, dürfen Umwelt- und Naturschutz sowie Landschaftspflege nicht zu existenzgefährdenden Belastungen werden" (ebd. 100). Die Einbindung in europa- und weltweite Marktstrukturen, die von der Bundesregierung selbst gefördert wird, wird so zugleich zu einem Argument gegen eine umweltpolitische Vorreiterrolle Deutschlands in der Agrarpolitik.

Allerdings ist auch die Bundesregierung der Ansicht, dass die gegenwärtige Landwirtschaft noch keine dauerhaft umweltverträgliche Befriedigung der Bedürfnisse gewährleiste. Daraus wird jedoch nicht - wie etwa in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ - die Notwendigkeit einer stärkeren Hinwendung zu ökologischem Landbau und Konsumverzicht abgeleitet. Vielmehr wird auf die drohenden ökologischen Belastungsgrenzen mit der Forderung nach weiterem technischem Fortschritt reagiert und insbesondere auf die Potentiale der Bio- und Gentechnologien gesetzt.

"Eine zugleich leistungsfähige und nachhaltige Landwirtschaft ist auf vielfältige technische Fortschritte angewiesen. Ein für die Zukunft besonders bedeutsamer Bereich ist die Biotechnologie, einschließlich der Gentechnik. Nur durch eine leistungsstarke und nachhaltige Agrarproduktion wird es langfristig möglich sein, die noch immer anwachsende Weltbevölkerung ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen, endliche Ressourcen zu schonen und zugleich Flächen, die zum Erhalt der biologischen Vielfalt auf der Erde benötigt werden, möglichst naturnah zu erhalten. Anwendungsfelder für eine verantwortungsvolle Gentechnik in der Landwirtschaft sind:

- Verminderung des Einsatzes an Pflanzenschutzmitteln z.B. durch Stärkung der Abwehrkräfte der Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlingsbefall,
- Verminderung des Düngemiteleinsatzes durch Stärkung der pflanzeigenen Nährstoffsynthese,
- erweiterte Nutzungsmöglichkeiten für umweltfreundliche nachwachsende Rohstoffe,
- Verbesserung der Qualität und der Haltbarkeit landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie
- Verbesserung der Tiergesundheit." (BMU 1997: 103)

Für fast alle der im agrarpolitischen Diskurs um nachhaltige Entwicklung thematisierten Problembereiche bietet so die Nutzung von Bio- und Gentechnik in der Landwirtschaft - aus Sicht der (damaligen) Bundesregierung - effektive Lösungen an. An die Stelle der Veränderung der Rahmenbedingungen des Pflanzenwachstums durch den Einsatz von ökologisch bedenklichen Düngemitteln und Pestiziden tritt nun die Strategie der Veränderung der Pflanzen selbst. Die Schwierigkeiten, die sich aus der "traditionellen" technisierten Landwirtschaft ergeben haben, können so aus Sicht der Bundesregierung durch eine neue Stufe des Eingriffs in die Natur beseitigt werden, die zugleich die biologische Vielfalt sichere.

Doch nicht nur die Probleme der Boden- und Wasserbelastung lassen sich - aus der Sicht der Bundesregierung - mithilfe neuer Biotechnologien lösen. Auch die begrenzte Produktivität der Böden lasse sich damit soweit erhöhen, dass die wachsende Weltbevölkerung ernährt werden kann. Insgesamt ermöglichen es Bio- und Gentechniken, "von der Natur zu lernen und sehr viel besser im Einklang mit der Natur zu handeln" (BMBF 1996: 40). Es wäre deshalb, so der bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber, „unverantwortlich, die Chancen der Gentechnik zum Schutz der Umwelt nicht zu nutzen. Mit grün-roter Dämonisierung dieser Zukunftstechnik verspielen wir die Zukunft. (...) Wer Gentechnik von vornherein verteufelt, versündigt sich nicht nur an der Natur, sondern auch an den Menschen, weil er ihnen die Lösung der Nahrungsprobleme, medizinischen Fortschritt und auch Arbeitsplätze vorenthält." (Stoiber 1995: 15)

8.3 Technische Innovation als tragende Säule nachhaltiger Entwicklung

Gentechnik und technischer Fortschritt ganz generell werden damit von der Bundesregierung als die wesentlichen Voraussetzungen einer zukunftsorientierten nachhaltigen Entwicklung betrachtet.

Die Analyse der Dokumente macht dabei deutlich, dass für die Regierung die zentrale Problematik nicht primär die ökologische Frage, sondern die Konkurrenzfähigkeit im globalen Wettbewerb ist. Die Herausforderungen der Zukunft "bestehen vor allem im Globalisierungstrend der Ökonomie, in dem Deutschland hervorragende Chancen hat sich zu behaupten, wenn es gelingt, ein Spitzenniveau in Wissenschaft und Forschung als Basis der technologischen Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu erreichen" (BMBF 1996: 12). Diese Problemwahrnehmung bestimmt auch die Entwicklung der ökologischen Handlungskonzepte. Die aus ökonomischen Gründen notwendige Weiterentwicklung von Techniken wird - optimistisch - zugleich als ökologisch sinnvoll angesehen. Alle neuen Techniken bieten auch Potentiale für eine nachhaltige Entwicklung:

"Forschung und technologische Entwicklung bilden die entscheidende Grundlage für Innovationen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung. (...) Dies liegt in der Breite der technologischen Antriebskräfte begründet, da alle Schlüsseltechnologien (z.B. Mikrosystemtechnik, Biotechnologie, Materialforschung, Fertigungstechnik, Lasertechnologie usw.) Anwendungsfelder auch im

Umweltbereich haben.“ Notwendig seien daher Forschungen, die die "Entwicklung umweltgerechter, innovativer Produkte, Herstellungsverfahren und Nutzungsformen voranbringen und mit Blick auf die Konsumenten das Wissen über die Chancen und die unterstützenden Bedingungen für nachhaltiges Wirtschaften verbessern." (BMU 1997: 125)

Umweltbildung muss daher auch darauf zielen, dass die für eine nachhaltige Entwicklung für notwendig erachteten Techniken von der Bevölkerung akzeptiert werden:

"Es ist eine Langfristaufgabe, darauf hinzuwirken, dass vor allem Handlungsmöglichkeiten zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung aufgegriffen werden, die sich durch neues Wissen und neue Techniken eröffnen. Dazu gehören auch die geistige Offenheit und Bereitschaft für notwendige Veränderungen. Diese Aufgabe ist nicht allein durch Gesetze oder Verordnungen zu erreichen. Eine langfristig angelegte Umweltbildung auf der Basis einer Ethik, die der Verantwortung des einzelnen für seine Lebenswelt eine unmittelbare Bedeutung einräumt, kann hierzu jedoch einen wichtigen Beitrag leisten. Sie kann das Klima für notwendige Innovationen verbessern." (Ebd. 126).

Aus Sicht der Bundesregierung impliziert so die Verantwortung für die Um-, Mit- und Nachwelt auch die Akzeptanz der neuen Techniken. Technikfeindlichkeit wird mit verantwortungslosem Denken und Handeln gleichgesetzt. Der „Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft“ wird so vor allem deshalb als unentbehrlich erachtet, „um damit einen Beitrag zur stärkeren Akzeptanz neuer Technologien und Entwicklungen in unserer Gesellschaft zu leisten" (BMBF 1996: 8). *Die Handlungskonzepte der konservativ-liberalen Regierung zur nachhaltigen Entwicklung basieren damit im wesentlichen auf dem Deutungsmuster "technische Innovation"*. "Nicht Technikaskese sondern wissenschaftlich-technischer Fortschritt eröffnet Chancen für eine nachhaltige Entwicklung.“ (BMBF 1996: 8) „Technische Innovationen werden auch in Zukunft die tragende Säule für nachhaltiges Wirtschaften sein". (Ebd. 47)

Diese zentrale Rahmung lässt sich auch am Beispiel des energiepolitischen Handlungskonzepts aufzeigen. Die Energiefrage wird im Diskurs um Sustainable Development sowohl in Bezug auf den Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen als auch in Bezug auf die bei der Nutzung entstehenden CO₂-Emissionen thematisiert, wobei aufgrund der Dominanz der Klimadebatte im Umweltdiskurs der zweite Aspekt im Vordergrund steht. Die Bundesregierung hat sich eine Verringerung der CO₂-Emissionen in Deutschland um 25% im Zeitraum von 1990 bis 2005 zum Ziel gesetzt und ein über 100 Maßnahmen umfassendes Klimaschutzprogramm verabschiedet (Bundesregierung 1997: 77). Angestrebt wird zum einen die Steigerung des Wirkungsgrades bei der Nutzung fossiler Energien, zum anderen die stärkere Nutzung CO₂-freier, erneuerbarer Energien.

Diese Strategien der technischen Effizienzsteigerung und der Substitution von Energieträgern werden von fast allen Akteuren im Nachhaltigkeitsdiskurs befürwortet. Umstritten sind jedoch die Maßnahmen zur Realisierung dieser Ziele. Die konservativ-liberale Regierung setzt vor allem auf freiwillige Maßnahmen. Begrüßt wird insbesondere die Selbstverpflichtungserklärung der Wirtschaft, ihre produktspezifischen CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005

im Vergleich zu 1990 um 20 Prozent zu reduzieren. Ablehnend steht die Bundesregierung hingegen der von den Umweltverbänden befürworteten Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen gegenüber. Das gilt insbesondere für das seit Jahren umstrittene Thema der Einführung einer Energiesteuer. Die Bundesregierung plädiert zwar grundsätzlich für eine derartige Steuer - allerdings nur auf der Basis einer EU-weiten Regelung und zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen auch nur nach Abstimmung auf internationaler Ebene. Einen nationalen Alleingang lehnt die Bundesregierung ab, denn aus ihrer Sicht stellt "insbesondere für energieintensive Industrien wie der Metallverarbeitung und der Chemie (...) eine preiswerte Energieversorgung einen wichtigen Standortfaktor dar. Die Bundesregierung ist deshalb daran interessiert, (...) die Energiepreise für im internationalen Wettbewerb stehende Branchen im Verhältnis zu den konkurrierenden Volkswirtschaften nicht überproportional ansteigen zu lassen" (BMU 1997: 75). Auf diesen seit Jahre festgefahrenen Streit soll hier nicht näher eingegangen werden. Selbst Prognosen des BMU zufolge kann mit den bisher verfolgten Strategien das gesetzte Reduktionsziel jedoch nur schwer erreicht werden.²⁹ Die Regierung Kohl erklärt nicht zuletzt deshalb den Einsatz von Kernenergie für unverzichtbar und weist darauf hin, dass „die Kernenergie - je nach hypothetisch angenommener Ersatzenergie - bis zu 150 Mio. Tonnen CO₂“ vermeidet (BMU1997: 82). Das Bundesforschungsministerium setzt darüber hinaus auf die Fortentwicklung der Kernfusion (BMBF 1996: 158).

Auch hier zeigt sich so als generelles Muster, nachhaltige Entwicklung durch technischen Fortschritt, durch innovative Technologien, sichern zu wollen.

8.4 Der soziale Aspekt von Nachhaltigkeit im Konzept der Bundesregierung

Das Prinzip der intragenerativen Gerechtigkeit spielt in den Überlegungen der Bundesregierung zu nachhaltiger Entwicklung eine geringe Rolle. Im CSD-Bericht wird zwar die „Drei-Säulen“-Konzeption der Enquete-Kommission übernommen; die soziale Dimension wird jedoch nur im Sinne von "sozialer Sicherheit", nicht aber von sozialer Gerechtigkeit ausbuchstabiert. (BMU 1997: 79). Im Zentrum steht die Verantwortung für zukünftige Generationen und damit der klassische Umweltschutz. Bezogen auf den nationalen Kontext spielt die soziale Frage nur in Hinblick auf die Sozialverträglichkeit ökologischer Maßnahmen eine Rolle. Verwiesen wird vor allem auf die mögliche Gefährdung von Arbeitsplätzen durch eine nationale Vorreiterrolle (vgl. ebd. 66). Minderung von Armut und sozialer Ungleichheit innerhalb Deutschlands ist in der Konzeption der Bundesregierung kein explizites Ziel nachhaltiger Entwicklung.

Eine größere Bedeutung hat die Frage der Ungleichheit zwischen Nord und Süd. "Nachhaltige Entwicklung setzt daher eine weltweite Entwicklungs- und Umweltpartnerschaft vor-

²⁹ "Nach den im Bericht wiedergegebenen Abschätzungen wird mit den bisher verabschiedeten Maßnahmen bis zum Jahr 2005 eine CO₂-Minderung um eine Größenordnung von 15 Prozent erwartet. Es müssen also noch erhebliche weitere Anstrengungen unternommen werden, um unser nationales Ziel - minus 25 Prozent bis 2005 gegenüber 1990 - zu erreichen." (BMU-Pressemitteilungen 14/97).

aus. Vor allem müssen das große Wohlstandsgefälle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern auf umweltverträgliche Weise verringert und die Lebensbedingungen der in Armut lebenden Menschen verbessert werden." (Ebd. 142) Einen besonderen Stellenwert besitzt das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung daher innerhalb der Bundesregierung nicht nur für das Umwelt- sondern auch für das Entwicklungsministerium. Zielsetzungen der Entwicklungszusammenarbeit sind die Förderung struktureller Reformen in den Partnerländern, die Bekämpfung der Armut, die Förderung der Bildung, die Integration der Umweltdimension in alle Handlungsbereiche, die Förderung des Umwelt- und Ressourcenschutzes und die Bekämpfung globaler Umweltprobleme.

Zentral ist dabei zum einen die Bekämpfung der Armut, da diese "eine wesentliche Ursache für nicht-nachhaltige Produktions- und Lebensverhältnisse ist" (BMZ 1996: 25). Neben dieser schon im Brundtland-Report zentralen Zielsetzung wird es für notwendig erachtet, "die Entwicklungsländer zu unterstützen, den Weg nicht-nachhaltiger Entwicklungsprozesse nicht zu beschreiten bzw. wieder zu verlassen" (ebd. 22). Im Bericht der Bundesregierung werden allerdings die Probleme nicht-nachhaltiger Entwicklung - dazu zählen insbesondere die Folgen der Urbanisierung, der Industrialisierung und der Intensivierung von Land- und Forstwirtschaft - nicht mehr erwähnt. Als eine wesentliche Voraussetzung für die nachhaltige Entwicklung der Entwicklungsländer wird der Technologietransfer angesehen. Mit einigen Staaten wurden Vereinbarungen mit dem Ziel der Vermittlung von Know-How im Umweltschutz und dem Transfer von Umwelttechnologien getroffen (vgl. BMU 1997: 139).

Verwiesen wird auch auf die "Vorbildfunktion Deutschlands: Solange sich die Menschen in den Entwicklungsländern an westlichen Konsummustern orientieren, bleibt die Entwicklung eines nachhaltigen Wohlstandsmodells auch in Deutschland von Bedeutung für die Entwicklung in anderen Teilen der Welt. Die Industrieländer, darunter auch Deutschland, müssen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit ein gutes Beispiel geben" (ebd. 140). Eine Operationalisierung dieses Postulats im Sinne der Schaffung eines weltweit übertragbaren Modells, wie es in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ gefordert wird, erfolgt allerdings nicht. Der Akzent wird überdies auf die Vorbildfunktion der Konsummuster gelegt; die Frage der Weltwirtschaftsordnung spielt, anders als noch im Brundtland-Report³⁰, keine Rolle mehr.

Die Bundesregierung vollzieht damit den generellen Schwenk mit, der sich in der internationalen Debatte vom Brundtland-Report bis zur UNCED-Konferenz in Rio vollzogen hat. Die Forderung nach einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung wird - wie in der Agenda 21 - in die nach einer weiteren Liberalisierung des Welthandels transformiert (vgl. oben, Kapitel 2.2). Darüber hinaus wird zwar auch das Ziel bekräftigt, dass Industrieländer 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe bereitstellen. Dieses Quote wird von derzeit aber von kaum einem der Industrieländer erfüllt. In Deutschland liegt sie 1997 bei 0,31 Prozent.

³⁰ "Zwei Bedingungen müssen erfüllt sein, damit der internationale Wirtschaftsaustausch vorteilhaft für alle Beteiligten wird. Die Dauerhaftigkeit des Ökosystems, von dem die Weltwirtschaft abhängt, muss gewährleistet sein. Und für die Wirtschaftspartner muss die Basis des Austausches gerecht sein. Beziehungen, die unausgeglichen sind und auf der Herrschaft der einen oder anderen Seite basieren, sind keine gute und dauerhafte Basis gegenseitiger Abhängigkeit. Für viele Entwicklungsländer ist keine dieser Bedingungen erfüllt." (Hauff 1987: 70)

Aus Sicht der Bundesregierung ist angesichts veränderter Weltmarktbedingungen eine Erfüllung dieser Quote allerdings auch nicht mehr unbedingt erforderlich:

"Die internationale Diskussion über die Mitteltransfers der Entwicklungszusammenarbeit neigt nach Auffassung der Bundesregierung dazu, sich auf Entwicklungshilfe zu konzentrieren und die gestiegene Bedeutung der Beteiligung der Entwicklungsländer am Welthandel sowie privatwirtschaftliche Zuflüsse zu vernachlässigen. (...) Der Privatkapitalfluss in die Entwicklungsländer hat sich von 1994 bis 1995 fast verdoppelt und wird - bei zunehmender Reformbereitschaft dieser Länder - an Bedeutung noch zunehmen. Gleichzeitig ist in den Industrieländern, die eine Konsolidierung ihrer öffentlichen Haushalte anstreben - so auch in Deutschland - der Rechtfertigungsdruck für die Verwendung von Steuermitteln als Auslandshilfe gestiegen. Einer Reihe von Entwicklungsländern ist die Integration in die Weltwirtschaft inzwischen gelungen. Mit Wachstumsraten, die diejenigen der Industrieländer weit übertreffen, sind sie zu Polen der weltwirtschaftlichen Entwicklung geworden." (BMU 1997: 147)

Hier wird deutlich, dass aus Sicht der konservativ-liberalen Regierung die Weltsituation nicht mehr angemessen durch eine Zweiteilung in arme, unterentwickelte und reiche, entwickelte Staaten beschrieben werden kann. Einigen Staaten sei, wie im Brundtland-Report angestrebt, eine nachholende Entwicklung gelungen. Gleichzeitig wird - als Begründung für die Nichterfüllung der zugesagten Rate an Entwicklungshilfe - auf die bestehenden Sparzwänge in den westlichen Industrieländern sowie auf die steigenden wirtschaftlichen Investitionen in den Entwicklungsländern verwiesen. Die Regierung differenziert dabei allerdings nicht zwischen den 'Schwellenländern' auf der einen Seite, in die der Großteil der privaten Gelder fließt, und jenen Entwicklungsländern auf der anderen Seite, in denen sich die Armut in den letzten Jahren noch verschärft hat und die in der Weltwirtschaft eine immer geringere Rolle spielen. Dies deutet darauf hin, dass die Thematik der sozialen Gerechtigkeit, der Beseitigung von Ungleichheit zwischen Nord und Süd, in der Problemwahrnehmung der konservativ-liberalen Bundesregierung keine zentrale Bedeutung einnimmt und durch die Problematik des globalen Kampfes um Marktanteile überlagert wird. An die Stelle der im Brundtland-Report und in der Agenda 21 beschworenen Vision der 'einen gerechten Welt', wie sie im normativen Diskurs um nachhaltige Entwicklung zumindest rhetorisch immer noch vorherrscht, tritt die Problemwahrnehmung eines ökonomischen Konkurrenzkampfes.

Der Diskurs um Nachhaltigkeit wird so reduziert auf die Frage der Erhaltung der natürlichen Ressourcen von Entwicklung. Armut und Unterentwicklung werden daher nur dann zum Thema, wenn sie zu Umweltzerstörung beitragen. *Weniger das konsensorientierte Leitbild einer ökologisch wie sozial nachhaltigen Entwicklung als vielmehr das Leitbild des "Wirtschaftsstandorts Deutschland" im Rahmen eines globalen wirtschaftlichen Konkurrenzkampfs bestimmt die Zukunftskonzeption der Bundesregierung unter Helmut Kohl.*

9. Handlungskonzepte nachhaltiger Entwicklung in der Wirtschaft

In der deutschen Wirtschaft hat über das „Business Council for Sustainable Development“ - einer internationalen Vereinigung von Managern und Unternehmern - schon sehr früh eine Diskussion um das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung begonnen (vgl. Schmidheiny 1992). Seit der Verabschiedung der „Agenda 21“ auf der UNCED-Konferenz in Rio 1992, in der die Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen und ihrer Verbände als gleichberechtigte Partner bei der Umsetzung und Bewertung angesprochen wurden, wird auch in Deutschland betrieblicher Umweltschutz zunehmend unter dem Begriff der Nachhaltigkeit durchgeführt. Stoffstromanalysen, Öko-Audits, Öko-Bilanzierungen und integrierter Umweltschutz haben in vielen Betrieben zu einem umweltverträglicheren Wirtschaften beigetragen. Insbesondere im Bereich der Energie- und Ressourceneinsparung, wo sich ökologische und ökonomische Zielsetzungen häufig decken, wurden Erfolge erzielt. Mit Selbstverpflichtungen hat die Industrie deutlich gemacht, dass sie einen Beitrag zu Nachhaltigkeit leisten will. In vielen Betrieben hat die Erfahrungen gezeigt, dass bei konsequenten Bemühungen der Unternehmensführung eine teilweise Ökologisierung der Produktion möglich ist. In der Verantwortung steht nun - so die Sicht vieler Unternehmer - der Verbraucher, der diese Produkte nachfragen muss.

Umstritten ist allerdings, inwieweit derartige Maßnahmen ausreichend sind, welche zukünftigen Wege einzuschlagen sind, und insbesondere, welche Rolle der Staat bei der Steuerung der Wirtschaft hin zu einer nachhaltigen Entwicklung spielen soll. Die Mehrheit der Unternehmen präferiert marktwirtschaftliche anstelle von ordnungsrechtlichen Instrumenten. Bevorzugt werden dabei finanzielle Anreize für innovative Unternehmen und Selbstverpflichtungen, während staatliche Preisbeeinflussung eher kritisch bewertet wird. Das tagespolitisch aktuellste Thema ist - bis in die ersten Monate der neuen rot-grünen Regierung - die Frage der Einführung einer ökologischen Steuerreform. Der Großteil der Wirtschaftsakteure erteilt diesem Instrument eine Absage oder verweist auf die Notwendigkeit eines international abgestimmten Vorgehens, da es ansonsten zu Wettbewerbsnachteilen und einer Verlagerung der umweltverträglichen Produktion ins Ausland kommen würde.

Umfassendere Handlungskonzepte der Wirtschaft zu Sustainable Development liegen bisher - mit Ausnahme der vom Verband der Chemischen Industrie (VCI) und vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) erstellten Positionspapiere sowie der gemeinsam vom VCI und der IG Chemie-Papier-Keramik in einem moderierten Diskurs erarbeiteten „Bausteine für ein zukunftsfähiges Deutschland“ (IFOK 1997) - nicht vor. Die Positionspapiere des VCI und des BDI können allerdings als repräsentativ für das in der Industrie vorherrschende Nachhaltigkeitsverständnis angesehen werden.

In deutlichem Kontrast dazu steht ein Positionspapier zu nachhaltiger Entwicklung, das vom Bund Junger Unternehmer (BJU), einer Vereinigung junger, mittelständischer Unter-

nehmer, vorgelegt wurde. Durch den Vergleich dieser Handlungskonzepte sollen Unterschiede innerhalb des Wirtschaftslagers deutlich gemacht werden, die zumindest in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre noch bestanden.

Zentrale Wirtschaftsakteure sind allerdings auch die Gewerkschaften. In der Gewerkschaftsdebatte spielte die Auseinandersetzung mit Sustainable Development bis Ende der neunziger Jahre keine besonders prominente Rolle; ihre Aktivitäten sind auf vordringlichere soziale Fragen gerichtet. Darüber hinaus bestehen in der Haltung zur ökologischen Frage erhebliche Differenzen zwischen den Einzelgewerkschaften. Die Frage ist, ob sich aus den Grundpositionen der Gewerkschaft zu Sustainable Development trotzdem bestimmte Koalitionsmöglichkeiten mit anderen gesellschaftlichen Akteuren im SD-Diskurs ergeben.

9.1 Handlungskonzepte des VCI zu nachhaltiger Entwicklung

Die Chemische Industrie war u.a. durch die Mitarbeit in der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ schon früh an der deutschen Diskussion um nachhaltige Entwicklung beteiligt. Als energie- und materialintensive Branche und aufgrund der Risikoträchtigkeit ihrer Produkte ist die chemische Industrie zugleich in besonderem Maße von Konzepten zu nachhaltiger Entwicklung betroffen und versucht daher aktiv die Diskussion um die Operationalisierung des Leitbilds Sustainable Development mitzugestalten. Grundpositionen des VCI zu dieser Frage wurden in der Broschüre „Sustainable Development“ (VCI 1995) entwickelt. Darüber hinaus wurden die Positionen des VCI in mehreren Diskussionsveranstaltungen dargelegt, zu denen der VCI Vertreter von Industrie, Umweltverbänden, Gewerkschaften und Politik geladen hatte. Auf diese Quellen wird sich die folgende Darstellung stützen. Die 1996/97 in einem gemeinsamen Diskurs-Projekt unter Leitung des Instituts für Organisationskommunikation erarbeiteten „Bausteine für ein zukunftsfähiges Deutschland“ (IFOK 1997) wurden nicht mehr im Untersuchungszeitraum dieser Studie veröffentlicht; sie konnten deshalb nicht mehr berücksichtigt werden.

In Anlehnung an das „Drei Säulen“-Konzept der Enquete-Kommission fordert der VCI, dass beim Leitbild der Nachhaltigkeit "wirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte gleichrangig berücksichtigt werden. Wir betrachten Sustainable Development also nicht als einseitiges ökologisches, sondern als ein ganzheitliches Zukunftskonzept. Denn jeder dieser drei Bereiche trägt dazu bei, dass eine langfristige und tragfähige Entwicklung möglich wird" (VCI 1996: 2). Einer eindeutigen, operationalisierbaren Bestimmung von Sustainable Development wird allerdings eine Absage erteilt. Nutzungsregeln werden im Positionspapier des VCI nicht erwähnt. Das Leitbild wird vielmehr im Sinne eines notwendigen Abwägungsprozesses zwischen unterschiedlichen Nachhaltigkeitszielen gedeutet. Letztlich kann damit jede Maßnahme in irgendeiner Weise auf Sustainable Development bezogen werden.

Die vorliegenden Dokumente machen deutlich, dass die chemische Industrie versucht, sich mithilfe des Leitbilds Sustainable Development aus der Defensive der umweltpolitischen Debatte - als 'Problemverursacher' - zu befreien und sich offensiv als 'Problemlöser' anzu-

bieten. Dies wird durch die mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs einhergehende Verschiebung der Problemwahrnehmung, weg von der Gift- und Risikoproblematik hin zu Ressourcen- und Klimafragen, ermöglicht. Als zentrale Probleme, für die mit Sustainable Development eine Lösung gefunden werden soll, sieht der VCI "das dynamische Wachstum der Weltbevölkerung, die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen, die begrenzte Belastbarkeit unseres Ökosystems, die Unterversorgung großer Teile der Weltbevölkerung und die damit verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Defizite" (VCI 1995: 4). Thematisiert werden damit sowohl ökologische als auch soziale Probleme.

Im Konzept des VCI steht - wie in den meisten Konzepten zu Sustainable Development - die langfristige Verfügbarkeit von Ressourcen und der Erhalt des Ökosystems als Basis der wirtschaftlichen Entwicklung im Zentrum. Nicht thematisiert werden die unmittelbaren Gefährdungen durch Schadstoffe und die Unfallrisiken in der Produktion, auch nicht Themen wie Chlorchemie und PVC, jene Themen, aufgrund derer die chemische Industrie immer wieder ins Zentrum der öffentlichen Kritik geraten war. Die Diskussion verschiebt sich so von Risikofragen zu Fragen des effizienten Ressourcenmanagements:

"Nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung bedeutet für die chemische Industrie - letztlich für jeden einzelnen in unserer Gesellschaft - eine besondere Verpflichtung. Es gilt die Natur, also ihre Rohstoffe und Energieträger, Boden, Wasser, Luft und Biosphäre, (...) sparsam und wirkungsvoll zu nutzen." (VCI 1995: 2)

Zur Erreichung dieses Ziels sind, so zumindest die Selbsteinschätzung, die Kompetenzen der chemischen Industrie notwendig: "Der Beitrag zu Sustainable Development beruht auf unserer Kenntnis und Erfahrung im Umgang mit Stoffen, mit der Veredelung, Nutzung, Aufbereitung und Wiederverwertung." (Ebd: 4). Als ein zentraler Beitrag der chemischen Industrie zu Sustainable Development wird die freiwillige Selbstverpflichtung der Industrie genannt, ihre produktspezifischen CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 2000 um 30 Prozent zu senken. Große Hoffnungen werden auch auf den vermehrten Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen gesetzt. Der VCI sieht hierin eine Trendwende, da der Siegeszug der Petrochemie gestoppt sei und der Rohstoffbedarf der chemischen Industrie wieder vermehrt durch nachwachsende Rohstoffe gedeckt wird (VCI 1995: 10). Dadurch würden Ressourcen geschont und ein Beitrag zur CO₂-Reduktion geleistet. Um diesen Weg weiter zu verfolgen, werden neue Technologien, insbesondere die Gentechnik, für nötig erachtet. Diese für eine nachhaltige Entwicklung wichtige Strategie wird jedoch, so der Vizepräsident des VCI, H.-D. Winkhaus, durch Akzeptanzschwierigkeiten verhindert:

"Wenn wir den Einsatz nachwachsender Rohstoffe noch effizienter machen wollen, müssen wir moderne Technologien, wie die Gentechnik, nutzen können. Dazu brauchen wir aber die Akzeptanz der Gesellschaft. Leider bestehen für die Bio- und Gentechnik in Deutschland in bestimmten Anwendungsbereichen wie Landwirtschaft und Ernährung noch erhebliche Akzeptanzprobleme. Wichtige Impulse aus der Wissenschaft konnten daher bei uns nicht genauso erfolgversprechend umgesetzt werden wie in anderen Staaten." (VCI 1996: 3).

Eine Ablehnung der Gentechnik ist aus Sicht des VCI aus ökologischen Gründen nicht vertretbar. Sie lasse sich aber auch mit den sozialen und ökonomischen Zielen einer nachhaltigen Entwicklung nicht vereinbaren:

"Der Zug wichtiger Zukunftstechnologien - und dies gilt vor allem für die Gentechnik - fährt international, auch europäisch, schon mit großer Geschwindigkeit. Was die Anwendung angeht, fährt Deutschland häufig hinterher. Wer in dieser Situation auch noch auf die Bremse tritt, riskiert den Anschluss entgültig zu verpassen. Die negativen Auswirkungen auf den Standort, auf Wohlstand und soziale Sicherheit entsprechen nicht dem Leitbild Sustainable Development." (Ebd. 2)

Aus Sicht des VCI sind so vor allem technische Innovationen bzw. „Zukunftstechnologien“ notwendig, um ökologische Ziele bzw. intergenerative Gerechtigkeit zu verwirklichen. Diese sind auch notwendig, um im Standortwettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben.

Die soziale Komponente von Sustainable Development wird vom VCI in Bezug auf Deutschland allgemein als die ‘die Gesellschaft betreffende’ Dimension ausgedeutet, nicht aber als Erhöhung sozialer Gerechtigkeit. Als eigenen Beitrag zu dieser sozialen Entwicklungskomponente sieht der VCI unter anderem ein "aktives Eintreten für eine marktwirtschaftliche Grundordnung mit möglichst freiem Wettbewerb" sowie "Sozialpartnerschaft" an (ebd. 5). Von der Enquete-Kommission wird allerdings die Forderung nach der "Sozialverträglichkeit der künftigen Wirtschaftsentwicklung" übernommen und - neben Geldwert- und Wachstumsstabilität - die Berücksichtigung der Beschäftigungsstabilität bei umweltpolitischen Maßnahmen gefordert. Die chemische Industrie trage zudem "durch langfristige Unternehmensstrategien zur Sicherung von Beschäftigung" bei (ebd. 5).

Unter Bezug auf das Kriterium "Gesellschaftskonformität" wird für die Ziele und Instrumente einer nachhaltigen Entwicklung überdies gefordert, "dass sie den gesellschaftlich-kulturellen Ansprüchen, Normen und Gepflogenheiten Rechnung tragen und allen unmittelbar Betroffenen eine angemessene Beteiligung am Entscheidungsprozess erlauben" (ebd. 14). Der VCI betont damit - wie viele andere Akteure im SD-Diskurs auch - die Notwendigkeit einer partizipativen Umsetzung des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung. Wer wo in welcher Weise zu beteiligen ist, wird allerdings nicht näher ausgeführt.

Mit den Problemen des Wachstums der Weltbevölkerung und der Unterversorgung werden auch globale soziale Fragen thematisiert. Als ein entscheidender Beitrag der chemischen Industrie zur Lösung dieser Probleme wird der Technologietransfer betrachtet. Mit der Unterzeichnung des "Responsible Care Programms" des internationalen Verbands der chemischen Industrie hat sich die chemische Industrie u.a. zum Ziel gesetzt "hohe gesetzlich vorgeschriebene Standards oder freiwillige Vereinbarungen beispielsweise aus Deutschland in Staaten mit niedrigerer Regulungsdichte“ zu übertragen" (ebd. 12).

Aus Sicht des VCI kann die chemische Industrie somit aufgrund ihrer Kompetenzen wesentlich *durch neue Techniken und Verfahren* zu einer Verwirklichung von Sustainable Development beitragen. Um diesen Prozess zu fördern, müsse jedoch der unternehmerische

Handlungsspielraum erweitert werden. Eingefordert wird daher ein Abbau staatlicher Regulierungen und nicht etwa - wie in Konzepten der Umweltverbände - eine stärkere gesellschaftliche Steuerung und Kontrolle wirtschaftlichen Handelns.

"Die Chemie (kann) wichtige Beiträge zu einer nachhaltigen, zukunftsverträglichen Entwicklung leisten (...). Hierzu müssen allerdings die politischen Rahmenbedingungen so gestaltet sein, dass sie Innovationen und unternehmerische Initiativen ermöglichen. Und wir fordern von der Politik, dass sie den Erhalt des marktwirtschaftlichen Rahmens garantiert, damit die Ergebnisse unserer Forschung möglichst schnell und effektiv in Prozesse und Produkte umgesetzt werden. Denn Rahmenbedingungen, die diesen Prozess behindern, wirken auch gegen die Ziele von Sustainable Development." (VCI 1996: 4)

Der VCI setzt dabei weitgehend auf freiwillige Maßnahmen. Einer Vorreiterrolle Deutschlands wird eine Absage erteilt: "Eine isolierte, nationale Vorgehensweise im Sinne einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung wäre jedoch nicht ausreichend. Wir fordern daher eine weltweite Politik im Sinne von Sustainable Development" (ebd. 14). Durch den Einsatz umweltpolitischer Instrumente dürften keine Wettbewerbsnachteile entstehen.³¹

9.2 Die Position des BDI: „Wachstum der Grenzen“ statt „Grenzen des Wachstums“

Ähnliche Positionen zu Sustainable Development werden vom Präsidenten des BDI, Hans Olaf Henkel, vertreten. Seine Haltung kann als repräsentativ für die Problemwahrnehmung und die angestrebten Lösungsstrategien der deutschen Großindustrie gelten. Im Positionspapier des BDI (Henkel 1996) werden insbesondere die Differenzen zu ökologienahen Positionen, wie sie z.B. in der Wuppertal-Studie vertreten werden, deutlich.

Henkel übernimmt zwar das integrative Konzept der "Verbindung von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialer Verantwortung und Umweltschutz, den drei tragenden Säulen einer nachhaltigen Entwicklung", setzt aber doch sehr spezifische Akzente: "Das heißt für uns: Nur mit einer gesunden Marktwirtschaft können wir uns eine anspruchsvolle Umwelt- und Sozialpolitik leisten. Es darf keine Überforderung der ökonomischen Basis geben." (Henkel 1996: 4). Während in der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" aber auch im Gutachten des SRU der Erhalt der Natur als primäre Basis von nachhaltiger Entwicklung angesehen wird, und dieses Ziel als unverhandelbar gilt, ist für Henkel die Bestandssicherung der Ökonomie die primäre Basis. Das Funktionieren der Marktwirtschaft wird als unverhandelbare Voraussetzung ökologischer und sozialer Maßnahmen betrachtet. Ökologie wie auch Soziales muss den wirtschaftlichen Zielen untergeordnet werden. "Die Auszehrung der deutschen Wirtschaft

³¹ "Die Zielsetzungen und Instrumente müssen so angelegt sein, dass sie den Grundsätzen der Gleichbehandlung nicht zuwiderlaufen und keinesfalls die Gleichheit der Chancen im internationalen Wettbewerb in Frage stellen." (Ebd. 15).

durch überzogene Sozialleistungen darf in ökologischer Hinsicht keine Parallele finden" (ebd. 4).

Henkel plädiert daher für Alternativen zu Ordnungsrecht und staatlicher Intervention und verweist auf bereits erreichte Erfolge, wie die Entkoppelung von Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum sowie auf Prognosen, wonach in Deutschland der Energieverbrauch in den nächsten Jahren konstant bleiben wird, während weltweit ein Anstieg zu erwarten sei. Auf die Tatsache, dass sich Deutschland und damit sein Verbrauch auf hohem und weltweit nicht übertragbarem Niveau stabilisiert, wird nicht eingegangen. Gefragt wird nicht nach der Verallgemeinerbarkeit bestimmter Niveaus der Ressourcennutzung; stattdessen werden die Potentiale der globalen Verbreitung deutscher Technik-Standards hervorgehoben: "Würde der deutsche Stand der Technik global angewendet, ließen sich 17% der anthropogenen CO₂-Emissionen weltweit einsparen" (ebd. 6). Verwiesen wird auch auf Reduktionserfolge auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft. Vergleichsbasis der Argumentation sind dabei immer frühere, nicht ökologisch als verträglich erachtete zukünftige Verbrauchsniveaus.

Infragegestellt werden auch jene Konzepte, in denen von nicht überschreitbaren Grenzen der Verfügbarkeit von Ressourcen und der Belastbarkeit von Ökosystemen ausgegangen wird. Damit wird sowohl einer Operationalisierung von Sustainable Development über Nutzungsregeln und Umweltindikatoren als auch dem Konzept des „Umweltraums“ eine Absage erteilt. Dies wird u.a. durch den Verweis auf die Fehlprognosen des Club of Rome in seiner die umweltpolitische Debatte der siebziger Jahre stark beeinflussenden Studie „Grenzen des Wachstums“ (Meadows u.a. 1972) begründet. Dass sich keine eindeutigen Grenzen der Naturbelastung ableiten lassen, zeige „nichts deutlicher als die Tatsache, dass die von Meadows und dem Club of Rome 1972 prognostizierten ‘Grenzen des Wachstums’ (1996 alle Rohstoffe erschöpft, Bevölkerung bereits dezimiert, Energiequellen erschöpft) nicht erreicht wurden" (Henkel 1996: 11). Die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung verbiete auch den Entwurf allzu konkreter Zukunftsvisionen eines nachhaltigen Deutschland. "Es kommt nicht darauf an, heute zu wissen, wie wir in 50 Jahren leben wollen und dies dann heute durchsetzen. (...) Die allermeisten Wege zu einer nachhaltigen Entwicklung können wir heute noch gar nicht kennen. Sie müssen erst noch erschlossen werden - und zwar durch unternehmerische Innovation" (ebd. 11).

Für den BDI ist so mit Sustainable Development keineswegs die Einsicht verbunden, dass die Industriegesellschaft an ihre natürlichen Grenzen geraten ist. Vielmehr wird dem eine Programmatik entgegengesetzt, die die Konzeption der Großindustrie zu Sustainable Development auf den Punkt bringt:

"Die griffige Hierarchie von Qualitätszielen, Handlungszielen und Instrumenten täuscht. Dort wo Innovation ‘Grenzen des Wachstums’ durch ‘*Wachstum der Grenzen*’ ersetzt, müssen Handlungsziele variabel und Instrumente anpassungsfähig sein." (Ebd. 11).

Die Existenz natürlicher Grenzen wird damit nicht prinzipiell bestritten, aber es wird davon ausgegangen, dass diese durch technische Innovationen erheblich - vielleicht sogar unbegrenzt - erweitert werden können. Um diese Potentiale der Entwicklung grenzerweiternder

Techniken zu nutzen, muss jedoch nach Ansicht des BDI-Präsidenten auf staatliche Regulierung und die Veränderung ökonomischer Rahmenbedingungen verzichtet werden. Dem Staat komme nur die Aufgabe der Zielsetzung zu: "Unser Motto sollte daher lauten: Die Politik vereinbart Ziele, den optimalen Weg findet die Industrie" (ebd. 17). Die Handlungsstrategie des BDI zu nachhaltiger Entwicklung basiert damit im wesentlichen auf *selbstverantwortlichem, innovativem Handeln der Unternehmen*. Gegenüber allen anderen Instrumenten ist daher die Selbstverpflichtung der Wirtschaft zu bevorzugen: "Das Instrument der Selbstverpflichtung, oder besser des 'Negotiated Agreement' muss auf nationaler Ebene von einer 'Second-Best-Lösung' zur ersten Wahl werden" (ebd. 13). Eine politische Steuerung der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit wird somit abgelehnt, vielmehr ein Abbau bestehender Regulierungen für nötig erachtet.

"Aus all dem folgt: Es gibt keine starren Definitionen von Nachhaltigkeit. Es geht vielmehr darum (...) Unternehmen zu motivieren, sich ihre ganz konkreten Handlungsziele selbst zu setzen. Das schließt ein, diese immer wieder in Frage zu stellen und die Wahl der Mittel ständig neuen Gegebenheiten anzupassen. Dafür brauchen wir die Hilfe des Staates, aber nicht durch eine zentrale Steuerung - schon gar nicht durch Öko-Steuern - sondern durch einen Rahmen, der verbindliche Umweltziele vorgibt.(...) Die Politik ist gefordert, einen gesellschaftlichen Konsens zu initiieren, der anstelle einer tagespolitischen Festlegung des 'Schadstoffs des Monats' berechenbare Orientierungshilfen für die Unternehmen bietet" (ebd. 17).

Im Zentrum des Handlungskonzepts der Großindustrie zu Sustainable Development stehen *technische Innovationen*. Diese Techniken sollen zum einen eine effizientere Nutzung der verfügbaren Ressourcen durch Einsparung und Recycling ermöglichen. Diese auch als „Effizienzrevolution“ bezeichnete Strategie wird von allen Akteuren im SD-Diskurs für nötig erachtet. Darüber hinaus wird jedoch für Techniken plädiert, die die Menge der verfügbaren Ressourcen selbst erhöhen. Nicht nur eine effizientere Art der Nutzung, sondern vor allem eine neue Stufe der technischen Aneignung von Natur soll das "Wachstum der Grenzen" ermöglichen. Die größten Potentiale dieser "Aneignungsrevolution" werden in der Gentechnik und in der Kernenergie gesehen. Die Handlungskonzepte für eine nachhaltige Entwicklung sind somit bei den großindustriellen Vertretern des SD-Diskurses, ähnlich wie bei der Bundesregierung, durch das zentrale Deutungsmuster "*technischer Fortschritt durch unternehmerische Innovation*" geprägt.

9.3 Das Alternativkonzept des "Bund Junger Unternehmer"

Die Haltung des VCI und des BDI zu Sustainable Development ist typisch für große Teile der deutschen Wirtschaft. Diese bildet jedoch keinen homogenen Block. Eine deutlich andere Position hat der "Bundesverband Junger Unternehmer" (BJU) in seinem Diskussionspapier "Junge Unternehmer für eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung" (BJU 1996) be-

zogen. Im BJU haben sich die jüngeren Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer (ASU) zusammengeschlossen. Was Zahl, Größe und ökonomische Relevanz der im BJU vertretenden Unternehmen anbetrifft, ist der BJU sicher nicht mit dem VCI und dem BDI vergleichbar. Sein Handlungskonzept ist dennoch von Bedeutung, da es Umweltverbänden Unterstützung aus dem Unternehmerlager bietet und damit zugleich signalisiert, dass auch in der Wirtschaft konkurrierende Rahmungen von nachhaltiger Entwicklung existieren.

Wie der VCI verweist auch der BJU auf den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Entwicklung. Während der VCI jedoch vorrangig die Beachtung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Teilsysteme einfordert, sieht der BJU die Hauptaufgabe darin, dass "zwischen Wirtschaft, Gesellschaft, menschlicher Gesundheit und Natur die Schnittstellen optimiert werden" (BJU 1996: 2). Nachhaltige Entwicklung wird vom BJU eindeutig mit dem Ziel der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen verknüpft. Auch vom BJU werden die Potentiale technischer Innovation gesehen. Im Gegensatz zum BDI wird aber die Existenz natürlicher Grenzen betont und Nachhaltigkeit - in Anlehnung an die Enquete-Kommission - über Nutzungsregeln definiert:

"Es gibt natürliche Ressourcen, die nur teilweise durch menschliche Kreativität und Kapital ersetzt werden können. Die Natur hat materielle und zeitliche Grenzen. Diese ökologischen Leitplanken in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung müssen anerkannt und Nachhaltigkeit über Nutzungsregeln eindeutig definiert werden. Wir halten die Einhaltung folgender ökologischer Grenzen für richtig:

- die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen darf die Regenerationsrate nicht überschreiten,
- die Nutzung nicht-erneuerbarer Ressourcen muss den Bedarf kommender Generationen berücksichtigen,
- Stoffeinträge in die Umwelt müssen sich an der Belastbarkeit der Umweltmedien orientieren,
- Eingriffe in die Natur müssen der Natur Zeit zur Anpassung und Regeneration lassen." (Ebd. 2)

Wie andere Wirtschaftakteure setzt auch der BJU zur Erreichung dieser Ziele auf marktwirtschaftliche Instrumente.³² Es wird jedoch davon ausgegangen, dass Unternehmen innerhalb der bestehenden ökonomischen Rahmenbedingungen nicht nachhaltig wirtschaften können. Im Gegensatz zum VCI und BDI wird deshalb mit dem Plädoyer für marktwirtschaftliche Instrumente nicht zugleich der Verzicht auf gesellschaftliche Steuerung verbunden. Der BJU tritt vielmehr für die Setzung ökonomischer Rahmenbedingungen durch den Staat ein.

³² "Zu einer wirtschaftlich und sozial zukunftsfähigen Entwicklung bedarf es weiterhin der marktwirtschaftlichen Ordnung: sie ist effizient, dezentral und entspricht unserer individualistischen Werthaltung. Deshalb fordern wir auch für umweltpolitisches Handeln Systemkonformität durch marktwirtschaftliche Lösungen statt eines Interventionssystems mit bürokratischen Ver- und Geboten." (BJU 1996: 3).

"Ein staatlicher Ordnungsrahmen ist unabdingbar, denn Unternehmen, die im Wettbewerb stehen, haben nur einen begrenzten individuellen Handlungsspielraum. Innerhalb dieses Ordnungsrahmens müssen jedoch Gestaltungsmöglichkeit für den Einzelnen bestehen." (Ebd. 3)

Als wichtigstes marktwirtschaftliches Instrument zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung sieht der BJU die Setzung von Preisanreizen durch den Staat an. Bevorzugt werden Zertifikatslösungen. Wo dieses Instrument nicht greift, werden ökologische Steuern und Abgaben für nötig erachtet, die Energie verteuern und Arbeit verbilligen. Gemeinsam mit dem BUND war der BJU schon 1994 mit dieser Position an die Öffentlichkeit getreten und hatte Position gegen die ablehnende Haltung der Großindustrie bezogen. Dabei hält der BJU eine ökologische Steuerreform auch dann für notwendig und praktikabel, wenn diese im nationalen Alleingang erfolgen müsste, wobei allerdings Sonderregelungen für energieintensive Branchen gefordert werden, um Abwanderungen ins Ausland zu vermeiden. Von der Reform erwarten sich die "Jungen Unternehmer" neben den ökologischen und arbeitsmarktpolitischen Effekten auch positive Wirkungen für die eigene, mittelständische Klientel:

"Reformen bieten auch Chancen für Arbeitsplätze. Die Arbeitskosten werden gesenkt, höhere Energie- und Verkehrspreise sorgen für einen frühzeitigen Strukturwandel hin zu Zukunftsinnovationen sowie für eine Stärkung der zumeist mittelständischen Regionalwirtschaft." (Ebd. 4).

Wie der VCI und der BDI hält der BJU Zukunftsinnovationen für notwendig; gemeint ist aber nur zum Teil dasselbe: "Notwendig ist die Erhöhung der Ressourcenproduktivität, d.h. ein geringerer Ressourceneinsatz, um den gleichen Nutzen für den Menschen zu erzielen. Dies kann etwa durch effizientere Produktion oder durch den teilweisen Ersatz von materiellen Gütern durch immaterielle Dienstleistungen (Bsp.: Instandhaltung) geschehen" (ebd. 2). Einigkeit besteht über die Möglichkeiten von Effizienzsteigerungen durch technische Innovation. Der BJU setzt darüber hinaus aber auf einen verstärkten Einsatz von "immateriellen" Dienstleistungen. Beim Nachfrager wird hierfür ein Wertewandel für notwendig erachtet, wie er in der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" im Leitbild "Gut leben statt viel haben" entworfen wurde:

"Als Denkanstoß regen wir den Übergang von der Verbraucher- zur Nutzergesellschaft an. Nicht viel haben, sondern gut leben, kann ein Leitbild sein. Das bedeutet einen höheren Stellenwert für weniger, dafür qualitativ hochwertige Produkte statt vieler Billigprodukte. Das bedeutet auch eine höhere Wertschätzung von Dienstleistungen im Vergleich zu materiellen Gütern. Beides kann Lebensqualität erhöhen. Weniger Güter müssen nicht immer weniger Wohlstand bedeuten." (Ebd. 5)

Übereinstimmung mit der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ herrscht auch in Bezug auf das Modell eines nachhaltigen Unternehmens. Lautet in der Wuppertal-Studie das entsprechende Leitbild "Von linearen zu zyklischen Produktionsprozessen", so ist das Leitbild des BJU "der *Übergang von der Durchlauf-Wirtschaft zur Kreislaufwirtschaft*. Güterdurchsatz soll durch höhere Dienstleistungsanteile (z.B. Reparieren, technisch Aufrüsten) ersetzt

werden, ebenso Verkaufen zum Teil durch Vermieten. (...) Die Chancen für das Unternehmen beim verstärkten Übergang vom Verkauf zur Vermietung liegen darin, dass man mit dem vermieteten Produkt eine Kundenbindung erreicht und mit dem Produkt und einer erweiterten Produktverantwortung mehrfach verdient werden kann."(Ebd. 6)

Dem Übergang zu einem nachhaltigen Wirtschaften steht aus Sicht des BJU neben den ökonomischen Rahmenbedingungen allerdings auch die Organisationsstruktur vieler Unternehmen entgegen.

"Eigentümerunternehmer, wie sie im BJU organisiert sind, sind aufgrund ihrer auf die Zukunft gerichteten Mentalität für ein kreislauforientiertes Leitbild geeigneter als Manager ohne Eigentümerfunktion, die häufig umsatzorientiert denken. Denn durch ein kreislauforientiertes Wirtschaftskonzept sinken tendenziell die Umsätze, jedoch nicht notwendigerweise die Gewinne oder Umsatzrenditen. Das Denken in Umsätzen statt in Gewinn und Nutzen hemmt daher nachhaltige Formen des Wirtschaftens. Gleiches gilt für die weitverbreitete Herstell- und Technikorientierung, die einer stärkeren Dienstleistungsorientierung entgegensteht." (Ebd.6)

Der Vergleich des Diskussionspapiers des BJU und der Positionen des VCI und des BDI lässt grundlegende Dissense bei den Wirtschaftsakteuren deutlich werden. Dabei geht es nicht nur um die tagespolitisch aktuellste Frage der ökologischen Steuerreform oder um einen Generationenkonflikt zwischen Jung und Alt. Vielmehr deutet sich auch eine Aufspaltung in Mittelstand versus Großunternehmen, Eigentümerbetriebe versus Managerbetriebe und Dienstleistungsunternehmen versus produktionsorientierte Unternehmen an. Es zeichnet sich so unter ökologischen Vorzeichen die Herausbildung einer von mittelständischen Unternehmern getragene Reformbewegung in der Wirtschaft ab, die gegen managergeführte Großunternehmen gerichtet ist. Das Plädoyer für eine stärkere Regionalorientierung ist zugleich auch Kritik an der ausschließlich am globalen Wettbewerb orientierten - zumeist großindustriellen - Position innerhalb der Wirtschaft. In beiden Fällen ist die jeweilige Perspektive klar durch die unterschiedlichen Interessenlagen geprägt.

Für die jungen, mittelständischen Unternehmer ergeben sich daraus klare Koalitionsmöglichkeiten mit der Umweltbewegung. Dissense zwischen dem BJU und der in der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" vertretenen Position existieren nur in Detailfragen - so z.B. der Ablehnung unabhängiger ökologischer Räte (ebd: 39). Hier soll der Gefahr einer zu weitgehenden Einschränkung der unternehmerischen Freiheit vorgebeugt werden. Ansonsten liegt aber sowohl dem Konzept des BJU wie auch der Wuppertal-Studie die Vorstellung zugrunde, durch eine Veränderung der Rahmenbedingungen das kapitalistische Wirtschaftssystem grundlegend reformieren zu können.

Trotz aller Unterschiede weist die Position des BJU allerdings auch Gemeinsamkeiten mit den Nachhaltigkeits-Konzepten der Großindustrie auf. So spielt in beiden Konzepten das Ziel der intragenerativen Gerechtigkeit und des Abbaus von sozialer Ungleichheit im Rahmen nachhaltiger Entwicklung keine Rolle. Auf die sozialen Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform geht das Papier des BJU ebenso wenig ein wie auf die Frage, ob das "gut leben statt viel haben" auch in einem zukunftsfähiges Deutschland nicht ein bestimmtes Niveau an

materiellem Wohlstand voraussetzt. Das Konzept des BJU hat allein den Erhalt der natürlichen Grundlagen für künftiges Wirtschaften zum Ziel. Diese Orientierung verbindet den - seiner Selbstdeutung nach - ökologisch verantwortungsvollen, mittelständischen Unternehmer mit dem an immateriellen Werten und einem „neuen Wohlstandsmodell“ orientierten umweltbewußten Konsumenten. Diese Koalition bedarf nicht unbedingt der Verankerung in gemeinsam geteilten christlich-asketischen Werthaltungen; wahrscheinlicher ist es, dass sich hier - auf der Basis gemeinsamer ökologischer Grundorientierungen - konkrete Interessenlagen mit postmaterialistischen, durchaus „erlebnisorientierten“ (Schulze 1992) Lebensentwürfen verknüpfen, für die die Idee eines „lustvollen (materiellen) Schrumpfens“ (Klüting 1995), die Vorstellung, „dass weniger mehr ist“, zentrale Bedeutung besitzt.

9.4 Das Nachhaltigkeitskonzept der Gewerkschaften

In der Agenda 21 wird die "Stärkung der Rolle der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften" gefordert (BMU 1992b: 58). Im Gegensatz zur Aufforderung, in einem öffentlichen Konsultationsprozess eine „lokale Agenda 21“ zu erstellen, wurde diese Passage in der öffentlichen Debatte bisher aber kaum mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung in Verbindung gebracht.

Auch innerhalb der Gewerkschaften fand eine Auseinandersetzung mit dem Konzept Sustainable Development - angesichts weit dringlicherer, akuter Probleme - nur am Rande statt. Ein systematisches Nachhaltigkeitskonzept der Gewerkschaften lag bis 1997 (und liegt bis heute) nicht vor. Das liegt nicht zuletzt an der Schwierigkeit, zwischen den verschiedenen Einzelgewerkschaften einen Konsens in Bezug auf ökologische Fragen zu finden. Trotzdem lässt sich aus dem Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, aus Beschlüssen der Gewerkschaftstage und aus einigen Einzelpublikationen eine generelle Position der Gewerkschaft zum Leitbild nachhaltiger Entwicklung rekonstruieren.

Soziale und ökologische Frage werden von den Gewerkschaften unter dem Leitbild der "sozial-ökologischen Reformstrategie" diskutiert und nicht unter dem Begriff der nachhaltigen Entwicklung, auf den jedoch häufig Bezug genommen wird. Thematisch beziehen die Gewerkschaften zu allen im Diskurs um Sustainable Development relevanten Fragen Stellung. Intergenerative und intragenerative Gerechtigkeit sind zentrale Bestandteile der gewerkschaftlichen Programmatik:³³

"Vollbeschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit und mehr Lebensqualität sind für die Gewerkschaften die wichtigsten Ziele ökonomischen Handelns. Sie sind untrennbar verbunden mit einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung, die qualitatives Wachstum und eine sozial gerechtere Weltwirt-

³³ Allerdings ist die Wertigkeit der Ziele eine andere. Steht im SD-Diskurs die intergenerative Gerechtigkeit und die daraus abgeleitete ökologische Frage zumeist an erster Stelle und gegenwärtige soziale Probleme und Fragen intragenerativer Gerechtigkeit an zweiter, so ist die Schwerpunktsetzung in der sozial-ökologischen Reformstrategie der Gewerkschaften eher umgekehrt.

schaftsordnung umfaßt. (...) Die Gewerkschaften wollen diese Ziele mit Hilfe einer sozial-ökologischen Reformstrategie erreichen. Sie soll die Arbeitslosigkeit überwinden und Wirtschaftswachstum und Umweltschutz in Einklang bringen. Die sozial-ökologische Reform grenzt sich bewußt ab von der Vorstellung, der Anschluss an die Weltmärkte sei zu erhalten, wenn auf nationale Reformen, vor allem in der Sozial- und Umweltpolitik, verzichtet wird.“ (DGB 1996: 16).

Auf einige Kernpunkte dieser sozial-ökologischen Reformstrategie soll im folgenden näher eingegangen werden.

Die gewerkschaftliche Position zu ökologischen Fragen

Angestrebt wird von den Gewerkschaften als Zukunftsvision eine "weitgehende Kreislaufwirtschaft und eine Produktgestaltung, die sich auf Dematerialisierung, Langlebigkeit, Erneuerbarkeit und ressourcenschonende Herstellung stützt" (ebd. 18). Prinzipiell deckt sich diese Zielsetzung mit der der Umweltbewegung.

Positionen im SD-Diskurs, die nur für Regelungen auf internationaler Ebene plädieren, wird eine Absage erteilt: "Die Industriestaaten dürfen eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Entwicklung nicht nur von anderen fordern, sondern müssen bei sich selbst anfangen. Deutschland muss auch im Rahmen seiner ökonomischen und sozialen Möglichkeiten Beispiele setzen, auch in Bereichen, in denen andere noch zögern." (Ebd. 18). Zugleich wird jedoch auch die mit der Vorreiterrolle verbundene Gefahr der Produktionsverlagerung und des Ökodumping gesehen. Der DGB wendet sich deshalb gegen eine Verlagerung umweltschädlicher Produktionen ins Ausland und setzt sich für den ökologischen Umbau an den bestehenden Standorten ein.

Energiepolitisch wird eine rationelle und sparsame Energieerzeugung und –verwendung, die Förderung regenerierbarer Energien und der weitere Einsatz fossiler Energieträger "unter Beachtung der Umweltmaßstäbe" angestrebt sowie gefordert, "so rasch wie möglich auf den Einsatz der Kernenergie zu verzichten" (DGB 1996: 18).

In der Frage des Einsatzes von Bio- und Gentechnik wird - im Gegensatz zu anderen Akteuren - keine eindeutige Pro- bzw. Contra-Position eingenommen. Vielmehr wird differenziert zwischen den Biotechnologien im allgemeinen, die prinzipiell befürwortet werden, und genetischen Veränderungen, denen zumindest Teile der Gewerkschaften noch kritisch und ablehnend gegenüberstehen. Im Gegensatz zur Bundesregierung, die vor allem die mangelnde Akzeptanz der Gentechnik in der Bevölkerung als Risiko ansieht, wird ein verstärkter gesellschaftlicher Diskurs über Gentechnik eingefordert: "Ein ausgewiesenes Wachstumsfeld stellt die Biotechnologie dar. Chancen und Risiken der Gentechnologie sind jedoch noch nicht abzusehen. Notwendig sind deshalb verstärkte Forschungsanstrengungen und ein gesellschaftlicher Dialog um insbesondere Klarheit über die Auswirkungen auf die Umwelt, den Verbraucher und die Arbeitsbedingungen zu schaffen." (Ebd.: 18)

Ein zentraler Bestandteil des Handlungskonzepts der Gewerkschaften zur Verwirklichung ihrer sozial-ökologischer Ziele ist der "Einstieg in eine sozial-ökologische Steuerreform" (ebd. 19). Ziel ist es, "den Faktor Arbeit zu entlasten, den Energie- und Ressourcenverbrauch

hingegen über Steuern und Beiträge zu verteuern" (ebd.). Erwartet werden neben ökologisch sinnvollen Effekten auch positive Impulse für den Arbeitsmarkt. Hier besteht prinzipielle Übereinstimmung mit Konzepten der Umweltverbände zur ökologischen Steuerreform. Allerdings sollten die sozialen Folgen berücksichtigt und Sonderregelungen für bestimmte Branchen ermöglicht werden: "Solange Unternehmen bzw. Industriebereiche auf Grund der spezifischen Bedingungen ihrer Produktion (z.B. prozessenergie) nicht zumutbare Nachteile gegenüber Wettbewerbern aus anderen Ländern haben, sollten Steuerbefreiungen gelten." (Ebd. 19) Gefordert wird auch eine Steuerharmonisierung im europäischen Binnenmarkt. Damit weichen die Gewerkschaften von der Position der Umweltverbände ab, die auch einen nationalen Alleingang befürworten und von Ökosteuern gerade ein grundlegende Verschiebung der Produktionsstrukturen erhoffen - auch auf Kosten bestimmter Branchen und der dort Beschäftigten. Im Gegensatz zu den Energiesteuerkonzepten der Umweltverbände und der Bundesregierung wird einer ganz oder teilweise auf den CO₂-Ausstoß fokussierten Energiesteuer eine Absage erteilt und gleiche Besteuerung aller Energieträger - mit Ausnahme der regenerativen - gefordert. Diese Schwerpunktsetzung dürfte insbesondere auf die Interessen der IG-Bergbau zurückzuführen sein.

Verknüpfung sozialer und ökologischer Fragen im Zeichen der Globalisierung

Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und nach Abbau von Ungleichheit beziehen die Gewerkschaften vorrangig auf Deutschland. Im Gegensatz zum Brundtland-Report ist in der Konzeption des DGB globale Gerechtigkeit der nationalen nachgeordnet. Angesichts hoher Arbeitslosigkeit und des drohenden Abbaus sozialer Standards und hat die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Sicherung der bestehenden sozialstaatlichen Strukturen Priorität. Dennoch bleiben sozial gerechtere Verhältnisse auch im internationalen Rahmen zentraler Bestandteil des gewerkschaftlichen Forderungskatalogs. Angestrebt wird eine "gerechte Weltwirtschaftsordnung", ein Abbau von Ausbeutung und einseitigen Abhängigkeiten und eine Gestaltung der Austauschbeziehungen nach "Solidaritäts- und Gerechtigkeitsprinzipien". U.a. wird die Forderung der Entwicklungsländer nach einem Schuldenerlaß unterstützt (ebd. 22f).

Für notwendig erachtet wird eine weltweite Anhebung von Umwelt-, Sozial und Lohnniveaus. Diese Zielsetzung resultiert allerdings nicht allein aus einem generellen Gerechtigkeitsdenken, sondern stellt auch eine Gegenstrategie zur Gefahr der Produktionsverlagerung bzw. zum Umwelt- und Sozialdumping dar.

"Umwelt-, Sozial- und Lohndumping zählen zu den gefährlichsten Risikofaktoren für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Keine Volkswirtschaft kann es sich auf Dauer leisten, ihre Grenzen für Produkte aus Ländern zu öffnen, die sich ihre Wettbewerbsvorteile durch Umwelt- und Sozialdumping verschaffen. Darum müssen die Menschen in den Entwicklungsländern im Gegenzug für die Öffnung der Märkte demokratische Freiheitsrechte bekommen und unabhängige Gewerkschaften gründen können. Freie Gewerkschaften tragen dazu bei, dass soziale und ökologische Mindeststandards eingehalten werden." (Ebd. 23).

Im Gegensatz zur Bundesregierung, für die eine "Harmonisierung von Arbeits und Sozialstandards auf globaler Ebene (..) kein gangbarer Weg" ist (BMWi 1996: 75), ziehen die Gewerkschaften daraus die Schlußfolgerung, die Standards durch internationale oder zumindest EU-weite Regelungen anzugleichen bzw. anzuheben. Um dies zu erreichen, fordert der DGB eine Internationalisierung der Gewerkschaften.

"Die globalisierte Wirtschaft erfordert dringend auch tarifpolitisch von den Gewerkschaften eine verstärkte internationale Zusammenarbeit. Mittelfristig müssen Schutz- und Gestaltungsregeln über Ländergrenzen hinaus Geltung besitzen. Der Internationalisierung des Kapitals sind international arbeitende Gewerkschaften entgegenzusetzen ." (DGB 1996: 14)

Dieses Handlungskonzept unterscheidet sich nicht nur von dem der Bundesregierung, sondern auch von dem der Umweltbewegung. In der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ wird auf die wirtschaftliche Globalisierung nicht mit einer Globalisierung politischer Strategien reagiert, sondern mit der Strategie der Schwächung globaler Abhängigkeiten durch die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Die Antwort auf die soziale Ungleichheit zwischen Nord und Süd ist in diesem Fall die Forderung nach individueller und nationaler Selbstbeschränkung, nach Entwicklung eines global übertragbaren neuen Wohlstandsmodells. Den Handlungskonzepten der Gewerkschaft liegt zwar auch das Ideal der internationalen Solidarität (der Arbeiter) zugrunde; dies wird jedoch auf dem traditionellen Weg des Aufbaus von Gegenmacht, nunmehr allerdings auf internationaler Ebene, verfolgt.³⁴

Gesellschaftliche Steuerung und Partizipation

Die ehemalige Bundesregierung setzt in ihren Handlungskonzepten - wie die Wirtschaftsseite - auf die Effizienz und innovative Kraft des Markts. Staatliche Eingriffe sollen soweit als möglich reduziert werden. Die Gewerkschaften plädieren hingegen für eine stärkere gesellschaftliche Steuerung von Ökonomie und Gesellschaft.

"Soziale Gerechtigkeit bei ökologischer Erneuerung ergibt sich nicht aus dem Selbstlauf des Marktes. Sie kann nur durch gesellschaftliche Steuerung und damit auch durch gewerkschaftliche Interessenvertretung in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft erreicht werden. Marktradikalismus und Deregulierung tragen zur Entfesselung gerade der zerstörerischen Kräfte bei. Gesellschaftliche Spaltung und ökologische Zerstörung gefährden den Sozialstaat und damit die soziale Grundlage von Demokratie." (DGB 1996: 5)

³⁴ "Die gegenwärtige demokratische und sozialstaatliche Ordnung ist das Ergebnis jahrzehntelanger gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen. Sie ist jedoch keineswegs stabil und für alle Zeiten gesichert (...) Ob und inwieweit es gelingt, sie zu erhalten und in der Zukunft einer weltweit sich radikal verändernden Wirtschaftsordnung neue demokratische, soziale und ökologische Standards abzurufen, hängt entscheidend von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab. Diese hängen ab von der Fähigkeit der arbeitenden Menschen, die Gegenmacht zu schaffen, und von der Stärke und Durchsetzungsfähigkeiten von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und politischen Organisationen." (Ebd: 21)

Hier zeigen sich Parallelen zu anderen Akteuren im SD-Diskurs. So wird auch in der Wuppertal-Studie eine Marktwirtschaft gefordert, „die wieder eingebettet ist in ein größeres Ganzes, das wir Gesellschaft“ nennen (Bund/Misereor 1996: 169). Umweltverbände wie Gewerkschaften verknüpfen die Frage einer ökologischen und sozialen Umgestaltung mit der Forderung nach einer Erweiterung von Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten und einer stärkeren gesellschaftlichen Steuerung der Wirtschaft. Während jedoch die Umweltverbände zumeist nur eine Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten des "Bürgers" in der politischen Entscheidungsfindung - z.B. durch Volkentscheide, Runde Tische, Mediationen, lokale Agenda 21-prozesse - und eine Domestizierung der Marktwirtschaft durch die Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen mittels Ökosteuern einfordern, halten die Gewerkschaften auch eine stärkere Demokratisierung der Wirtschaft für notwendig:

"Die Vision einer lebenswerten Zukunft, in der Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Wohlstand und ökologische Verantwortung gewährleistet sind, leitet unsere Arbeit (...) Wir engagieren uns für eine weitere Demokratisierung von Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft, für Menschen- und Bürgerrechte wie für die Rechte und Chancen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, selbstbestimmt arbeiten und leben zu können." (DGB 1996: 2)

Krasse Defizite im Bereich der Mitbestimmung sind nach Ansichten der Gewerkschaften auch wesentlich dafür verantwortlich, dass den Personalvertretern im Betrieb - trotz hoher Kompetenz in Bezug auf betriebliches Umwelthandeln - Umweltschutz nicht als vordringliche Aufgabe erscheint. Der Kampf um Mitbestimmung wird somit auch als Mittel wahrgenommen, dem betrieblichen Umweltschutz eine höhere Bedeutung zu verleihen (vgl. DGB 1997: 3).³⁵

Entsprechende Ansätze werden in den Überlegungen der Umweltverbände gewöhnlich vernachlässigt. In ihren Konzepten werden die Mitglieder der Gesellschaft vor allem als Konsumenten angesprochen. Partizipation wird nur im politischen Raum eingefordert. ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften werden als relevante gesellschaftliche Akteure nicht wahrgenommen. Die Leitbilder in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ richten sich z.B. an "Konsumenten, öffentliche Versorger, Gesetzgeber, Städter, Bürger in ländlichen Gebieten, entwicklungspolitisch Engagierte" (BUND/Misereor 1996: 152), nicht aber an Menschen in ihrer Rolle als Produzenten und Arbeitnehmer. Die Ausblendung der Berufsarbeit findet ihre Entsprechung in der Vernachlässigung der "Konsumarbeit" im "privaten" Alltag - so die Kri-

³⁵ Ähnliche Positionen werden auch in anderen Dokumenten deutlich: "Durch ihre Präsenz vor Ort im Betrieb ergibt sich für die Gewerkschaften die einzigartige Chance, Vorsorge im Umweltschutz sozusagen an der Quelle zu praktizieren, noch ehe Schadstoffe überhaupt entstehen und in die außerbetriebliche Umwelt gelangen können. (...) Trotz beachtlicher Erfolge beim Abschluss von Betriebsvereinbarungen zum Umweltschutz und ökologischer Tarifverträge wird man langfristig nicht an einer gesetzlichen Regelung im Hinblick auf eine Erweiterung des Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetzes um Mitbestimmungsrechte im Umweltschutz vorbeikommen. Denn ein Grund, warum viele Betriebs- und Personalräte sich weder in der Lage sehen, noch es für eine vordringliche Aufgabe halten, dem Umweltschutz im Betrieb und in der Verwaltung einen hohen Stellenwert einzuräumen, liegt im krassen Fehlen gesetzlicher Mitbestimmungsmöglichkeiten." (DGB 1997: 3)

tik aus feministischer Sicht (vgl. I. Schultz 1995: 16). Die Gewerkschaften sehen sich dagegen selbst als relevante gesellschaftliche Akteure: "Auch wir als Gewerkschaften tragen Verantwortung dafür, dass diese Gesellschaft Demokratie und Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und ökologische Erneuerung verwirklicht und auf den Vorrang von Arbeit und Umwelt, auf soziale Vernunft und friedlichen Interessenausgleich setzt." (DGB 1996: 8)

Auf die entsprechende Kritik der Gewerkschaften an der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ reagieren die Autoren der Studie allerdings durchaus selbstkritisch:

"Wo wir etwas zu wenig getan haben, waren Fragen von Produktionsprozessen, die Rolle von Arbeitnehmern, von Partizipation und Qualifikation in den Betrieben, diese Kritik kam von seiten der Gewerkschaften, dies trifft sicher zu, und da sehe ich großen Nachbesserungsbedarf." (Interview Wuppertal-Institut, 1996)

Die Partizipationsvorstellungen von Gewerkschaften und Umweltverbänden müssen sich so nicht per se unterscheiden. Differenzen sind eher der unterschiedlichen lebensweltlichen Verankerung der beiden Akteursgruppen und den dadurch geprägten unterschiedlichen Perspektiven geschuldet.

Kontroversen innerhalb der Gewerkschaften

Wenngleich die Gewerkschaften - im Rahmen ihrer Grundsatzprogrammatik - eine generelle Position zu Fragen der nachhaltigen Entwicklung entwickelt haben, ergeben sich doch eine ganze Reihe von Konflikten aus der unterschiedlichen Betroffenheit gewerkschaftlicher Gruppen durch die (potentiellen) Folgen der Umsetzung dieser Programmatik. Dabei entwickeln sich keine eindeutigen Konfliktlinien zwischen den Einzelgewerkschaften. So plädierten die Gewerkschaften IG Bau und ÖTV, die ein 'ökologisches' Image besitzen, für den von den Naturschutzverbänden abgelehnten Donauausbau, während andere Gewerkschaften dagegen stimmten. Ebenso ist die Frage der Gentechnik nicht nur zwischen IG-Chemie und anderen Gewerkschaften strittig, sondern wird z.B. auch innerhalb der IG BAU aufgrund der unterschiedlichen Interessen der einzelnen Arbeitnehmer - sowohl Mitarbeiter des ökologischen Landbaus wie auch in gentechnischen Forschungsanstalten beschäftigte Wissenschaftler sind dort vertreten - kontrovers diskutiert.

In der generellen Situation verschärfter Arbeitslosigkeit treten branchen- und berufsspezifische Interessen in den Vordergrund. Die Konkretisierung gewerkschaftsübergreifender Handlungskonzepte zu nachhaltiger Entwicklung wird dadurch erschwert:

"Jetzt mit dieser Wahnsinns Arbeitsplatzproblematik im Hintergrund ist ein closed-job Denken auch bei den Einzelgewerkschaften zu spüren, ja und ich würde mal sagen, wenn sich das häuft, dann sind wir handlungsunfähig, weil dann macht halt jeder, was er mag und denkt und dann wird es so größere Konzepte, wie nachhaltiges Wirtschaften, nicht mehr geben" (Interview DGB Bayern, 1996).

Die Entscheidungsfindung zu ökologischen Fragen wird so erschwert und zeitlich verzögert, was durch die Schwerfälligkeit demokratischer Entscheidungsprozesse in Großorganisationen, wie es Gewerkschaften sind, noch verstärkt wird. In der Öffentlichkeit erscheinen die Gewerkschaften so als umweltpolitisch irrelevant und inkompetent:

"Das ist eine Mausefalle, das ist ein großes Problem, das uns auch teilweise nach außen hin lähmt. In unseren Reihen toben die Diskussionen und das BMFT, das BM Bau und alle haben eine Position, und wir sagen "wir diskutieren". Da sind wir nicht wie die NGOs, die sind in der Lage, in einem Monat 15 Resolutionen zu veröffentlichen, ohne demokratischen Meinungsbildungsprozess, und sind in der Lage, das bald wieder zu revidieren. Gewerkschaften können das nicht, die können nicht populistisch sein, die müssen die Interessen ihrer Mitglieder vertreten, die müssen langfristig denken. (...) Das ist die Stärke der Gewerkschaften, die uns nach außen hin aber auch als langsamer Haufen erscheinen lässt." (Interview IG Bau, 1996)

So ist es fraglich, inwieweit es den Gewerkschaften gelingen wird, eine gemeinsame Umsetzungsstrategie des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung zu entwickeln, die ein sowohl von den Konzepten der Wirtschaft als auch der Umweltbewegung deutlich unterscheidbares Profil besitzt. Die Gewerkschaften stehen vor einem Entscheidungsdilemma. Lösen sie den internen Konflikt auf Kosten einer Stimmenthaltung in ökologischen Fragen, so geben sie ihre Einflussmöglichkeiten auf den SD-Diskurs preis. Suchen sie dagegen ein eigenes Profil zu entwickeln, so drohen Brüche in der gewerkschaftlichen Solidarität, was wiederum ihre Durchsetzungsfähigkeit auf dem klassischen Feld der sozialen Interessenkonflikte beeinträchtigt.

10. Die symbolische Ordnung des deutschen Diskurses über nachhaltige Entwicklung

Was ergibt sich aus der Analyse der drei Grunddokumente und der Positionen zentraler politischer und gesellschaftlicher Akteure in der deutschen Nachhaltigkeitsdebatte? Wie lässt sich die ‚symbolische Ordnung‘ dieses Diskurses beschreiben?

Methodischer Ausgangspunkt der diskursanalytischen Studie war das Verständnis von Diskursen als kontrovers strukturierten Feldern symbolischer Interaktion, in denen verschiedene Akteure um die Durchsetzung spezifischer Problemdeutungen konkurrieren. Die Diskursfelder als solche grenzen sich von anderen durch einen spezifischen Problemfokus ab. Ein neues Diskursterrain entsteht dann, wenn sich – zumindest in Teil- oder Expertenöffentlichkeiten - eine neue Problemwahrnehmung durchsetzt, der eine relativ hohe Dringlichkeit beigegeben wird. Die Gemeinsamkeiten in der Problemwahrnehmung der verschiedenen, beteiligten Akteure geben diesem neuen Diskursterrain seine spezifische Identität. Die Gegensätze in der Deutung der Probleme, die konkurrierenden Problemrahmungen und „story lines“ der beteiligten Akteursgruppen, schaffen die spezifische Konfliktstruktur dieses Diskursfeldes. Auch wenn der Zusammenhang zwischen Diskursen und gesellschaftlichen Praktiken durch die Binnenlogik institutioneller Strukturen und akteurspezifischer Interessen vielfach gebrochen ist, so ist doch davon auszugehen, dass die dominanten, jeweils vorherrschenden Problemrahmungen auch die institutionellen Praktiken der Umsetzung entsprechender Handlungskonzepte prägen.

Da die jeweiligen Problemrahmungen und „story lines“ in Interessenlagen, Weltbildern und Wertüberzeugungen verankert sind, weisen sie eine relativ hohe Beharrungskraft auf. In den symbolischen Kämpfen um Definitionsmacht müssen sich die beteiligten Akteure allerdings - und sei es nur rhetorisch - auch auf die Binnenlogik der Debatte und auf die sich verschiebenden Kontextbedingungen der jeweiligen Argumente einlassen. Dieser „Interdiskurs“ (Pecheux 1984) wird zum einen durch die massenmedial vermittelte Dynamik öffentlicher Konfliktdiskurse und Themenkonjunkturen vorangetrieben. Zum anderen schaffen aber auch die jeweiligen Praktiken der institutionellen Umsetzung eine sich beständig verändernde Ausgangslage für die weitere Debatte.

Im Rahmen der vorliegenden Studie zum deutschen Diskurs über nachhaltige Entwicklung können die seit Mitte der neunziger Jahre – insbesondere seit dem Wechsel zur rot-grünen Koalitionsregierung Ende 1998 - aufgetretenen Verschiebungen des Diskursfeldes und seiner Umsetzungspraktiken nicht weiter untersucht werden. Wir müssen uns hier auf die Rekonstruktion der zentralen Rahmungen beschränken, die sich aus den drei detaillierter untersuchten Nachhaltigkeitsstudien und aus den Positionspapieren zentraler politischer und gesellschaftlicher Akteure erschließen lassen. Aus der Binnenperspektive ist es auch kaum möglich, die Besonderheiten des deutschen Diskurses zur nachhaltigen Entwicklung präzise

zu bestimmen. Dazu bedürfte es einer vergleichenden Untersuchung. All das muss weiterführenden Studien vorbehalten bleiben. So kann es hier nur darum gehen, die aus den untersuchten Textdokumenten und den ergänzenden Interviews herausgearbeiteten Rahmungen und Deutungsmuster zu einem Gesamtbild der ‚symbolischen Ordnung‘ der deutschen Nachhaltigkeitsdebatte zu verknüpfen.

10.1 Die Debatte um Sustainable Development als kontrovers strukturiertes Diskursfeld

Ausgangspunkt der Basisdokumente der Nachhaltigkeitsdebatte, des 1987 erschienenen Brundtland-Berichts und der in Rio verabschiedeten ‚Agenda 21‘, ist eine neue Art der Problemsicht, die globale ökologische Probleme und die wachsende Armutsschere zwischen Nord und Süd als systematisch miteinander verknüpfte Krisenphänomene, als Teile einer einzigen Krise der industriellen Moderne, begreift. Das Konzept Sustainable Development gilt als Antwort auf diese neue Herausforderung. Es impliziert in dreifacher Hinsicht eine symbolische Neustrukturierung des Handlungsfelds.

Kognitiv erfolgt eine Neurahmung des Entwicklungsbegriffs, indem erstens die Globalität der Problemlagen, zweitens die systematische Verschränkung von ökologischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungsbedingungen und drittens die ‚Nachhaltigkeit‘ des jeweiligen Entwicklungsmodells auch für zukünftige Generationen in den Vordergrund gerückt wird. Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung verändert damit zugleich die Kriterien verantwortlichen Handelns. Das Konzept nachhaltige Entwicklung fungiert in der internationalen Debatte so als eine *normative Leitidee*, die eine Ausweitung des Verantwortungsbegriffs auf die globalen Entwicklungsbedingungen der Menschheit fordert. Das wird üblicherweise unter den Stichworten ‚inter-‘ und ‚intragenerative‘ Gerechtigkeit diskutiert. Das Konzept beruht darüber hinaus auf der optimistischen Annahme, dass ökologische wie Armutsprobleme keine grundsätzliche Grenze für das Fortschritts- und Wachstumsmodell der Moderne darstellen, sondern dass die über den Kopf gewachsenen Probleme mit neuen Strategien wieder in den Griff zu bekommen sind. Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung wurde deshalb von seinen Initiatoren nicht zuletzt als *handlungsleitendes Konzept* verstanden, das in der ‚Agenda 21‘ dann auch in einer Vielzahl handlungsstrategischer Empfehlungen ausbuchstabiert wurde. Durch den offiziellen Status dieses Dokuments erlangen wiederum die verschiedenen nationalen und lokalen, institutionen- und gruppenspezifischen Versuche, dieses Leitbild in konkrete Aktionsprogramme umzusetzen, politischen Rückenwind und erhöhte Legitimität.

Klar ist dabei, dass es im Rahmen dieses Konzepts nicht um Umweltschutz als solchen geht; im Vordergrund steht vielmehr die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Nach der viel zitierten Definition des Brundtland-Reports meint Sustainable Development eine "dauerhafte Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können" (Hauff 1987: 46). Der Erhalt der Natur, der Schutz ökologischer Systeme, der Schutz von Artenvielfalt und

nicht erneuerbaren Ressourcen, gerät nur insoweit ins Blickfeld, als dies für eine "dauerhafte" gesellschaftliche Entwicklung notwendig erscheint. Das ist eine entschieden anthropozentrische Perspektive. Radikale, ökozentrische Positionen des Umweltdiskurses geraten auf diesem Terrain in Legitimationsnöte. Die Frage des Natur- bzw. Umweltschutzes wird im Nachhaltigkeitsdiskurs in eine Frage angemessener Formen der Naturnutzung transformiert. Diese ist, zumindest im Brundtland-Report, am Maßstab sozialer Gerechtigkeit orientiert. "Dauerhafte Entwicklung erfordert, die Grundbedürfnisse *aller* zu befriedigen und *für alle* die Möglichkeit zu schaffen, ihren Wunsch nach einem besseren Leben zu befriedigen" (ebd.: 47).

Wird damit ein vager Konsens umrissen, der durch eine neue, wenn auch diffuse Norm globaler Verantwortlichkeit gestützt wird, so ist doch zugleich klar, dass das ‚Leitbild‘ nachhaltiger Entwicklung in sehr kontroverser Form ausbuchstabiert werden kann. Die Debatte um nachhaltige Entwicklung ist kein klares definiertes Konzept, sondern eher ein kontrovers strukturiertes Diskursfeld, auf dem verschiedene Akteure um die Durchsetzung ihrer spezifischen Deutung von Nachhaltigkeit und den daraus sich jeweils ergebenden unterschiedlichen Nachhaltigkeitsstrategien kämpfen.

Typische Konfliktlinien entwickeln sich dabei entlang der zentralen Grundannahmen der Sustainability-Debatte: So wird erstens zwar die *integrative Problemperspektive*, die Annahme, dass die ökologische, soziale und ökonomische Dimension nachhaltiger Entwicklung eng miteinander eng verknüpft sind, weitgehend geteilt. Im Konkreten werden diese drei Dimensionen aber sehr unterschiedlich gewichtet. Geteilt wird zweitens auch die *intergenerative Perspektive*, die Einsicht in die Notwendigkeit der dauerhaften Sicherung der natürlichen Lebensbedingungen. Sehr kontrovers wird aber die Frage diskutiert, ob dies den Erhalt des sog. Naturkapitals in seinem jetzigen Bestand erfordert, oder ob natürliches Kapital weitgehend durch technischen Fortschritt und künstliches Kapital substituiert werden kann. Ein, wenn auch schwächerer Konsens besteht drittens darin, dass der *intragenerative Aspekt sozialer Gerechtigkeit* ein wesentliches Element des Nachhaltigkeitskonzepts darstellt. Was das bedeutet, wird aber wiederum sehr unterschiedlich gedeutet: Für die einen garantiert die Liberalisierung des Weltmarkts und der Technologietransfer die bestmöglichen Chancen für Wohlstandsentwicklung und ein umweltverträgliches Wachstum auch im Süden; für die anderen erfordert letzteres gerade die Regulierung des Weltmarkts, eine neue, gerechtere Weltwirtschaftsordnung und eine radikale Veränderung des westlichen Wohlstandsmodells.

Nachhaltigkeit ist somit ein in mehrfacher Hinsicht unscharfes, kontrovers interpretiertes Prinzip. Ökologische und soziale Imperative, Forderungen nach Umweltschutz und Naturnutzung, Wert- und Risikofragen, Verteilungs- und Identitätskonflikte vermischen sich auf diesem neuen Terrain gesellschaftlicher Diskurse zu einer neuen Gemengelage, in der es nicht nur um die Entwicklung neuer Regulierungsformen gesellschaftlicher Naturnutzung, sondern auch um neue Lebens- und Wohlstandsmodelle geht. Diese Konflikte lassen sich nicht grundsätzlich lösen; die Pluralität an Positionen im Nachhaltigkeitsdiskurs lässt sich nicht homogenisieren. Der integrative Charakter des Nachhaltigkeitskonzepts und die diagnostizierte Dringlichkeit der Probleme bindet die verschiedenen Parteien aber in einen, trotz aller Gegensätze, konsensuell orientierten Prozess der Entwicklung konkreter Nachhaltigkeitskonzepte

und Umsetzungsschritte ein – allerdings nur, soweit sie die Prämissen des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung teilen.

Das ist nicht zwingend. Das Leitbild der Nachhaltigkeit besitzt auch heute noch keinen besonders hohen öffentlichen Stellenwert. Sein normativer Verpflichtungscharakter ist deshalb gering. Und selbst wenn das normative Leitbild der nachhaltigen Entwicklung geteilt wird, müssen nicht auch die sonstigen, generellen, handlungsstrategischen Implikationen – etwa die Annahme der grundsätzlichen Steuerbarkeit der gesellschaftlichen Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit oder deren Vereinbarkeit mit den Prinzipien einer globalisierten kapitalistischen Wirtschaftsordnung – geteilt werden. Es gibt gute Gründe dafür, dass integrative, im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte entwickelte Problemlösungen nach wie vor des Drucks und der Mobilisierung ‚von außen‘ bedürfen, um nicht auf der Ebene von Minimalkonsensen zu verbleiben.

Einbindung oder Ausgrenzung von Positionen ist nicht zuletzt eine Frage der jeweiligen nationalen Strukturierung des Diskursfelds. Dieses scheint fast überall noch offen genug, um auch radikaleren, kapitalismus- und industrialismuskritischen Positionen Zugang zu diesem Feld zu bieten, auch wenn deren Positionen darin marginal bleiben. Der Diskurs ist noch nicht geschlossen; keiner der konkurrierenden Problemrahmungen hat bislang eine eindeutige Dominanz erlangt. Wohl aber weisen die jeweiligen nationalen Debatten spezifische Strukturierungen auf, die sukzessive, im Maße ihrer Umsetzung in konkrete Politiken und durch deren Legitimation in der öffentlichen Debatte, auch institutionelle Kraft gewinnen und dadurch die Richtung weiterer Umsetzungsschritte vorgeben und begrenzen.

Welche Strukturierung, welche ‚symbolische Ordnung‘, weist die deutsche Nachhaltigkeitsdebatte auf?

10.2 Deutungsmuster und Handlungskonzepte des Umweltgutachtens, des Berichts der Enquete-Kommission und der Wuppertal-Studie im Vergleich

Die drei ausführlicher behandelten Nachhaltigkeitsstudien weisen zunächst eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf.

(a) Gemeinsamkeiten

(1) Geteilt wird zunächst im großen und ganzen die zentrale Problemdeutung, die *Annahme, dass das Verhältnis von Mensch und Natur in globalem Maßstab eine krisenhafte Dimension der Selbstgefährdung angenommen habe*. Dem entspricht, dass sich sowohl der SRU als auch die Enquete-Kommission und das Wuppertal Institut mit der Übernahme der sog. „Nutzungsregeln“ auf ein Verständnis von nachhaltiger Entwicklung festgelegt, in dem dem Erhalt der natürlichen Ressourcen oberste Priorität zukommt. Diese Prioritätensetzung wird zwar im Fall der Enquete-Kommission durch das „Drei-Säulen“-Modell wieder etwas relativiert; nichtsdestotrotz vollzieht sich auch bei der Enquete-Kommission ein erkennbarer Per-

spektivenwechsel von der Problematisierung der Gesundheitsrelevanz chemischer Stoffe zu abstrakteren Zielen der Sicherung der gesellschaftlichen Naturfunktionen (als Ressource und Senke).

Aufgrund ihrer prominenten Stellung trugen die drei Studien somit dazu bei, dass der bislang vorrangig auf Gesundheitsgefährdungen und Risiken einzelner Stoffe und Technologien fokussierte Umweltdiskurs unter Bezug auf das allgemeinere - global wie regional ausbuchstabierte - Problem der langfristigen Sicherung der natürlichen Bedingungen humanen Lebens neu gerahmt wird. Übernommen wird von allen drei Studien konsequenterweise *die Vorstellung, dass die heutige Menschheit eine globale Verantwortung für die Weitergabe eines hinreichenden Bestands an "Naturkapital" für die nachfolgenden Generationen trägt.*

(2) In allen drei Studien wird eine *Lösung der Probleme übereinstimmend von einem „integrierten“ Ansatz erwartet*, auch wenn dieser sehr unterschiedlich ausbuchstabierte wird. Konkret, sowohl in der Formulierung genereller Regeln als auch in der exemplarischen Diskussion einzelner Handlungs- und Problemfelder, *steht in allen Studien allerdings der Umgang mit der ökologischen Problematik im Vordergrund.* Im Gutachten des SRU stellt die Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse, der Vernetzung von Gesellschaft und Natur, die unabdingbare Voraussetzung für alle weitere Entwicklung dar. In der Studie des Wuppertal Instituts stellt der gegebene „Umweltraum“ den begrenzenden Faktor dar, der dann systematisch mit dem Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit verknüpft wird. Die Enquete-Kommission entwickelt zwar das einflussreiche „Drei-Säulen“-Modell, konzentriert sich dann aber (aufgabengemäß) auf die ökologische Problematik von Stoffflüssen und Stoffflussmanagement. *Der postulierte „integrative“ Charakter des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung wird so nicht – oder nur sehr begrenzt (z.B. in den „Leitbildern“ des Wuppertal-Instituts) - eingelöst.*

(3) Die drei Studien knüpfen zwar an das Sustainable Development-Konzept des Brundtland-Reports und der „Agenda 21“ an. Die für diese Dokumente *typische (soziale) „Entwicklungs“-Problematik wird aber weder im Gutachten des SRU noch im Bericht der Enquete-Kommission aufgegriffen.* Die Dimension intragenerativer Gerechtigkeit wird darin nur in Bezug auf die eigene Bevölkerung thematisiert (Arbeitsplätze, soziale Sicherheit, Gesundheitsschutz). Nur das Wuppertal-Institut geht von der untrennbaren Verknüpfung der globalen Umwelt- und Gerechtigkeitskrise aus. Dieser *ökologische Bias* ist für die gesamte deutschen Nachhaltigkeitsdebatte typisch. Nord-Süd-Probleme werden üblicherweise nur von kirchlichen oder entwicklungspolitischen „Eine Welt“-Gruppen aufgegriffen.

(4) Eine weitere Gemeinsamkeit zeigt sich darin, dass nicht nur ein Konsens über die Wünschbarkeit sondern auch über die *Möglichkeit der Steuerung der gesellschaftlichen Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit* besteht. Das setzt die Reduktion von Komplexität voraus. Dies wird mit sehr unterschiedlichen Ansätzen versucht. Die Enquete-Kommission konzentriert sich auf eine exemplarische Analyse von Stoffströmen und leitet daraus die Möglichkeit eines integrierten Stoffstrommanagements ab. Der SRU strebt mit der Entwicklung eines Umweltindikatorensystems eine wissenschaftlich fundierte Kontrolle und Steuerung einer umweltverträglichen Form der Naturnutzung an. Die Autoren der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ reduzieren die sozio-ökologische Problematik auf eine Mengenproblematik, die es dann durch eine generelle Dematerialisierung des gesellschaftlichen Stoffwechsels zu ent-

schärfen gelte. All diese verschiedenen Ansatzpunkte und Handlungsstrategien implizieren eine Erhöhung gesellschaftlicher Reflexivität, eine neue Stufe wissenschaftlich fundierter Rationalisierung des gesellschaftlichen Umgangs mit Natur, sowohl im Produktions- wie im Konsumbereich.

(5) Gemeinsam ist den Konzepten nicht zuletzt, *dass die kapitalistische Grundordnung, die Funktionsweise des Weltmarkts, nicht in Frage gestellt wird*. Der SRU und das Wuppertal-Institut präferieren ökonomische Instrumente, durch die die „ökologische Wahrheit der Preise“ gewährleistet, ökonomische und ökologische Prinzipien miteinander verknüpft werden sollen. Die Enquete-Kommission fixiert in den ökonomischen Schutz- und Gestaltungszielen ohnehin den Bestand des gegenwärtigen System und strebt eine Stoffstrommanagement innerhalb dieser Grenzen an.

(b) Differenzen

Die drei Studien weisen aber auch zentrale Differenzen auf. Diese Differenzen beziehen sich vorrangig auf das jeweils zugrunde liegende Menschen- und Gesellschaftsbild sowie auf die damit verknüpfte Deutung des Verhältnisses von Mensch und Natur. Daraus leiten sich dann unterschiedliche Leitbilder, Problemwahrnehmungen, Handlungsziele und Handlungsstrategien ab. Wir ordnen dabei jede der drei Studien einem bestimmten „Modell“ zu, das sich auf den Kern der jeweils präferierten Lösungsstrategie bezieht.

1. Vernetzungswissen und Verantwortung: Das „Rationalitätsmodell“

Der SRU geht von einer liberalen Bestimmung des Menschen als eines freien, moralisch verantwortlichen Vernunftwesen aus. Diesem Wesen des Menschen entspreche nicht nur eine freie, marktwirtschaftliche Ordnung, sondern auch die bewusste Entfaltung der menschlichen Möglichkeiten durch die technische Nutzung und Veränderung der Natur („Natur als Kultur-aufgabe“). Natur ist in diesem Sinne Gestaltungsobjekt des „homo faber“. Die Industriegesellschaft und die damit verbundene wissenschaftlich-technische Erschließung der Welt werden so zunächst grundsätzlich positiv bewertet. Diese kulturalistische Bestimmung des Menschen wird dann allerdings angesichts der ökologischen Folgeprobleme der industriellen Naturaneignung naturalistisch relativiert. Durch die „Grenzen der Belastbarkeit“ werden dem Eingriff in die Natur eindeutige Schranken gesetzt. Um das Auftreten von unkontrollierbaren Folgen der technisch-industriellen Naturnutzung zu verhindern, muss sich der Mensch der Rückbindung seiner zivilisatorischen Aktivitäten in das ihn tragende Netzwerk der Natur (Retinitäts-Prinzip) bewusst werden und sein Verhalten an der Einsicht in diese Zusammenhänge orientieren. Gefordert wird so ein „*Ethos der verantworteten Freiheit*“; der „homo faber“ müsse zum *verantwortlichen homo faber* werden. Zugleich herrscht im Gutachten des SRU aber auch eine Skepsis gegenüber der Wirksamkeit dieses „Ethos der Verantwortung“ vor. Der Mensch besitzt nicht nur „Verantwortungsfähigkeit“, sondern ist auch eigeninteressierter „homo oeconomicus“ und als solcher vor allem durch ökonomische Anreize zu umweltgerechtem Verhalten zu motivieren.

Die Ökologieverträglichkeit stellt in dieser Sichtweise den übergeordneten, unverhandelbaren Bezugspunkt einer nachhaltigen Entwicklung dar. Um diese sicherzustellen, ist zum einen Expertenwissen vonnöten, um die Belastungsgrenzen der Natur bestimmen zu können. Der Wissenschaft wird damit eine Schlüsselfunktion in der Bestimmung der Ziele nachhaltiger Entwicklung zugewiesen. Auf dieser Grundlage müssen dann zum anderen sowohl ordnungsrechtliche und ökonomische Steuerungsinstrumente ergriffen, als auch die moralische Kompetenz des einzelnen gestärkt werden, um ein Verhalten bewirken, das im Rahmen der definierten Belastungsgrenzen bleibt. Für den Mobilitätsbereich bedeutet dies beispielsweise, dass der einzelne, obwohl ihm ein anthropologisches Bedürfnis nach individueller Mobilität zugesprochen wird, aus ökologischer Verantwortung eine Beschränkung des motorisierten Individualverkehrs zu akzeptieren habe.

Dieses Deutungsmuster steht in der Tradition des liberalen Aufklärungsdenkens. Wie in den individualistischen, natur- und vernunftrechtlichen Gesellschaftstheorien der frühen Moderne (Hobbes, Locke, Rousseau, Kant) geht es auch hier um die Frage, wie die Spannung zwischen egoistischen Bedürfnissen und vernünftiger Einsicht, zwischen individuellen Interessen und Allgemeinwohl, in einer dem individualistischen Ansatz gemäßen Form gelöst werden kann. Das vom SRU propagierte Rezept verbleibt in dieser Tradition: die Lösung der Nachhaltigkeitsprobleme wird in einer umfassenderen Rationalität gesehen, in einer auf mehr Vernetzungswissen (Wissenschaft) und Einsicht (Stärkung der moralischen Kompetenz) gestützten, reflektierteren Form der Naturbeherrschung. Da im Zweifelsfalle aber ‚das Fleisch schwach ist‘, bleibt es Aufgabe des Staates, dem Allgemeinwohl, dem als vernünftig Erkanteten, in „individualverträglicher“ Weise (d.h. am besten durch ökonomische Steuerungsinstrumente) Geltung zu verschaffen.

2. Multiperspektivität: Das prozedurale „Verhandlungs- und Abwägungsmodell“

Im Gegensatz zum Umweltgutachten des SRU erfolgt im Bericht der Enquete-Kommission keine explizit ethisch-philosophische Reflexion der zugrundeliegenden Vorstellungen von Mensch und Natur. Die Herangehensweise an die Thematik, die Setzung der unterschiedlichen Schutz- und Gestaltungsziele in den "Drei Säulen" und das Konzept des Stoffstrommanagements lassen jedoch erkennen, dass dem Bericht der Enquete-Kommission ein der ethischen wie der ökonomischen Grundlagenreflexion des SRU verwandter kulturalistischer Ansatz zugrunde liegt. Die Veränderung von Natur mittels Arbeit und Technik wird als konstitutiv für das menschliche Naturverhältnis begriffen und in ihrer gegenwärtigen industriegesellschaftlichen Ausprägung weitgehend positiv bewertet. Problematisiert wird nicht die industrielle Naturnutzung als solche; sie wird im Rahmen der Stoffstromanalyse mit Blick auf erwünschte und unerwünschte Folgen nur ökologisch ‚rationalisiert‘.

Der Mensch gerät dabei vor allem als Akteur im Produktionsprozess, als „homo faber“, ins Blickfeld. Ökonomie wird vorrangig als Produktionssystem und nicht als Marktwirtschaft wahrgenommen. Das Konzept gesellschaftlicher Steuerung wird nach dem Vorbild des innerbetrieblichen, integrierten Stoffstrommanagements in der chemischen Industrie –nach dem Bild "Welt als Chemiefabrik" – modelliert. Natur erscheint als Ressource, als Stoff, der durch

den Menschen in effizienter, möglichst umwelt- und sozialverträglicher Form umgestaltet wird. Insgesamt wird hieran ein Verständnis des Mensch-Natur-Verhältnis deutlich, das den technisch vermittelten Eingriff in die Natur als eine dem Menschen gemäße und legitime Form der Befriedigung seiner Bedürfnisse begreift.

Im Gegensatz zum SRU wird bei der Enquete-Kommission der kulturalistische Ansatz nicht naturalistisch relativiert. Zwar werden zunächst übergeordnete „Nutzungsregeln“ zum Erhalt von Naturkapital aufgestellt; diese werden jedoch durch die anschließende Formulierung gleichberechtigter sozialer und ökonomischer Schutz- und Gestaltungszielen wieder verhandelbar gemacht. Dabei wird auch das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit im nationalen Kontext einbezogen. Im Spannungsverhältnis zwischen dem langfristigen ökologischen Ziel der Erhaltung des bestehenden Naturkapitals auf der einen, der Wahrung des modernen Wohlstandsniveaus und der bestehenden sozialen Sicherungssysteme auf der anderen Seite, dominiert letztlich eine an der Bestandssicherung der gegenwärtigen Industriegesellschaft orientierte pragmatische Grundhaltung. Angestrebt wird deren - mit sozialen und ökonomischen Erfordernissen abgestimmte - ökologische Modernisierung, nicht die Realisierung einer wie auch immer bestimmten Utopie einer "nachhaltigen" oder „zukunftsfähigen“ Gesellschaft.

Das „Drei Säulen“-Konzept eröffnet die notwendigen Spielräume für diesen pragmatischen Zugang. Da die Verantwortung für zukünftige Generationen (die ökologische Nachhaltigkeit), anders als beim SRU, keinen übergeordneten, unverhandelbaren Bezugspunkt darstellt, ist die Abstimmung der verschiedenen Nachhaltigkeitskriterien in der Festlegung bestimmter Handlungsprogramme *Verhandlungssache zwischen den beteiligten gesellschaftlichen Akteuren*. Das verleiht partizipativen und diskursiven Aspekten einen relativ hohen Stellenwert. Nachhaltige Entwicklung wird letztendlich als offener gesellschaftlicher Lernprozess begriffen, der keine klar definierten ‚positiven‘ Ziele verfolgt, sondern sich eher pragmatisch an der Verbesserung der (auf der Basis eines relativ breiten gesellschaftlichen Konsenses) als nicht-nachhaltig erkannten Praktiken orientiert. Grenzen für ökologisch motivierte Eingriffe ergeben sich aus dieser Sicht nicht durch wissenschaftlich definierte natürliche „Belastungsgrenzen“ sondern eher aus sozialen Gründen, wenn die Auswirkungen auf andere gesellschaftliche Ziele nicht mehr als akzeptabel erscheinen.

3. Mäßigung und Dematerialisierung: Das „Neue Wohlstandsmodell“

Die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" stellt einen deutlichen Kontrast dazu dar. Als wesentliche Bestimmung des Menschen erscheint hier nicht die Aneignung von Natur und die dadurch ermöglichte Befriedigung materieller Bedürfnisse sondern die Orientierung an "immateriellen“ Werten. Reichtum und Armut werden nicht durch den Umfang an materiellem Wohlstand definiert. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass der „wahre“ Reichtum - zumindest in wohlhabenden Gesellschaften - durch die Fähigkeit zur Selbstbeschränkung bestimmt sei. Mit den Worten des amerikanischen Philosophen Thoreau: "Ein Mensch ist reich in Proportionen zu den Dingen, die sein zu lassen er sich leisten kann" (Bund/Misereor 1996: 224).

Natur wird in dieser Konzeption in einem doppelten Sinne wahrgenommen. Natur wird zunächst, vor allen industriellen Eingriffen, als ein harmonischer Zusammenhang gesehen.

Das menschliche Naturverhältnis gilt insofern als 'natürlich', als es sich an der Bewahrung des 'natürlichen Maßes' und der Beachtung vorgegebener, natürlicher Kreisläufe orientiert. Die Verwirklichung des Menschseins vollzieht sich danach vor allem auf einer immateriellen Ebene. Angestrebt wird ein Verhältnis zwischen Mensch und Natur, in dem das Ausmaß der Naturveränderung minimal bleibt. Technisch-industrielle Formen der Naturnutzung werden - ganz im Gegensatz zu Enquete-Kommission und zum SRU - als Gewalt gegen die Natur wie als Abkehr von der eigentlichen Bestimmung des Menschen betrachtet. So wie die industriellen Natureingriffe negativ bewertet werden, so werden umgekehrt auch die damit einhergehenden ungewollten und unkontrollierbaren Naturveränderungen als Gefahr wahrgenommen. Natur wird zur bedrohlichen Natur, sobald der Mensch 'gewaltsam' in natürliche Kreisläufe eingreift, sie verändert und sprengt. Auch wenn die Begründung für die geforderte Begrenzung des Naturverbrauchs mithilfe der Nutzungsregeln erfolgt, so geht es in der Wuppertal-Studie doch nur vordergründig um den ökonomischen Umgang mit natürlichen Ressourcen; grundlegend ist vielmehr eine *von Respekt und Ehrfurcht gespeiste Haltung gegenüber der Natur*, die jede Ausbeutung verbietet.

Die Wuppertal-Studie versucht deshalb auch nicht - wie die Enquete-Kommission - erwünschte und unerwünschte Folgen der industriellen Naturnutzung stofflich genauer zu differenzieren und durch ein Stoffstrommanagement zu gestalten. Die genutzten Mengen an natürlichen Ressourcen werden vielmehr als solche zum Problem, dem mit der Strategie der „Dematerialisierung“, der *radikalen Reduzierung des Mengenverbrauchs an natürlichen Stoffen*, begegnet werden soll. Im Vordergrund steht nicht der Produktionsaspekt, Menschen als Akteure der industriellen Umgestaltung von Natur, sondern der Konsumtionsaspekt, Menschen als Verbraucher von Natur. Diesen Verbrauch an „Umweltraum“ gilt es zu reduzieren und zugleich, im Weltmaßstab, gerechter zu verteilen.

Die gegenwärtige, ressourcen- und materialintensive Gesellschaft gilt den Autoren insgesamt als nicht-nachhaltig, als ein schwerfälliger, ökologisch nicht tragfähiger „Tanker“, dem das Bild des wendigen, eleganten, die natürlichen Windverhältnisse nutzenden „Segelschiffes“ gegenüber gestellt wird, das von der Teamarbeit seiner Besatzungsmitglieder auf Kurs gehalten wird. Während der SRU und die Enquete-Kommission ihre Aufgabe darin sehen, den Tanker wieder manövrierfähig zu machen, plädiert die Wuppertal Studie für einen Schiffs- bzw. Kurswechsel. Dahinter steht der *utopische Entwurf einer ‚sanften‘, ökologisch verträglichen und sozial gerechten Gesellschaft*.

Um diesen Wechsel schmackhaft zu machen, werden positive Leitbilder eines "Zukunftsfähigen Deutschlands" entworfen. „*Rechtes Maß für Raum und Zeit*“ stellt dabei das übergeordnete Leitbild dar. Statt der stetigen Steigerung von Geschwindigkeit und räumlicher Vernetzung, anstelle des rastlosen „Schneller, Weiter, Mehr“ moderner Industriegesellschaften wird „Entschleunigung und Entflechtung“ propagiert. Unter der Annahme, dass damit der Energie- und Materialverbrauch verringert und eine Kreislaufführung von Stoffen ermöglicht wird, werden regionale Orientierung und maßvolle Geschwindigkeiten zum Maßstab einer nachhaltigen Gesellschaft. Die Abhängigkeit von den Zwängen der Weltwirtschaft wird durch die Stärkung kleinräumiger, regionaler Wirtschaftskreisläufe gelockert; individuelle Konkurrenzorientierung machen lokalen Formen solidarischen, bürgerschaftlichen Engagements

Platz. Auch die Milderung sozialer Ungleichheiten wird nicht primär durch eine gerechtere Verteilung materieller Güter, sondern durch die Stärkung neuer, informeller Solidargemeinschaften, durch Mehrung des "sozialen Kapitals" angestrebt. Dahinter steht das im Leitbild „*Gut leben statt viel haben*“ formulierte Menschenbild, das Glück und Zufriedenheit des Menschen nicht in der Menge materieller Güter, sondern in immateriellen Werten und solidarisches Lebensformen begründet sieht.

Nachhaltige Entwicklung setzt aus dieser Perspektive nicht nur die Minimierung von Natureingriffen (Dematerialisierung), Entschleunigung und Entflechtung, sondern auch die Entwicklung eines „neuen Wohlstandsmodells“ voraus, das sich an den Prinzipien der Mäßigung, des „rechten Maßes“ und des Respekts vor der Natur orientiert. Es ist diese vorgängige moralische Orientierung an einem bestimmten Lebensentwurf, die der Wahl der zentralen Konzepte („Umweltraum“) und den methodischen Entscheidungen der Studie (Fokussierung auf Mengenproblematik) zugrunde liegt.

Im folgenden sollen die Grundannahmen der drei Studien tabellarisch einander gegenüber gestellt werden - vgl. Tabelle 9 -.

10.3 Die Strukturierung des deutschen Diskurses zur nachhaltigen Entwicklung

Der *Sachverständigenrat für Umweltfragen* ist ein wissenschaftlicher Beirat. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass das von ihm entwickelte Nachhaltigkeitskonzept stark wissenschaftsbasiert ist.³⁶ Dieses „Rationalitätsmodell“ ist in der umweltpolitisch engagierten Fachwelt sowie in den Umweltverwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen stark verankert – auch wenn die politische Leitung der Bundesregierung und des BMU selbst eine andere, wirtschaftsnähere Position vertritt. Innerhalb dieser Fachkreise sind die vom SRU angestrebten Ziele einer umfassenden „ökologischen Modernisierung“ (vgl. Mol 1997) und auch die dazu vorgeschlagenen Umsetzungsinstrumente wenig kontrovers. Letztere unterscheiden sich so auch nicht wesentlich von den Vorschlägen der Enquete-Kommission und des Wuppertal-Instituts; das betrifft zumindest die Präferenz für ökonomische Instrumente.

³⁶ Das zugrundeliegende Wissenschaftsverständnis scheint allerdings eher dem traditionellen Bild ‚objektiver‘, naturwissenschaftlicher Erkenntnis verpflichtet, das durch die Kontroversen und Definitionskämpfe im Bereich umwelt- und technikbezogener Risikokonflikte in den vergangenen Jahrzehnten erheblich erschüttert wurde. Diese Debatten haben das Verhältnis von Wissen und Nicht-Wissen, die Selektivität und den sozialen Konstruktcharakter wissenschaftlichen Wissens, seine Verknüpfung mit gesellschaftlichen Interessen, Weltbildern und Wertentscheidungen stärker ins Bewusstsein gerückt. Wissen wird so nicht nur ‚reflexiv‘ (Beck 1986); es wird zunehmend auch in einem neuen Modus ‚problemorientierter Forschung‘ produziert (Bechmann/Frederichs 1995, Gibbons et al. 1994, Nowotny 1999). Forschungen zu konkreten, nachhaltigen Entwicklungskonzepten folgen im speziellen dem Modus der ‚Transdisziplinarität‘ (Brand 2000). Das alles erfordert eine Neubestimmung der Rolle der Wissenschaft im Rahmen der Nachhaltigkeitsforschung.

Tabelle 9: **Umweltgutachten 1994, Bericht der Enquete-Kommission 1994 und "Zukunftsfähiges Deutschland" im Vergleich**

	SRU	Enquete-Kommission	Wuppertal-Institut
Menschenbild	Mensch als freies, moralisch verantwortliches Wesen, homo faber, homo oeconomicus	homo faber, homo oeconomicus	Moralische Bestimmung des Menschen: Leben nach dem „rechten Maß“
Gesellschaftsbild	aufgeklärt-marktliberales Modell mit staatlicher Rahmensetzung	Weiterentwicklung des sozialstaatlichen Modells zu ökosozialer Marktwirtschaft	Dezentrales, partizipatives Gesellschaftsmodell
Bewertung der Industriegesellschaft	Industriegesellschaft als Fortschritt – aber in der Krise	Industriegesellschaft als Fortschritt	Industriegesellschaft als Irrweg
Naturverständnis	Natur als dem Menschen übergeordnet; Natur als „dynamische“ Grenze	Natur als stoffliche Ressource	Natur als harmonisches Ganzes; Natur als Grenze; bedrohliche Natur
Mensch-Natur-Beziehung (Desiderat)	Vernetzung mit übergeordneter Natur; Natur als Gestaltungsobjekt im Rahmen gegebener Grenzen	Natur als Gegenstand rational gesteuerter technischer und räumlicher Nutzung	„sanfte“, der Natur angepasste Nutzungs- und Lebensformen
Wahrnehmung der zentralen Problematik	Unkontrollierte Folgen industrieller Naturaneignung	Stoffliche Nebenfolgen industrieller Naturnutzung	Ökologische Krise als Folge gewaltsamer Formen der Naturnutzung; globale Gerechtigkeitskrise
Nachhaltigkeitskonzept	Individual-, Sozial-, und Ökologieverträglichkeit mit letzterem als übergeordnetem, unverhandelbarem Bezugspunkt	Drei-Säulen-Modell, Erhalt und innovative Weiterentwicklung der sozialökologischen Errungenschaften moderner Gesellschaften	ökologische und soziale Nachhaltigkeit mit Dominanz der intergenerativen Gerechtigkeit; global gerechte Verteilung des „Umweltraums“
generelle Nachhaltigkeitsstrategie	Rationale Kontrolle der Mensch-Natur-Interaktion auf wissenschaftlicher Basis; Akzeptanz von Nutzungsregeln	globales Stoffstrommanagement; Abwägung zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten	Einfügung in natürliche Grenzen; Reduzierung des Naturverbrauchs (Dematerialisierung); Effizienz- und Suffizienz-Revolution
Umsetzungsstrategien und Handlungskonzepte	Ökonomische, ordnungs- und planungsrechtliche Steuerung; Stärkung moralischer Kompetenz; Europaweite Koordination	managementorientierte Organisation, Planung, Lenkung von Stoffströmen; indirekte Steuerung; v. a. ökonomische Steuerungsinstrumente; keine Einigung in bezug auf nationalen Alleingang	Neues Wohlstandsmodell; Ökologisierung der Wirtschaft; Stärkung sozialen Kapitals jenseits der Erwerbsgesellschaft; nationaler Alleingang
Beispiel Mobilität	Anthropologisch verankertes Mobilitätsbedürfnis (homo mobilis); Einschränkung der natürlichen Bedürfnisse nach motorisiertem Individualverkehr aus ökologischer Verantwortung	Mobilitätsbedürfnis als Bedingung und Folge der modernen Gesellschaft; Fokus auf Produktion: Minderung der Umweltbelastung (ohne Einschränkung von Mobilität und Transport);	Rastlose Beschleunigung als Gegensatz zur Bestimmung des Menschen: „Rechtes Maß für Raum und Zeit“: „Entschleunigung“ und „Entflechtung“ mittels Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und technischer Optimierung

Das Gutachten des SRU fand allerdings nur geringe öffentliche Aufmerksamkeit. Es blieb in seiner Wirkung im wesentlichen auf die Arena der umweltpolitischen Expertendebatte beschränkt. Das hat vermutlich nicht nur mit dem wissenschaftlichen Charakter des Gutachtens zu tun, sondern auch damit, dass seine Botschaft ‚Das rational/wissenschaftlich als notwendig Erkannte tun‘ nur an Vernunft und Moral appelliert. Dieser Appell kann sich aufgrund der sehr indirekten, komplexen Vermittlung globaler Nachhaltigkeitsprobleme mit individuellem Alltagshandeln und des vergleichsweise langfristigen Zeithorizonts dieser Problematik nur schwer gegenüber konkreten Interessen, eingespielten Alltagsroutinen und Erwartungshaltungen Geltung verschaffen. Der Nachhaltigkeitsthematik fehlt als ganzer, in seiner komplexen Verknüpfung von sozialen und ökologischen Entwicklungsaspekten, die medial inszenierbare Dramatik einzelner Krisenphänomene (Bsp. BSE), die Handlungsbereitschaften, falls Alternativen bestehen, rasch verändern könnte (vgl. Brand 1999, Lass/Reusswig 1999). Die geforderte Akzeptanz ‚notwendiger‘ Einschränkungen wird nicht zuletzt dadurch erheblich erschwert, dass das „Rationalitätsmodell“ des SRU ein Vertrauen in wissenschaftliche Autorität voraussetzt, das nach jahrzehntelangen, hoch kontroversen Risikodebatten bei einem Großteil der Bevölkerung kaum mehr gegeben ist. Auch weiterhin wird die Frage der Angemessenheit oder Nicht-Angemessenheit bestimmter Handlungsstrategien und Maßnahmen ja öffentlich sehr kontrovers, mit eindeutig partei- und interessen gebundenen Argumenten ausgetragen.

Das Problem des Nachhaltigkeitskonzepts des SRU ist, dass es, weil es von den „Grenzen der Natur“ her argumentiert, nicht auf Vermittlung mit anderen gesellschaftlichen Interessen und Bedürfnissen angelegt ist, sondern das „Notwendige“ postuliert. Nur – wer kann in Abwägungsfragen, wenn, wie im Leitbild der „nachhaltigen Entwicklung“, unterschiedliche gesellschaftliche Lebensentwürfe und konkurrierende Interessen zur Debatte stehen, glaubwürdig das „Notwendige“ definieren?

Der *Bericht der Enquete-Kommission* verkörpert einen Kompromiss zwischen den Positionen sehr unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Gruppen. Er hatte schon allein deshalb eine größere Wirkung auf die Fachdiskussion der verschiedenen beteiligten Akteursgruppen als das Gutachten des SRU. Seine hohe öffentliche Resonanz verdankt er aber vermutlich der Tatsache, dass er die integrative Perspektive des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung in einer suggestiven, leicht popularisierbaren Form ausbuchstabiert. Diese integrative Perspektive gewinnt im Bild des „Drei Säulen“-Modells und später, im Bericht der Nachfolge-Kommission, im Bild des „Tetraeders der Nachhaltigkeit“ anschauliche Kraft. Die Enquete-Kommission wirkt darüber hinaus auch in prozeduraler Hinsicht stilbildend. Indem das „Drei-Säulen“-Modell die wechselseitige Akzeptanz der Interessen und Perspektiven ökologischer (Umweltakteure), sozialer (Gewerkschaften) und wirtschaftlicher Akteure (Chemische Industrie) postuliert, lenkte es das Augenmerk auf die mit der Nachhaltigkeitsdebatte verknüpften institutionellen Innovationen, auf die Bedeutung konsensorientierter, dialogisch-partizipativer Verfahren für die Konkretisierung und Umsetzung des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung.

Damit werden die Akzente wesentlich anders gesetzt als im expertenorientierten Konzept der SRU. Die Enquete-Kommission liefert ein *Modell der politischen Umsetzung des integrativen Ansatzes nachhaltiger Entwicklung*. Dieses Modell relativiert zugleich den Anspruch je-

der einzelnen Perspektive. Radikale, industrialismus- und kapitalismuskritische Positionen zur Nachhaltigkeit, aber auch radikale Positionen einer allein an wirtschaftlicher Bestandssicherung orientierten „weiter so“-Perspektive geraten in diesem Kontext ins Abseits. Im Vordergrund steht vielmehr das Ausloten von win-win-Möglichkeiten, von Lösungen, die ökologische, ökonomische und soziale Interessen und Gesichtspunkte gleichermaßen berücksichtigen.

Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ ist eine Auftragsstudie zweier gesellschaftlicher Akteure, die ansonsten kaum kooperieren, im Feld der Nachhaltigkeit aber doch eine große Schnittfläche aufweisen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ist die mitgliedstärkste und - neben Greenpeace – auch sichtbarste Umweltorganisation Deutschlands, die seit ihrer Gründung 1975 eine Brückenfunktion zwischen den eher traditionellen Naturschutzverbänden und den neuen, in den siebziger Jahren entstandenen, stärker politisierter ‚grünen‘ Basisbewegungen wahrgenommen hat. Misereor ist eine auf entwicklungspolitische Arbeit, auf die Förderung von Projekten in der Dritten Welt bezogene Organisation der katholischen Kirche, die in den kirchlichen Gemeinden eine relativ starke Verankerung hat, aber auch mit dem weiteren Spektrum entwicklungspolitischer Gruppen vernetzt ist. Die Studie ZD bringt so eine Position zum Ausdruck, die zum einen im Bewegungssektor ökologischer und kirchlicher, entwicklungspolitischer Gruppen verortet ist, zum andern aber auch den Brückenschlag zu etablierten, eher wertkonservativen Organisationen (Kirche) herstellt. Dieser Brückenschlag wird durch den verbindenden, der Studie zugrundeliegenden moralischen Entwurf eines am „rechten Maß“ und am Respekt vor der Natur (Schöpfung) orientierten Lebens begünstigt. Das Wuppertal Institut selbst steht für die zweite Generation wissenschaftlich etablierter, gesellschaftlich hoch anerkannter Öko-Institute. Die von den Autoren selbst thematisierte Spannung in der Studie verläuft zwischen der naturwissenschaftlichen Analyse von Materialflüssen, Reduktionszielen und technischen Reduktionsmöglichkeiten auf der einen, der qualitativen, sozialwissenschaftlich informierten Beschreibung von Leitbildern nachhaltigen Lebens auf der andern Seite, zwischen den Polen „Effizienz“- und „Suffizienzrevolution“. Die Verknüpfung von beiden Polen verleiht der Studie nicht nur ihren eigentümlichen Charme als Mischung zwischen High-Tech und Sozialromantik („Faktor 10“ & „Heimatperspektive“). Sie begünstigt auch eine hohe Anschlussfähigkeit der Studie in einem breiten Spektrum ökologisch- und sozial engagierter Akteure bis hin zur wertkonservativen Mitte.

Die Wuppertal-Studie erzielte zweifelsohne die breiteste Wirkung in der Öffentlichkeit. Darauf war sie auch angelegt. In Reaktion auf und in Auseinandersetzung mit dieser Studie gewinnt das Feld der deutschen Nachhaltigkeitsdebatte denn auch griffigere Konturen.

Auffällig war zunächst die heftige emotionale Reaktion des Bauernverbandes. Hier kam nicht nur der Gegensatz zwischen dem vom Bauernverband vertretenen Modell einer industriellen, in die Verflechtungen des Weltmarkts einbezogenen Landwirtschaft auf der einen Seite und dem vom Wuppertal Institut propagierten, sozialromantisch leicht verklärten Modell eines in regionalen Kreisläufen verankerten biologischen Landbaus auf der anderen Seite zum Tragen; hier spielen offensichtlich auch Identitätsfragen eine zentrale Rolle. In doppelter Hinsicht sieht der Bauernverband durch die Argumentation der Wuppertal-Studie seine eigene,

berufsständische Identität gefährdet: So wird die konventionelle Landwirtschaft zum einen – ganz entgegen dem eigenen Selbstverständnis – als umwelt- und gesundheitsgefährdender Akteur an den Pranger gestellt; zum anderen wird mit der „Verteufelung des Fleisches“ sowohl die ökonomische Existenz als auch das kulturelle Modell eines im wesentlichen auf die ‚Fleischveredelung‘ bezogenen Berufsstandes in Frage gestellt.

In der ausführlicher dargestellten, volkstümlichen Glosse der *Augsburger Allgemeinen* zeigt sich ein Reaktionsmuster, das für den ‚Durchschnittsdeutschen‘, auf jeden Fall für die Stimmung an den Stammtischen, wohl als typisch gelten kann. Die Leitbilder der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ werden nicht als positive Utopie, sondern als Gängelung und Kontrolle, als Bedrohung des eigenen Wohlstandsmodells, als Gefährdung des durch eigene Arbeit und Leistung geschaffenen Eigentums, wahrgenommen.

Hier spannt sich ein deutlicher Gegensatz auf zwischen den Polen einer an der Besitzstandswahrung, am Erhalt des westlichen Wohlstandsmodells und einer an den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit orientierten Position, die ein neues, sich selbst beschränkendes Wohlstandsmodell fordert, um allen Menschen die gleichen Möglichkeiten zur Nutzung des begrenzten „Umweltraums“ zu bieten. Dieser Gegensatz wird in noch radikalerer, systembezogener Form von Vertretern der Wirtschaft auf der einen, von Vertretern entwicklungspolitischer Gruppen auf der anderen Seite markiert. Sehen erstere im Wirtschaftswachstum, in der freien Entfaltung einer globalisierten Marktwirtschaft, in der Liberalisierung des Welt Handels, die entscheidende Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung, so sieht der Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) darin gerade das Gegenteil. Für dessen Vertreter stellen die Herrschaftsstrukturen des globalen Kapitalismus das entscheidende Hemmnis für nachhaltige bzw. den zentralen Motor einer nicht-nachhaltigen Entwicklung dar. Gefordert wird deshalb eine neue, gerechte Weltwirtschaftsordnung als erste und entscheidende Voraussetzung für ein Umsteuern in Richtung Nachhaltigkeit. *Dem „markliberalen“ steht hier ein „egalitäres“ Gesellschaftsmodell polar gegenüber.*

Eine etwas moderatere, dem egalitären Pol aber nahe stehende Position nehmen die Gewerkschaften ein. Verteilungsgerechtigkeit und eine sozial gerechte Weltwirtschaftsordnung haben in ihrer Programmatik einen zentralen Stellenwert. Zur Entschärfung der ökologischen Probleme werden von den Industrieländern insgesamt, insbesondere auch von Deutschland, erhebliche Anstrengungen zur Realisierung einer weitgehenden Kreislaufwirtschaft und einer Dematerialisierung von Produktion und Produkten (Langlebigkeit, Erneuerbarkeit, Ressourcenschonung) gefordert. Das bringt die Position der Gewerkschaften in die Nähe des Wuppertal-Instituts, mit dem es auch die Forderung nach einem raschen Einstieg in eine sozial-ökologische Steuerreform und der Förderung regenerierbarer Energien teilt. Die Gewerkschaften teilen allerdings nicht das Entschleunigungs- und Dezentralisierungskonzept der Wuppertaler. Nicht über die Abkoppelung vom Weltmarkt, sondern durch den Aufbau von Gegenmacht und die Bemühungen um eine europäische und internationale Standardisierung von Sozial- und Umweltstandards soll nachhaltige Entwicklung gesichert werden.

Die deutsche Debatte um nachhaltige Entwicklung wird aber noch durch eine andere Achse strukturiert, durch die *polare Entgegensetzung von „technozentristischen“ versus „ökozentristischen“ Positionen.* Während das Wuppertal-Institut unter den hier analysierten Ak-

teuren am entschiedensten eine ‚die Natur‘ respektierende Position vertritt, die statt ‚gewalt-samer‘, technischer Eingriffe eine sanfte Anpassung an die Kreisläufe der Natur fordert, vertreten sowohl der BDI und der VCI als auch die Bundesregierung und das Umweltministerium die Position, dass *„technische Innovation“* die entscheidende Bedingung für nachhaltige Entwicklung darstellt. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt stellt aus dieser Sicht nicht nur die Voraussetzung für die Sicherung des „Wirtschaftsstandorts Deutschland“ sondern auch für ein nachhaltiges, ressourcenschonendes Wirtschaften und für den erforderlichen Technologietransfer in den Süden dar, der als zentrales Instrument der nachhaltigen Entwicklung von Entwicklungsländern erachtet wird. So wird vom BDI und vom VCI, aber auch von der Bundesregierung, in der weiteren Entwicklung der Gen- und Biotechnologien ein entscheidendes Potential zur Lösung der Welternährungsprobleme gesehen. Den aus einer öko-zentristischen Sicht ins Zentrum gerückten „Grenzen der Natur“ wird so aus wirtschaftlicher Perspektive ein durch technische Innovationen ermöglichtes „Wachstum der Grenzen“ (BDI) als angemessene Strategie nachhaltiger Entwicklung entgegengesetzt.

Dass dies aber nicht die einzige mit wirtschaftlichen Interessen vereinbare Position in der Nachhaltigkeitsdebatte ist, zeigt das in enger Kooperation mit dem BUND entwickelte programmatische Diskussionspapier des „Bund Junger Unternehmer“ (BJU). Der BJU vertritt eine konsequente Perspektive „ökologischer Modernisierung“. Aspekte sozialer Gerechtigkeit spielen in diesem Handlungskonzept dagegen keine Rolle. Das verweist darauf, dass zumindest die Schnittflächen zwischen marktliberalen und ökologischen Positionen erheblich ausbaufähig sind.

In der Tabelle 10 seien zunächst einmal die spezifischen Rahmungen des Nachhaltigkeitskonzepts der zentralen gesellschaftlichen Akteure, Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften, einander gegenüber gestellt.

Die Positionen dieser drei, aber auch der anderen an der deutschen Nachhaltigkeitsdebatte beteiligten Akteure lassen sich nun in einem Diskursfeld verorten, das durch die beiden skizzierten zentralen Spannungslinien, die vertikale Achse *„marktliberales“* vs. *„egalitäres Gesellschaftsmodell“* und die horizontale Achse *„Technozentrismus“* vs. *„Ökozentrismus“* aufgespannt wird.

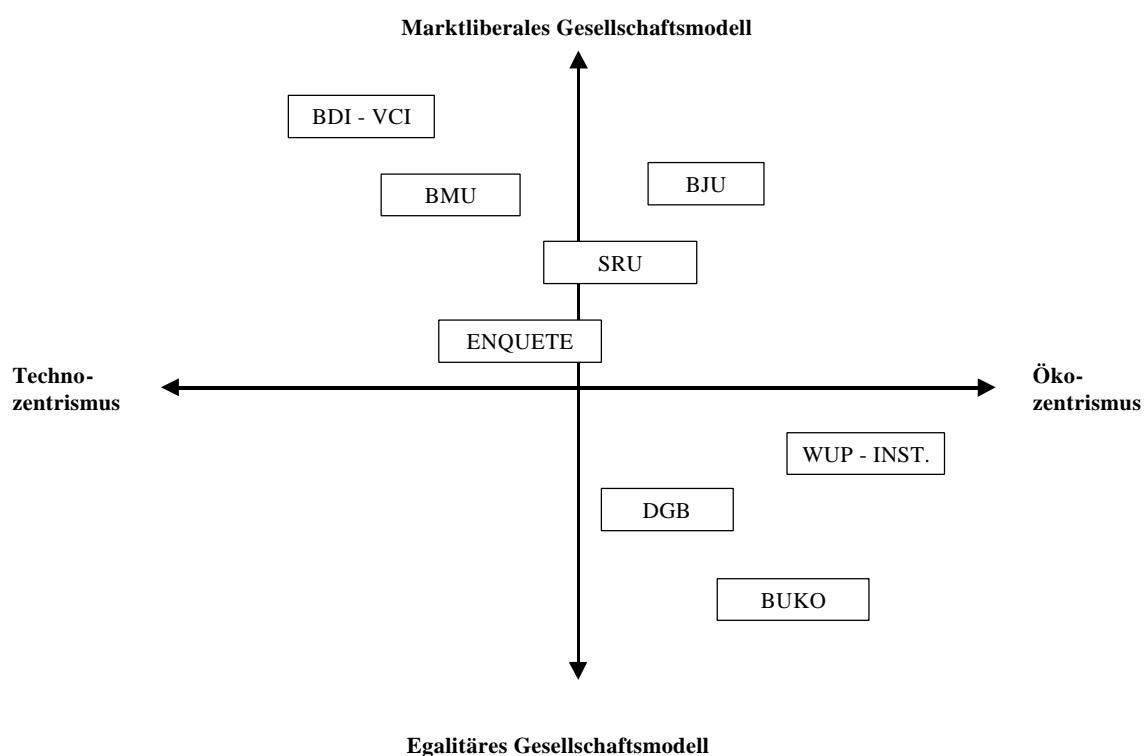
Für die Entwicklung der deutschen Debatte scheinen bis 1997/98 Positionen dominierend, die ihre Schwerpunkte einerseits im linken oberen, andererseits im rechten unteren Quadranten haben. Der von der Wirtschaft und der damaligen Bundesregierung favorisierten Deutung *„Nachhaltigkeit durch technische Innovation“* steht die vom Wuppertal-Institut formulierte, im Spektrum der Umweltbewegung und entwicklungspolitischer Organisationen verankerte Deutung *„Nachhaltigkeit durch ein neues Wohlstandsmodell“* entgegen. Die für den rechten oberen Quadranten typische, exemplarisch vom SRU formulierte Rahmung *„Nachhaltigkeit durch ökologische Modernisierung“* findet in der öffentlichen Debatte eine geringere Resonanz, was auch mit dem Bedeutungsverlust der Umweltthematik in der öffentlichen Wahrnehmung zu tun hat (vgl. BMU 2000). In der Wahrnehmung der einschlägigen Fachöffentlichkeiten hat sich darüber hinaus, zumindest rhetorisch, eine integrative Perspektive von

Tabelle 10: **Zentrale Rahmungen staatlicher und gesellschaftlicher Akteure**

	Regierung	Wirtschaft		Gewerkschaft
		BDI/VCI	BJU	
Gesellschaftsbild	Liberales Marktmodell	Liberales Markt-Modell	Ökologisch moder-nisiertes Marktmo-dell	Sozialstaatliches Mo-dell
Wahrnehmung zentraler Probleme	Nicht die ökologische Frage steht im Zentrum, sondern die Konkurrenzfähigkeit im globalen Wettbewerb	Bestandssicherung der Ökonomie, funktionierende Marktwirtschaft als unverhandelbare Voraussetzung ökologischer und sozialer Maßnahmen	Hauptaufgabe ist die Optimierung der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Gesellschaft, menschlicher Gesundheit und Natur	Soziale und ökologische Frage, Im Zentrum stehen sozial gerechtere Verhältnisse auf nationaler und internationaler Ebene
Grundlegendes Nachhaltigkeitskonzept	Ökologische Nachhaltigkeit unter Berücksichtigung der ökonomischen und sozialen Folgen umweltpolitischer Maßnahmen	Ökonomiezentrierte Definition; notwendige Abwägung zwischen den versch. Nachhaltigkeitszielen	Verknüpfung der Nachhaltigkeit der Wirtschaft mit dem Ziel der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen	Integratives Konzept Dominanz des Prinzips intragenerativer Gerechtigkeit
Generelle Nachhaltigkeitsstrategie	Technische Innovationen, umweltpolitische Steuerung	Technische Innovation auf freier unternehmerischer Basis, „Wachstum der Grenzen“	Nutzungsregeln, Effizienzrevolution, Dematerialisierung der Wirtschaft (imat. Dienstleistungen), Kreislaufwirtschaft	Gegenmacht auf internationaler Ebene (Internationalisierung der Gewerkschaften), soziale und ökologische Mindeststandards auf internationaler –Ebene
Umsetzungsstrategien und Handlungskonzepte	Technische Innovationen, umweltpolitische Steuerung (ordnungsrechtliche und ökonomische Instrumente, freiwillige Maßnahmen), Technologietransfer, Liberalisierung des Welthandels, keine nationalen Alleingänge	Freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft, marktwirtschaftliche Instrumente, Deregulierung, Technologietransfer, keine nationalen Alleingänge	Marktwirtschaftliche Instrumente, Setzung ökonomischer Rahmenbedingungen durch den Staat, ökologische Steuerreform auch im nationalen Alleingang	Sozial-ökologische Steuerreform, Steuerharmonisierung im europäischen Binnenmarkt, politische Steuerung der Ökonomie, Demokratisierung der Wirtschaft

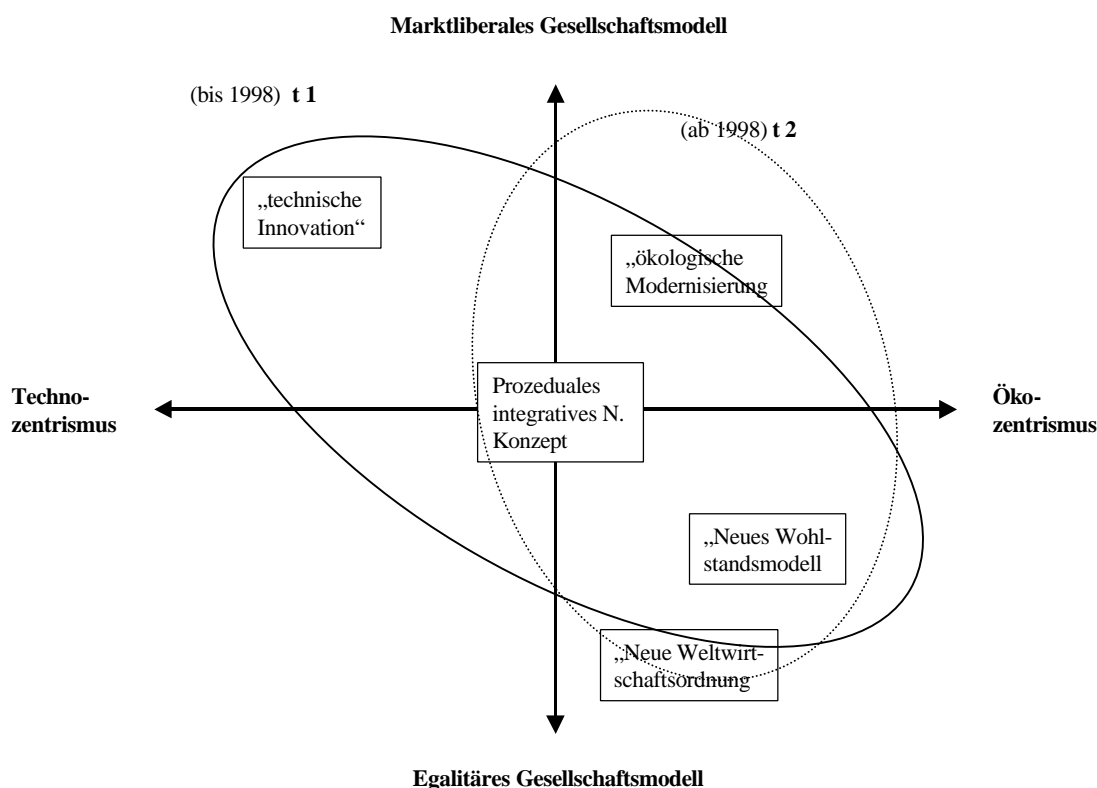
Nachhaltigkeit durchgesetzt, die die Rahmung „ökologische Modernisierung“ in den Hintergrund drängt. Das ändert nichts daran, dass sich das Schwergewicht der praktischen Umsetzung des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung auf der Ebene „ökologischer Modernisierung“ bewegt („Ökoprofit“, Umweltmanagement, Öko-Audit, Kreislaufwirtschaft, ‚nachhaltige Produkte‘, Förderung von öffentlichem Nahverkehr, usw.). Vermittelt werden diese verschiedenen, z.T. oppositionellen Deutungen durch das von der Enquete-Kommission entwickelte *„prozedurale, integrative Nachhaltigkeitskonzept“*, das nachhaltige Entwicklung als einen dialogisch-partizipativen Verhandlungs- und Abwägungsprozess zwischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Aspekten begreift. In dieser vermittelnden Deutung finden die an vielen Orten und auf vielen Ebenen sich entwickelnden praktischen Ansätze zur Förderung nachhaltiger Entwicklung, insbesondere die seit Mitte der neunziger Jahre sich verbreitende Bewegung von Lokale Agenda 21-Initiativen, ihr tragendes und integrierendes Fundament. ***Diese prozedurale, auf die dialogische Vernetzung von Themen und Akteursgruppen gerichtete Deutung erlangt so gegen Ende der neunziger Jahre einen dominanten Stellenwert im deutschen Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung.*** Ausgegrenzt bleiben hier nur die Positionen, die sich - selbst rhetorisch - dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung nicht verpflichtet sehen, sei es, weil sie exklusiv dem bisherigen Wachstumsmodell verhaftet sind und die Krisenhaftigkeit der sozialen und ökologischen Aspekte globaler Entwicklung ausblenden („Festungsdenken“), sei es, weil sie die in diesem Leitbild implizierte ‚harmonistische Anpassung an die Sachzwänge des Kapitalismus‘ kritisieren und dem eine kapitalismus- und herrschaftskritische Kampfperspektive entgegenstellen.

Abbildung 1: **Das Diskursfeld der deutschen Nachhaltigkeitsdebatte (bis 1998)**



Was sich mit dem Wechsel zur rot-grünen Bundesregierung verändert hat, ist im wesentlichen die Position der Bundesregierung selbst. Handlungskonzepte und Instrumente der „ökologischen Modernisierung“ besitzen nun auch offiziell wieder einen erheblich größeren Stellenwert. Viele – auch wirtschaftlich - erfolgreiche Modelle eines konsequenten Umweltmanagements machen das Programm der ökologischen Modernisierung auch für die Wirtschaft zunehmend attraktiver. Lokale Agenda 21-Prozesse haben Ende der neunziger Jahre eine Breite und Eigendynamik entwickelt, die sie (fast) zum ‚Selbstläufer‘ werden lässt. Die weltweit koordinierten Proteste entwicklungspolitischer Gruppen gegen die WTO (in Seattle, Prag usw.) verschafften selbst kapitalismus- und globalisierungskritischen Argumenten wieder breiteres Gehör. So haben sich die Schwergewichte des deutschen Diskursfeldes inzwischen etwas in die rechte Hälfte des Diskursfeldes verschoben. Insbesondere der rechte obere Quadrant, die Schnittmenge von marktliberalen und ökologischen Positionen, hat an Gewicht gewonnen. Vermittelt bleiben die verschiedenen Deutungen nachhaltiger Entwicklung in der deutschen Debatte aber nach wie vor durch die *prozedurale, integrative Sichtweise von nachhaltiger Entwicklung*, wie sie als erstes, mit großer Prägekraft, im „Drei Säulen“-Konzept der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ formuliert wurde.

Abbildung 2: **Dominante Rahmungen im deutschen Nachhaltigkeitsdiskurs**



Ob dies auch in der Praxis ein neues Modell integrativer Nachhaltigkeitspolitik hervorbringt, oder ob dieser Anspruch aufgrund seiner Komplexität die staatlich-institutionellen Problembearbeitungsformen hoffnungslos überfordert und deshalb die - auch auf EU-Ebene - vorherrschende Praxis, unter dem Etikett der Nachhaltigkeit (nur) eine ökologische Modernisierungspolitik zu verfolgen, eher noch verstärkt, ist eine offene Frage. Dass insbesondere die Wirtschaft, im speziellen der VCI, das prozedurale Verständnis von Nachhaltigkeit propagiert, kann auch darauf verweisen, dass eine in gesellschaftliche Verhandlungs- und Abwägungsprozesse eingebundene Konkretisierung von Nachhaltigkeit wesentlich geringere Eingriffe in wirtschaftliche Interessen befürchten - damit aber auch eher eine auf Minimalkonsense reduzierte Umsetzung des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung erwarten lässt. Damit ist die in diesem Leitbild enthaltene, durch einen gewaltigen Optimismus zunächst nur überspielte Steuerungsproblematik zwar entschärft; die zugrunde liegende Problematik, die den Ausgangspunkt des Brundtland-Reports und der in Rio verabschiedeten Dokumente und Rahmenkonventionen bildet, kann so aber schwerlich gelöst werden.

Das prozedurale Nachhaltigkeitskonzept bietet allerdings, aufgrund seiner starken Akzentuierung dialogisch-partizipativer Verfahren, auch die Möglichkeit, anderen Rahmungen - etwa der des „neuen Wohlstandsmodells“ - stärkere Geltung zu verschaffen. Inwieweit dies gelingt, hängt von den geeigneten Popularisierungsstrategien (Lass/Reusswig 1999) und von der Nutzung der sich immer wieder bietenden „windows of opportunity“ ab, vor allem aber von der politischen Gestaltung dieses Prozesses. Die Schaffung eines institutionellen, dialogischen Rahmens zur Entwicklung eines „nationalen Nachhaltigkeitsplans“, eines überprüfbar und auf der Grundlage der gemachten Erfahrungen immer wieder korrigierten Katalogs nationaler Nachhaltigkeitsziele und entsprechender Umsetzungsschritte, könnte die Notwendigkeit des Umschaltens auf einen Pfad „nachhaltiger Entwicklung“ sehr viel plastischer ins öffentliche Bewusstsein rücken und damit auch weiterreichenden, strukturellen Reformen bessere Durchsetzungschancen verschaffen.

Literaturverzeichnis

- Altvater, E. (1996a). *Der Traum vom Umweltraum*. Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/96, 82-91.
- Altvater, E. (1996b). Platonische Übung. *TAZ*, 4.1.96.
- Armborst, S. & Brand, U. (1996). Nachhaltig zukunftsfähig? *Blätter des iz3w*, 211, S. 38-40
- Arts, B. (1994). *Nachhaltige Entwicklung. Eine begriffliche Abgrenzung*. In: Peripherie Nr. 54, S. 6-27
- BBV (Bayrischer Bauernverband) (1996). *Sonnleitner: Umweltstudie diffamiert Bauern - Misereor soll sich unmißverständlich distanzieren*. BBV-Pressedienst 6.3.96.
- Bechmann, G. & Frederichs, G. (1996). Problemorientierte Forschung. Zwischen Politik und Wissenschaft. In: Bechmann, G. (Hrsg.), *Praxisfelder der Technikfolgenforschung*. Frankfurt/Main: Campus, S. 11-37
- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Berger, R. (1995). Ein Technokratenmärchen. *TAZ*, 31.10.95
- BJU (Bundesverband Junger Unternehmer) (1996). *Junge Unternehmer für eine nachhaltig zukunftsfähige Entwicklung*. BJU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn
- BLW (1996). Leserbriefe zu "Zukunftsfähiges Deutschland", Bayerische Landwirtschaftszeitung vom 30.3.96. München
- BMBF (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie) (1996). *Bundesbericht Forschung 1996*. Bonn.
- BML (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) (1996). *Agrarbericht der Bundesregierung*. Bonn
- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (1992a) *Umweltpolitik - Bericht der Bundesregierung über die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro*. Bonn.
- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (1992b) *Umweltpolitik - Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Dokumente. Agenda 21*. Bonn.
- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (1996). *Schritte zu einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung: Umweltziele und Handlungsschwerpunkte in Deutschland. Grundlage für eine Diskussion*. Bonn
- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (1997). *Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland*. Bericht der Bundesregierung anlässlich der UN-Sondergeneralversammlung über Umwelt und Entwicklung 1997 in New York. Bonn.

- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (2000). Umweltbewusstsein in Deutschland 2000. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin
- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft) (1996). *Vorrang für Beschäftigung - Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1996*. Bonn.
- BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) (1996). *Jahresbericht 1996*. Bonn.
- Bonifaz. (1995). Bloß nicht zur Tugend zwingen. *Augsburger Allgemeine* vom 24.10.95
- Brand, K.W.(1995). Der ökologische Diskurs. Wer bestimmt Themen, Formen und Entwicklung der öffentlichen Umweltdebatte? In: De Haan, G. (Hrsg.) *Umweltbewußtsein und Massenmedien. Perspektiven ökologischer Kommunikation*. Berlin: Akademie-Verlag, S. 47-62.
- Brand, K.W. (1997) Probleme und Potentiale einer Neubestimmung des Projekts der Moderne unter dem Leitbild 'Nachhaltige Entwicklung'- Zur Einführung. In: Brand, K.W (Hrsg.), *Nachhaltige Entwicklung - Eine Herausforderung an die Soziologie*. Opladen: Leske + Budrich, S. 9-34
- Brand, K.W., Eder, K. & Pofert, A.(Hrsg.) (1997). *Ökologische Kommunikation in Deutschland*. Opladen. Westdeutscher Verlag
- Brand, K.-W. (Hrsg.) (2000). *Nachhaltige Entwicklung und Transdisziplinarität. Besonderheiten, Probleme und Erfordernisse der Nachhaltigkeitsforschung*. Berlin: Analytica
- Brand, U. (1995). Symptomdebatten. *Freitag*. 24.11.95
- Bruckmeier, K. (1994). *Strategien globaler Umweltpolitik*, Münster
- BUKO (Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) (1996): Technikermärchen - Fit, schlank und gesund ins 21. Jahrhundert; In: Eblinghaus/Stickler, *Nachhaltigkeit und Macht*. Frankfurt a. M.:IKO, S. 207-220
- BUND & Misereor (Hrsg.). (1996). *Zukunftsfähiges Deutschland: Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*. Basel, Boston, Berlin. Birkhäuser Verlag
- Burgess, J. (1990). The production and consumption of environmental meanings in the mass media: a research agenda for the 1990s. *Transactions of the Institute of British Geographers*, 15, 139-161
- Conrad J. (1993). Sustainable Development. Bedeutung und Instrumentalisierung, Voraussetzungen und Umsetzbarkeit. In: Massarat, M. u.a. (Hrsg.), *Die Dritte Welt und Wir. Bilanz und Perspektiven für Wissenschaft und Praxis*. Freiburg, S.112-138
- DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) (1996): *Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes*. DGB-Geschäftsstelle, Düsseldorf
- DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) (1997). *Aktivitäten des DGB für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland*. Bericht im nationalen Komitee für Nachhaltige Entwicklung am 30. Januar 1997. Düsseldorf
- Dieckmann, A. (1996). Homo Öconomicus. Anwendungen und Probleme der Theorie des rationalen Handelns im Umweltbereich. In: Dieckmann, A. & Jäger, C.C. (Hrsg.), *Umweltsoziologie*. Sonderheft 36 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, S. 89 - 119

- Dierkes, M., Hoffmann, U. & Marz, L. (1992). *Leitbild und Technik. Zur Entstehung und Steuerung technischer Innovationen*. Berlin: Edition Sigma.
- Donati, P.R. (1992). Political Discourse Analysis. In M. Diani & R. Eyerman (Eds.), *Studying Collective Action*. London: Sage, S. 136-167
- Douglas, M. (1974). *Ritual, Tabu und Körpersymbolik*. Frankfurt/Main: Fischer
- Douglas, M., & Wildavsky, A. (1982). *Risk and Culture: An Essay on the Selection of Technical and Environmental Danger*. Berkeley, CA: University of California Press
- Eblinghaus H. & Stickler, A. (1996). *Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development*. Frankfurt a. Main: IKO
- Eder, K. (1988). *Die Vergesellschaftung der Natur. Studien zur sozialen Evolution der praktischen Vernunft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Eder, K. (1995). *Framing and Communication Environmental Issues*. Final Report to the Commission of the European Communities, DG XII (Project No. PL 210493)). Florence: European University Institute
- Eder, K., Barthe, S. & Dreyer, M. (1998). *Reflexive Institutionen? Eine Untersuchung zur Herausbildung eines Neuen Typus Institutioneller Regelungen im Umweltbereich*. Abschlussbericht des Forschungsprojekts im DFG-Schwerpunktprogramm „Theorie politischer Institutionen“. Münchner Projektgruppe für Sozialforschung e.V:
- Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages. (1993). *Zwischenbericht*. Bonn. Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft
- Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" des Deutschen Bundestages. (1994). *Die Industriegesellschaft gestalten. Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen*. Bonn. Economica-Verlag
- Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages (1998). *Konzept Nachhaltigkeit - vom Leitbild zur Umsetzung*. Deutscher Bundestag, Bonn
- FIP (Fördergemeinschaft integrierter Pflanzenbau e.V.) 1996. Brief an Prälat Herkenrath (Misereor) vom 22.03.96
- Foucault, M. (1974). *Die Ordnung des Diskurses*. München
- Friedland, R. & Alford, R. (1991). Bringing society back in: symbols, practices, and institutional contradictions. In W. W. Powell & P. DiMaggio (Eds.), *The New Institutionalism in Organizational Analysis*. Chicago, IL: University of Chicago Press, S. 232-263
- Gamson, W.A. (1988). *The 1987 distinguished lecture: a constructionist approach to mass media and public opinion*. Symbolic Interaction, 11, 161-174
- Gamson, W.A. & Modigliani, A. (1989). Media discourse and public opinion on nuclear power: a constructionist approach. *American Journal of Sociology*, 95 (1), 1-37
- Gerhards, J. & Neidhardt, F. (1990). *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze*. WZB-Papers FS III 90-101
- Gerhards, J. (1992). Dimensionen und Strategien öffentlicher Diskurse. *Zeitschrift für Sozialforschung* Nr. 3/4, 32 Jg. S. 307-318

- Gibbons, M., Limoges, C., Nowotny, H., Schwartzman, S., Scott, P. & Trow, M. (1994). *The New Production of Knowledge. The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies*. London
- Giddens, A. (1988). *Die Konstitution der Gesellschaft*. Frankfurt a.M./New York: Campus
- Glaeser, B. (1991). Ein humanökologischer Ansatz für Agrar- und Entwicklungspolitik, In: Hein, W. (Hrsg.) *Umweltorientierte Entwicklungspolitik*, Hamburg. S. 63-74.
- Glück, A. (1996). Ökologie als Heilersatz. In: *Christ und Welt* vom 8.3.1996
- Hajer, M. (1995). *The politics of environmental discourse. Ecological modernisation of the political process*. Oxford. Clarendon Press.
- Hans Böckler Stiftung (2000). *Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie*. Düsseldorf
- Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.) (2000a). *Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“*. Abschlussbericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung - Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie - Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Düsseldorf
- Hansen, A. (1991). The media and the social construction of the environment. *Media, Culture and Society*, 13, 443-458.
- Harborth, H.J. (1991). *Dauerhafte Entwicklung statt globale Umweltzerstörung: Eine Einführung in das Konzept des Sustainable Development*. Berlin. Edition Sigma.
- Hauff, V. (Hrsg.) (1987). *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung* (Brundtland Bericht). Greven: Eggenkamp
- Heinelt, H, und Mühlich, E. (2000). *Lokale „Agenda 21“ Prozesse*. Opladen: Leske + Budrich
- Henkel, H.O: (1996). *Schritte zu einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung*. Überlegungen und Beiträge aus der Wirtschaft. Bundesverband der deutschen Industrie e.V., Köln
- Hildebrand, E. & Spitzley, H. (1996). Anstoß. *Die Mitbestimmung*, 3/96, 6-7.
- Huber, J. (1994). *Nachhaltige Entwicklung durch Suffizienz, Effizienz und Konsistenz*. Der Hallesche Graureiher 94-6. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Universität Halle
- Huber, J. (1995). *Nachhaltige Entwicklung. Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik*. Berlin: Edition Sigma
- IFOK (Hrsg.) (1997). *Bausteine für ein zukunftsfähiges Deutschland. Diskursprojekt im Auftrag von VCI und IG Chemie-Papier-Keramik*. Wiesbaden: Gabler
- ISOE (Institut für sozial-ökologische Forschung) & Milieudéfense (Friend of the Earth Netherlands) (Hrsg.) (1994). *Sustainable Netherlands. Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung der Niederlande*. Frankfurt/Main
- IZT (Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung) (1995). *Nachhaltige Entwicklung*. Bonn
- IUCN (1980) *The World Conservation Strategy* (International Union for Conservation of Nature and Natural resources, World Wildlife Fund). Genf
- Jänicke, M (1988). Ökologische Modernisierung, in: Simonis, U.E. (Hrsg.), *Präventive Umweltpolitik*, Frankfurt a.M, S.13-26

- Jörissen, J., Kneer, G., Paskalewa, K., Rink, D. (1999). *Synopse zur Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigkeit in konzeptionellen Studien und nationalen Plänen*. HGF-Projekt „Untersuchung zu einem integrativen Konzept nachhaltiger Entwicklung: Bestandsaufnahme, Problemanalyse, Weiterentwicklung“. Abschlußbericht, Band 1. ITAS/Forschungszentrum Karlsruhe
- Keller, R. (1997a). Die Umweltberichterstattung im Spiegel der Medienforschung. In: Brand, K.-W., Eder, K. & Pöferl, A., *Ökologische Kommunikation in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 62-72
- Keller, R. (1997b). *Diskursanalyse*. In: Hitzler, R./Honer, A. (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik*. Opladen: Leske + Budrich, S. 309-334
- Keller, R. (1998). *Müll – Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen*. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Kepplinger, H.M. (1989). *Kommunikation im Konflikt. Zur Theorie der instrumentellen Aktualisierung*. Freiburg/München: Alber
- Klemmer, P. (1994). Ressourcen und Umweltschutz um jeden Preis? In: Voss (Hrsg.): *Sustainable development. Leitziel auf dem Weg in das 21. Jahrhundert*. Köln: Deutscher Instituts Verlag, S. 22-57
- Koalitionsvereinbarungen zwischen der CDU, CSU und F.D.P für die 13. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages 1994. In: *Das Parlament* 1995 (B47):4-7
- Kopfmüller, J. (1993). Die Idee einer zukunftsfähigen Entwicklung - Sustainable development. Eine kritische Betrachtung. *Wechselwirkung*, H.61, S. 4-8
- Krämer, A. (1986). *Ökologie und politische Öffentlichkeit. Zum Verhältnis von Massenmedien und Umweltproblematik*. München: tuduv-Verlagsgesellschaft
- Liebert, N. (1996). Jäger verlorener Perspektiven. *TAZ*, 20.5.96.
- Link, J. (1984). Über ein Modell synchroner Systeme von Kollektivsymbolen sowie seine Rolle bei der Diskurskonstitution. In J. Link & W. Wülfing (Eds.), *Bewegung und Stillstand in Metaphern und Mythen. Fallstudien zum Verhältnis von elementarem Wissen und Literatur im 19. Jahrhundert*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Lüders, C. & Meuser, M. (1997). Deutungsmusteranalyse. In: Hitzler, R. & Honer, A. (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik*. Opladen: Leske + Budrich, S. 57-80.
- March, J.G. & Olson, J.P. (1989). *Rediscovering Institutions: The Organizational Basis of Politics*. New York, NY: Free Press
- Marmora, L. (1992). Sustainable Development im Nord-Süd-Konflikt: Vom Konzept der Umverteilung des Reichtums zu den Erfordernissen einer globalen Gerechtigkeit. *Prokla*, H.86, S.34-60
- Meadows, D. et al (1973). *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart
- Nowotny, H. (1999). *Es ist so. Es könnte auch anders sein*. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- O’Riordan/Turner (1983). *An Annotated Reader in Environmental Planning and Management*. Oxford.
- Pearce, D. (1988). Economics, Equity and Sustainable Development. *Futures*, Butterworth & Co. Ltd, 20, No. 6, 598-605.

- Pearce, D.W. & Turner, R.K. (1990). *Economics of Natural Resources and the Environment*. Baltimore
- Pêcheux, M. (1984). Metapher und Interdiskurs. In: Link, J. & Wülfing, W. (Hrsg.), *Bewegung und Stillstand in Metaphern und Mythen. Fallstudien zum Verhältnis von elementarem Wissen und Literatur im 19. Jahrhundert*. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 93-99
- Peters, U. (1996). Im Westen nix neues - oder doch? *Wechselwirkung*, Jg.17, Nr. 76, 15-19
- Poferl, A. (1997). Der strukturkonservative Risikodiskurs. Eine Analyse der Tschernobyl „media story“ in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. In: Brand, K.-W., Eder, K. & Poferl, A. (Hrsg.) *Ökologische Kommunikation in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 106-150
- Powell, W.W. & Di Maggio, P.J. (Hrsg) (1991). *The New Institutionalism in Organizational Analysis*. Chicago: University of Chicago Press.
- Prange, A. (1992). Konsumverzicht ? Nein danke! *TAZ* 15.6.92.
- Sachs, W. (1992). Wessen Umwelt? In: *Politische Ökologie* Nr.27, S.61 ff.
- Sachs, W. (Hrsg.) (1994). *Der Planet als Patient. Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik*. Basel/Berlin: Birkhäuser
- Sachs, W. (1997). Sustainable Development. Zur politischen Anatomie eines internationalen Leitbildes. In: Brand, K.W. (Hrsg.), *Nachhaltige Entwicklung*. Opladen: Leske+Budrich, S. 93-111
- Schanz, H. (1986). *Forstliche Nachhaltigkeit. Sozialwissenschaftliche Analyse der Begriffsinhalte und -funktionen*. Schriften aus dem Institut für Forstökonomie der Universität Freiburg. Band 4. Freiburg
- Schibel, K. (1994). Wider das einfache Leben. Die Grundlagen einer ökologischen Politik. *Blätter des iz3w*, H. 32, S. 47-50
- Schmidtheiny, S. (1992). *Kurswechsel*. (In Zusammenarbeit mit dem BCSD), München.
- Schultz, I. (1995). Global-ökologisch spannend, sozial-ökologisch fragwürdig. *Ökologische Briefe*, Nr. 51/52, 16.
- Schultz, I. (1996). Die Liebe der Männer zu nachhaltigen Zahlen. *Wechselwirkung*, 4/96, 59-63.
- Schulz, W. (1976). *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung*. München/Freiburg: Alber.
- Schulze, G. (1992). *Erlebnisgesellschaft. Kulturosoziologie der Gegenwart*. Frankfurt. Campus
- Single, E. (1992). Prost Planet! *TAZ* 13.6.92.
- Snow, D. et.al. (1986). Frame alignment processes, micromobilisation, and movement participation. *American Sociological Review*, 51, 464-481.
- Snow, D.A., & Benford, R.D. (1988). Ideology, frame resonance, and participant mobilization. In B. Klandermans & H. Kriesi & S. Tarrow (Eds.), *From Structure to Action: Comparing Social Movement Research Across Cultures*. (Vol. 1, International Social Movement Research, pp. 197-217). Greenwich, CT: JAI Press.
- SRU (Rat von Sachverständigen für Umweltfragen) (1994). *Umweltgutachten 1994*. Drucksache 12/6995 (Ed.), Stuttgart: Metzler-Poeschel

- SRU (Rat von Sachverständigen für Umweltfragen) (1996). *Umweltgutachten 1996*. Stuttgart: Metzler-Poeschel
- Staab, J.F. (1990). *Nachrichtenwert-Theorie. Formale Struktur und empirischer Gehalt*. München/Freiburg: Alber
- Stoiber, E. (1995). *Umweltinitiative Bayern - Kooperativer Umweltschutz, nachhaltige Entwicklung, Ökologischer Wohlstand*. Regierungserklärung im bayerischen Landtag. München
- TA-Datenbank-Nachrichten (2000). Schwerpunktthema „Global zukunftsfähige Entwicklung – Perspektive für Deutschland“, Nr. 2, Jg. 9., Juni 2000. Forschungszentrum Karlsruhe/ITAS
- Tenhagen, H. (1992). Die USA stehen in Rio am Pranger, *TAZ* 05.06.92.
- Teuteberg, H.-J. & Barlösius, E. (Hrsg.) (1997). *Essen und kulturelle Identität*. Europäische Perspektiven. Berlin. Akademie Verlag
- Thompson, M., Ellis, R. & Wildavsky, A. (1990). *Cultural Theory or Why all that is permanent is bias*. Boulder, CO: Westview Press
- Turner, R.K. (Ed) (1988). *Sustainable Environmental Management. Principles and Practice*. Boulder, Col.
- VCI (Verband der Chemischen Industrie e.V.) (1995). *Sustainable Development*. Frankfurt/Main
- VCI (Verband der Chemischen Industrie e.V.) (1996). *Verantwortliches Handeln. Daten zur Sicherheit, Gesundheit, Umweltschutz. Ein deutscher Beitrag zum weltweiten Responsible Care-Programm der chemischen Industrie*. Frankfurt/Main
- Voss, G. (1994). Der anonyme Staat als Zuteilungsmaschine. In *Frankfurter Rundschau*, 22.3.94
- Voss, G. (1995a) Gibt es eine stoffliche Gerechtigkeit?. *Politische Ökologie*, 40.
- Voss, G. (1995b). Der Irrtum des Verzichts. *Die Zeit*, Nr.45.
- Voß, G. G./Jurczyk, K. (1995). Zur gesellschaftlichen Relevanz der Untersuchung von allgemeiner Lebensführung. In: Projektgruppe Alltägliche Lebensführung (Hrsg.). *Alltägliche Lebensführung*. Opladen: Leske + Budrich
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (1997). *Welt im Wandel: Herausforderung für die deutsche Wissenschaft*. Jahresgutachten 1996, Berlin. Springer-Verlag.
- Weinzierl, H. (1996). Leserbrief in *BLW* 13 vom 30.3.96, S. 96
- Weiß, H.J. (1989). Öffentliche Streitfragen und massenmediale Argumentationsstrukturen. Ein Ansatz zur Analyse der inhaltlichen Dimension im Agenda Setting-Prozess. In M. Kaase & W. Schulz (Hrsg.), *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 30. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 473-489.
- Wetherell, M. & Potter, J. (1988). *Discourse analysis and the identification of interpretative repertoires*. In: Anataki, Ch. (Ed.). *Analysing Everyday Explanation. A Casebook of Methods*. London: Sage
- Wimmer, G. (1996). Leserbrief in *BLW* 13 vom 30.3.96, S. 96

- Wimmer, G. (1997). Schreiben an M. Kasparowitsch von den *Nürnberger Nachrichten* vom 21.1.97
- Winkhaus, H.D. (1996): Begrüßungsrede zur VCI Konferenz „Forum Zukunft“ in Hamburg. VCI e.V., Frankfurt/Main
- Wuppertal Institut (1994a). *Zukunftsfähiges Deutschland. Projektantrag*. In: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt Energie (Hrsg.), Wuppertal
- Wuppertal Institut (1994b). *Zukunftsfähiges Deutschland. Zwischenbericht* (vom 8.11.94). In: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt Energie (Hrsg.), Wuppertal

Impressum:

MPS-Texte - Nr.1 / 2000

ISSN 0943-0067

Münchner Projektgruppe für Sozialforschung * MPS e. V.

Dachauer Str. 189, 80637 München

Tel: 089 - 15 57 60

Fax: 089 - 1 57 79 49

E-mail: Brand.MPS@t-online.de

Für den Inhalt sind die jeweiligen AutorInnen verantwortlich.

Schutzgebühr DM 15,- zzgl. Porto